Krieg 1914
28833a

Spartakus im Kriege

Dokumente

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H.
Berlin

3.-

3.-

Ex libris

Spartakus im Kriege

Exlibris

Spartakus im Kriege

Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege

Gesammelt und eingeleitet

von

Ernst Meyer

1927

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G.m.b.H.
Berlin SW 61

Krieg 1914 - 28833 a

Verlag: Vereinigung Int. Verlagsanstalten, Berlin
Verantw.: Ernst Schneller, Berlin. Druck: „Peuvag"
Berlin, Filiale Hannover, Klagesmarkt 21

Weltkr. 556

DEUTSCHE STAATS-BIBLIOTHEK BERLIN

Einleitung.

Der vorliegende Band enthält die wichtigsten Dokumente des Spartakusbundes bis zu seiner Umwandlung in die Kommunistische Partei Deutschlands im Dezember 1918. An der Hand von ihnen läßt sich die allmähliche Loslösung dieser revolutionären Gruppe von der alten Sozialdemokratie und ihre Scheidung von der Unabhängigen Sozialdemokratie verfolgen. Die Flugblätter geben zugleich ein Bild von der ungeheueren illegalen und revolutionären Arbeit, die den Spartakusbund zum gefürchtetsten Gegner der Imperialisten und Konterrevolutionäre in Deutschland machte. Sie können auch heute, in der Zeit der wiederum sich steigernden Kriegsgefahr, als anfeuerndes Beispiel unermüdlicher revolutionärer Arbeit dienen.

Der Spartakusbund ist entstanden aus dem linken Flügel innerhalb der SPD., der unter der Führung von Rosa Luxemburg und Franz Mehring schon in der Vorkriegszeit nicht nur den Revisionismus und Reformismus bekämpfte, sondern auch zu den entschiedenen Gegnern des Kautsky'schen Zentrismus gehörte.

Zwar kam für den radikalen, linken Flügel in der SPD. der ungeheuere Verrat der Kriegskreditbewilligung am 4. August 1914 ebenso unerwartet, wie für die übrigen, auf dem linken Flügel kämpfenden Mitglieder der 2. Internationale, der auch die Bolschewiki angehörten. Aber daß das „Zentrum" praktisch mit dem Reformismus gehen würde, hatte Rosa Luxemburg schon nach dem Jenaer Parteitag der SPD. vom Jahre 1913 in einem (von der Redaktion der Leipziger Volkszeitung zurückgewiesenen) Artikel auf Grund der Jenaer Debatten über den Imperialismus klar folgendermaßen formuliert:

„Wer diesmal zusammen mit dem revisionistischen Drittel der Parteitage die Mehrheit gebildet hat, das war jene unentschlossene und schwankende Schicht der Mitte, die Bebel in Dresden, nach den bekannten Bezeichnungen des Konvents der großen französischen Revolution, den Sumpf genannt hat. . . . Während der ganzen letzten Periode der Kämpfe mit dem Revisionismus unterstützte der Sumpf den linken Flügel der Partei. . . . Die imperialistische Periode, die verschärften Verhältnisse der letzten Jahre stellen uns aber vor neue Situationen und Aufgaben. . . . Hier versagt zunächst der Sumpf. Als konservatives Element wendet er sich jetzt genau so gegen die vorwärtsstrebende Linke, wie er sich bis jetzt

gegen die rückwärtsstrebende Rechte wendete. . . . Diese neue Konstellation ist kein Zufall; sie ergibt sich logisch aus den Verschiebungen in den äußeren und inneren Bedingungen unseres Parteilebens, und wir tun gut, das Andauern dieser Konstellation vielleicht für eine Reihe von Jahren in Aussicht zu nehmen — wenn nicht äußere Ereignisse den Gang der Entwicklung plötzlich beschleunigen."

Die von Rosa Luxemburg genannten Gründe führten dazu, daß am 4. August 1914 sich nur ein ganz kleines Häuflein von aufrechten Genossen um Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Klara Zetkin und Marchlewski (Karski) scharten.

„Die Opposition", wie sie schlechtweg von den Gegnern genannt wurde, suchte mit allen Mitteln die sozialdemokratischen Arbeiter, die in den letzten Julitagen in ehrlicher Ueberzeugung die Friedensdemonstrationen des Parteivorstandes mitgemacht hatten, für sich zu gewinnen. Einige Genossen verfaßten Referentenmaterial[1]) für die Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen, um die Gesinnungsgenossen im ganzen Reich mit Tatsachen und Argumenten zu versorgen, da die sozialdemokratische Presse unter der doppelten Zensur der Militärbehörden und des Parteivorstandes der Opposition verschlossen blieb. Auch die Satire fehlte nicht, wie die Umdichtung des Sozialistenmarsches (Dokument 2) beweist. Der Parteivorstand leitete gegen den angeblichen Verfasser des Gedichtes Hermann Duncker ein hochnotpeinliches Untersuchungsverfahren ein und verbot auch bald das Referentenmaterial.

Die mutige Tat der erstmaligen Ablehnung der Kriegskredite im Reichstage durch Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 fand in den Massen ein gewaltiges Echo. Da Liebknechts antiimperialistische Erklärung zu seiner Abstimmung weder in das amtliche Reichstagsprotokoll aufgenommen, noch in der Presse veröffentlicht werden durfte, wurde diese Begründung in Tausenden von Exemplaren illegal verbreitet (Dokument 3). Die Anhänger der Kreditbewilligung hüteten sich, Liebknecht sachlich zu widerlegen. Sie begnügten sich mit dem Geschrei über Bruch der Fraktionsdisziplin, worauf Liebknecht in einem Flugblatt (Dokument 4) nachwies, daß die Revisionisten fest entschlossen waren, sogar einem Fraktionsbeschluß auf bloße Stimmenthaltung nicht Folge zu leisten. Dem Nachweis, was unter Parteidisziplin im echten Sinne zu verstehen ist, dient außerdem der als Sonderdruck verbreitete Artikel „Parteidisziplin" (Dokument 5) Rosa Luxemburgs aus der von ihr gemeinschaftlich mit Mehring und Karski herausgegebenen Sozialdemo-

[1]) Als ein Beispiel dafür Dokument 1: „Die Ursachen des Weltkrieges."

kratischen Korrespondenz. Mit welchen Verleumdungen die Burgfriedenspolitiker sofort gegen die Opposition vorgingen, beweist der geharnischte Brief Mehrings an die Hamburger Parteigenossen (Dokument 6).

Neben der innerparteilichen Diskussion betrachtete die Opposition die Agitation unter den Massen von vornherein als ihre Aufgabe. Eines der ersten, noch in Schreibmaschinenschrift vervielfältigten Flugblätter ist der Aufruf „Die Welt speit Blut", vom Winter 1914/15 (Dokument 7). Der Aufruf, der von dem Genossen Fritz Ausländer verfaßt ist, trägt noch einen stark pazifistischen Charakter und überschätzt auch die zentristischen Oppositionsströmungen im Auslande. Aber dieser Aufruf fand trotzdem ein starkes Echo und war neben der Abstimmung Karl Liebknechts vom 2. Dezember 1914 eines der ersten Dokumente, das in- und außerhalb Deutschlands Kunde von dem Friedenswillen des deutschen Proletariats gab. Eine noch stärkere Wirkung hatte dann das von Karl Liebknecht verfaßte Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" (Dokument 8) anläßlich der Kriegserklärung Italiens.

Die theoretischen und praktisch-politischen Mängel des Auftretens der Opposition waren den Führern der linken Opposition durchaus bewußt. Zur Ueberwindung dieser Schwächen schufen Rosa Luxemburg und Franz Mehring im April 1915 „Die Internationale", eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, die legal erschien und sofort von den Militär- und Justizbehörden verboten wurde. Mehring bezeichnete in seiner Einleitung als Programm der Zeitschrift: „Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit", und Rosa Luxemburg formulierte die Aufgabe der Sozialisten knapp und treffend: „Entweder Bethmann Hollweg[1]) oder Liebknecht. Entweder Imperialismus oder Sozialismus, wie ihn Marx verstand."

Der sozialdemokratische Parteivorstand wußte gegenüber der vernichtenden Kritik seiner Politik nichts anderes zu sagen, als über Zerstörung der Partei durch die Opposition zu schimpfen. Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitschrift antworteten darauf mit einem als Flugblatt verbreiteten Protest (Dokument 9), der offensiv gehalten den Parteivorstand und seine Anhänger von neuem des Verrats an den Beschlüssen der internationalen Kongresse anklagt.

Wie tapfer und sicher auch sonst Franz Mehring die Klinge führte, beweist sein als Flugblatt verbreiteter Artikel der

[1]) Damaliger Reichskanzler in Deutschland.

Bremer Bürgerzeitung gegen den Umlerner Konrad Hänisch: „Wohin geht die Reise?" (Dokument 10) und sein gegen den Sozialverräter Paul Lensch gerichtetes, ebenfalls gedruckt vertriebenes Schreiben an den Parteiausschuß vom 12. Juli 1915 (Dokument 11).

Während Rosa Luxemburg eine bereits vor dem Kriege verhängte einjährige Gefängnisstrafe wegen ihres Kampfes gegen den Militarismus antreten und Klara Zetkin wegen ihrer Antikriegs-Propaganda ins Untersuchungsgefängnis wandern mußte, gaben sich die sozialdemokratischen Führer auf Grund des mit Hindenburg geschlossenen Burgfriedens in immer größere Abhängigkeit von dem deutschen Generalstab. Einzelne Reichstagsabgeordnete hatten schon bei Beginn des Krieges im Auslande massenhaft das deutsche Weißbuch verbreitet, das von der deutschen Regierung zu ihrer und des Kaisers Reinwaschung von der Kriegsschuld zusammengefälscht worden war. Immer schamloser wurde ihre Propaganda zugunsten des deutschen kriegführenden Imperialismus, und schließlich scheuten sie sich nicht, als Gäste im kaiserlichen Hauptquartier zu erscheinen, während ihre Parteigenossen in den Gefängnissen saßen und in den Schützengräben verbluteten. So entstand das auf Grund von Originalphotographien zusammengestellte Flugblatt „Bilder ohne Worte" (vergleiche Abbildung), das wie alle diese Flugblätter sofort verboten wurde.

Im Frühjahr 1915 hatte die Opposition bereits tiefe Wurzeln gefaßt. Wie groß der Unwille selbst in den Kreisen der sozialdemokratischen Funktionäre über die Burgfriedenspolitik war, zeigt das vom 9. Juni 1915 datierte Protestschreiben an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion (Dokument 12), das von etwa 1000 Funktionären der Partei und der Gewerkschaften aus ganz Deutschland unterzeichnet wurde.

Das Schreiben vom 9. Juni richtete sich zwar formell nur gegen Partei- und Fraktionsvorstand, aber sachlich traf es auch die schwankenden Gestalten der Opposition, die ihren Mannesmut nur im Fraktionskämmerlein zeigten. Das Schreiben vom 9. Juni, dem Entwürfe von Karl Liebknecht und Georg Ledebour zugrunde lagen, nahm auf die Zögernden um Ledebour in der Form und zum Teil sogar in der Sache noch Rücksicht. Trotzdem war die Sprache deutlich genug; das Schreiben endete mit einer nur wenig verhüllten Androhung der Parteispaltung. Rosa Luxemburg war Gegnerin dieses Zusammengehens mit der Ledebourschen Fraktionsminderheit; als ein paar Monate später von ihr Thesen für eine Verständigung der linken Opposition ausgearbeitet wurden, warnte sie Karl

Liebknecht ausdrücklich, diese Thesen den Ledebour-Leuten auch nur vorzulegen.

Unter dem Druck des Protestschreibens vom 9. Juni bequemten sich Parteivorstand und Fraktion Anfang Juli dazu, ihrerseits Richtlinien und Aufrufe zur Friedensfrage zu erlassen. Aber es handelte sich dabei selbstverständlich nur um ein demagogisches Manöver. Sie sprachen vom Frieden, um zum „Durchhalten" aufzufordern und luden die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges statt der eigenen Regierung den Regierungen und Sozialisten des Auslandes auf.

Ihre Friedensziele waren rein imperialistisch, wie aus der ausführlichen Antwort der Opposition „Krieg und Proletariat" (Dokument 13) hervorgeht. Wie wenig die Mitglieder von den Schritten des Parteivorstandes befriedigt waren, zeigt auch die Ansprache einer Frauen-Deputation (Dokument 14). Gegen die unverschämten Annexions-Forderungen der Industriellen und bürgerlichen Professoren, deren Denkschriften die Opposition in Sonderabzügen verbreitete, richtete sich eine kleine Broschüre: „Der Annexionswahnsinn" (Dokument 15).

Die steigende Lebensmittelnot, die immer stärkere Heranziehung der Bevölkerung zum Heeresdienst und zur Arbeit in der Munitionsindustrie, das immer frechere Auftreten der bürgerlichen Annexionisten schufen für die Opposition einen günstigen Boden. Die vertraulichen Informationsbriefe erschienen daher in immer rascherer Folge. Die illegalen Flugblätter wurden in immer größerer Auflage verbreitet und nahmen selbst die Form von Broschüren an (vgl. Dokument 16: „Wer hat die Schuld am Kriege?") Den ersten Friedensdemonstrationen vom Frühjahr 1915 folgten solche mit größerer Beteiligung. In den Fabriken wuchs die Gärung wegen der harten Arbeit und der ungenügenden Ernährung. Die erste Zimmerwalder Konferenz von Anfang September 1915 gab den gequälten, nach einem Ausweg suchenden Massen aller Länder die Gewißheit, daß auch jenseits der Schützengräben der Wille nach Kriegsbeendigung vorhanden war. Die für die Zimmerwalder Konferenz von Karl Liebknecht geprägte Losung: „Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg!" schlug zündend in die Massen. Ohne daß die entschiedene Opposition um Liebknecht und Luxemburg der Plattform der um die Bolschewiki sich scharenden „Zimmerwalder Linken" offiziell zustimmte, ergab sich in der Propaganda eine Annäherung an den Hauptpunkt der bolschewistischen Forderung: „Ueberleitung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg." In den illegalen Flugblättern für die Massenagitation, wie zum Beispiel in dem Anfang Dezember verbreiteten Flugblatt: „Ein Ende dem Winterfeldzug!" (Dokument 17), gibt es noch rein pazifistische Sätze. Aber bei den inneren Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition zeigte

sich eine immer deutlichere Scheidung zwischen der Gruppe um Liebknecht und Luxemburg einerseits und der Gruppe der Fraktionsminderheit um Ledebour und Adolf Hoffmann andererseits. Die Weigerung dieser beiden in Zimmerwald, eine formelle Verpflichtung auf Ablehnung der Kriegskredite unter Bruch der Disziplin einzugehen, war nicht nur in Zimmerwald von den Vertretern der Liebknechtgruppe Ernst Meyer und Berta Thalheimer aufs schärfste bekämpft worden. Auch in Deutschland herrschte in breiteren Kreisen der Opposition eine starke Empörung über die Ablehnung der Taktik Liebknechts durch die Ledebourgruppe. Zwar gab es noch gemeinsame Besprechungen der Gesamtopposition. Aber beide Strömungen begannen gesondertes Informationsmaterial herauszugeben, und die eigenen Publikationen der Ledebour-Richtung bewiesen dabei, wie sehr diese Richtung unter dem Einfluß des zentristischen „Sumpfes" stand. Das ist um so erklärlicher, wenn man sich daran erinnert, daß die Führer der Ledebour-Richtung waren: Hugo Haase, der zweimal die Begründung zur Bewilligung der Kriegskredite für die Mehrheit verlesen hatte; Karl Kautsky, der die 2. Internationale „im wesentlichen als ein Friedensinstrument", aber „kein wirksames Werkzeug im Kriege" bezeichnete; Eduard Bernstein, der theoretische Begründer des Revisionismus und ententefreundliche Pazifist.

Als sich endlich am 21. Dezember 1915 ein Teil der Fraktionsminderheit entschloß, dem Beispiel Liebknechts zu folgen und die Kriegskredite auch in öffentlicher Sitzung des Reichstages abzulehnen, da fiel die Begründung für diesen Schritt so aus, daß sie einer theoretischen Rechtfertigung der Kreditbewilliger gleichkam. Den Kampf gegen die zentristischen Auffassungen in aller Oeffentlichkeit empfanden die Anhänger Liebknechts ebenso als revolutionäre Pflicht, wie den Kampf gegen Scheidemann und Bethmann Hollweg. Die Liebknechtgruppe hatte am 1. Januar 1916 bereits eine selbständige größere Reichskonferenz unter Ausschaltung der Ledebourgruppe abgehalten. Am 27. Januar 1916 gab sie den ersten, mit dem Pseudonym Spartakus bezeichneten politischen Brief heraus, der durch den Artikel Liebknechts „Die Dezember-Männer von 1915" eine scharfe Abgrenzung von der Ledebour-Gruppe vornahm.

Die Spartakusbriefe,[1]) die jetzt in rascher Folge erschienen, machten ein ungeheueres Aufsehen und bald bezeichnete man die Liebknecht-Anhänger, die sich selbst nach der Zeitschrift „Gruppe Internationale" nannten, nur noch als Spartakus-Leute. Der Name Spartakus vereinigte im Munde des Bürgers seinen Haß gegen die kleine, aber rührige revolutionäre

[1]) Neudruck in zwei Bänden (Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin).

Gruppe, im Munde der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt aber die Achtung und Anerkennung für den unbeugsamen, durch tausend Opfer gehärteten Willen zum Kampfe für die Revolution.

Auf der Reichskonferenz vom Januar hatte die Spartakusgruppe als Plattform für ihre weitere Tätigkeit die von Rosa Luxemburg verfaßten Leitsätze (abgedruckt auch als Anhang zu ihrer Broschüre Junius, die Krise der Sozialdemokratie) angenommen. (Bei uns abgedruckt im Dokument 18.) Diese Thesen halten zwar der Kritik Lenins (vergleiche im Sammelband „Gegen den Strom" seinen Aufsatz über die Juniusbroschüre) nicht stand, bedeuteten aber in den entscheidenden, auch von Lenin anerkannten Punkten einen gewaltigen Fortschritt gegenüber den zentristischen Auffassungen der Ledebour-Gruppe. Ledebour und Hoffmann stießen sich gerade an der Betonung der Unterordnung der nationalen Sektionen unter die Internationale. Sie nahmen damit vorweg die Argumente, die später von der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands gegen die 21 Bedingungen des 2. Weltkongresses erhoben worden sind. Die Spartakusgruppe betrachtete aber gerade diese angegriffenen Sätze als so wichtig, daß sie sie fortan als Motto den meisten ihrer Flugblätter voransetzte. (Vgl. Rosa Luxemburgs Verteidigung der Leitsätze in ihrer Broschüre: „Entweder — oder", Dokument 18.)

Alle Bemühungen der Ledebour-Gruppe, die Spaltung der Reichstagsfraktion und damit der Sozialdemokratischen Partei zu vermeiden, waren vergeblich. Eine harmlose Etatsrede am 24. März 1916 im Reichstage seitens eines Ledebour-Anhängers führte zum Ausschluß der ganzen Gruppe und zur Bildung der Fraktion „Arbeitsgemeinschaft". Die parlamentarische Tätigkeit dieser Fraktion war und blieb aber weiter ganz kompromißlerisch. (Vgl. „Die Lehre des 24. März", Dokument 19.) Ledebour verteidigte im Reichstage am 15. Januar 1916 das Recht Deutschlands „auf das freie Meer", worauf die Spartakusgruppe in einem ausführlichen von Marchlewski verfaßten Flugblatt: „Unterseebotkrieg, Völkerrecht und Völkermord" (Dokument 20) antwortete. Die Arbeitsgemeinschaft begeisterte sich weiter für Besitzsteuern, trotzdem auch diese Besitzsteuern zur Verlängerung des Krieges dienten. Rosa Luxemburg hatte bereits in dem oben zitierten Artikel für die Leipziger Volkszeitung die Bewilligung von direkten Steuern für den Militarismus als Opportunismus gebrandmarkt. Jetzt, wo es sich um die Verwendung aller Steuern für ausgesprochene Kriegszwecke handelte, hätte der Arbeitsgemeinschaft eine richtige Stellungnahme noch leichter fallen müssen als dem Kautsky'schen Zentrum im Jahre 1913. Das wiederum von Marchlewski verfaßte Flugblatt „Die Steuer-

frage" (Dokument 21) mußte deshalb den Arbeitern den alten sozialistischen Grundsatz „dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen" auch in bezug auf direkte Steuern auseinandersetzen.

Auf einer neuen Reichskonferenz, die Mitte März 1916 in Berlin stattfand, wurden die organisatorische Zusammenfassung der Spartakusgruppe und ihre Aufgaben eingehend besprochen. Die dort angenommenen Resolutionen bezeichnen im einzelnen die Stellungnahme der Spartakusgruppe zu Zimmerwald und zu den politischen Problemen der Kriegszeit. (Vgl. Spartakusbriefe, Neudruck Bd. I, Seite 99 ff.)

Als die Delegierten der 2. Zimmerwalder Konferenz sich noch auf der Rückreise befanden, war der rührigste Revolutionär und Agitator des Spartakusbundes den Schergen des deutschen Militarismus in die Hände gefallen. Karl Liebknecht hatte zu Demonstrationen am 1. Mai 1916 aufgerufen (vergleiche das von ihm verfaßte Flugblatt: „Auf zur Maifeier!", Dokument 22) und war an der Spitze der Demonstration auf dem Potsdamer Platz verhaftet worden. Ihn schützte nicht die Immunität als Reichstags- und Landtagsabgeordneter. Der Reichstag selbst erteilte bereitwillig die Genehmigung zur Verhaftung und Verurteilung. Schmählicher als die Haltung der Liberalen und der Konservativen war dabei die der sozialdemokratischen Durchhaltepolitiker. David erdreistete sich, Karl Liebknecht zu entschuldigen: Ein Hund, der laut bellt, beiße nicht. Rosa Luxemburg antwortete auf diese Infamie in einem Flugblatt „Hundepolitik" (Dokument 23), dessen Sätze die verlogenen Mehrheitssozialisten wie Peitschenhiebe trafen. Zur revolutionären Ausnutzung der Verhaftung Liebknechts gab der Spartakusbund eine ganze Reihe von Flugblättern heraus (Dokument 24: „Was ist mit Liebknecht", aus der Feder Rosa Luxemburgs, Dokument 25 aus der Feder Franz Mehrings). Gleichzeitig bereitete der Spartakusbund eine Demonstration am Tage des Prozesses Liebknechts vor. Um die Vorbereitungen zu stören, wurden Rosa Luxemburg, Franz Mehring, wie schon vorher Marchlewski, in Schutzhaft gesteckt. Kurz vor der Demonstration wurde auch eine große Zahl von Vertrauensleuten des Spartakusbundes und der Arbeitsgemeinschaft, die in den Betrieben für den Streik agitierten, ins Gefängnis geworfen.

Trotzdem kamen Demonstrationen am Vortage der ersten Verurteilung zu 2½ Jahren Zuchthaus, und am Tage des Prozesses selbst ein großer Proteststreik in der Munitionsindustrie Berlins und Braunschweigs zustande. (Vergleiche das Flugblatt: 2½ Jahre Zuchthaus", Dokument 26.) Dem nach Rache dürstenden Militärbehörden genügte diese Verurteilung nicht. In zweiter Instanz wurde Liebknecht zu 4 Jahren Zuchthaus und

sechs Jahren Ehrverlust verurteilt. Kurz vor der letzten Verhandlung setzte der Spartakusbund in einem neuen Flugblatt der Arbeiterschaft noch einmal auseinander, wofür Liebknecht kämpfte und weshalb er zu Zuchthaus verurteilt wurde (Dokument 27) und forderte erneut zu einer Demonstration auf (Dokument 28). Unter dem Eindruck dieser Demonstrationen und der wachsenden Unruhe der Arbeiter schwangen sich die Regierungssozialisten zu einer „Friedenspetition" auf, die von der Spartakusgruppe als „Petition gegen den Frieden" (vgl. Dokument 29) unbarmherzig zerpflückt wurde.

Die Verschärfung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Lage in Deutschland führte die Machthaber zu dem Versuch, die gesamte männliche Bevölkerung in Form des „Vaterländischen Hilfsdienstes" zu militarisieren und unter die Knute zu bringen. Durch ein paar soziale Schutzbestimmungen suchte man auch die Sozialdemokratie zu ködern. Welche Wirkungen dieses, im Dezember 1916 mit Zustimmung der SPD. angenommene Gesetz haben würde, sagte das Flugblatt des Spartakusbundes: „Deutschland — ein fertiges Zuchthaus!" (Dokument 30) richtig voraus. Im Winter 1916/17 trat dazu eine so unerhörte Not an Nahrungsmitteln ein, daß es in verschiedenen Orten zu Lebensmittel-Plünderungen kam. Das Flugblatt: „Hunger!" (Dokument 31) ist ein Beispiel dafür, wie die Spartakusgruppe auch diese Wirkung des Krieges zur Aufklärung und Mobilisation der Massen auszunutzen suchte.

Trotz der zahlreichen Verhaftungen im Sommer 1916 entfaltete die Spartakusgruppe eine immer stärkere Agitation. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht arbeiteten auch vom Gefängnis aus lebhaft mit. Die Kassiber, manchmal umfangreiche Manuskripte, wanderten regelmäßig aus der Zelle in die illegalen Druckereien. Seit September 1916 gelang es Leo Jogiches, die Spartakusbriefe, die bisher nur in Schreibmaschinenabzügen versandt waren, als gedruckte Zeitschrift herauszugeben.

Inzwischen war dem Ausschluß der Fraktionsminderheit die Spaltung der Parteiorganisation durch den sozialdemokratischen Parteivorstand gefolgt. Der Parteivorstand hatte einer Reihe von Organisationen ihre Zeitungen geraubt. Zuletzt auch den Vorwärts, über dessen der Arbeitsgemeinschaft zuneigende Redaktion er bereits seit dem Frühjahr 1916 neben der Militärzensur einen eigenen parteipolitischen Zensor eingesetzt hatte. Die Arbeitsgemeinschaft fand auch hier nicht den Mut zum offenen Auftreten. Sie wagte nicht einmal die Losung des offenen Boykotts gegen den jetzt völlig militärfromm gewordenen Vorwärts. Andererseits wurde die Arbeitsgemeinschaft wider Willen durch den Parteivorstand zum Zusammenschluß

gezwungen. Ende September 1916 hatte noch der Parteivorstand eine Reichskonferenz einberufen, die scheinbar der Einigung der Gesamtpartei dienen sollte. Neben den Referenten Ebert von der Mehrheit und Haase von der Arbeitsgemeinschaft trat dort Käte Dunker für die Spartakusgruppe auf; die Basis ihres Korreferats war die grundsätzliche Ablehnung der Vaterlandsverteidigung. Aber schon zwei Wochen später nahm der Parteivorstand gewaltsam den Vorwärts in Besitz. Endlich entschloß sich die Arbeitsgemeinschaft, eine von der Spartakusgruppe längst geforderte Konferenz aller oppositionellen Gruppen[1]) aus dem ganzen Reiche für Anfang 1917 nach Berlin einzuberufen.

Die Spartakusgruppe entschloss sich damals noch nicht zur offenen Losung der Spaltung von der SPD. Aber die von ihr aufgestellten Richtlinien ihres Auftretens auf der Konierenz (vergleiche die von Jogisches verfaßten Dokumente 32 und 33) bereiteten faktisch die Spaltung vor. Der Spartakusbund verlangte nicht nur Beitragssperre gegenüber dem Parteivorstand, selbständige Aktionen und Organisierung einer gewerkschaftlichen Opposition mit einem eigenen Gewerkschaftsblatt, sondern erklärte auch grundsätzlich:

„Die Zugehörigkeit zu der gegenwärtigen Sozialdemokratischen Partei darf von der Opposition nur solange aufrecht erhalten werden, als diese ihre selbständige politische Aktion nicht hemmt, noch beeinträchtigt. Die Opposition verbleibt in der Partei, nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu bekämpfen und zu durchkreuzen. . ."

Aber auch gegenüber der Arbeitsgemeinschaft behielt sich die Spartakusgruppe oder „Gruppe Internationale", wie sie sich noch immer nannte, ihre völlige Handlungsfreiheit und ihre gesonderte organisatorische Existenz vor.

Die gleichen Vorbehalte machte die Spartakusgruppe bei dem Eintritt in die Anfang April 1917 in Gotha gegründete Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit des Eintritts in die USP. waren innerhalb der Spartakusgruppe keineswegs einheitlich. Nicht nur blieben die zur Zimmerwalder Linken zählenden Bremer Linksradikalen der USP, fern; auch eine ganze Reihe von Spartakusorganisationen folgten nur widerwillig und zum Teil gar nicht den auf Eintritt lautenden Beschlüssen der Spartakuskonferenz, die kurz vor dem Gründungsparteitag der USP. ebenfalls in Gotha stattfand.

Zwar hat die Spartakusgruppe ihre organisatorische Selbständigkeit und ihre politische Handlungsfreiheit auch nach dem Eintritt in die USP. voll bewahrt, aber auf der letzten Reichs-

[1]) Ein unvollständiges Protokoll ist enthalten in dem von Eichhorn herausgegebenen Protokoll des Gründungsparteitages der USP.

konferenz der Spartakusgruppe Anfang Oktober 1918 war die allgemeine Ueberzeugung so, wie sie in dem Bericht über diese Konferenz (im letzten Spartakusbrief vom Oktober 1918) formuliert wird:

„Es wurden die Erfahrungen über die Zusammenarbeit mit der Unabhängigen Partei ausgetauscht. Günstige Erfolge sind in keinem Orte mit der USP. gemacht worden. Nur in den Orten, wo sich die Organisation der USP. völlig in den Händen von Spartakusanhängern befinden, sind die Genossen mit dem in Gotha vollzogenen Zusammenschluß zufrieden."

Aehnlich hatte sich schon Franz Mehring in seinem Brief an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918 (erschienen in der Petersburger „Prawda" vom 13. Juni) ausgesprochen:

„Im Gegensatz zu der Unabhängigen Sozialdemokratie hat die Gruppe Internationale gleich bei Beginn des Krieges allen Illusionen Valet gesagt und in ihren Thesen und anderen programmatischen Erklärungen nie vergessen, daß nach dem schrecklichen Zusammenbruch vom 4. August 1914 der völlige Neuaufbau der Internationale möglich und notwendig ist. . .

Nur einen Fehler haben wir gemacht, nämlich den, daß wir nach Gründung der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie uns ihr angeschlossen haben, selbstverständlich unter Wahrung unseres eigenen Standpunktes, in der Hoffnung, daß es uns gelingen wird, sie vorwärts zu treiben. Auf diese Hoffnung haben wir schon lange verzichten müssen." (Zitiert nach der Leipziger Volkszeitung vom 4. Juni 1918.)

Der Gründungsparteitag der USP. in Gotha stand schon stark unter dem Einfluß der russischen Februarrevolution von 1917. Aber man verabsäumte es dort, die Lage in Rußland zu analysieren und die entsprechenden Lehren zu ziehen. Die USP.-Führer brachten nicht mehr auf als ein paar Sympathieerklärungen. Aber sie dachten nicht daran, die Konsequenzen für Deutschland zu ziehen. Die Losung der Republik durch Revolution oder gar der proletarischen Diktatur blieben unausgesprochen. Am 8. April schrieb das Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft bzw. USP. für Berlin wörtlich folgendes:

„Darum ist es auch falsch, die revolutionären Mittel des eigenen Landes schematisch auf ein anderes Land übertragen zu wollen. . . Wir haben mit anderen Verhältnissen zu rechnen als drüben in Rußland; der Kampf um unsere innere Freiheit muß daher andere Formen annehmen. Dieser Kampf hat in diesen Tagen unter dem moralischen Eindruck der Vorgänge in Rußland auf parlamentarischen Boden eingesetzt."

Rosa Luxemburg antwortete darauf in den Spartakusbriefen vom Mai 1917 treffend: „Also ein unzweideutiges Bekenntnis zu der Weisheit: In Rußland macht man Revolutionen, in Deutschland hingegen „kämpft" man im Reichstag."

Die Regierung machte zusammen mit den bürgerlichen Parteien allen Hoffnungen der Arbeitsgemeinschaft bald ein Ende. Die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts wurde vom Landtag abgelehnt. Auf einen Massenstreik Berliner Arbeiter vom April 1917 folgten nur leere Versprechungen der Regie-

rung auf erhöhte Nahrungsmittel-Rationen (vergleiche Dokument 34). Für das Volk hieß es trotz russischer Revolution so, wie die Ueberschrift eines illegalen Flugblattes lautete: „Weniger Brot, keine Rechte, neue Steuern" (Dokument 35). Und wo gar revolutionäre Soldaten sich politisch betätigten, wurden sie blutig bestraft. Selbst die Erhebung der Matrosen im Sommer 1917, die mit der Erschießung von Reichpietsch und Köbis endete, fand indessen bei den Abgeordneten der USP. eine so lahme und feige Verteidigung, daß sie einer Verurteilung gleichkam. Der Spartakusbund dagegen trat offen für diese Vorläufer der Novemberempörer ein (vgl. Dokument 36).

Ernster als die USP. faßte der Spartakusbund die Februarereignisse in Rußland auf. Er gab neben verschiedenen Flugblättern (vgl. Dok. 37 u. 38) ein Sonderheft der Spartakusbriefe über die Februarrevolution heraus, das neben Dokumenten einen Leitartikel „Der alte Maulwurf" über die allgemeine Bedeutung der Februarrevolution enthält. Rosa Luxemburg sucht in ihren Artikeln über die russische Revolution die keineswegs immer richtige Analyse der Situation zu einem Appell an die revolutionäre Aktionsfähigkeit auszumünzen. Es gibt keinen anderen Weg zum Frieden, als die Revolution — diesen Satz variiert sie immer wieder, um die deutsche Arbeiterschaft aufzurütteln. Gleichzeitig reizen sie die Vorgänge in Rußland zu immer neuen Erklärungen und Voraussagen. So beschäftigt sie sich in dem Spartakusbrief vom August 1917 unter dem Titel: „Brennende Zeitfragen" in einem besonderen Abschnitt mit der notwendigen Entwicklung der russischen Revolution zur Diktatur des Proletariats und erklärt dabei, also mehr als drei Monate vor der Novemberrevolution, wörtlich folgendes:

„Das neue Koalitionsministerium wird kraft der inneren logischen Entwicklung über kurz oder lang einer rein sozialistischen Regierung, d. h. der tatsächlichen und formellen Diktatur des Proletariats Platz machen müssen."

Die vollständig richtige Erkenntnis der Entwicklung in Rußland wurde Rosa Luxemburg allerdings verwehrt durch die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die Verneinung der Möglichkeit der Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur in einem Lande ohne sofortige Weltrevolution und durch die Verkennung der revolutionären Wirkungen des Friedens von Brest-Litowsk auch für Deutschland.

Diese Fehler gehen aus dem Spartakusbrief vom Januar 1918 trotz der auch darin enthaltenen Anerkennung für die Leistungen der Bolschewiki deutlich hervor. Wie glänzend Rosa Luxemburg dennoch die Tat der Bolschewiki im revolutionären Sinne auszunützen verstand, zeigt der Artikel: „Die ge-

schichtliche Verantwortung" in der gleichen Nummer der Spartakusbriefe.

Daß Rosa Luxemburg's Kritik an den Bolschewiki keineswegs von allen Spartakusanhängern geteilt wurde, zeigt die von mir als dem damaligen Herausgeber der Spartakusbriefe geschriebene redaktionelle Anmerkung zu ihrem Artikel „Die russische Tragödie" aus den Spartakusbriefen vom September 1918, worin ich von der Kritik Rosa Luxemburgs abrückte, was der allgemeinen Stimmung in den Spartakuskreisen entsprach.

Kennzeichnender für die Spartakusgruppe als die Kritik Rosa Luxemburgs an den Bolschewiki in den illegalen Spartakusbriefen waren die uneingeschränkten Solidaritätserklärungen Franz Mehrings und Klara Zetkins mit den Bolschewiki in der legalen Presse. Ende Mai und Anfang Juni 1918 veröffentlichte Franz Mehring in der Leipziger Volkszeitung vier Artikel: „Die Bolschewiki und wir", worin er nachwies, daß die weltgeschichtliche Leistung der Bolschewiki als eine Durchführung und Fortsetzung des Marxismus durchaus zu begrüßen und zu unterstützen ist. Mehring verteidigte in diesen Artikeln die Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk mit folgenden Worten:

„Will man den Bolschewiki einen Vorwurf daraus machen, daß sie den Krieg nicht fortgesetzt haben, statt sich dem Frieden zu Brest-Litowsk zu unterwerfen, so muß man nachweisen können, daß die Fortsetzung des Krieges eine europäische Revolution hervorgerufen haben würde. Wer diesen Nachweis führen zu können glaubt, der mag den ersten Stein auf die Bolschewiki werfen. Aber bisher ist der Nachweis noch nicht einmal versucht, geschweige denn geführt worden, daß diese einzige Voraussetzung eines Erfolges auch nur im Bereich einer entfernten Möglichkeit gelegen hätte. Fehlte sie aber, so wäre die Fortführung des Krieges auf ein Verbluten der russischen Revolution hinausgekommen — zugunsten des Imperialismus der Entente, den die Bolschewiki mit Recht nicht minder hassen als den Imperialismus der Mittelmächte." (Leipziger Volkszeitung vom 1. Juni 1918.)

In seinem Schlußartikel äußert sich Mehring dahin:

„Selbst wenn man von allem Sozialismus absieht, muß schon jeder, der einen demokratischen Verständigungsfrieden nicht bloß mit dem Maule wünscht, die Befestigung und Erhaltung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland aufs dringendste zu fördern suchen; von einem solchen Frieden unaufhörlich zu schwatzen und dabei einen dicken Trennungsstrich zwischen sich und die Bolschewiki zu ziehen, ist der Gipfel jener hoffnungslosen Konfusion, den nur Scheidemann und seine Gefolgschaft zu erklimmen vermag. Die Bolschewiki sind die einzige russische Partei, die vollkommen Bürgschaft für einen demokratischen Verständigungsfrieden bietet, die vollkommen hieb- und stichfest ist gegen allen und jeden Imperialismus, gegen den englischen Imperialismus nicht minder als gegen den deutschen." (Leipziger Volkszeitung vom 17. Juni 1918.)

In dem schon erwähnten Schreiben Mehrings vom 3. Juni 1918 heißt es zum Schluß:

„. . . Ich schreibe diesen Brief, indem ich einem Wunsche nachkomme, der wiederholt aus den Kreisen der Gruppe Internationale geäußert worden ist: um unseren russischen Freunden und Gesinnungsgenossen zu sagen, daß wir mit ihnen allen durch die Bande leidenschaftlicher und tiefster Sympathie verbunden sind, und daß wir in ihnen und nicht in den Gespenstern der „alten erprobten Taktik" die stärksten Vorkämpfer der neuen Internationale erblicken."

Ganz ähnlich hat sich wiederholt Klara Zetkin öffentlich, z. B. in Artikeln der Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung geäußert. Sie sandte außerdem an eine Konferenz der USP., an der sie persönlich nicht teilnehmen konnte, einen ausführlichen Brief, in dem sie in leidenschaftlicher Sprache für die Bolschewiki und gegen die Kritik der Martow, Kautsky, Ströbel an den Bolschewiki auftrat. In diesem Brief verteidigt sie die Auflösung der Konstituante, den Frieden von Brest-Litowsk, den roten Terror, wie überhaupt die gesamte Politik der Bolschewiki. Die ersten und die Schluß-Sätze dieses Briefes fassen ihre Stellung dahin zusammen:

„Mit Entschiedenheit und Sympathie bin ich für die Bolschewiki eingetreten, je klarer und befestigter in mir die Erkenntnis wurde von dem großen geschichtlichen Wesen und der weitreichenden Bedeutung des kühnen bolschewistischen Unterfangens. Ich erblicke und bewerte in diesem den zur Faust zusammengeballten, den tatgewordenen Willen, sozialistische Auffassung, sozialistische Grundsätze von den gesellschaftlichen Dingen aus dem luftigen Reich der Ideen in die harte Wirklichkeit zu übertragen, die Entwicklung eines ganzen großen Volkes auf dem kürzesten Wege planmäßig, bewußt in der Richtung zur sozialistischen Ordnung zu orientieren. . .

Das Werk der Bolschewiki muß als Ganzes betrachtet und gewürdigt werden, als die konsequente Auswirkung eines zersetzenden Willens. Der heutige Stand der revolutionären Dinge in Rußland ist die konsequente Fortentwicklung der Novemberrevolution, ist das Ausleben der Grundsätze, von denen ihre Vorkämpfer und Führer geleitet wurden, der Taktik und Methoden, die sie zur Anwendung bringen." (Zum Teil erschienen in der Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung.)

Es sei hier gleich vorweggenommen, daß der Spartakusbund jederzeit für die Bolschewiki eine uneingeschränkte Propaganda machte. So verbreitete er die von Bucharin verfaßten (und in Kopenhagen gedruckten) „Thesen über die sozialistische Revolution" (Dokument 53).

Die Schlußfolgerungen, die der Spartakusbund aus den revolutionären Vorgängen in Rußland zog, war die planmäßige Vorbereitung der Revolution in Deutschland. (Vergl. „Die Stunde der Entscheidung", Dokument 39.)

Die erste praktische Auswirkung fand die russische Oktoberrevolution in Deutschland in dem großen Massenstreik vom Januar 1918 zur Zeit von Brest-Litowsk. Hier zeigte sich die illegale Leistungsfähigkeit des Spartakusbundes auf seiner ganzen Höhe. Innerhalb weniger Tage brachte der Spartakus-

bund eine ganze Anzahl von Flugblättern heraus, von denen wir nur sieben (Dokument 40 bis 46) abdrucken. Zwar kostete dieser Streik dem Spartakusbund eine große Zahl von Opfern, deren schmerzlichstes die Verhaftung des Hauptorganisators des Spartakusbundes, des Genossen Leo Jogiches im März 1918 war. Aber dieser Streik war zugleich die erste große Kraftprobe der revolutionär gestimmten Arbeiterschaft mit dem deutschen Imperialismus, ein Wetterleuchten, das bereits die revolutionären Novembertage Deutschlands ankündigte. Die organisatorische Vorbereitung dieses Streiks lag zum größten Teil in den Händen der mehr unter dem Einfluß der USP. stehenden revolutionären Obleute Groß-Berlins, einer Art vorrevolutionären Arbeiterrats. Die sozusagen parlamentarische Führung des Streiks hatten einige USP.-Abgeordnete wie Haase und Dittmann; und selbst einige Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer nahmen sich scheinbar der Streikenden an, allerdings, um, wie Wels im Magdeburger Ebert-Prozeß im Jahre 1925 zynisch bekannte, die Bewegung abzuwürgen, oder wenigstens in das ruhige Fahrwasser eines rein wirtschaftlichen Streiks ohne politische Konsequenzen zu leiten. Aber die USP. konnte aus dem Streik nicht allzu viel gewinnen, weil ihr Führer Dittmann, der während des Streiks verhaftet wurde, sich vor dem Kriegsgericht so schmählich benahm, daß er zwar anders wie Liebknecht mit einer Festungsstrafe davonkam, aber dafür auch das Vertrauen der revolutionären Arbeiter zu sich und der USP.-Führung einbüßte.

Im Laufe des Jahres 1918 galten die Hauptanstrengungen des Spartakusbundes in engster Verbindung mit den Berliner revolutionären Obleuten der Bewaffnung von proletarischen Stoßtrupps zur Vorbereitung des bewaffneten Umsturzes. Der Boden für die revolutionäre Propaganda war bereits so gelockert, daß es den Provinzorganisationen des Spartakusbundes verhältnismäßig leicht fiel, mit eigenen Kräften ohne Unterstützung der Zentralstelle Flugblätter herauszugeben. Zentrale und Provinzorganisationen widmeten sich jetzt auch eifrig der Agitation unter den Soldaten in der Kaserne, in der Etappe und im Schützengraben. Beispiele der Soldatenpropaganda sind neben dem Streikaufruf (Dokument 43) das Flugblatt: „Der deutsche Soldat als Henker der Freiheit" (Dokument 47) vom Frühjahr 1918 und der Aufruf: „Kameraden erwacht!" (Dokument 48) vom Sommer 1918. In den Flugblättern kehrt immer häufiger die Forderung des revolutionären Massenstreiks wieder (vgl. Dokument 49), der als Vorbereitung des revolutionären Aufstandes gedacht war. Sobald die Sozialdemokratie in die Regierung eintritt, wirft sich der Spartakusbund diesem neuen Verwirrungsversuch an den Massen entgegen und beweist an der Hand der Erfahrungen über die Sabo-

tage der Amnestie, wie es mit der Demokratie der neuen Volksregierung aussieht (vgl. Dokumente 50 bis 52).

Diese Propaganda wird in den mehr theoretisch gehaltenen Spartakusbriefen ergänzt durch eine ätzende Kritik der Friedensillusionen der USP., die sich, je verzweifelter die militärische Lage Deutschlands wurde, zusammen mit den Rechtssozialisten ganz auf den Boden der Wilsonschen Täuschungspolitik stellte (vergleiche den Artikel: „Friedensbedingungen" aus den Spartakusbriefen vom Oktober 1918).

Seit der Anwesenheit der russischen Botschaft in Berlin drangen jetzt auch Schriften Lenins, Trotzkis und Bucharins in deutscher Sprache nach Deutschland und wurden in den Spartakuskreisen eifrig verbreitet. Von Genossen Bucharin wurden daneben für die deutschen Arbeiter spezielle Thesen über die sozialistische Revolution und die Aufgaben des Proletariats während seiner Diktatur in Rußland verfaßt (Dokument 53).

Anfang Oktober kam in Erwartung der unmittelbar bevorstehenden revolutionären Ereignisse die organisatorische Annäherung zwischen dem Spartakusbund und den „Linksradikalen Deutschlands" (Gruppen in Hamburg und Bremen) auf einer gemeinsamen Konferenz in Berlin zustande (vergleiche ihren gemeinsamen Aufruf, Dokument 54). Sobald der revolutionäre Aufstand der Matrosen in Nordwestdeutschland (vgl. Dok. 55 und 56) ausbrach, wird die Forderung der Rätediktatur der Zentralpunkt der Spartakusorganisation (vergleiche den Aufruf vom 7. November, Dokument 57). Diese Forderung trennte auch nach dem Sturz der Monarchie in Deutschland den Spartakusbund von der SPD., die sich bewußt auf den Boden der bürgerlichen Demokratie stellte, und von der USP., die in ihrer Konfusion eine Versöhnung des Sowjetsystems und des bürgerlichen Parlamentarismus propagierte. Mit diesem Flugblatt endete die glorreiche Tätigkeit der Spartakusgruppe während der Kriegszeit.

Die Flugblätter des Spartakusbundes in der Revolution werden in einem besonderen Bande gesammelt erscheinen. Beide Teile zusammen bilden — neben dem Neudruck der Spartakusbriefe — eine Ergänzung zu meiner in Kürze erscheinenden „Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands".

Ernst Meyer.

Dokument 1.

Die Ursachen des Weltkrieges.

Einleitung.

Plötzlich und unerwartet ist das entsetzliche Unglück des Krieges über uns hereingebrochen, eines Krieges, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat.

Umfang.

Fast ganz Europa steht in Waffen, Deutschland, Oesterreich, Rußland, Serbien, Frankreich, Belgien, England, die Türkei und vielleicht werden noch andere Länder hineingezogen werden.

Millionenheere stehen schon im Kampf — im ganzen harren 25—30 Millionen des Winkes, übereinander herzufallen.

Technik.

Die Technik des Menschenmordens ist zu grauenhafter Vollkommenheit gebracht. Die kleinkalibrigen Gewehre mit ihrer furchtbaren Durchschlagskraft, die Maschinengewehre, die 900 Schüsse in der Minute abgeben, Schrapnells, Flatterminen, elektrische Drähte, Stacheldrahtverhaue, die 42-cm-Geschütze, die von mehr als 100 Personen bedient werden, durch Fernzündung entladen, weil sonst der Luftdruck die Artilleristen töten würde, die alles zu Brei zermalmen und die Ueberlebenden noch durch die giftigen Gase ihrer Riesengeschosse töten.

In der Luft, auf dem Land, auf dem Wasser und unter dem Wasser prallen die Kämpfer zusammen.

Fürchterliche Verluste bis Mitte September: 36 531 Tote, 159 165 Verwundete, 55 522 Vermißte; 251 218 Gesamtverluste. Jetzt Ende Oktober mindestens das Dreifache dazu.

Wirtschaftliche Begleiterscheinungen.

Stockung des Verkehrs, Arbeitslosigkeit, Mangel an Lebensmitteln (Eier, Butter, Futtermittel usw.) und Rohstoffen schon jetzt.

Am bedrückendsten ist die Veränderung, die mit allen Menschen vor sich gegangen zu sein scheint, bis tief in unsere Reihen hinein. Da wird auf Russen, Franzosen und Engländer geschimpft, als ob nie ein Karl Marx gesagt hätte: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Als ob wir nie am 1. Mai und auf internationalen Kongressen für Völkerfrieden und Verbrüderung eingetreten wären.

Da haben sich auch organisierte Arbeiter an der Spionenverfolgung und Ausländerhetze der ersten Tage beteiligt. Reichstagsabgeordnete und andere „führende" Genossen stellen

sich freiwillig oder senden ihre Söhne als Freiwillige. Parteizeitungen lassen sich fortreissen von dem Taumel der Kriegsbegeisterung und des Chauvinismus.

Demgegenüber ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, der nicht nur zahlendes Mitglied, sondern überzeugter Mitkämpfer war, sich den Kopf klar zu halten, sich nicht von dem äußerlichen Drum und Dran, sich von den äußerst geschickt aufgebauten Kriegstheaterkulissen täuschen zu lassen, sondern den Dingen auf den Grund zu gehen.

Vor allem muß die Frage nach den Ursachen dieses Krieges aufgeworfen werden, denn aus ihnen gewinnen wir den Standpunkt für eine richtige Beurteilung der Ereignisse, wie auch die Einsicht in die Aufgaben, die wir zur Verhinderung ihrer Wiederholung zu erfüllen haben.

Anlaß und Ursache zu unterscheiden.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und was drum und dran hängt, das ist nur der Funke, der ins Pulverfaß fiel. Aber die Pulverfässer standen schon lange bereit, und hätte dieser Funke nicht gezündet, so hätte es ein anderer getan.

Die Kriegsgefahr lauerte seit Jahren unausgesetzt. Schon dreimal stand Europa im neuen Jahrhundert am Rande eines Krieges, während des russisch-österreichischen Konfliktes 1909 und während der Marokkokrise 1906 und 1911.

Welches sind die treibenden Kräfte? Sie sind in erster Linie wirtschaftlicher Natur und entstammen der kapitalistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

Ausführung (nur skizziert, s. Materialangaben).

Durch die technische Entwicklung sind die Produktionskräfte ungeheuer gewachsen.

Folge: Ein Ueberfluß von Produkten, für die auf dem inneren Markt kein Absatz ist. Eine Aufspeicherung immer größerer Kapitalien, die nach Verwertung drängen, aber im Inland keine gewinnbringende Anlage finden können. 1. Warenexport. 2. Kapitalexport.

1. 1912 führte Deutschland ein: 10691 Millionen Mark an Waren, darunter 5883 Millionen = 55 Prozent Roh- und Halbstoffe, 2945 Millionen = 27 Prozent Nahrungsmittel.

Deutschland führte aus: 8957 Millionen Mark an Waren, darunter 2371 Millionen Mark = 26,5 Prozent Roh- und Halbstoffe, 5788 Millionen Mark = 64,6 Prozent fertige Waren.

2. Kapitalexport: Nach Hilferding betrug 1906 das britische Auslandskapital 54 Milliarden, 1905 das französische Auslands-

kapital 32 Milliarden, 1906 das deutsche Auslandskapital 26 Milliarden.

Die Groß-Kapitalisten, die Bankkonzerne borgen den Regierungen noch unentwickelter, kapitalarmer Länder Geld für ihre Armeen, Bahn- und Straßenbauten, Bewässerungsanlagen usw.

Bedingungen. Hohe Zinsen, Deckung des Warenbedarfs bei den Gläubigern, Ueberlassung von Bergwerksrechten oder anderen Landesreichtümern. Beispiele: Englisches Kapital in Aegypten, französisches Kapital in Marokko, deutsches in der Türkei (Bagdadbahn).

Der Staat, durch die wachsenden Staatsschulden in Abhängigkeit vom Kapital geraten, wird der Hüter der kapitalistischen Interessen im Ausland:

1. dem borgenden Staat gegenüber, falls er nicht pünktlich die Bedingungen erfüllt — erst „diplomatischer Druck", dann „militärische oder Flottendemonstration", schließlich Besetzung des Landes;

2. auch andern kapitalistischen Staaten gegenüber, die in dem Schuldenstaat auch ihren eigenen Kapitalisten Kapitalsanlagenmöglichkeiten verschaffen möchten oder bereits vorhandene Kapitalsinteressen verteidigen.

Dem Ausdehnungsbestreben des Kapitals folgt die Ausdehnungspolitik der Nationalstaaten, der Imperialismus, begleitet von einer uferlosen Rüstungspolitik, und diese schaffen dauernde Konfliktsherde.

Als besondere Ursache des jetzigen Krieges:

1. Der österreichisch-serbisch-russische Gegensatz (s. Bauer: Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik, Seite 36 und Seite 41—44);

2. der deutsch-englische Gegensatz (s. Bauer Seite 30 und sozialdemokratische Flugschrift Nr. 12: Imperialismus oder Sozialismus S. 9—11).

Schlußgedanken.

Kapitalistische Interessen sind es, die zum Krieg geführt haben und zum Kriege führen mußten. Wenn wir das einsehen, können wir die nationalistische Hetze nicht mitmachen, können wir in die Kriegsbegeisterung nicht einstimmen, können wir auf die Phrase vom „gefährdeten Vaterland" nicht hineinfallen. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, schon jetzt und noch vielmehr nach Schluß des Krieges eine intensive Aufklärungsarbeit zu leisten. Noch viel hingebungsvoller und ernster den Kampf zu führen gegen eine Gesellschaftsordnung,

die zu solchen Greueln führen mußte. Wir haben nur die Wahl zwischen Kapitalismus und steter Kriegsgefahr oder —

Sozialismus und Weltfrieden.

Unbedingt zu empfehlendes Material:

Radek, der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse (im Bremer Verlag 1912);

Bauer, der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik (Vorwärtsbuchhandlung 1912);

Sozialdemokratische Flugschriften XII (Vorwärts - Verlag 1912).

Dokument 2.

Der neue Sozialisten-Marsch.

Auf Sozialisten, schließt die Reihen,
Die Trommel ruft, die Banner weh'n.
Wir woll'n uns neuen Zielen weihen:
Die Monarchie soll neu ersteh'n!
Der Schuß dem Russ' Stoß dem Franzos',
Der Tritt dem Britt'! Der Klapps dem Japs.
Vom deutschen Volke sei gegeben!
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Das nennt man jetzt den heil'gen Krieg!
Wir sind das Volk! Mit uns der Sieg!

Ihr ungezählten Millionen,
Aus Schacht und Feld, aus Stadt und Land,
Ihr seid nun Futter für Kanonen,
Die schuf des Proletariers Hand!
Jetzt schießt man auf den Bruder gern,
Weil es der Wunsch des hohen Herrn!
Vernichtung vieler Menschenleben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben,
Das nennt man jetzt den heil'gen Krieg,
Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint' und Speer man nicht mehr haut;
Nein, Motorbatterien fahren,
Und Bomben wirft der Aeronaut!
Die Mittel gern bewill'gen wir,
Und mancher wird noch Unteroff'zier!
Auch Orden wird es schließlich geben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Vorbei der Arbeit heil'ger Krieg!
Und schließlich büßt das Volk den Sieg!

Dokument 3.

Zur Kriegssitzung des Reichstages.

(Liebknechts Ablehnung der Kriegskredite.)

Genosse Liebknecht hat zur Begründung seiner verneinenden Abstimmung in der Reichstagssitzung vom 2. d. M. dem Reichstagspräsidenten zur Aufnahme in den stenographischen Bericht gemäß § 59 der Geschäftsordnung folgendes überreicht:

Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedelungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisierung und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole „Gegen den Zarismus" diente — ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Gegen den Militarismus" dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Ueberlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kräfte fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend finden kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflicht-

vergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, den 2. Dezember 1914.

gez. Karl Liebknecht.

Der Präsident hat die Aufnahme dieser Begründung in den stenographischen Bericht abgelehnt, weil in ihr Aeußerungen enthalten seien, „die, wenn sie im Hause gemacht wären, Ordnungsrufe nach sich gezogen haben würden".

Dokument 4.

Disziplinbrüche.

Bekanntlich stimmte in der Reichtagssitzung vom 2. Dezember 1914 der Genosse Dr. Liebknecht als einziger gegen die Bewilligung der Kriegskredite, trotzdem die Fraktion beschlossen hatte, dafür zu stimmen. Wegen dieses „Disziplinarbruches" wurde er ja von der Fraktion „verurteilt". Diese Disziplinbruchsgeschichte ist aber nicht vollständig. Wir halten folgende Ergänzung nötig, nachzutragen:

Als am 2. Februar in der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der „Disziplinbruch" Liebknechts behandelt wurde, geschah dies unter größter Erregung der Fraktionsmitglieder. Unter denen, die Liebknecht mit Beschimpfungen wie Lump, Lümmel, Hampelmann, Fatzke usw. oft minutenlang überhäuften, tat sich neben Ulrich, Thöne, Peus, Rauch besonders auch Hildebrand hervor. Da sprang plötzlich der Gen. Edmund Fischer-Zittau (ein Mitglied der äußersten Rechten in der Fraktion) in die Höhe und erklärte schreiend unter atemloser Spannung der Fraktion folgendes: „Das Vorgehen gegen Liebknecht ist eine empörende Heuchelei! Als ich im August 1914 nach Berlin gefahren bin, war ich fest überzeugt, daß die Fraktion gegen die Kriegskredite stimmen würde. Aber ich hatte mir vorgenommen, unter allen Umständen dafür zu stimmen. Und zahlreiche meiner Freunde — es mögen 25 bis 30 gewesen sein — waren genau so wie ich entschlossen, dies zu tun, auch auf die Gefahr eines Disziplinbruches hin. Das kann nicht bestritten werden und deshalb nenne ich das Vorgehen gegen Liebknecht nochmals eine empörende Heuchelei!"

Man kann sich lebhaft vorstellen, welche Verblüffung diese Enthüllung hervorrief, so mancher saß da, wie vor den Kopf geschlagen.

Aber keiner protestierte. Nur Schöpflin, der nächste Redner, erklärte, daß er gern zu denen gehöre, die sich so geäußert, doch habe er nicht die Disziplin brechen wollen, sondern sein Mandat hatte er niederlegen wollen. Daß

gerade Schöpflin von Mandatniederlegen sprach, entfesselte allgemeines Gelächter, denn man kennt — Schöpflin.

Auf Drängen seiner Freunde suchte zwar Fischer seine Erklärung am andern Tag etwas abzuschwächen, so daß zwar keine positive Erklärung abgegeben worden sei, er habe aus den Gesprächen die Ueberzeugung gewonnen usw.

Auch hierüber wurde mit gebührender Heiterkeit quittiert.

Nun ist aber interessant, daß diese Leute, die hier fest entschlossen waren, selbst Disziplinbruch zu begehen und einen andern deswegen hängen wollen, schon zweimal eklatanten Disziplinbruch verübten.

Das erstemal, als sie den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Landbriefträgergehälter dadurch niederzustimmenversuchten, daß sie beim Hammelsprung entgegen dem Fraktionsbeschluß sich weigerten, mit abzustimmen. Dies wurde von Gothein (Fortschrittler) des anderen Tages festgenagelt. (Sten. Bericht von der 261. und 262. Sitzung.)

Das zweitemal wurde von derselben Seite Disziplinbruch verübt, als bei Sessionsschluß von der Fraktion beschlossen wurde, beim Kaiserhoch sitzen zu bleiben. Trotz dieses Beschlusses verließen sie unter Keils Führung den Saal. Das war eine direkte Verhöhnung des Fraktionsbeschlusses. Und diese Leute hatten den Mut, gegen Liebknecht das Verdammungsurteil auszusprechen, wegen — Disziplinbruches, und trotzdem in der betreffenden Sitzung ihre eigenen Sünden vorgehalten wurden. —

Das ist der Gipfel.

Dieselbe Mehrheit der Fraktion ist sich auch klar darüber, daß die Bewilligung der Kriegskredite konsequenterweise die Bewilligung des Budgets nach sich ziehen muß. Hiergegen gibt es aber ganz bindende Parteibeschlüsse. In Hinsicht auf den „Fall" Liebknecht wagt man diese offene Verhöhnung der Parteitagsbeschlüsse jedoch nicht. Man sucht einen anderen Weg, aus dem Dilemma zu kommen. Kann man Beschlüsse nicht ohne weiteres übertreten, so — hebt man sie einfach auf. Und so besteht tatsächlich die Absicht: auf einer gemeinsamen Tagung des Parteiausschusses, des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion sollen diese Parteitagsbeschlüsse vorübergehend außer Kraft gesetzt werden. Der nächste Parteitag soll dann Indemnität erteilen. Es ist zwar zu definitiven Schritten noch nicht gekommen, darum ist es aber Zeit, dagegen Front zu machen!

Das fehlte gerade noch, daß die sozialistisch-nationalistisch-imperialistische Mehrheit die Partei einfach vergewaltigt.

Die Arbeiter haben hiergegen auf der Hut zu sein, wenn sie nicht eine neue Ueberraschung erleben wollen.

Dokument 5.

Parteidisziplin.

Die Reichstagssitzung vom 2. Dezember hat wieder die Frage der Parteidisziplin in den Vordergrund gerückt und die Parteigenossen müssen sich naturgemäß mit dieser Frage ernsthaft beschäftigen. Dabei ist es jedoch, um zu richtigen Schlüssen zu gelangen, notwendig, möglichst der Sache auf den Grund zu gehen und nicht an ihrer Oberfläche zu haften.

Jede Körperschaft, jede größere Gemeinschaft, die auf der Mitwirkung mehrerer Einzelmenschen beruht, bedarf der Disziplin, d. h. der Unterordnung des einzelnen, ohne die ein Zusammenwirken unmöglich ist. Ohne Disziplin wäre kein Fabrikbetrieb, kein Schulunterricht, kein Militär und kein Staat möglich. Ist es dieselbe Disziplin, die der Sozialdemokratischen Partei zugrunde liegt? Durchaus nicht! Zwischen unserer sozialdemokratischen Disziplin und der Fabrik- oder Militärdisziplin besteht ein direkter Gegensatz im Wesen und in den Wurzeln. Die militärische sowie die kapitalistisch-industrielle Disziplin beruhen auf dem äußeren Zwang, die sozialdemokratische auf freiwilliger Unterordnung, die ersteren dienen der Despotie einer Minderheit über die Volksmasse, die letztere dient der Demokratie, d. h. dem Willen der aufgeklärten Volksmasse gegenüber dem einzelnen. Niemand wird gefragt, ob er Bürger eines Staates sein will oder nicht. In die Sozialdemokratische Partei tritt man freiwillig ein, indem man sich freiwillig dem Massenwillen dieser Partei fügt, um diesen Willen auf sozialem und politischen Gebiet zur Tat zu machen. Was dieser Wille aber jederzeit bedeutet, darüber gibt das Programm der Partei klaren und unzweideutigen Aufschluß, darüber geben Parteitagsbeschlüsse sowie Beschlüsse der internationalen Kongresse Bescheid, an denen die Partei teilgenommen hat.

Darin und nur darin liegt die eigentliche Basis, die innere Berechtigung und der historische Sinn der sozialdemokratischen Disziplin. Sie ist das geschichtliche Werkzeug und das unentbehrliche Hilfsmittel, um den im Programm der Arbeiterpartei, in Parteitags- und internationalen Pongreßbeschlüssen aufgesteckten Willen fortlaufend zur politischen Tat zu schmieden.

Die Arbeiterbewegung hat nun verschiedene Organe, die ihr dienen, und in jedem dieser Organe muß jeder einzelne sich der Mehrheit fügen. Aber die Disziplin dieser Organe, die Disziplin der parlamentarischen Fraktion beispielsweise, des Parteivorstandes, der Jugendausschüsse, der Bildungsausschüsse usw. usw. hat nur den Zweck, die Parteidisziplin durchzuführen, d. h. das Parteiprogramm und die Beschlüsse der Gesamtpartei zur Anwendung zu bringen. Stellen wir uns für einen Moment vor, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

hätte plötzlich mit großer Mehrheit oder nahezu einstimmig beschlossen, sich der Nationalliberalen Partei anzuschließen: wäre dann ihr Anspruch an die Parteidisziplin gegenüber ihren Mitgliedern irgendwie berechtigt? Jeder Genosse wird ohne weiteres mit einem Nein antworten. Eine sozialdemokratische Fraktion, die etwa plötzlich beschließen würde, sich der Nationalliberalen Partei anzuschließen, wäre im Gegenteil selbst diejenige, die die Parteidisziplin in schnödester Weise gebrochen hätte und deswegen vor das Gericht der Gesamtpartei gehörte. Sie würde durch diesen Beschluß selbst jedes ihrer Mitglieder des Gehorsams entbinden, so wie selbst im heutigen Heer ein Soldat von der Pflicht des Gehorsams entbunden ist, wenn er zu gesetzwidrigen Handlungen aufgefordert wird. Was für jeden Staatsbürger und Soldaten der Zwang des Gesetzes, das ist für jeden Sozialdemokraten die bindende Kraft des Parteiprogramms. Und keine Gruppe von hundert Genossen, möge sie eine Ortsversammlung, ein Konsumverein oder eine parlamentarische Fraktion sein, haben in einer demokratischen Partei, wie die Sozialdemokratie, die Befugnis, den einzelnen zum Verrat an der Partei zu zwingen. Die Disziplin der Gesamtpartei, d. h. ihrem Programm gegenüber, geht vor aller Korporationsdisziplin und kann allein dieser letzteren Berechtigung verschaffen, wie sie auch ihre natürliche Schranke bildet.

In unserem Beispiel liegen die Dinge klar und unzweideutig, weil wir einen Beschluß konstruiert haben, der schon äußerlich als formeller Verrat an der Partei gekennzeichnet ist. Aber eine Fraktion kann, ohne formellen Uebertritt zur Nationalliberalen Partei zu beschließen, folgenschwere Beschlüsse für die gesamte Partei fassen, die sachlich auf die Politik der Partei Drehscheibe hinauslaufen, die dem Programm, der Taktik, der Tradition, den Parteitagsbeschlüssen, sämtlichen Broschüren, Zeitungen und Agitationsreden vergangener fünf Jahrzehnte der Parteiexistenz direkt ins Gesicht schlagen. Solche Beschlüsse bilden alsdann zweifellos den denkbar flagrantesten Disziplinbruch gegenüber der Gesamtpartei, wie sie bisher war.

Wie die Partei heute über die Reichstagssitzung des 4. August und des 2. Dezember denkt, ist bis jetzt und bleibt wahrscheinlich noch eine geraume Zeit unbekannt. Nur die Auffassung von 110 Reichstagsabgeordneten und drei bis vier Dutzend Redakteuren hat sich bis jetzt öffentlich kundgetan. In einer demokratischen Partei, wie die unsere, ist maßgebend die Ansicht und der Wille nicht einer Hand voll Literaten, Parteibeamter oder Parlamentarier, sondern der großen Mehrheit der Proletarier, der Millionen, die nach reiflicher Prüfung, nach offener eingehender Diskussion ihre Beschlüsse fassen. Heutzutage, unter dem Belagerungszustand, ohne Preßfreiheit, ohne Versammlungsrecht, ohne freies, ungehindertes Parteileben und

öffentliche Meinung, ist es der großen Masse der Parteigenossen völlig unmöglich, ihre Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Und die Vertrauensvoten, die sich einzelne Abgeordnete in ihren Wahlkreisen geholt haben mögen, besitzen unter solchen politischen Umständen im ganzen Lande sehr geringen Wert. So bleibt es Tatsache, daß seit dem Ausbruch des Krieges, unter dem Schutze des Belagerungszustandes, fortlaufend schwerste Disziplinbrüche begangen werden, die die Sozialdemokratie ihrer bisherigen Richtung, ihrer Physiognomie, ihrer Ziele zu berauben geeignet sind. Disziplinbrüche, die darin bestehen, daß einzelne Organe der Partei, anstatt dem Gesamtwillen, d. h. dem Parteiprogramm dienen, auf eigene Faust diesen Gesamtwillen beugen.

Und erst wenn die eiserne Disziplin des Belagerungszustandes beseitigt ist, wird die große Masse der Parteigenossen ihre Disziplin wieder zur Geltung bringen und für die begangenen Disziplinbrüche Rechenschaft fordern können.

Dokument 6.

Offener Brief an die Hamburger Parteigenossen.

Werte Genossen!

Sie wollen mir gestatten, Ihnen folgendes vorzutragen:

I.

In seiner Nr. 300 v. J. druckte das Hamburger Echo aus der Chemnitzer Volksstimme einen wüsten, gegen mich gerichteten Schmähartikel ab. Die Chemnitzer Volksstimme war zur Aufnahme dieses Artikels gezwungen, da der Verfasser Schöpflin einen der Reichstagswahlkreise vertritt, deren Organ sie ist. Sie beeilte sich, meine kurze Erwiderung ohne jede Randglosse abzudrucken.

Dagegen bedurfte das Hamburger Echo erst einer Mahnung von mir, um aus der Chemnitzer Volksstimme meine Erwiderung so abzudrucken, wie es den Schmähartikel Schöpflins abgedruckt hatte. Sie erschien in Nr. 302 des Hamburger Echos vom vorigen Jahre und lautete:

Geehrte Redaktion!

In Nr. 293 der Chemnitzer Volksstimme veröffentlichen Sie einen Artikel des Reichtagsabgeordneten Schöpflin, der von den gröbsten Beschimpfungen und Verdächtigungen meiner Person strotzt. Die Vorsicht, womit der Verfasser vermeidet, meinen Namen ausdrücklich zu nennen, erklärt sich daraus, daß er die Tatsache, auf die er seine Ausfälle stützt, reinweg erfunden hat. Ich habe den Artikel des Gothaer Parteiblattes weder verfaßt noch seine Entstehung irgendwie beeinflußt.

Um jeder neuen Verdächtigung vorzubeugen, will ich noch feststellen, daß ich mit meiner formellen Verwahrung selbstverständlich kein Urteil über den sachlichen Inhalt des Artikels fälle. Wer mich darüber ansprechen wollte, müßte es schon in parteigenössischen Formen tun. Mit dem Reichstagsabgeordneten Schöpflin würde ich allerdings auch unter dieser Voraussetzung nicht über ernste Parteifragen streiten. Ich kenne ihn noch von seiner redaktionellen Tätigkeit in Leipzig her, wo er bei seiner allwöchentlichen Heimkehr aus dem Reichstag die Redaktionszimmer mit immer gleich pathetischen Vorträgen über die gefährdete Lage der Partei zu betreten pflegte, während wir andern, bei dem ehrlichsten Bemühen, zu lernen, aus seinen wohlgemeinten Bemerkungen doch nur eine — weniger für uns, als für den künftigen Biographen des Reichstagsabgeordneten Schöpflin wertvolle — Aufklärung darüber gewinnen konnten, ob er am Abend vorher mit radikalen oder revisionistischen Fraktionskollegen gekneipt hatte.

Ich darf von Ihrer Loyalität die Aufnahme dieser kurzen Berichtigung erwarten.

Mit Parteigruß

F. Mehring.

Steglitz-Berlin, 20. Dezember 1914.

Statt nun aber nach dem Vorbilde der Chemnitzer Volksstimme die kurze Berichtigung, die noch nicht ein Zehntel so lang war wie der Schmähartikel Schöpflins, ohne Randglosse abzudrucken, fügte das Hamburger Echo hinzu:

Als „Berichtigung" mutet diese Erklärung etwas eigentümlich an, denn mit der Frage, um die es sich hier handelt, hat der persönliche Verkehr der früheren Volkszeitungs-Redakteure nichts zu tun. Auffällig ist dagegen, daß Genosse Mehring es unterläßt, auch nur mit einer Silbe anzudeuten, ob er den herausfordernden Artikel des Gothaer Volksblattes sachlich billigt oder nicht. Wenn Mehring nichts anderes gegen den Artikel Schöpflins aufzubringen vermag als alte Kneip- und Redaktionsgespräche, so hätte er sich den zweiten Teil seiner Erklärung ersparen können.

Darauf sandte ich dem Hamburger Echo folgende Berichtigung:

Geehrte Redaktion!

Auf die neuen Angriffe, die Sie in Nr. 302 des Hamburger Echos gegen mich gerichtet haben, ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

1. Es ist unrichtig, daß „ich nichts anderes gegen den Artikel Schöpflins aufzubringen vermöge", als „alte Kneip- und Redaktionsgespräche". Richtig ist vielmehr, daß ich gegen diesen Artikel aufgebracht habe: er strotze von den gröbsten Beschimpfungen und Verdächtigungen meiner Person, auf Grund einer von dem Verfasser reinweg erfundenen Tatsache.

2. Es ist unrichtig, wenn Sie es „auffällig" nennen, daß ich es unterlasse, auch nur mit einer Silbe anzudeuten, ob ich den „herausfordernden Artikel" des Gothaer Volksblattes sachlich billige oder nicht. „Auffällig" wäre es vielmehr gewesen, wenn ich mich, entgegen aller guten Parteisitte, durch eine in frivolster Weise vom Zaune gebrochene Zänkerei zu einem Urteil über die Arbeiten anderer Parteigenossen hätte nötigen lassen. Da diese Ihre unrichtige Bemerkung jedoch die von mir gestellte Vorbedingung „parteigenössischer Formen" erfüllt, so erkläre ich mich Ihnen gegenüber

gern bereit, meine Ansicht über den Artikel des Gothaer Volksblattes nicht bloß mit einer Silbe, sondern mit aller von Ihnen irgend gewünschten Ausführlichkeit zu entwickeln, falls Sie mir — was ich nicht unbillig finden werde — denselben Raum des Hamburger Echos bewilligen, den Sie für die leichtfertigen Schmähungen des Reichstagsabgeordneten Schöpflin übrig gehabt haben.

Mit Parteigruß

Franz Mehring.

Steglitz-Berlin, 30. Dezember 1914.

Hierauf erfolgte diese Antwort:

Hamburg 36, den 31. Dezember 1914.

Werter Genosse Mehring!

Ueber die Aufnahme von Artikeln pflegen wir erst dann zu entscheiden, wenn sie uns vorliegen. Wir müssen es daher zunächst Ihnen überlassen, ob Sie einen Artikel für uns schreiben wollen.

Eine weitere Berichtigung in Sachen des Gothaer Volksblatt-Artikels erübrigt sich u. E., nachdem wir bereits zweimal berichtet haben, daß Sie erklären, den Artikel weder verfaßt noch veranlaßt zu haben.

Mit Parteigruß

Redaktion des Hamburger Echos.
I. A.: J. Reitze.

Gegen diesen Bescheid richtete ich folgende Beschwerde an die Preßkommission des Hamburger Echos:

Steglitz-Berlin, 10. Januar 1915.

Geehrte Genossen!

Hiermit reiche ich eine Beschwerde gegen die Redaktion des Hamburger Echos bei Ihnen ein:

Nachdem das Blatt eine Reihe pöbelhafter Schimpfereien des Reichstagsabgeordneten Schöpflin gegen mich aus der Chemnitzer Volksstimme übernommen hatte, druckte es zwar auch meine Erwiderung aus dem genannten Blatt ab, fügte aber neue Verdächtigungen hinzu, wie Sie aus der beifolgenden Nummer 302 ersehen wollen. Ich sandte darauf eine Berichtigung ein, deren Aufnahme von der Redaktion abgelehnt wurde. Berichtigung und Ablehnung liegen im Wortlaut bei.

Die Gründe, die die Redaktion für ihre Ablehnung geltend macht, sind nichtig. Ich habe von ihr nicht verlangt, daß sie den angebotenen Artikel aufnehmen solle, sondern nur, daß sie, nachdem sie mich der politischen Drückebergerei beschuldigt hatte, mir die Erklärung gestatten solle, daß ich zu jeder Erklärung über den umstrittenen Artikel bereit sei. Ebenso nichtig ist der andere Ablehnungsgrund, da ich eine nochmalige Erklärung über die Verfasserschaft des nachfolgenden Artikels mit keiner Silbe beansprucht habe.

Ich ersuche Sie deshalb, die Redaktion zur Aufnahme meiner selbst nach dem bürgerlichen Preßgesetz berechtigten, Berichtigung zu veranlassen.

Mit Parteigruß

F. Mehring.

Darauf erhielt ich folgenden Bescheid:

Hamburg, den 13. Januar 1915.

Werter Genosse!

Die Preßkommission hat in ihrer heutigen Sitzung von Ihrer am 11. Januar bei unserem Vorsitzenden eingegangenen Beschwerde gegen die Redaktion des Hamburger Echos Kenntnis genommen; sie ist der Meinung, daß der erste Teil Ihrer Berichtigung, nämlich „daß der Artikel des Genossen Schöpflin von den gröbsten Beschimpfungen und Verdächtigungen Ihrer Person strotzt", schon an der Spitze Ihrer in Nr. 302 des Hamburger Echos abgedruckten Erklärung veröffentlicht worden ist und daß, wenn Sie sich in dem zweiten Teil Ihrer Berichtigung bereit erklären, gegen die Schmähungen Schöpflins einen Gegenartikel für das Hamburger Echo zu schreiben, von der Redaktion das Verlangen doch nicht unbillig ist, zunächst einmal den Wortlaut Ihres Artikels kennen zu lernen. Die Preßkommission vermag deshalb in der Ihnen am 31. Dezember gegebenen Antwort der Redaktion eine direkte Ablehnung einer Erwiderung von Ihrer Seite nicht zu erblicken und stellt es Ihnen deshalb anheim, Ihren angekündigten Artikel der Redaktion zur Kenntnisnahme zu unterbreiten und deren Entscheidung über die Aufnahme desselben abzuwarten.

Mit Parteigruß

H. Thomas, Altona, Winklerplatz 8.

Auf diesen Bescheid kann ich nur mit Lassalle antworten: Wozu sind denn die höheren Instanzen da, wenn sie, statt die Einwände des Rechtsuchenden zu prüfen, einfach die unrichtigen Behauptungen der ersten Instanz wiederholen?

Würde es sich um ein bürgerliches Blatt handeln, so würde ich es zur Aufnahme meiner Berichtigung durch das Preßgesetz zwingen. Da ich einem Parteiblatt gegenüber diesen Weg nicht beschreiten kann, bin ich genötigt, den Hamburger Genossen den aktenmäßigen Sachverhalt zu unterbreiten.

II.

Bereits in Nr. 299 hatte es das Hamburger Echo für angebracht gehalten, gemäß der — bisher von der Parteipresse als unanständig bekämpften — Methode des seligen Eugen Richter nach dem Verfasser eines andern, im Gothaer Volksblatt veröffentlichten Artikels zu schnüffeln. Es hielt mich dafür — kann sein, kann auch nicht sein, ich lehne jede Beteiligung an solchen Schnüffeleien ab —, und erklärte mich für unwürdig, „mich zum Richter über Disziplin und Prinzipienverrat in der Sozialdemokratie aufzuwerfen", denn ich hätte „in jener gefahrvollen ersten Zeit des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie in niedrigster Weise angegriffen".

Ueber diese noble Kampfweise verliere ich an sich kein Wort. Wer mich dafür, was ich nicht über Nacht vergessen kann, was ich nahezu in dreißigjähriger Parteitätigkeit gelehrt und gelernt habe, durch die Erinnerung daran strafen will, was ich vor 36 Jahren gesündigt haben mag, der macht sich

lächerlich und verächtlich, nicht mich. Aber bei dem Hamburger Echo handelt es sich um mehr als bloße Noblesse der Gesinnung. Es weiß nämlich sehr gut, daß es „die gefahrvollen ersten Jahre" seines Bestehens „unter dem Sozialistengesetz" nicht zuletzt, dank meiner Mitwirkung, durchgehalten hat. Es schrieb im Jahre 1891 — der Ausschnitt liegt mir im Original vor, doch ist aus ihm Datum und Nummer des Blattes nicht zu ersehen —:

Unsere Leser werden sich noch aus der Zeit, als die eigentümlichen, auf dem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie fußenden polizeilichen Begriffe von dem, was erlaubt oder nicht erlaubt sei, es in Hamburg unmöglich machten, ohne direkte Verleugnung unserer sozialdemokratischen Anschauungen, eigene Leitartikel zu bringen, mancher scheidigen, aus der Volkszeitung übernommenen Aufsätze erinnern. Nun, der Verfasser der meisten (vielmehr aller! F. M.) jener Artikel ist Mehring, und mit derselben vernichtenden Schärfe, wie er damals dem System Bismarck-Puttkamer zu Leibe ging, stellt er jetzt die Verhältnisse eines großen Teiles der kapitalistischen Presse dar. . . . An der Hand eines Einzelfalles, der aber typisch ist, schildert Mehring das System in seiner Verworfenheit und beweist sonnenklar, daß für einen ehrlichen unabhängigen Mann von eigenem Urteil kein Platz mehr ist in der bürgerlichen Presse.

So das Hamburger Echo im Jahre 1891, und im Jahre 1915 verweigert es dem „ehrlichen, unabhängigen Mann von eigenem Urteil" die Aufnahme einer Berichtigung, die ihm, dank dem bürgerlichen Preßrecht, die bürgerliche Presse nicht verweigern dürfte.

Aber es erklärt mich ja wegen meines Gesinnungswechsels der Parteirechte für verlustig. Schön, jedoch wer sind denn die ehernen Katone, durch die das Hamburger Echo nahezu Tag für Tag in mächtigen Kundgebungen Buße und Einkehr predigen läßt? Da ist der Genosse K. H.,[1]) der noch nach dem 4. August seinen kräftigen Unwillen über den „scheußlichen Umfall" derjenigen Parteiblätter kundgab, in denen er jetzt seinen alten Freunden in den Rücken fällt, wohl wissend, daß sie ihm unter der Militärzensur nicht antworten können. Da ist der Genosse M. G., der vor lauter Radikalismus barst, bis ihn ein Schiedsgericht der „selbständigen Eigenbrödelei" — allerdings auf völlig unpolitischem Gebiete — für schuldig befand, und der nunmehr in ernster Besserung diejenigen Genossen der „selbstsüchtigen Eigenbrödelei" zeiht, die nicht leichtfüßig genug sind, um auf den noch immer rechtskräftigen Beschlüssen herumzutanzen, die die deutsche Sozialdemokratie auf soundso viel nationalen Parteitagen und auf soundso viel internationalen Kongressen für den Fall eines imperialistischen Weltkrieges gefaßt hat. Da ist der Genosse P. L.,[2]) der noch am Morgen nach dem 4. August eine — von ihm auch dem Genossen Karl Liebknecht vorgelegte, aber von diesem wegen ihrer scharfen Form abge-

[1]) Konrad Hänisch.
[2]) Paul Lensch.

lehnte — Kundgebung gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion planen half, und der jetzt vor Gott und der Menschheit wehmütige Klage erhebt, weil der Vorwärts nicht mit ihm in den gleichen patriotischen Pott steigen will.

Selbstverständlich mache ich diesen Genossen keinen Vorwurf; ich stimme gern demjenigen Mitglied des Parteivorstandes zu, das bewundernd ausrief: Hut ab vor solchen Männern! Aber wenn es ihnen nicht zur Schande, sondern zur Ehre gereicht, innerhalb sechs Monate in einer Frage, die für Jahrzehnte über das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung entscheidet, ihre Ueberzeugung einfach auf den Kopf gestellt zu haben, und das Hamburger Echo sie deshalb mit Recht zu seinen Schildhaltern ernennt, dann handelt dieses Blatt wohl doch etwas unbillig, wenn sie mir die Rechte eines Parteigenossen absprechen will, weil ich vor sechs mal sechs Jahren meine politische Gesinnung geändert habe.

III.

Mit diesen Ausführungen will ich mich, werte Genossen, bei Ihnen jedoch nicht beschweren. Gestützt auf die Geschichte und die Grundsätze der Partei, pfeifen meine Freunde und ich auf die „Fraktur", die mit uns geredet werden soll oder schon geredet wird, mit derselben Gelassenheit, womit Genosse Scheidemann in Hamburg auf die Gelehrsamkeit gepfiffen hat.

Vielmehr aus einem anderen Grunde richte ich diese Zeilen an Sie. In den letzten Jahrzehnten haben Sie mir wiederholt Beweise Ihres Vertrauens gegeben, das ich stets nach seinem vollen Werte zu schätzen wußte. Ich bin immer glücklich gewesen, wenn ich Ihnen je zuweilen einen geringfügigen Dienst leisten konnte, und Genosse Stubbe, der mir noch wenige Tage vor dem Ausbruch des Krieges die Freude seines Besuches machte, um mir einen ehrenvollen literarischen Auftrag von Ihnen zu überbringen, wird mir bestätigen, wie gern ich diesen Auftrag erfüllt hätte, wenn nicht der Krieg dazwischen gekommen wäre.

Wenn mich nun aber die Redaktion des Echos wiederholt beschimpft und die Aufnahme einer tatsächlichen Berichtigung verweigert, so müssen Sie auf den Verdacht geraten, einem ganz und gar Unwürdigen Ihr Vertrauen geschenkt zu haben. Vor diesem Verdacht möchte ich Sie und gewiß auch mich bewahren, indem ich Ihnen in meinem Falle nachweise, mit welchen Waffen das Hamburger Echo kämpft.

Mit Parteigruß

F. Mehring.

Steglitz-Berlin, im Februar 1915.

Nachschrift: Eben erfahre ich durch urkundlichen Beweis, daß Ihre Preßkommission die Behauptung verbreitet, ich hätte

vor 36 Jahren geschrieben: „Hoch die Hohenzollern, in diesem Zeichen wollen wir siegen." Diese Behauptung ist von der Preßkommission wider besseres Wissen erfunden worden; ich habe weder diesen Satz geschrieben, noch sonst jemals die Hohenzollern hochleben lassen oder in ihrem Zeichen siegen wollen. Das Urteil über eine Parteiinstanz, die mir nicht nur die Verteidigung gegen öffentlich ausgesprochene Verdächtigungen abschneidet, sondern von sich aus noch unwahre Behauptungen hinter meinem Rücken kolportiert, um mich in Ihren Augen herabzusetzen, muß ich Ihnen überlassen.

F. M.

Dokument 7.

Aufruf.

Die Welt speit Blut!

Die Masse der Toten, die der Würger Krieg in Ost und West gefällt hat, ist heute bereits auf mehr als eine Million gestiegen, die der Verwundeten auf das Dreifache. Vergeblich sucht der Geist die Fülle des Elends zu begreifen, das in solchen Zahlen umschrieben wird; vergeblich, sich die Leiden der unglücklichen Millionen zu vergegenwärtigen, deren heimatlichen Boden der Kriegsgott zerstampft, unwägbares Streben nach Glück vernichtend. Daß der Krieg den friedlichen Bürger schone, ist zu Wasser wie zu Lande zur lachhaften Phrase geworden. Wie ein edler Kelch in der Hand eines Trunkenen, so ist unter seiner rohen Faust das Völkerrecht in tausend Scherben zersprungen und aus dem Brodem von Blut und Asche steigt immer dichter die Wolke des Hasses, welche das Gewissen der zur sozialistischen Solidarität aufstrebenden Menschheit umnebelt.

Die Verantwortlichen wissen, daß selbst der materielle Schaden durch keine noch so glänzende Siegesbeute zu ersetzen ist. Für Ostpreußen allein wurden die Schäden der Invasion bereits Anfang Januar auf 400 Millionen Mark geschätzt, für Belgien auf 5,32 Milliarden Franks. Die gesamten Kriegsschulden beliefen sich bereits damals auf 70—80 Milliarden. Jeder weitere Kriegstag vergrößert die Rechnung, die der Friede, das heißt die schaffende Arbeit des Volkes, liquidieren soll. Der Krieg saugt nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft aus.

Solches fügt nicht blinde Wut sinnloser Elemente, sondern Mensch dem Menschen zu.

Und zu welchem Ziele:

Mag anfangs die Parole der Landesverteidigung gutgläubig ausgegeben sein — die Imperialisten hüben wie drüben sprachen gleich unverhohlen aus, worum es gehe —, heute zeigt der Krieg

sein wahres Gesicht, die Regierungen proklamieren die Vernichtung der feindlichen Koalition. Ihnen graut vor dem bewaffneten Frieden, der nur eine Pause zu einem neuen Waffengang bedeuten würde. Darum soll der Gegner zerschmettert werden, um sich nie wieder zu erheben. Man will so sich gegenseitig an die Wurzeln der Existenz. So schallt's aus Rußland gegen Oesterreich, so hinüber und herüber von diesseits und jenseits der Vogesen und des Kanals.

Was muß das Ende sein, wenn die entfesselte Furie ohne Widerstand sich ausrast? Entweder die Tyrannenherrschaft des Siegers — oder, und das ist das wahrscheinlichere, das wechselseitige Verbluten der Gegner. In jedem Falle ist die ökonomische und demokratisch-sozialistische Entwicklung Europas auf Jahrzehnte gehemmt.

Das Bürgertum muß in dieser Lage die Parole der Verzweiflung ausgeben, die sich als Seelengröße aufspielt, die Parole: Durchhalten! Das Proletariat aber würde auf seine Zukunft, auf seine geschichtliche Rolle verzichten, wollte es dem Klang der Kriegstrompete weiter besinnungslos folgen, wie die betörten Kinder dem Rattenfänger von Hameln.

Das kann und darf nicht sein!

Der Sozialdemokratie erwächst die Aufgabe, die Massen zur Friedensaktion zu sammeln.

Dazu hat sie sich wiederholt verpflichtet. So beschloß der Stuttgarter Kongreß 1907 und der von Basel bestätigte es feierlich. Und unsere Reichstagsfraktion erklärte am 4. August wie am 2. Dezember:

„Wir fordern, daß dem Krieg, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

Wir fragen: Wo ist die Regierung, die bürgerliche Klasse, die dies Programm der Grenzsicherung ehrlich unterschreiben könnte, hinter die also eine sozialdemokratische Partei treten darf?

Man sagt, Friedenspropaganda würde als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden. Demgegenüber muß es heißen: Falsche Auslegungen scheitern an den harten Tatsachen. Und Tatsache ist die militärisch günstige Lage Deutschlands, das seine Grenzen gesichert hat und den Krieg in Feindesland führt. Gerade darum können wir zuerst das Wort „Frieden" aussprechen.

Und wir haben die Gewißheit, daß unser Ruf nicht ohne Antwort verhallt. Wir begrüßen in Frankreich die wachsende Besinnung. Wir begrüßen die Genossen Nicod und Monatte und Jouhaux als Führer der anschwellenden Opposition, die dem gleichen Ziele zustrebt. Wir grüßen die „Unabhängige Arbeiterpartei England" und die russischen Genossen, die sehnsüchtig auf das Erwachen der deutschen Sozialdemokraten warten.

Auch in Frankreich denkt kein Sozialist an Eroberungen. Das hat eben der Minister Genosse Sembat programmatisch erklärt. In diesem entscheidenden Punkt ist die Internationale einig. Und wenn Sembat und Guesde vorgeben, den deutschen Imperialismus und Militarismus zerschmettern zu müssen, — dies Argument fällt in dem Augenblick zu Boden, wo wir entschlossen sind, die Fahne des Friedens zu erheben, nicht eines militärischen Friedens mit dem Ziele von Grenzregulierungen, noch eines Friedens mit dem Ziele imperialistischer Eroberungen, sondern eines Friedens auf der Grundlage der Bedingungen, wie sie der Kopenhagener Kongreß und der Basler Kongreß, beide Male einstimmig unter Billigung auch der deutschen Delegation formuliert hat.

Seine Hauptgrundsätze sind:

keine Annexionen,
politische und wirtschaftliche Selbständigkeit jeder Nation,
Abrüstung,
obligatorisches Schiedsgericht.

Fort darum mit fatalistischem Kleinmut und gegenseitiger Verketzerung und Verdächtigung! Schon haben namhafte Genossen bei uns gesprochen. Hinter die preußische Landtagsfraktion müssen jetzt die Massen treten und mit ihrem Rufe nach Frieden die Kriegsposaunen übertönen. Die Stimmung der Massen in Berlin hat sich bereits zu einer Reihe von Friedensresolutionen verdichtet.

Wir fordern zunächst:

Bekanntgabe der Bedingungen, unter denen die Regierungen zum Frieden geneigt sind. (Genosse Milhaud und der englische Arbeiterführer Jowett haben bereits dieselbe Forderung erhoben.)

Die freie Aussprache über den Zeitpunkt und die Bedingung des Friedens in Presse und Versammlung.

Zusammenarbeit mit den auf demselben Boden stehenden Genossen des Auslandes zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens.

Genossen! Zeigen wir, daß wir fest und unerschütterlich auf dem Boden des internationalen Sozialismus stehen. Getreu den Beschlüssen der internationalen Kongresse und unserer Parteitage fordern wir, die wir den Krieg nicht verhindern konnten, nunmehr mit allen Mitteln auf einen baldigen Friedensschluß einzuwirken. Stählen wir uns den Willen zum Frieden! Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!

Weithin in alle Welt, über alle Grenzen erschalle unser Ruf: Frieden!

Dokument 8.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Was seit zehn Monaten, seit dem Angriff Oesterreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetreten: der Krieg mit Italien ist da.

Die Volksmassen der kriegsführenden Länder haben begonnen, sich aus den amtlichen Lügennetzen zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkrieges, in die unmittelbare Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. Der Irrwahn heiliger Kriegsziele ist mehr und mehr gewichen, die Kriegsbegeisterung geschwunden, der Wille zum schleunigen Frieden mächtig emporgewachsen, allenthalben — auch in der Armee!

Eine schwere Sorge für die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsahen. Sie scheint ihnen jetzt gekommen. Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen die willkommene Gelegenheit geben, neuen Taumel des Völkerhasses zu entfachen, den Friedenswillen zu ersticken, die Spur ihrer eigenen Schuld zu verwischen. Sie spekulieren auf die Vergeßlichkeit des deutschen Volkes, auf seine nur allzu oft erprobte Langmut.

Würde der saubere Plan glücken, das Ergebnis zehnmonatiger Erfahrung wäre zunichte, das internationale Proletariat stünde wiederum entwaffnet da, völlig ausgeschaltet als selbständiger politischer Faktor.

Der Plan muß zuschanden werden — sofern der dem internationalen Sozialismus treu gebliebene Teil des deutschen Proletariats seiner geschichtlichen Sendung in dieser ungeheueren Zeit eingedenk und würdig bleibt.

Die Feinde des Volkes rechnen mit der Vergeßlichkeit der Massen — wir setzen dieser Spekulation entgegen die Losung:

Alles lernen, nichts vergessen!

Nichts vergessen!

Wir haben erlebt, daß beim Kriegsausbruch die Massen von den herrschenden Klassen mit lockenden Melodien für den kapitalistischen Kriegszweck eingefangen wurden. Wir haben erlebt, wie die schillernden Seifenblasen der Demagogie zerplatzten, die Narrenträume des August verflogen, wie statt des Glücks Elend und Jammer über das Volk kamen; wie die Tränen der Kriegswitwen und Kriegswaisen zu Strömen anschwollen, wie die Erhaltung der Dreiklassenschmach, die verstockte Heiligsprechung der Viereinigkeit: Halbabsolutismus — Junkerherrschaft — Militarismus — Polizeiwillkür zur bitteren Wahrheit wurde.

Durch die Erfahrung sind wir gewarnt — alles lernen, nichts vergessen!

Widerwärtig sind die Tiraden, mit denen der italienische Imperialismus seine Raubpolitik verbrämt; widerwärtig ist jene römische Tragikomödie, in der auch die landläufig gewordene Grimasse des Burgfriedens nicht fehlt. Noch widerwärtiger ist jedoch, daß wir in alledem nur wie in einem Spiegel die deutschen und österreichischen Methoden vom Juni und August 1914 wiedererkennen.

Jede Brandmarkung verdienen die italienischen Kriegshetzer. Aber sie sind nichts als die Abbilder der deutschen und österreichischen Kriegshetzer, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. Gleiche Brüder — gleiche Kappen!

Wem hat das deutsche Volk die neue Heimsuchung zu danken? Von wem hat es Rechenschaft zu fordern für die neuen Opfer-Hekatomben, die sich türmen werden?

Es bleibt dabei: das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die Brandfackel, die die Welt entzündete, wenn auch der Brand erst spät auf Italien übergriff.

Es bleibt dabei: dieses Ultimatum war das Signal für die Neuverteilung der Welt und rief mit Notwendigkeit alle kapitalistischen Raubstaaten auf den Plan.

Es bleibt dabei: dieses Ultimatum rollte die Frage der Vorherrschaft auf dem Balkan, in Kleinasien und im ganzen Mittelmeer und damit auch alle Gegensätze zwischen Oesterreich-Deutschland und Italien mit einem Schlage auf.

Wenn sich die deutschen und österreichischen Imperialisten jetzt hinter dem Busch der italienischen Raubpolitik, hinter der Kulisse der italienischen Treulosigkeit zu verstecken versuchen; wenn sie die Toga der moralischen Entrüstung, der gekränkten Unschuld umwerfen, während sie doch in Rom nur eben ihresgleichen gefunden haben, so verdienen sie die Lauge des grausamsten Hohns.

Nicht vergessen gilt's, wie mit dem deutschen Volke gerade in der italienischen Frage gespielt worden ist, gespielt von den sehr ehrenwerten deutschen Patrioten.

Seit je war der Dreibundvertrag mit Italien eine Farce — euch hat man darüber getäuscht.

Stets galt Italien dem Kundigen für den Kriegsfall als sicherer Gegner Oesterreichs und Deutschlands — euch hat man es als einen sicheren Bundesgenossen vorgegaukelt.

Im Dreibundvertrag, bei dessen Abschluß und Erneuerung niemand euch befragte, lag ein gut Teil von Deutschlands welt-

politischem Schicksal beschlossen — bis zum heutigen Tage ist euch von diesem Vertrage nicht ein Buchstabe mitgeteilt.

Das österreichische Ultimatum an Serbien, mit dem eine kleine Clique die Menschheit überrumpelte, war der Bruch des Bündnisvertrages zwischen Oesterreich und Italien — euch hat man davon nichts gesagt.

Dieses Ultimatum ist gegen den ausdrücklichen Widerspruch Italiens ergangen — euch hat man das verschwiegen.

Am 4. Mai dieses Jahres schon war von Italien das Bündnis mit Oesterreich aufgelöst — bis zum 18. Mai hat man diese entscheidende Tatsache dem deutschen und österreichischen Volk vorenthalten, ja der Wahrheit zum Trotz geradewegs amtlich abgeleugnet — ein Gegenstück zu jener geflissentlichen Düpierung des deutschen Volkes und des deutschen Reichstages über das deutsche Ultimatum an Belgien vom 2. August 1914.

Auf die Verhandlungen Deutschlands und Oesterreichs mit Italien, von denen das Eingreifen Italiens abhing, gab man euch keinen Einfluß. Als Unmündige wurdet ihr in dieser Lebensfrage behandelt, während die Kriegspartei, die Geheimdiplomatie, während eine Handvoll Leute in Berlin und Wien um das Geschick Deutschlands würfelte.

Durch die Torpedierung der „Lusitania" wurde nicht nur die Macht der englischen, französischen und russischen Kriegsparteien gefestigt, ein schwerer Konflikt mit den Vereinigten Staaten heraufbeschworen, das ganze neutrale Ausland zu leidenschaftlicher Empörung gegen Deutschland aufgebracht, sondern auch der italienischen Kriegspartei gerade in der kritischen Zeit ihr verhängnisvolles Werk erleichtert — auch dazu hat das deutsche Volk schweigen müssen; die eiserne Faust des Belagerungszustandes drückte ihm die Gurgel zu.

Im März d. J. schon konnte der Friede angebahnt werden — die Hand war von England geboten —, die Profitgier der deutschen Imperialisten wies sie zurück. Hintertrieben wurden aussichtsreiche Friedensbemühungen durch die deutschen Interessenten an kolonialen Eroberungen großen Stils, an der Annexion Belgiens und Französisch-Lothringens, durch die Kapitalisten der großen deutschen Schifffahrtsgesellschaften, durch die Scharfmacher der deutschen Schwerindustrie.

Auch das hat man dem deutschen Volke verheimlicht, auch da hat man es nicht zu Rate gezogen.

Wem hat, so fragen wir, das deutsche Volk die Fortsetzung des grauenvollen Krieges, wem Italiens Eingreifen zu danken? Wem anders als den verantwortlichen Unverantwortlichen im eigenen Lande.

Alles lernen, nichts vergessen!

Der italienische Abklatsch der deutschen Ereignisse vom Sommer vorigen Jahres kann Denkenden kein Sporn zu neuem Kriegstaumel sein, nur ein neuer Anstoß zur Verscheuchung jener Hoffnungsirrwische von einer Morgenröte politischer und sozialer Gerechtigkeit, nur ein neues Licht zur Erhellung der politischen Verantwortlichkeiten, zur Enthüllung der ganzen Gemeingefährlichkeit jener österreichischen und deutschen Kriegstreiber, nur ein neuer Anklageakt gegen sie.

Lernen und nicht vergessen aber gilt es auch, und vor allem, welch heldenmütigen Kampf unsere italienischen Genossen gegen den Krieg gekämpft haben und noch kämpfen. Kämpfen in der Presse, in Versammlungen, in Straßenkundgebungen, kämpfen mit revolutionärer Kraft und Kühnheit, trotzend mit Leib und Leben dem wütenden Anprall der obrigkeitlich aufgepeitschten nationalistischen Wogen. Ihrem Kampf gelten unsere begeisterten Glückwünsche. Laßt ihren Geist unser Vorbild sein! Sorgt, daß er das Vorbild der Internationale werde!

Wäre es seit jenen Augusttagen gewesen, es stünde besser in der Welt. Es stünde besser um das internationale Proletariat.

Aber kein Zuspät kennt entschlossener Kampfwille.

Abgewirtschaftet hat die unsinnige Parole des „Durchhaltens", die nur immer tiefer in dem Malstrom der Völkerzerfleischung führt. Internationaler proletarischer Klassenkampf heißt das sozialistische Gebot der Stunde.

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzen und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk. Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der getretenen Menschheit willen!

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen — sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen!

Sie spekulieren auf die Langmut der Massen — wir aber erheben den stürmischen Ruf:

Wie lange noch sollen die Glücksspieler des Imperialismus die Geduld des Volkes mißbrauchen? Genug und übergenug der Metzelei! Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze!

Ein Ende dem Völkermord!

Proletarier aller Länder, folgt dem heroischen Beispiel eurer italienischen Brüder! Vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Dokument 9.

An die Parteigenossen!

Die unterzeichneten Herausgeber und Mitarbeiter der „Internationale" sind zu folgendem Protest gezwungen:

Nachdem das polizeiliche Einschreiten gegen die genannte Monatsschrift bereits öffentlich bekannt geworden war, hat sich der Parteivorstand gemüßigt gesehen, folgendes Rundschreiben „an die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen" zu richten und durch Sie massenhaft in der Partei zu verbreiten:

Berlin, den 23. April 1915.

An die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen!

Werter Genosse!

Mancherlei Vorkommnisse der letzten Zeit lassen immer klarer die Tatsache erkennen, daß eine kleine Gruppe daran arbeitet, die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung zu zerstören.

Diese kleine Gruppe ist keineswegs mit jener Minderheit identisch, die mit den Abstimmungen der Reichstagsfraktion am 4. August, am 2. Dezember 1914 und am 20. März 1915 nicht einverstanden ist. Sie bildet vielmehr innerhalb der Minderheit selbst wieder nur eine sehr kleine Minorität. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind alle Parteigenossen einig in dem festen Entschluß, die Aktionskraft der Arbeiterklasse zu erhalten, deren Geschlossenheit nach Abschluß des Krieges notwendiger sein wird, denn je.

Dazu ist aber notwendig, daß Meinungsverschiedenheiten sachlich ausgetragen werden, daß man es unterläßt, mit Unterstellungen, Verdächtigungen und Verleumdungen zu arbeiten. Das gilt selbstverständlich für Ausschreitungen auf der linken wie auf der rechten Seite.

Einige wenige überhäufen systematisch in Veröffentlichungen des In- und Auslandes sämtliche gewählten Vertretungskörper der Arbeiterklasse mit unerhörten Schmähungen.

Nachdem seit längerer Zeit eine besonders gehässig redigierte Zeitschrift, die den Titel „Lichtstrahlen" führt, an die Organisationen verbreitet worden ist, haben Rosa Luxemburg und Franz Mehring gleichfalls eine

Monatsschrift „Die Internationale", die sie in Düsseldorf drucken lassen, herausgegeben. In dieser „Internationale" werden nicht nur zahlreiche, absolut falsche Behauptungen aufgestellt, die richtigzustellen nicht Aufgabe dieses Rundschreibens sein kann; es wird auch in einer Reihe von Artikeln die Partei in skandalöser Weise beschimpft. Sie habe „politisch abgedankt", ihr „Zusammenbruch sei beispiellos, sie habe sich binnen 24 Stunden in blauen Dunst aufgelöst" usw. Wie die Partei, so werden auch ihre bekanntesten Vertreter heruntergerissen. Ja es werden sogar Angehörige der Minderheit beschimpft, die sich erlaubten, in einigen Punkten anderer Meinung zu sein als die Herausgeber der „Internationale".

Genosse Kautsky, der in der gesamten Internationale geachtet und geehrt wird, wird in der Zeitschrift von Rosa Luxemburg und Franz Mehring in der schlimmsten Weise beschimpft. Seine Theorie sei eine „willfährige Magd der offiziellen Praxis der Parteiinstanzen", sei die Theorie des „freiwillig übernommenen Eunuchentums". Die „Neue Zeit" wird ein „gefälliges Mädchen für alle" genannt. Dem Genossen Cunow wird wegen seiner lesenswerten Schrift „Parteizusammenbruch?" plumper Täuschungsversuch vorgeworfen. An anderer Stelle wird unter Anlehnung an anarchistische Phrasen über unsere Organisation verächtlicherweise von den „Lobsängern der alleinseligmachenden großen Mitgliederzahl und reichen Kassen" gesprochen.

Die „Internationale" arbeitet ganz offenbar auf die Zerstörung der Parteieinheit hin. Ihre Verbreitung in der Partei ist ebenso systematisch organisiert worden wie der Vertrieb der „Lichtstrahlen" und anderen anonym erscheinenden Materials. Gegen ein solches Treiben Front zu machen, ist Pflicht jedes Parteigenossen, der mit uns davon überzeugt ist, daß die Kraft der deutschen Arbeiterklasse nicht durch innere Streitigkeiten zermürbt werden darf. Innere Meinungskämpfe sind so zu führen, daß die Einigkeit der Bewegung über den Krieg hinaus unzerstört bleibt. Wer gegen diese Grundregel verstößt, handelt an der deutschen Arbeiterklasse schlimmer als der schlimmste Feind.

Der nächste Parteitag, der einberufen werden soll, sobald die Umstände es gestatten, wird zu entscheiden haben, in welchem Sinne die weitere Politik der Partei geleitet werden soll. Es ist das Recht und die Pflicht jedes Parteigenossen, gleichviel, ob er Anhänger oder Gegner der Fraktionshaltung ist, dahin zu wirken, daß die Entscheidung so ausfalle, wie es nach seiner Ueberzeugung dem Parteiinteresse am besten entspricht.

Daß dies möglich ist, ohne eine wüste Verhetzung zu treiben, die ein ferneres Zusammenarbeiten ausschließt, beweist die Haltung des größten Teiles der Minderheit selbst.

Von den Vorständen der Organisationen erwarten wir auf das bestimmteste, daß sie den systematischen Versuchen, Verwirrung in die Partei zu tragen und ihre Organisation und Aktionsfähigkeit zu zersplittern, entschieden entgegenarbeiten. Am besten wird das geschehen können durch die Verbreitung aufklärender Schriften über die parteipolitische Situation.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

Die Behauptung des Parteivorstandes, daß die „Internationale" auf die Zerstörung der Parteieinheit hinarbeite, weisen wir als unwahr zurück. Die „Internationale" ist allerdings „ein

systematischer Versuch", aber nicht „Verwirrung in die Partei zu tragen", sondern die Parteigrundsätze zu vertreten, die seit fünfzig Jahren geistiges Gemeingut jedes deutschen Sozialdemokraten und bis zum 4. August vorigen Jahres auch des Parteivorstandes gewesen sind.

Von jeder sachlichen Begründung seiner unwahren Behauptung entbindet der Parteivorstand sich selbst. Er begnügt sich mit den Methoden der Beweisführung, die den Parteigenossen aus den gerichtlichen Anklagen gegen Parteiblätter bekannt sind.

Erstens schleudert er eine Masse von Scheltworten gegen die „Internationale": „Unterstellungen, Verdächtigungen und Verleumdungen", „unerhörte Schmähungen", „zahlreiche absolut falsche Behauptungen", „skandalöse Beschimpfungen der Partei", „anarchistische Phrasen", „wüste Verhetzung" usw. Was mit diesen Redensarten bewiesen werden soll, solange das Rundschreiben auf jede „Richtigstellung" in der Sache verzichtet, ist nicht zu ersehen.

Zweitens löst der Parteivorstand, ebenfalls nach staatsanwaltlichem Muster, einzelne Sätze oder auch nur Satzbruchstücke aus dem Zusammenhange, um durch sie die Nichtsnutzigkeit der „Internationalen" zu beweisen. Soweit je eins der Bruchstücke von je einem der Unterzeichneten herrührt, sind diese großmütig genug, sich mit einem Achselzucken zu bescheiden. Aber die Masse der Zitate ist dem einleitenden Aufsatz der Genossin Luxemburg entnommen, die augenblicklich und noch auf lange hinaus eingekerkert ist, weil sie kühner und auch erfolgreicher als irgendein anderer Parteigenosse den deutschen Militarismus bis an die Schwelle des Weltkrieges bekämpft hat. Es würde dem Sinne der Genossin Luxemburg nicht entsprechen, wenn wir sie gegen Anwürfe verteidigen wollten, die ein völlig entstelltes Bild ihrer Arbeit geben. Aber soviel schulden wir ihr, zu sagen: wer diesen Aufsatz als unerhörte Schmähung oder wüste Verhetzung darstellt und nicht zu erkennen vermag, daß seine zornigen Worte den glühendsten Eifer für die Einheit und Reinheit der Partei atmen, der ist in den engen Vorstellungskreisen einer verknöcherten Bureaukratie befangen und gänzlich frei von jeder Leidenschaft, in der alle bahnbrechenden Sozialisten, von St. Simon bis Lassalle, die erste Vorbedingung großen Tuns erkannt haben.

Inzwischen trifft auf den Parteivorstand zu, was der Vorwärts vor einigen Tagen gegen ein anderes Parteiblatt äußerte: „Auch wenn das Hamburger Echo nicht einsehen sollte, daß das bloße Zusammenklauben stilistischer Schärfen eines Gegners so ziemlich die armseligste und geistloseste Art der Polemik ist, hätte es wenigstens das Bewußtsein seiner eigenen Sünden vor solcher Pharisäerei behüten sollen." In der Tat — wie immer es um die

Anklage bestellt sein mag —, was berechtigte den Parteivorstand, sich als Ankläger aufzutun? Hat er nicht der nun schon seit langen Monaten betriebenen Parteiverwüstung der Keil und Heine, der Grunwald und Hänisch, der Lensch und Südekum, und wie sie sonst noch heißen mögen, mit gelassener Ruhe zugesehen. Diese sind es, die „Verwirrung in die Partei tragen", nicht nur, indem sie mit imperialistischen und nationalistischen Schlagworten um sich werfen, die noch vor Jahresfrist ein unbeneidetes Monopol des Reichsverbandes waren, sondern auch diejenigen Parteigenossen aus der Partei zu drängen suchen, die nach wie vor an alten Parteigrundsätzen festhalten.

Gewiß — wenn diese Parteiverderber über ihre prinzipientreuen Parteimitglieder herfallen mit Ausdrücken wie „eingebildete Schablonenpolitiker", „Quertreiber", „Disziplinbrecher", „Parteischädlinge", „selbstsüchtige Eigenbrödler", „Spitzel" usw., so mag der Parteivorstand mit Recht annehmen, daß es sich um ohnmächtige Schimpfereien, die ohnehin nur ihre Urheber lächerlich machen, nicht zu kümmern braucht. Aber etwas anderes ist es, wenn mehr als ein Parteiblatt die parlamentarische Wirksamkeit des Genossen Liebknecht auf niedrige persönliche Motive zurückführt. Etwas anderes ist es, wenn eine Anzahl von Parteiblättern und Parteirednern einen vollkommen klaren und unzweideutigen Aufsatz unseres Altmeisters Engels als einen Vorspann des heutigen Imperialismus zurechtstutzt. Etwas anderes ist es, wenn ein Parteimitglied in einer konservativen Monatsschrift die Partei zu einem Kinderspott für die herrschenden Klassen zu erniedrigen versucht. Etwas anderes ist es, wenn das Hamburger Echo die Schwesterpartei eines neutralen Landes als das Erzeugnis einiger klientenlosen Advokaten zu beschimpfen sucht, die das arme Proletariat ausbeuten. Etwas anderes ist es, wenn der Reichstagsabgeordnete Heine eine Genossin öffentlich als Anstifterin einer polizeilich verfolgten Kundgebung denunziert. Etwas anderes ist es, wenn der preußische Landtagsabgeordnete Hänisch um einen Gnadenblick der preußischen Regierung buhlt und ihr dafür verheißt, daß vom ersten Parteitage nach dem Friedensschluß die Quertreiber aus der Partei ausgeschlossen werden würden. Schweigt der Parteivorstand zu alledem — und wir haben nur ganz wenige Proben der Parteiverwüstung angeführt —, so braucht er wirklich nicht in die Ferne zu schweifen, um den schlimmsten Feind der Partei zu entdecken.

Die Parteiprinzipien stehen über ihm und „sämtlichen gewählten Vertretungskörpern der Arbeiterklasse", wie sie über uns stehen. Er ist verpflichtet, sie zu vertreten, aber wenn er sie nicht vertritt, so sind wir nicht verpflichtet, zu schweigen. Und der Parteivorstand wird nicht bestreiten, daß er die Be-

schlüsse, die die internationalen Kongresse von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1911) und Basel (1912) für den Fall eines imperialistischen Weltkrieges unter seiner feierlichen Zustimmung gefaßt haben, seit dem 4. August vorigen Jahres nicht nur nicht vertreten, sondern mitten durchgerissen hat. Den Trost mit der „sehr kleinen Minorität" schenken wir ihm gern; ohne den tönenden Widerhall, den das erste Heft der „Internationalen" in der deutschen Partei gefunden hat, wäre sein Rundschreiben nicht erschienen.

An der „Verbreitung aufklärender Schriften über die parteipolitische Situation" werden wir es gewiß nicht fehlen lassen, und es soll uns wenig kümmern, daß die Parteiverderber unter dem wohlwollenden Schutze der Militärzensur und der schweigenden Duldung des Parteivorstandes schneller zerstören, als wir im Kampfe mit diesen Gewalten aufbauen können. Denn wir vertrauen nicht auf unsere schwache Kraft, sondern auf die siegende Gewalt des sozialistischen Gedankens, der auf die Dauer allemal spottet, sowohl des weltlichen Schwertes wie der päpstlichen Bannbulle.

Peter Berten. Käte Duncker. Paul Lange. Franz Mehring.
Heinrich Ströbel. August Thalheimer. Klara Zetkin.

Dokument 10.

Wohin geht die Reise?

Edler Ehrgeiz ziert den Menschen immer. Und den großen Heeresfürsten Attila noch zu übertreffen, ist gewiß ein hochgestecktes Ziel.

Im Jahre 451 kämpfte Attila auf den Katalaunischen Gefilden mit dem Römer Aétius. Es war eine der furchtbarsten Schlachten, von denen die Geschichte zu erzählen weiß. Auf beiden Seiten sollen je 200 000 Menschen gefallen sein und die Wut der Streitenden war so groß, daß die Geister der Erschlagenen in der Nacht den Kampf in den Lüften fortführten. In einem großen Wandgemälde des Neuen Museums in Berlin hat Kaulbach die Sage verewigt.

Attila war ein großer Heeresfürst, aber mehr als die Geister seiner gefallenen Krieger für den nächtlichen Kampf in den Lüften aufzuheben, vermochte er doch nicht. Genosse Hänisch aber kann mehr; er ist größer als Attila. Seit Jahren hat er durch das Massenheer seiner Flugblätter die Geisteskinder des seligen Reichsverbandes niedergemetzelt, so daß ihre Leichen weithin das Schlachtfeld bedeckten; nun aber führt er nicht einmal mehr in den Lüften, sondern in den höchst irdischen Spalten des Hamburger Parteiblattes — die Geister der von ihm geschlagenen F e i n d e gegen diejenigen Parteigenossen, denen die

alten Grundsätze der Partei mehr sind, als ein tönendes Erz und eine klingende Schelle.

Was im allgemeinen darüber zu sagen ist, hat vor einiger Zeit ein deutsches Gewerkschaftsblatt gesagt, indem es sein Befremden darüber aussprach, daß unterschiedliche Parteigenossen, die noch nach dem 4. August v. J. die Politik der Reichstagsfraktion aufs heftigste bekämpft, aber dann über Nacht „umgelernt" hätten, auf diese bescheidene Tatsache hin sich berufen glaubten, ihre „Bekehrung" als „Erleuchtung" auszuspielen und die Partei mit ihren Bußpredigten in aufdringlichster Weise zu belästigen. Namentlich im Hamburger Echo erlassen diese „Umlerner" alle acht Tage ihre Siegesbulletins im Stile des ersten Napoleon, nur daß dieser rückständige Genius seine Siege erst feierte, nachdem er sie erfochten hatte, jene aber schon Vorschußlorbeerkronen beanspruchen für Siege, die sie erst in der Zukunft zu erfechten beabsichtigen.

Im besonderen hat unser parteigenössischer Attila aber doch eine Leistung vollbracht, die einen Augenblick niedriger gehängt zu werden verdient. Er hat im Hamburger Echo ein Bulletin erlassen, das die Bremer Bürger-Zeitung ihren Lesern schon in einer Uebersicht der Parteistimmen mitgeteilt hat. Hänisch beklagt sich darin, daß die bürgerliche Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses sich zu keinem Zugeständnis an die Forderungen der Arbeiterklasse bequemt habe. In der Tat ist ja selbst seine biedermännisch zur Regierung und zur Rechten ausgestreckte Hand in der leeren Luft hängen geblieben. Aber statt daraus eine sehr naheliegende Lehre zu schöpfen, geht Hänisch auf diesem Wege weiter und erklärt, nicht den Gegnern der Arbeiterforderungen, sondern der „unheilvollen Liebknechterei" unversöhnliche Feindschaft.

Er behauptet, daß „die Gruppe Liebknecht" im wesentlichen aus Theoretikern und Literaten bestehe, denen jede lebendige Fühlung mit der Arbeiterbewegung selbst immer mehr verloren gegangen sei. Nun ist Hänisch zwar kein Theoretiker, aber doch ein Literat, und seine hier herablassende Bemerkung enthält gleich zwei Unwahrheiten. Er weiß sehr wohl, daß unter den „Literaten" der „Gruppe Liebknecht" sich mehr als einer befindet, der mit der Arbeiterbewegung in viel lebendigerer Fühlung steht, als er selbst in seiner Zentralflugblattschmiede, und er weiß auch, daß die „Gruppe Liebknecht" in seinem eigenen Wahlkreise viel zu lebendig und stark ist, um sich nicht „im wesentlichen" aus ganz unverfälschten Proletariern zu rekrutieren.

Indessen dies Klappern gehört nun einmal zum Handwerk der „Umlerner". Jedoch Hänisch erreicht einen Gipfel, indem er fortfährt (die Sperrung rührt von ihm her):

„Diese Theoretiker und Literaten könnten — das mögen sich alle die, die es angeht, hinter die Ohren schreiben — nur dann einen zeitweiligen Anhang in weiten Arbeiterschichten gewinnen, wenn in Preußen nach Zedlitzschen Rezepten weiterregiert würde! Geschieht das nicht, kommen die preußischen Machthaber, wie ich trotz alledem und alledem immer noch hoffe, endlich zur Einsicht in die Forderungen des Tages und in die Gebote der Stunde, dann ist auch das Häuflein derer um Liebknecht zur Ohnmacht verdammt."

Und darauf erklärt sich Hänisch als Generalprofoß der Partei, indem er für den ersten Friedensparteitag ankündigt, daß die „Gruppe Liebknecht" zum Tempel hinausgeworfen werden würde.

Das ist denn doch eine Leistung, großartig in ihrer Art, nur mit dem kleinen Uebelstand behaftet, daß sie sich mit parlamentarischen Worten nicht kennzeichnen läßt. Erläutern wir sie deshalb durch ein geschichtliches Beispiel! Vor einem Menschenalter kämpfte die Freisinnige Partei, in der es eine Gruppe Rickert und eine Gruppe Richter gab, gegen Bismarck. Man stelle sich nun vor, daß einer derer um Rickert zu Bismarck gesagt hätte: „Durchlaucht wollen sich hinter die Ohren schreiben, daß, wenn Sie uns guten Patrioten immer die finster gerunzelte Stirn zeigen, die Gruppe Richter in unseren Reihen aufkommt, die viel gefährlicher ist als wir. Aber wenn Durchlaucht, wie wir immer noch hoffen, einen Strahl der Gnadensonne auf uns fallen lassen, dann ist die Gruppe Richter zur Ohnmacht verdammt und wir werfen sie bei nächster Gelegenheit zum Tempel hinaus." Es ist wahr: Keiner derer um Rickert hat je so gesprochen, kein deutscher Liberaler — Ehre, dem Ehre gebührt — ist je so knochenlos gewesen und hat je so unmännlich gedacht, mit der eigenen Partei zu krebsen, wie der Bauer mit der Leiche seiner Frau, die eigene Ehre als Köder in die Falle zu stecken, durch die man Füchse fangen will. Das blieb dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hänisch vorbehalten.

Ueber die verwünschte Gescheitheit dieser Politik ist natürlich kein Wort zu verlieren. Wer sich selbst nicht zu achten weiß, findet die Verachtung der Gegner in demselben Maße, worin er sie verdient. Aber das Hamburger Echo sollte nicht so naiv sein, in seiner neuesten Nummer zu fragen: Wohin geht die Reise? Das hat ihm ja sein Herold Hänisch klipp und klar gezeigt: In den Abgrund einer Selbstentniedrigung, die bisher im politischen Leben Deutschlands unerhört gewesen ist.

Dokument 11.

Berlin, den 12. Juli 1915.

An die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses.

Geehrte Genossen!

In Ihrer gemeinsamen Sitzung vom 1. Juli ist ein Brief des Reichstagsabgeordneten Lensch verlesen worden, der in seiner

zweiten Hälfte unwahre Behauptungen über mich enthält. Ich bin dadurch gezwungen, Ihnen folgende Berichtigung zuzusenden.

Zunächst der Wortlaut der Sätze, um die es sich handelt:

Als ich am 5. August auf Ersuchen der Genossin Luxemburg sie in ihrer Wohnung aufsuchte, fand ich sie zunächst nicht anwesend, wohl aber zu meinem peinlichsten Befremden den Genossen Mehring sowie einen anderen Genossen. Man legte mir eine fertige Erklärung gegen die Fraktion vor und fragte mich, ob ich sie zu unterzeichnen bereit sei. Ich war damit zunächst einverstanden, wenn ich auch gegen ihren Wortlaut Bedenken erhob, und erklärte mich bereit, bei zwei Fraktionskollegen anzufragen, ob sie eine derartige Aktion für richtig hielten. Der eine war nicht zu Hause, der andere lehnte ab, worauf ich ebenfalls am gleichen Tage telephonisch meine Zusage definitiv zurückzog. Ich hatte übrigens sofort, als ich mit der Genossin Luxemburg allein war, ihr erklärt, solange Genosse Mehring an dieser Aktion beteiligt sei, würde ich an ihr unter keinen Umständen teilnehmen, er sei mir zu unzuverlässig, worauf Genossin Luxemburg erwiderte: „Das ist kein Grund, es handelt sich hier um eine politische Aktion, bei der derartige Bedenken nicht ausschlaggebend sein könnten. Sie lügen alle, der Mehring lügt, der Haase lügt. Wenn man danach gehen wolle, dürfe man mit keinem Menschen verhandeln."

Hierzu habe ich folgendes zu bemerken:

1. Es ist eine dreiste Lüge des Reichstagsabgeordneten Lensch, daß er am 5. August die Genossin Luxemburg in ihrer Wohnung „nicht anwesend" gefunden haben will. Sie war anwesend, als er eintraf, wie ich durch Zeugen beweisen kann, und sie selbst fragte ihn, ob er sich an einem Protest gegen die Kreditbewilligung der Fraktionsmehrheit beteiligen wolle. Er antwortete darauf, wie ich ebenfalls durch Zeugen beweisen kann, mit dem jubelnden Zurufe: „Ich habe diesen Idioten gestern schon gesagt, daß sie die Eingeweide der Internationalen auf den Tisch legen." Ob er gegen den ungleich milderen, seiner zornigen Aufwallung allerdings nicht entfernt entsprechenden Wortlaut des kurzen von der Genossin Luxemburg vorgeschlagenen Protestsatzes eben deshalb Bedenken äußerte, vermag ich nicht mehr zu sagen; jedenfalls beeiferte er sich, die Propaganda des Protestes zu übernehmen und zunächst die Unterschriften der Genossen Ledebour und Liebknecht beizubringen. Es stimmt, daß er Ledebour nicht zu Hause traf und von Liebknecht eine Absage erhielt, was vielleicht seinen flammenden Unwillen über diesen „Quertreiber" erklärt.

2. Das „peinlichste Befremden", das der Reichstagsabgeordnete Lensch über meine Anwesenheit in der Wohnung der Genossin Luxemburg empfunden haben will, erläutert sich durch den folgenden eigenhändigen Brief, den ich am 22. April 1912 von ihm erhielt:

Werter Genosse! Die kritische Situation, in der sich die Partei befindet und deren Charakter mit jedem Jahre deutlicher wird, macht es wünschenswert, daß alle Parteigenossen sich einigen, die sich über diese

Dinge klar sind und die gleichzeitig entschlossen sind, die Krisis nach der sogenannten radikalen Seite hin zur Entscheidung zu bringen. Das Parteioffiziösentum, wie es sich besonders abstoßend im Vorwärts bemerkbar macht, verlangt rücksichtslose Bekämpfung. Eine Neugruppierung innerhalb der Partei macht sich bemerkbar, die überkommene Bezeichnung: Revisionisten und Radikale, veraltet immer mehr, und es kommt darauf an, die Linke in der Partei und in der Reichstagsfraktion besonders nicht nur zu stärken, sondern auch mit neuem Geist zu erfüllen. — Zu diesem großen historischen Kampfe müssen alle zusammenstehen, die der gleichen Auffassung sind. Die politische Notwendigkeit gebietet, Persönliches zu vergessen. Aus dieser Auffassung heraus gestatte ich mir, Sie, werter Genosse, zur Mitarbeit an der Leipziger Volkszeitung hiermit aufzufordern. Ihre Artikel in der Neuen Zeit haben mir den Beweis erbracht, daß Sie in einen schweren Konflikt mit dem Parteivorstande und seinen wissenschaftlichen Wortführer Kautsky kommen oder bereits mitten drin stecken, und zwar aus Gründen, die völlig identisch sind mit jenen, die seinerzeit den Genossen Kautsky zu seinen Angriffen auf die Leipziger Volkszeitung veranlaßten. In dieser Situation Ihnen den Raum der Leipziger Volkszeitung zur Verfügung zu stellen, halte ich für meine politische Pflicht, und ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie vielleicht die Gelegenheit des 1. Mai benutzen wollten, auf der alten Tribüne, von der herab Sie so oft in die Massen zündende Worte geworfen, wiederum das Wort zu ergreifen.

Mit Parteigruß Paul Lensch.

Ich bin dieser Aufforderung nicht nachgekommen, sondern zog es vor, meine Tätigkeit für die Leipziger Volkszeitung erst wieder aufzunehmen, nachdem der Reichstagsabgeordnete Lensch wegen beharrlichen Unfleißes in seiner Leipziger Stellung gescheitert und auch sein Anerbieten, gegen ein festes Gehalt von Berlin aus für das Blatt zu schreiben, mit einem glatten Nein beschieden worden war. Es dürfte mich gewiß nicht befremden, wenn ich dadurch sein „peinlichstes Befremden" erregt hätte, aber wenn er dies „peinlichste Befremden" empfunden haben will, weil er mich bei einer „Aktion" fand, die darauf abzielte, „die Linke in der Partei und der Reichstagsfraktion zu stärken", so hat er in seinem Briefe an mich am 22. April 1922 unverschämt gelogen.

3. Seine Mitteilungen aus der Unterredung, die er am 5. August mit der Genossin Luxemburg „allein" geführt haben will, kann ich weder — da sie mündlich stattfand — durch Urkundenbeweis, noch auch — da die Genossin Luxemburg inhaftiert ist — durch Zeugenbeweis widerlegen. Ich habe triftige Gründe für die Annahme, daß er sie schlechthin erfunden hat, doch müßte ich mich, um diese Gründe zu entwickeln, eingehender mit seiner Persönlichkeit befassen, was keine einladende Aufgabe ist. Hätte die Unterredung so stattgefunden, wie er behauptet, um so schlimmer für ihn! Ich würde den Versuch eines bürgerlichen Politikers, eine in ehrenvoller Haft wehrlos gewordene Kampfgefährtin durch Mißbrauch vertraulicher Aeußerungen

mit anderen Kampfgefährten zu verhetzen, mit denen sie freundliche Beziehungen unterhält, eine feige Bosheit nennen. Einem Parteimitgliede gegenüber darf ich mich dieses „schlechten Tones" nicht befleißigen, aber ich darf den Bericht des Reichstagsabgeordneten Lensch über seine Unterredung mit der Genossin Luxemburg, auch wenn dieser Bericht wahrheitsgetreu sein sollte, als würdiges Seitenstück neben die patriotische Hetze stellen, die er nach seinen betäubenden Erfahrungen in Leipzig, gegen die Redakteure des Vorwärts betreibt: nicht etwa mit „zündenden Worten" gegen ihr „abstoßendes Parteioffiziösentum", sondern mit widerlichem Gekeife gerade umgekehrt — bald so, bald so, wie's trifft — über das selbständige Urteil, das sich unser Zentralorgan Ihnen gegenüber bewahrt hat.

Nach dieser persönlichen Erledigung des Reichstagsabgeordneten Lensch kann ich nicht umhin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß seine Behauptungen über die Genossin Luxemburg und mich, die mit den Verhandlungen des Parteiausschusses nicht das mindeste zu tun hatten, und den Stempel übler Nachrede offen an der Stirn tragen, dem Parteiausschusse vorgetragen und dadurch in einer für die Verdächtigten unkontrollierbaren Weise durch die ganze Partei verbreitet worden sind. Ich führe darüber keine persönliche Beschwerde und ich darf das gleiche von der Genossin Luxemburg voraussetzen. Aber auf die Partei selbst wirft es kein gutes Licht, wenn eine Genossin zur Zeit, wo sie für große, der Partei geleistete Dienste eine schwere Gefängnisstrafe erleidet, von den offiziellen Parteikörperschaften schutzlos dem ersten besten Intriganten preisgegeben wird. Jedoch tritt selbst dieser Gesichtspunkt noch zurück gegen die Gefahr, daß sich derartige Fälle — und der vorliegende ist keineswegs der erste seiner Art — zu einer Methode auswachsen, die auf die Dauer aus dem Parteiausschuß ein Generalklatschnest der Partei machen müßte.

Mit Parteigruß

F. Mehring.

Dokument 12.

Berlin, den 9. Juli 1915.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Berlin!

Werte Genossen!

Die Ereignisse der letzten Wochen zwingen uns zu diesem Schreiben.

Mit dem 4. August 1914 hat die parlamentarische und außerparlamentarische Leitung der deutschen Sozialdemokratie eine

Politik begonnen, die nicht nur das Versagen der Partei in einem unvergleichlichen geschichtlichen Augenblick, sondern eine immer schroffere Abkehr von den bisherigen Grundsätzen bedeutet.

Die verhängnisvollen Wirkungen dieser Abkehr ergriffen unerbittlich von der äußeren Politik aus die gesamte innere Politik der Partei, die damit auf beiden Gebieten aufhörte, als selbständiger Faktor zu existieren. Die Anerkennung des Burgfriedens war das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes, der nicht in behördlichen und parlamentarischen Geheimkonventikeln, noch durch eine Hintertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel geführt werden kann.

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion wich jedem ernsthaften Kampf aus, selbst dem für die Koalitionsfreiheit, für die Wahlreform. Sie lehnte es ab, auch nur die Aufhebung des Belagerungszustandes zu beantragen und verwandelte damit die aufgezwungene Rechtlosigkeit in eine freiwillig übernommene, um dann durch ihren Redner der untertänigen Hoffnung Ausdruck zu geben, eine Milderung der Zensur lasse sich vielleicht von einer Fürsprache beim Kaiser erreichen.

Von Session zu Session wurden die Hoffnungen auf eine Aenderung der Fraktionspolitik vertröstet und verschoben. Und immer von neuem enttäuscht. Der Mai brachte die Vollendung des Zusammenbruchs.

Immer klarer war zutage getreten, daß der Krieg nicht der Verteidigung der nationalen Unversehrtheit dient. Immer deutlicher hat sich sein imperialistischer Eroberungscharakter offenbart. Immer ungeniertere Bekenntnisse zur Annexionspolitik wurden abgelegt. Zu den Aeußerungen einflußreicher Drahtzieher des Kapitalismus traten Kundgebungen mächtiger kapitalistischer Wirtschaftsverbände, Beschlüsse der herrschenden bürgerlichen Parteien und im Februar die vom Herrenhaus mit einhelliger Zustimmung aufgenommene Rede des Herrenhauspräsidenten, die die Möglichkeit eines sofortigen Friedens unter Aufrechterhaltung des bisherigen deutschen Besitzstandes feststellte, aber die Fortsetzung des Krieges zu Eroberungszwecken für geboten erklärte, eine Rede, durch die sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion dennoch nicht an der Bewilligung neuer zehn Milliarden Kriegskredite und des Budgets hatte hindern lassen.

Die übergroße Masse der Parteigenossen daheim wie im Felde erwartete, daß die Reichstagsfraktion wenigstens jetzt endlich im Mai, nach langen zehn Monaten eines furchtbaren, in Dauer und Ausgang unübersehbaren Krieges, in einer nachdrücklichen unzweideutigen Kundgebung die schleunige Beendigung des Krieges fordern und dem entschlossenen Friedenswillen der Sozialdemokratie Ausdruck verleihen würde — ent-

sprechend den vom deutschen Parteitag noch ausdrücklich gebilligten Beschluß des Stuttgarter Kongresses, der die Partei verpflichtet, den Krieg zur Aufrüttelung der Massen im Klassenkampf auszunutzen und so für seine rasche Beendigung zu wirken.

Die Erwartung der Massen ist wieder unerfüllt geblieben.

Wie die Fraktionsmehrheit kein Wort des Protestes gegen den Bruch der belgischen Neutralität gefunden hatte, wie sie es ablehnte, ihre Stimme zu erheben gegen die Torpedierung der „Lusitania", gegen das Vergeltungsprinzip, das zu einem Wettlauf der Grausamkeit führt und die Zivilbevölkerung immer tiefer in die Schrecknisse des Krieges reißt, wie sie es unterließ, nach dem Beispiel unserer serbischen, russischen, englischen und italienischen Genossen die Schuldigen am Weltkrieg im eigenen Lande zu bekämpfen, und wie sie half, dem imperialistischen Unternehmen den Deckmantel des Patriotismus umzuhängen, so hat sie auch hier völlig versagt. Wenn der sozialdemokratische Redner am 29. Mai in einigen Wendungen von Friedenssehnsucht sprach und für einen Frieden ohne Annexion eintrat, so nahmen doch Formen und Begleitumstände von vornherein dieser Rede den Charakter einer ernsten Friedenskundgebung. Und was sich nach ihr abspielte, stempelte die ganze „Aktion" für In- und Ausland zum Gegenteil einer Friedenskundgebung.

Die volle Bedeutung dieser Haltung der Fraktionsmehrheit ergibt sich aus der Tatsache, daß ihr das Kriegsziel der Regierung ganz autoritativ bekannt war. Unverblümt hatte der Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 28. Mai den Eroberungskrieg proklamiert, zu dessen Programm, wie die Fraktion wußte, die offene Annexion russischer und französischer Gebietsteile und unter dem Etikett der zwangsweisen wirtschaftlichen Angliederung der versteckte Annexion Belgiens gehört. Auf diese Proklamation galt es, die sozialdemokratische Antwort zu erteilen. Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit jedoch fand darauf, von jenen unerheblichen Redewendungen abgesehen, nur ein neues Bekenntnis zur Politik des 4. August, das heißt nur Willfährigkeit gegenüber der Regierung und den herrschenden Klassen; und daß, obwohl Graf Westarp sie unter Beihilfe der bürgerlichen Parteien durch den — freilich von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion unterstützten! — Handstreich seines Vertagungsantrages, gerade eben die Junkerpeitsche hatte fühlen lassen. Und auf die alarmierenden Eroberungsfanfaren des konservativen und nationalliberalen Redners fand sie nur eben eine nochmalige Unterstreichung dieses Bekenntnisses und die Berufung auf denselben Reichskanzler, dessen Annexionsziele vor den Augen aller Welt enthüllt waren.

Der dringendste Anlaß war gegeben, sich endlich von der Regierungs-Kriegspolitik loszusagen und ihr den schärfsten Kampf zu erklären. Die endliche rücksichtslose Hervorkehrung der sozialistischen Interessen und der proletarisch-internationalen Friedensziele war geboten; aber eine erneute Verpflichtung zur Politik des Durchhaltens, eine wiederholte Solidaritätserklärung gegenüber den herrschenden Klassen und der Regierungs-Kriegspolitik erfolgte.

Auch im Jahre 1870 waren die sozialdemokratischen Abgeordneten durch scharfe Gegensätze getrennt; aber geschlossen standen sie gegen die Regierung, sobald sich die Annexionspläne offen herauswagten. Heute liegt das offizielle Annexionsprogramm der Regierung und aller bürgerlichen Parteien vor. Dennoch begnügt sich die Fraktionsmehrheit mit einigen nichtigen Wendungen über Friedenswünsche und Annexionspolitik, um sich desto nachdrücklicher auf das Durchhalten einzuschwören.

Damit ist der Schlußpunkt unter die unheilvolle Entwicklung gesetzt, die am 4. August begann. Die Reichstagsfraktion, in der die meisten Mitglieder des Parteivorstandes sitzen, hat den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben. Und nicht aus bloßer Schwäche und Burgfriedensfreundlichkeit, sondern weil ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion — ebenso wie der preußischen Landtagsfraktion und wie andere einflußreiche Genossen — in konsequenter Fortbildung der Politik des Durchhaltens, das heißt, der hemmungslosen Völkerzerfleischung, auch dieser Eroberungspolitik mit vollem Bewußtsein anhängt.

Besonders dreist hat vor wenigen Tagen die Baumeistersche Internationale Korrespondenz (I. K.), die vom Einfluß der auch in der Reichstagsfraktion überaus mächtigen Generalkommission getragen wird, dieser Parteiströmung Ausdruck verliehen. Sie stimmt der Schifferschen Beurteilung von Eberts Rede zu; die Betonung des Durchhaltens sei ihr wesentlicher Sinn, die Fraktion werde sich von dieser Losung auch durch die Meinungsverschiedenheiten über das Kriegsziel nicht abbringen lassen — eine Beurteilung, der in der Reichstagssitzung vom 29. Mai die Fraktionsmehrheit begeistert Beifall rief. Und sie versichert, gegen die Methode der zwangsweisen „wirtschaftlichen Angliederung", d. h. verkappten Annexion Belgiens, sei nichts einzuwenden.

Noch einmal stehen die leitenden Parteiinstanzen am Scheidewege. Wollen sie, was an ihnen liegt, die Partei jener immer deutlicher hervortretenden Strömung noch länger überantworten oder nicht.

In der Hand der deutschen Sozialdemokratie ruht noch immer die Macht zu einer welthistorischen Entscheidung. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die ihr bedeutendes Ge-

wicht in die Wagschale des Friedens wirft, hat gerade jetzt mit verschärftem Nachdruck die sofortige Bekanntgabe der englischen Friedensbedingungen gefordert und den Kampf gegen die Annexionspolitik des Drei- und Vierverbandes aufgenommen. Hervé und seine Gesinnungsgenossen sehen sich einer immer stärkeren Bewegung unter den französischen Sozialisten gegenüber, einer Bewegung für einen baldigen Frieden ohne Annexion und „Angliederung", einer Bewegung, deren Drängen sie vergeblich zu beschwichtigen suchen. Das Beispiel der italienischen Bruderpartei läßt unsere Herzen höher schlagen. Aus England, aus Frankreich, aus Italien schallen sozialistische Friedensstimmen immer eindringlicher zu uns. Von der Haltung der deutschen Sozialdemokratie hängt die Weiterentwicklung des sozialistischen Kampfes gegen den Krieg in jenen Ländern wesentlich ab. Treibt die Leitung der deutschen Sozialdemokratie jetzt weiter im Kielwasser der Eroberungspolitik, rettet sie sich nicht jetzt endlich auf den Boden des internationalen proletarischen Kampfes gegen den Krieg und die imperialistischen Raubgelüste zurück, so versäumt sie die letzte Gelegenheit, sich von der vollen Mitschuld daran zu entlasten, daß dieser Krieg als erbarmungsloser Vernichtungskrieg bis zum Weißbluten der Völker fortgesetzt und der auf ihn folgende Friede nur die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges sein wird.

Der Augenblick heischt gebieterisch sofortiges Handeln. In den letzten Stunden sind der König und der Kronprinz von Bayern öffentlich als Befürworter der Eroberungspolitik hervorgetreten. Keinem, der noch länger zögert, kann fürderhin Gutgläubigkeit und Unkenntnis zugebilligt werden. Der Tatbestand liegt unzweideutig; die Situation ist vom letzten Nebel geklärt. Die Alternative lautet schlechthin: Parteirettung oder Parteizerstörung.

Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.

Mit Parteigruß

Lore Agnes (Düsseldorf), Vorstand des Wahlvereins. Albrecht (Halle), Reichstagsabgeordneter. Berta Behnke (Neukölln), 3. Berliner Kreis, Abteilungsleiterin. Block (Leipzig), Redakteur Volkszeitung. Kurt Böhme (Jena),

Bezirksleiter der Arbeiterjugend in Thüringen. Heinrich Brandler (Chemnitz), Bauarbeiterverband. Otto Braß (Remscheid), Geschäftsführer der Arbeiterzeitung. usw.

(Folgen rund 1000 Unterschriften.)

Dokument 13.

Krieg und Proletariat.

Als Manuskript gedruckt.

Die Mehrheit des Parteiausschusses und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben „Leitsätze zur Friedensfrage" beschlossen, die in folgender Form veröffentlicht worden sind:

„1. In Wahrnehmung der nationalen Interessen und Rechte des eigenen Volkes und in Beachtung der Lebensinteressen aller Völker erstrebt die deutsche Sozialdemokratie einen Frieden, der die Gewähr der Dauer in sich trägt und die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft führt. Demgemäß stellen wir folgende Richtpunkte für die Friedensgestaltung auf:

„1. Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird.

2. Zwecks Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir:

„Offene Tür", d. h. gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung in allen kolonialen Gebieten;

Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die Friedensverträge mit allen kriegführenden Mächten;

Förderung der wirtschaftlichen Annäherung durch möglichste Beseitigung von Zoll- und Verkehrsschranken;

Ausgleichung und Verbesserung der sozialpolitischen Einrichtungen im Sinne der von der Arbeiterinternationale erstrebten Ziele.

Die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebeuterecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen.

3. Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner Betätigungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf Schwächung und Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele des Vierverbandes zurück.

4. In Erwägung, daß Annexionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen und daß überdies durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt und seine politischen Beziehungen nach außen dauernd aufs schwerste geschädigt werden, bekämpfen wir die darauf abzielenden Pläne kurzsichtiger Eroberungspolitiker.

5. Die furchtbaren Leiden und Zerstörungen, die dieser Krieg über die Menschheit gebracht hat, haben dem Ideal eines durch internationale Rechtseinrichtungen dauernd gesicherten Weltfriedens die Herzen von neuen Millionen gewonnen. Die Erstrebung dieses Zieles muß als höchstes sittliches Pflichtgebot für alle gelten, die an der Gestaltung des Friedens mit-

zuarbeiten berufen sind. Wir fordern darum, daß ein ständiger internationaler Schiedsgerichtshof geschaffen werde, dem alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern zu unterbreiten sind."

Wäre in dem einleitenden Satz nicht ausdrücklich die Rede von der Sozialdemokratie, so könnte man ernstlich im Zweifel sein, ob es nicht die Kundgebung irgendwelcher Gruppe sei, denn von sozialdemokratischen Grundsätzen spürt man nichts. Der „Burgfriede", der darin besteht, daß die Volksmassen sich der Willkür der militärischen Machthaber fügen müssen und daß bourgeoise Annexions- und Herrschaftsgelüste sich nach Belieben äußern können, das Volk aber zum Schweigen verdammt ist, hat dazu geführt, daß die revolutionären Grundsätze, die der Stolz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands waren, in den Aeußerungen der Parteiinstanzen nicht mehr zum Ausdruck kommen, und ein trauriges Beispiel dafür ist auch diese Kundgebung.

Als einen der Grundsätze des wirtschaftlichen Sozialismus, zu dem wir uns bekennen, haben wir, seit Marx und Engels die Kritik der kapitalistischen Gesellschaft lieferten, den Satz zu betrachten, daß der Staat das Werkzeug der besitzenden Klassen ist. Mit seinem Heere, seiner Polizei, seiner Beamtenschaft, seinen Pfaffen und allem was drum und dran hängt, sorgt der Staat dafür, daß die arbeitenden Klassen die Ketten der Abhängigkeit nicht brechen, sich nicht gegen die Ausbeutung auflehnen. Die Proletarier müssen deshalb den Kampf gegen den Staat führen, sie können ihr Ideal, die auf Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen begründete sozialistische Gesellschaftsordnung, nicht verwirklichen, wenn sie nicht die Klassenherrschaft im Staate brechen.

Es gilt, das Werk weiterzuführen, das in den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit begonnen wurde, die Demokratisierung des Staates durchzusetzen, und diese historische Aufgabe kann nur das Proletariat lösen.

Die nationale Unterdrückung ist eines der größten Hindernisse, die dabei überwunden werden müssen. Jeder Staat, der die Herrschaft über Menschen fremden Volkstums mit Gewalt aufrechterhält, ist schon dadurch ein Bollwerk der Reaktion, muß der Demokratie den stärksten Widerstand entgegensetzen. Deshalb muß das Proletariat das Selbstbestimmungsrecht der Völker als eines der obersten Prinzipien seiner Politik betrachten. Nun sind, mit Ausnahme der schweizerischen Eidgenossenschaft, alle europäischen Staaten historisch entstanden durch Unterjochung der Völker seitens der Kriegerkasten, wobei fremde Völker mit Gewalt der Herrschaft unterworfen wurden. Ein Unterschied besteht insofern, als im Laufe der Jahrhunderte die einen Staaten, soweit ihr europäisches Gebiet in Frage kommt, Nationalstaaten geworden sind, keine fremden

Völker mehr beherrschen, sondern nur noch in den Kolonien Fremdherrschaft ausüben; so ist es in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, den Niederlanden, Belgien, den skandinavischen Staaten. Dagegen äußert sich in Rußland, Oesterreich, Deutschland der Charakter des Eroberungsstaates darin, daß diese Staaten mit Gewalt die Herrschaft über fremde Völker in Europa ausüben.

In der vorliegenden Kundgebung wird nun das Selbstbestimmungsrecht der Völker wohl anerkannt, aber gleichzeitig wird die Aufrechterhaltung der Fremdherrschaft gefordert.

Das Selbstbestimmungsrecht wird den Elsass-Lothringern verweigert, es wird dekretiert, daß sie im Deutschen Reiche zu verbleiben haben. Nun, die Elsaß-Lothringer sind ihrer Abstammung nach Deutsche, aber in ihrer Geschichte ist die entscheidende Tatsache, daß sie im Verein mit dem französischen Volke in der großen Revolution sich die bürgerliche Freiheit erkämpft und in zwei weiteren Revolutionen verteidigt und befestigt haben. Die Sozialdemokratie verrät ihre eigenen Prinzipien, wenn sie das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer sich anzuerkennen weigert.

Noch unverständlicher sind die im dritten Absatz aufgestellten Grundsätze. „Die Sicherheit für Deutschland und seine wirtschaftliche Betätigungsfreiheit" werden herangezogen, um für das Weiterbestehen Oesterreichs und der Türkei in ihrer jetzigen Form zu plädieren! Wenn der Vierverband Völker, die unter der Gewaltherrschaft der Habsburger und der osmanischen Sultane leben, gegen ihren Willen unter andere Fremdherrschaft bringen will, dann freilich vergewaltigt er sie ebenso, wie der Zweiverband Belgien und Serbien vergewaltigen will. Die Monarchie der Habsburger ist ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Weil die maßgebenden Kreise in Wien vor dem Gedanken zittern, daß die von ihr geknechteten Südslawen sich nach Anschluß an den serbischen Nationalstaat sehnen, schleuderten sie die Brandfackel in die Welt. Wer garantiert uns, daß nicht dieser Vorgang sich wiederholen wird? Das System Oesterreichs ist der Fäulniserreger, der Europa verpestet; nur wenn die Völker, die heute im Interesse der Bourgeoisie, der verkommenen schwarzgelben Bürokratie und der Dynastie der Habsburger ihr volles Selbstbestimmungsrecht erhalten, wobei sie zum Teil den angrenzenden Nationalstaaten sich angliedern, zum Teil einen freien Verband bilden, kann Europa von den Kriegsgefahren, die die Existenz dieses mittelalterlichen Staatengebildes mit sich bringt, befreit werden.

Die Türkei ist auch durch den Staatsstreich der Jungtürken nicht zu einem modernen Staate geworden und wird es nie werden, wenn sie nicht auf das Gebiet reduziert wird, in dem türkisches Volkstum vorhanden ist, auf das Gebiet Anatoliens, wo

ein paar Millionen türkische Bauern leben. Die heutige Türkei kann nur bestehen, solange der kulturelle Aufstieg der Volksstämme, die zum Teil ungleich höher stehen als die sie beherrschenden Türken, verhindert wird.

Und darum erstrebt nun die Mehrheit der Fraktion und des Parteiausschusses diese Forderungen, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ins Gesicht schlagen? „Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigung im Südosten!" Die Sicherheit Deutschlands kann es nicht erfordern, daß eine Schar von Abenteurern in Konstantinopel systematisch Metzeleien in Armenien anstiftet, daß sie die Kurdenstämme auf einem Niveau erhält, daß diese Stämme zu Bluthunden macht; sie erfordert es ebensowenig, daß die schwarzgelben Politiker in Wien ein Dutzend Völker vergewaltigen. Die Sicherheit des deutschen Volkes, seine Existenz und seine Weiterentwicklung ist gewährleistet, sobald der deutschen Bourgeoisie die imperialistischen Raubgelüste vom deutschen Volke ausgetrieben werden, und sie wird gesteigert, wenn alle Völker im deutschen Volk den sicheren Bundesgenossen im Kampfe gegen nationale Unterdrückung sehen können.

Daß die verlogene Phrase von der Notwendigkeit der „wirtschaftlichen Betätigung im Südosten" in ein sozialdemokratisches Dokument aufgenommen werden konnte, zeigt uns, wohin wir geraten sind. Für wessen „Betätigung" bedarf es der Existenz der beiden Raubstaaten, wer will sich „wirtschaftlich betätigen"? Das deutsche Volk doch sicher nicht. Aber die deutsche Bourgeoisie sieht in den Balkanländern und in asiatischen Gebieten der Türkei das Objekt für ihre imperialistische Betätigung. Im Interesse dieser Bourgeoisie liegt es, wenn Oesterreich Serbien vergewaltigt, wenn die Clique, die in Konstantinopel regiert, die Völker Vorderasiens unterdrückt. Solange das geschieht, können die deutschen Kapitalisten die Völker ausbeuten, die Staatsmacht Oesterreichs und der Türkei soll dazu dienen, deutschem Kapital Vorteil zu verschaffen.

Schlagworte rein kapitalistischen Inhalts finden wir auch in Absatz 2 der Kundgebung. Als Kriegsziel wird hier die „Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes" hingestellt. Das hätte vielleicht einen Sinn, wenn Deutschland den wirtschaftlichen Fortschritt repräsentieren würde, während seine Gegner darauf ausgingen, die freiheitliche Entwicklung zu unterbinden. In Wirklichkeit liegen die Dinge umgekehrt, denn Deutschland treibt seit Jahrzehnten Schutzzollpolitik, Deutschland war es, das die Politik der Absperrung, der Zollschikane auf die Spitze trieb. Soweit die kolonialen Gebiete in Frage kommen, werden bekanntlich gerade in den deutschen Kolonien hohe Zölle erhoben, diese Kolonien gelten als Ausland auch für den deutschen Handel, weil die Agrarier

eine Heidenangst davor haben, daß das deutsche Volk billige Lebensmittel aus diesen Kolonien beziehen könnte. Niemand hat energischer die „offenen Türen" zugeschlagen, als die deutsche Regierung, auf Befehl der Junker und Großindustriellen.

Es liegt aber auch auf der Hand, daß die Forderung nach einer „Politik der offenen Tür" unsinnig bleibt, solange es Staaten gibt, die am Schutzzoll festhalten. Denn es ist offenbar unsinnig, von den Australiern oder Kanadiern die „offene Tür" zu verlangen, während ihre Erzeugnisse zollfrei nach England eingehen, aber mit Zöllen in Deutschland belegt werden.

Die Meistbegünstigungsklausel war, als sie zum ersten Male eingeführt wurde in dem 1860 zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrage ein Fortschritt. Sie besagt, daß das gegebene Land in Bezug auf die Handelsbeziehungen nicht schlechter behandelt werden soll, als irgend ein anderes. Soweit zwei Staaten freundschaftlich übereinkommen, sich gegenseitig diese Meistbegünstigung einzuräumen, hat ein solcher Vertrag sicher seine Vorteile. Wenn aber nach einem Kriege der Sieger dem Besiegten gegen dessen Willen einen derartigen Vertrag aufzwingt, wie es 1871 Deutschland Frankreich gegenüber tat, so führt ein solcher Zwang zu unaufhörlichen Reibereien und Schwierigkeiten.

Für kapitalistische Politiker, die auf die Uebervorteilung eines anderen Landes ausgehen und auf die Schröpfung des eigenen Landes nicht verzichten wollen, haben die Schlagworte von der „offenen Tür" und von der Meistbegünstigungsklausel großen Reiz. Für die Politik des Proletariats gibt es eine viel einfachere und wirksamere Formel: Abschaffung der Zölle und indirekten Steuern. Dazu bedarf es keiner Verträge, die ein Staat dem andern als Friedensbedingungen aufzwingt, sondern es ist Aufgabe der Proletarier in allen Ländern, mit dem System der Bewucherung durch Zölle und indirekte Steuern ein Ende zu machen.

Zu dem gefährlicheren, weil demagogisch mißbrauchten, Schlagwörtern gehört auch jenes von der „Freiheit der Meere". Es hatte einst einen guten Klang, als es galt, die Bestrebungen einzelner Staaten, sich die Herrschaft über die Schiffahrt auf dem Meere anzumaßen, zu bekämpfen. Heute besteht die Freiheit der Meere, es kann keinem Lande verwehrt werden, seine Schiffe auf die See hinausgehen zu lassen. Aber niemals können Verträge es verhindern, daß in Kriegszeiten diese Freiheit vergewaltigt wird. — Wir haben gesehen, daß ein internationaler Vertrag, über dessen Bedeutung nicht der mindeste Zweifel bestehen konnte, der Vertrag, durch den die Neutralität Belgiens garantiert wird, von Deutschland mißachtet wurde, womit alle die Verstöße gegen das Völkerrecht, die in diesem Kriege be-

ständig begangen wurden. Sollen wir uns dem Wahn hingeben, daß ein Vertrag, in dem das Seebeuterrecht abgeschafft, die Freiheit der Meere proklamiert wird, besser respektiert würde? Wenn ein neuer Krieg ausbricht, wird nicht wieder ein beliebiger Staatsmann erklären, Verträge seien „ein Fetzen Papier" und „Not kennt kein Gebot"? Wird nicht, wer die Macht hat, seine Kriegsschiffe aussenden, um die Handelsschiffe des Gegners abzufangen und zu vernichten? Schreibt nicht heute das Völkerrecht ausdrücklich vor, daß Kriegsschiffe unter allen Umständen, wenn sie Handelschiffe vernichten wollen, die Besatzung zu retten haben, und werden nicht täglich von den Unterseebooten friedliche Menschen ersäuft?

Aehnlich verhält es sich mit der „Internationalisierung der Meerengen". Sie besteht im Frieden, während im Kriege die Gewalt entscheidet. Kein Vertrag wird es hindern, daß die Staaten, die die Meerengen beherrschen, sie sperren, sobald das ihrem Kriegszweck entspricht und sie die Gewalt dazu haben.

Also für den Frieden bedarf es der Proklamierung der Freiheit der Meere nicht, sie besteht; sich einzubilden, daß im Kriege diese Freiheit auf Grund von Verträgen aufrechterhalten werden kann, ist eine lächerliche Utopie. Solange Krieg zur See geführt wird, wird der Seeraub gelten, wird Gewalt vor Recht gehen.

Diese Utopie ist aber auch schädlich und es ist für die Sozialdemokratie gefährlich, sich dieses Schlagworts zu bedienen, das im Munde der Imperialisten zu den verlogensten gehört. Diese schreien, weil es die Freiheit der Meere zu schützen gilt, müssen wir Kriegsschiffe bauen, müssen Flottenstützpunkte in allen Winkeln der Erde errichten, müssen Kohlenstationen haben. Ist die Freiheit der Meere garantiert durch Verträge, dann müssen wir die Vernichtungswerkzeuge erst recht haben, damit wir eine Vergewaltigung der Verträge durch die andern verhindern, denn die Erfahrung lehrt, daß auf Verträge nicht zu bauen ist. — Darauf gibt es nur eine Antwort: fort mit dem Kriege überhaupt und insbesondere mit dem Kriege zur See! Erst wenn keine Kriegsschiffe mehr gebaut werden, wird das Meer frei sein. Der Einwand, daß die Kriege zur Verteidigung des Vaterlandes dienen, gilt nicht. Bei den heutigen militärischen Verhältnissen ist die Landung von Truppen an einer Küste, die von Miliz verteidigt wird, ein Ding der Unmöglichkeit. Die Kriegsschiffe dienen dem kolonialen Raub, sie sind das Mordwerkzeug, dessen die kapitalistischen Staaten bedürfen, um die Völker der nichtkapitalistischen Welt zu versklaven und auszurauben, für die Landesverteidigung sind sie überflüssig geworden.

Sinn hätte also einzig die Forderung, durch internationale Verträge den Bau von Kriegsschiffen überhaupt zu untersagen, damit der Krieg zur See unmöglich werde. Betrachtet man aber das als Utopie, so ist die Forderung, durch Verträge die Freiheit der Meere im Kriegsfalle zu sichern, zehnmal utopischer. Kriegsschiffe bauen und die Freiheit der Meere proklamieren, läuft darauf hinaus, einem Mordgesellen zwar gute Lehren über das Gebot „Du sollst nicht töten" erteilen und gleichzeitig einen geladenen Revolver in die Hand drücken.

Das Programm der Proletarier aller Länder lautet bisher: Krieg dem Kriege. In den „Leitsätzen" wird aber durch die schönklingenden Worte über die Freiheit der Meere zum Eingeständnis gemacht, daß Kriege geführt werden können, nur sollen sie hübsch manierlich geführt werden und zu diesem Zwecke soll die papierene Schutzwehr völkerrechtlicher Verträge errichtet werden, just in dem Moment, in dem man sich überzeugt hat, daß sie von den Machthabern als „Fetzen Papier" behandelt werden.

Der Absatz 4 der Leitsätze wendet sich gegen Annexionen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ein Sozialdemokrat unter allen Umständen die gewaltsame, zwangsweise Unterwerfung irgend eines Gebietes an Deutschland verwerfen muß. Auch wenn es nicht „volksfremd" ist! Die Fassung des Leitsatzes scheint uns daher wenig glücklich. Die Annexionspolitiker haben ja schon die Theorien geschaffen, nach denen der vlämische Teil Belgiens Deutschland angegliedert werden soll, weil die Vlämen Germanen seien, nach denen die russischen Ostseeprovinzen annektiert werden sollen, weil sie angeblich deutsche sind. Diese Theorien sind erlogen. Die Zugehörigkeit der Vlämen zur germanischen Rasse ändert nichts daran, daß sie durch ihre geschichtliche Entwicklung aufs engste mit dem belgischen Staatswesen verbunden sind. Entscheidend ist, daß nie und nirgends die Vlämen Sehnsucht gezeigt haben, das Schicksal der Elsaß-Lothringer zu teilen, daß sie die Annexion ihres Landes seitens Deutschlands als ein Unglück betrachten, dem Zwang Widerstand leisten. Die russischen Ostseeprovinzen sind im Mittelalter von dem Ritterorden der Schwertbrüder erobert worden, der die Letten und Esthen unterjochte und versklavte. Seit jener Zeit hat sich eine deutsche herrschende Schicht und Bourgeoisie erhalten, die heute kaum 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Diese herrschende Klasse würde vielleicht der Annexion des Landes zustimmen, aber die große Masse der arbeitenden Klassen, Bauern und Arbeiter, sehnen sich sicher nicht darnach, unter die Herrschaft des Deutschen Reiches zu geraten, sie waren nie Deutsche, wollen es nicht werden, denken nicht daran, ihr Volkstum aufzugeben und an sich die Methoden der Germanisierung zu erproben, von

denen die unter deutscher Herrschaft lebenden Polen, Dänen und Elsaß-Lothringer ein Lied zu singen wissen.

Es ist daher verfehlt, wenn in den Leitsätzen die Schädlichkeit der Annexion „volksfremder" Gebiete betont wird, nicht die Annexion eines jeden Gebietes schlechthin, weil dadurch jenen verlogenen Annexionsvorwänden Vorschub geleistet wird. Auch die Annexion nicht volksfremder Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung der Volksmassen verstößt gegen das Selbstbestimmungsrecht.

Indessen damit nicht genug. Es ist allgemein bekannt, daß die Annexionsgelüste der Beutepolitiker bemäntelt werden, daß insbesondere der Reichskanzler von der „wirtschaftlichen Angliederung" Belgiens sprach, die er nicht als Annexion betrachtet wissen will, die aber, wenn sie dem Lande aufgezwungen wird, Annexion in schlimmster Form bedeutet. Vielleicht zählen die Verfasser der Leitsätze den Reichskanzler zu den „kurzsichtigen" Eroberungspolitikern. Aber bei der gegebenen Situation heißt es eine klare und deutliche Sprache führen, die verschleierte und bemäntelte Annexion ist ebenso unbedingt und grundsätzlich zu verwerfen, wie die nackte und unverschleierte.

Im 5. Absatz wird die Forderung aufgestellt, daß alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern einem internationalen Schiedsgerichtshof zu unterbreiten sind. Es ist dies eine Forderung, der jeder zivilisierte Mensch zustimmen kann, auch jeder gutbürgerliche Friedensfreund. Aber von den bürgerlichen Friedensschwärmern unterschieden wir Sozialdemokraten uns bisher stets dadurch, daß wir die sozialen Momente betonten, die zu Kriegen führen. Die Einführung von Schiedsgerichten für Streitigkeiten unter den Staaten wird erst dann möglich sein, wenn die arbeitenden Massen genügenden Einfluß in den Staaten erreicht haben, um die imperialistischen Kriegsgelüste der herrschenden Klassen zu bändigen.

Bei der Aufstellung der „Leitsätze" haben Mehrheit des Partei-Ausschusses und Fraktion sich offenbar von dem Wunsche leiten lassen, „praktische Politik" zu treiben und deshalb enthalten diese Leitsätze nur Forderungen, die scheinbar der gegenwärtigen Lage entsprechen und realisierbar sind, wenn der „gute Willen" vorhanden ist. Der Irrtum besteht darin, daß faktisch die Volksmassen weder in Deutschland noch in den andern Staaten über den Frieden zu beschließen haben. Die Militärdiktatur zwingt die Massen zum Schweigen und Dulden, über die Gechicke der Völker werden die Träger der Staatsmacht, die Sachverwalter der Besitzenden beschließen, es sei denn, daß das furchtbare Morden endlich die Volksmassen veranlaßt, von ihrer Macht Gebrauch zu machen und dem blutigen Wahnsinn ein Ende zu bereiten.

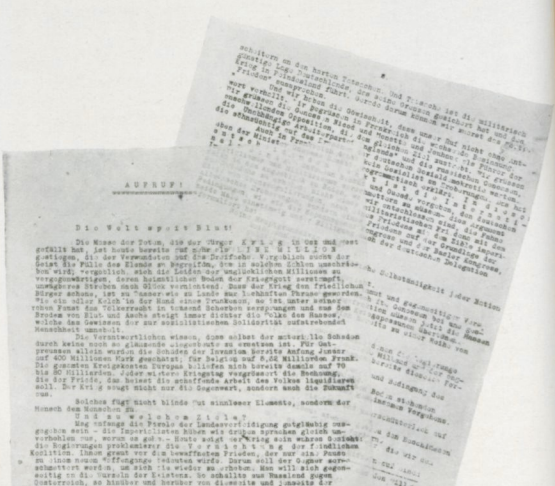
Bilder ohne Worte.

Rosa Luxemburg im Weibergefängnis Berlin Barnimstraße.

Clara Zetkin im Untersuchungsgefängnis in Karlsruhe.

Schaidemann David Ebert Schöpflin

Vier sozialdemokratische Abgeordnete als Gäste im kaiserlichen Hauptquartier im besetzten Belgien.



AUFRUF!

Die Welt speit Blut

Die Masse der Toten, die der Dritte Krieg in den und rest gefällt hat, ist heute bereits auf mehr als [illegible] Millionen gestiegen, die der Verwundeten und der Drittfache. Vergeblich sucht der Geist die Fülle des Elends zu begreifen, denn in solchen Zahlen unschärfen wird, vergessen, sich die Leiden der unglücklichen Millionen zu vergegenwärtigen, deren heimatlichen Boden der Kriegsgott zerstampft, unendliche Strecken nach Osten verwüstend. Dass der Krieg den friedlichen Bürger schone, ist zu Anfang wie zu Lande zur lächerlichen Phrase geworden. Wo ein voller Kelch in der Hand seines Trinkenden, so ist unter seinem Dach das Völkerrecht in tausend Scherben zerspungen und aus dem Brunnen von Blut und Asche steigt immer dichter die Volke des Hasses, welche das Gewissen der vor sozialistischen Solidarität aufstrebende Menschheit umnebelt.

Die Verantwortlichen wissen, dass selbst der mörderische Schaden durch keine noch so glänzende Siegesbeute zu ersetzen ist. Für Ostpreussen allein wurden die Schäden der Invasion bereits Anfang Januar auf 400 Millionen Mark geschätzt, für Belgien auf 8,26 Milliarden Frank. Die gesamten Kriegsschäden Europas beliefen sich bereits damals auf 70 bis 80 Milliarden. Jeder weitere Kriegstag vergrössert die Rechnung, die der Friede, das heisst die arbeitende Arbeit des Volkes liquidieren soll. Der Krieg zeugt nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft mit.

Solches fügt nicht blinde Mit sinnloser Elemente, sondern der Mensch den Menschen zu.

Und so welchem Ziele?

Mag vorläufig die Phrase der Landesverteidigung gutgläubig ausgegeben sein - die Imperialisten haben wie grosse Sprachen gleich unvorhersehbar, wenn es gilt. Heute zeigt der Krieg sein wahres Gesicht: die Begierungen proklamieren die Vernichtung der feindlichen Koalition. Ihnen grenzt nur ein Waffenfrieden, der nur ein Pausieren zu einem neuen Öffnungen bedeuten würde. Darum soll der Gegner ausgeblutet werden, um sich nie wieder zu erheben. Nun will sich gegebenfalls in die Wurzeln der Existenz, so schallt aus Russland gegen Deutschland, so hinüber und herüber von diesseits und jenseits der Vogesen und des Kanals.

Was muss das Ende sein, wenn die entfesselte Furie ohne Übereinstand sich austobt? Entweder die Tyrannenherrschaft des Siegers - oder, und das ist das Wahrscheinlichere, die weltweitzige Revolution der Gegner. In jedem Falle ist die ökonomische und demokratisch-sozialistische Entwicklung Europas auf Jahrzehnte gehemmt.

Das Bürgertum muss in dieser Lage die Wirde der Vorwerfung zugeben, die sich als Bankrotterklärung aufspielt, die Parole "Burgfrieden". Das Proletariat aber würde auf seine Zukunft, auf seine geschichtliche Rolle verzichten, wollte es den Klang der Kriegstrompete weiter besinnungslos folgen wie die irrenden Flocken den Rattenfänger von Hameln.

Der Sozialismus erwuchs die Aufgabe, die Massen zur FRIEDENSAKTION zu sammeln.

Dass hat es, nicht ohne Erfolg, versucht. So beschloss der Stuttgarter Kongress 1907 und der von Basel 1912 die Tat, wenn der Krieg drohe. Und wirklich Reichstags fraktion erklärte am 4. August wie am 2. Dezember:

"Wir fordern, dass dem Krieg, schnell die Ziel der Sicherung erreicht ist und die Dauer zum Frieden gesetzt wird, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der di Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

Wir fragen: Wo ist die Regierung, die bürgerlich: Klasse, die di[illegible] Programm der Demokratisierung wirklich unterschreiben könnte hinter die also eine sozialdemokratische Regierung treten darf?

Man sagt, Friedenspropaganda würde also ein Deichen der Schwäche ausgelegt werden. Demgegenüber muss es heissen: Falsche Auslegungen -

PAUSE!

Die Welt speit Blut

(Dokument 7)

Dann erst und nur dann kann von einem Friedensschluß die Rede sein, bei dem die Interessen der Völker gewahrt werden und die sozialdemokratischen Grundsätze zur Anwendung kommen können.

Fassen wir diese zusammen:

1. Der gegenwärtige Krieg ist kein „nationaler Krieg", er wird nicht geführt zur Verteidigung des Vaterlandes, sondern er ist heraufbeschworen durch die imperialistische Raubgier, die die herrschenden Klassen aller Staaten in der Zeit der Vollentfaltung des Kapitalismus beherrscht.

2. Deshalb ist dieser Krieg ein Verbrechen an den Völkern, ein Verbrechen, begangen von den herrschenden Klassen und ihren Regierungen.

3. Das Interesse der arbeitenden Massen der ganzen Welt erfordert sofortige Einstellung des Mordens und der Verwüstung.

4. Nur wenn die Völker ihr Geschick in die eigene Hand nehmen, wenn der Wille der arbeitenden Massen den Ausschlag gibt, nicht der Wille herrschsüchtiger Dynastien, liebedienerischer Staatsmänner, beutelüsterner Kapitalisten und Militärs, kann ein Friede geschlossen werden, der den Völkern die Freiheit bringt, die nationale Unterdrückung aufhebt, die Ursachen neuer Kriege beseitigt.

5. Um in Zukunft die Barbarei des Krieges unmöglich zu machen, müssen die stehenden Heere beseitigt, muß die Verteidigung des Vaterlandes durch die Miliz gesichert werden. Die Entscheidung über Krieg und Frieden darf den Regierungen nicht überlassen bleiben, sondern sie muß Sache des Volkes sein.

6. Der sogenannte „Burgfriede" ist eine Lüge. Der Klassenkampf dauert faktisch auch während des Krieges fort, aber durch die Lüge vom Burgfrieden hat man die arbeitende Klasse darüber hinwegzutäuschen gesucht, daß sie der rohen Willkür der regierenden Kreise ausgeliefert sind, daß ihnen die Wahrheit über den Charakter dieses Krieges verheimlicht wird.

7. Die Interessen der Proletarier aller Länder sind gleich und gemeinsam im Frieden wie im Kriege. Sie erfordern, daß die Proletarier aller Länder ihre Anstrengungen vereinigen, um zu verhindern, daß die Kapitalistenklasse in ihrem Interesse die barbarische Menschenschlächterei bis zum Weißbluten der Völker treibt. Nur durch die kraftvolle Entfaltung des Klassenkampfes kann das internationale Proletariat zum Segen der Menschheit den jetzigen Machthabern seinen Friedenswillen aufzwingen und Kriege in Zukunft unmöglich machen.

Dokument 14.

Ansprache der Deputation Groß-Berliner Genossinnen an den Parteivorstand und Parteiausschuß

(in der Sitzung des Parteiausschusses vom 29. 10. 1915).

Werte Parteigenossen!

Wir kommen im Auftrag der meisten tätigen Genossinnen Berlins und im Einverständnis mit den Berliner Genossinnen überhaupt, um dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß von der Stimmung in unseren Kreisen und von unseren Wünschen und Forderungen direkte Mitteilung zu machen. Denn es scheint, daß die gewählten Vertreter der Berliner Genossen im Parteiauschuß ganz und gar nicht im Sinne ihrer Auftraggeber berichten, stimmen und handeln.

Es ist den Instanzen bekannt, daß hier wie anderwärts eine große Erbitterung infolge der Teuerung herrscht. Sie hat in den Kreisen der Unorganisierten schon zu einer Anzahl von Krawallen geführt, sie ist aber auch in den Kreisen der Organisierten bereits zu einem bedenklichen Grade gestiegen.

Die Frage der Lebensmittelteuerung steht aber doch nicht isoliert da. Sie steht vielmehr in engstem Zusammenhang mit der ganzen Kriegspolitik der Regierung und kann daher nicht gelöst werden, wenn man im übrigen mit allem einverstanden ist, was die Regierung tut, und was sie durch den Krieg zu erreichen gedenkt. Wie die Regierung durch den Krieg die künftige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Knechtung bisher nicht deutscher Gebiete und Nationen erstrebt, so duldet und fördert sie während des Krieges die verstärkte Ausbeutung und Knechtung des eigenen Volkes. Die Regierung läßt den Eisen- und Kohlen-Magnaten, besonders den Landwirten freie Hand bei der Verteuerung aller wichtigen Existenzmittel. Nur gegenüber dem mittleren und kleinen Handel greift sie zu einigen Scheinmaßregeln.

Gegen den von Produzenten und Händlern betriebenen Wucher hat ja nun die Parteileitung in Eingaben und Unterredungen mit der Regierung bereits protestiert. Da aber alle diese Proteste so gut wie wirkungslos geblieben sind, gilt es, nicht nur die Proteste zu wiederholen, sondern mit allen Mitteln zu steigern. Vor allem ist es notwendig, der Presse die Freiheit zu verschaffen, die zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers notwendig ist. Gerade in letzter Zeit hat die Zensur auf diesem Gebiet den Knebel für die Presse schärfer angezogen. Mehrere Parteiblätter in der Provinz sind wegen ihrer Artikel über Lebensmittelfragen vorübergehend verboten worden. In Berlin hat der Oberkommandierende der Marken, Herr v. Kessel, in eigener Person der Presse die Beruhigung der Bevölkerung durch Lob

der Regierungsmaßnahmen und Zurückstellung der Kritik befohlen. Jede Anklage gegen die Agrarier wird in Berlin als Bruch des „Burgfriedens" von der Zensurbehörde gerügt, mit Strafmaßregeln bedroht. Unter dem Schutze der Zensur treiben Händler und Produzenten ihr Handwerk der Volksauswucherung ruhig weiter. Kampf gegen die Lebensmittelteuerung muß deshalb auch Kampf gegen die Zensur sein. Auch hier genügen nicht Proteste hinter verschlossenen Türen, sondern öffentliche Proteste der Parteileitung gegen die Zensur sind notwendig und die Fraktion muß beauftragt werden, im Plenum des Reichstages die Zensur scharf zu kritisieren. Auch wäre es Aufgabe des Parteivorstandes, die Parteipresse zu einem gemeinsamen gleichzeitigen Kampf gegen die Zensur anzuregen. Der Kampf gegen die Zensur müßte ferner zum Kampf gegen alle Einschränkungen durch den Belagerungszustand erweitert werden. Unter dem Sozialisten-Gesetz hat die Partei sich nicht geduldig dem Drucke gefügt, sondern durch geeignete Maßnahmen den Klassenkampf fortgeführt. Die Verbreitung von unzensierten Flugblättern und Druckschriften und die Abhaltung nicht genehmigter Versammlungen wäre bei dem großen Organisations-Apparat heute leichter möglich als zur Zeit des Sozialisten-Gesetzes. Es fehlt nicht an Mitteln und Wegen, sondern offensichtlich an dem Willen. Vor allem ist es notwendig, sich der spontanen Massenbewegung gegen die Teuerung zu bemächtigen, dieselbe zu organisieren und zu leiten. Sie können so zu einer mächtigen Volksbewegung gegen die Teuerung und für Abkürzung des Krieges werden, während, wenn die Parteileitung hier müßig zur Seite steht, die Erbitterung sich in einzelnen Krawallen und Ausschreitungen Luft machen wird, die nichts nützen und zahllose Opfer kosten.

Die Parteileitung trägt dann die Verantwortung dafür, weil sie die Aufgabe des Augenblicks nicht verstanden hat. Die Bevölkerung erwartet geradezu von der Partei, daß sie sich an die Spitze der Demonstrationsbewegung stellt. Protestversammlungen vor Rathäusern und vielleicht auch vor Parlamenten und Ministerien würden die Massen von Ausschreitungen auf den Märkten und in einzelnen Läden abhalten wo sehr oft völlig Unschuldige geschädigt werden.

Wir wissen nun, daß die Partei auf dem Wege, den wir vorschlagen, in Konflikt mit der Regierung geraten kann. Aber wir meinen, daß der Klassenkampf lange genug durch freiwillige Aufgabe geruht hat. Die Erfahrungen beweisen deutlich, daß der Burgfrieden nur zu einer Schwächung der Arbeiterklasse und ihrer Organisation ausgenutzt worden ist. Wir wissen, daß durch die Wiederaufnahme des Klassenkampfes unsere Stellung nur gestärkt werden kann.

Die wichtigste Ursache der Lebensmittelteuerung aber ist die lange Dauer des Krieges. Mit jeder weiteren Kriegswoche wird die wirtschaftliche Lage der Arbeitermassen unerträglicher. Der beste Schutz gegen weitere Verteuerung ist eine rasche Beendigung des Krieges. Wir fordern deshalb von der Parteileitung, daß sie alles tue, um dieses Ende herbeizuführen. Nach den Eingaben der großen Wirtschaftsverbände, der Haltung der bürgerlichen Presse und den Mitteilungen des Kanzlers unterliegt es keinem Zweifel, daß die Regierung und das hinter ihr stehende Bürgertum weitgehende Eroberungspläne verfolgen. (Belgien, Teile von Frankreich und Rußland, jetzt auch freier Weg nach Indien und Aegypten.)

Es handelt sich bei allen diesen Plänen nicht um Verteidigung unserer Grenzen, sondern um Ausbeutung großer Gebiete, die bisher unter fremden Einfluß standen.

Wir fordern deshalb von der Parteileitung, daß sie in aller Oeffentlichkeit die Annexionspläne der Regierung und des Bürgertums energisch bekämpft, daß sie dem ständig wachsenden Friedenswillen des Proletariats Ausdruck gibt. Die Schritte, die der Parteivorstand bisher unternommen hat, genügen keineswegs; sie müssen solange ergebnislos bleiben, solange Parteileitung und Fraktion an ihrer bisherigen Haltung und der Unterstützung der Kriegspolitik der Regierung festhalten. Wenn die Parteileitung aber gewillt ist, energisch gegen die Lebensmittelteuerung und für den Frieden einzutreten, dann wird sie nicht nur die Massen der Parteigenossen, sondern auch große Scharen des kleinen und mittleren Bürgertums an ihre Fahnen fesseln und wieder zu dem werden, was sie vor dem 4. August 1914 war, die Vertreterin der Interessen der breiten Schichten des Volkes.

Dokument 15.

Der Annexionswahnsinn.

Die breiten Massen des Volkes hegen nach 12 grauenvollen Kriegsmonaten nur den einen inbrünstigen Wunsch nach Frieden: „Macht Ende mit dem Morden, gebt uns die Väter, Brüder und Söhne zurück, die ihr noch nicht geopfert habt; viele Hunderttausende deckt ja schon die Erde und noch mehr wanken verstümmelt und körperlich gebrochen einem vorzeitigen Ende entgegen, sich und ihre Familie ins Elend reißend!" Um Frieden betet das Oberhaupt der katholischen Kirche, deren internationale Verzweigung dem Papst die Augen für diese Notwendigkeit des Tages geöffnet hat. Ueberall Sehnsucht nach Frieden! — Ach nein, Rufer im Streit erheben sich, die nicht die Fortdauer des Krieges peinigt; sie schüttelt die Angst vor einem „vorzeitigen Friedensschluß". Wenn der Kriegsbeginn die Klassenspaltung, die durch jede bürgerliche

Gesellschaft geht, zu verdecken schien, die Gegensätze im Volk konnten nicht augenfälliger wieder hervortreten als in der einen ungeheuerlichen Tatsache, daß die einen mit flehender Gebärde die Friedensgöttin herbeisehnen, während andere grollend gegen ihr vorzeitiges Kommen wettern. Kann der Friede nach einem vollen Weltkriegsjahr von einer in den Blättern der Weltgeschichte unerhörten Furchtbarkeit zu zeitig kommen!?

Wenn freilich der Friede mit dem Gewicht einer ungeheuerlichen Kriegsbeute beladen wird, vermag er nur mühsam uns entgegen zu schleichen, dann ist seine Zeit noch nicht, noch lange nicht gekommen. Der Annexionswahnsinn mordet den Friedensgedanken! Da ist es dringendste Pflicht jedes Friedensfreundes, den Annexionspolitikern entgegenzutreten. Der Annexionswahnsinn mordet aber auch die sozialistische Idee! So verteidigt Ihr Sozialisten den Altar unserer heiligsten Ueberzeugung, nieder mit den versteckten Annexionspredigern im eigenen Lager!

Die Stellung zur Annexionsfrage ist von entscheidender Wichtigkeit für die Beendigung des Massenmordes, für die Erreichung eines nicht schon von vornherein unterminierten Friedens und vor allem für das Bestehen einer ihren Namen in Ehren tragenden Sozialdemokratischen Partei. Alle Gedanken müssen sich jetzt auf diesen einen Punkt konzentrieren. Hier Klarheit gewinnen und Festigkeit beweisen, ist die erste Pflicht eines jeden aufrichtigen Menschenfreundes und jedes aufrechten Sozialisten. Um keine Doktorfrage handelt es sich mehr. Die Annexionswünsche maßgebender Kreise sind nunmehr so deutlich enthüllt, daß niemand den Kopf in den Sand stecken kann.

Die überaus rührige Gruppe der alldeutschen Imperialisten hatte mit ihren Eroberungsplänen schon vor dem Kriege nicht hinter dem Berge gehalten. Seit der Propaganda für Verstärkung der deutschen Kriegsflotte, d. h. seit etwa 15 Jahren, wurden von einigen Generalstabstrompeten und ihren journalistischen Musikbanden Fanfaren zum Heile eines größeren Deutschlands geblasen. Die Bernhardi, Frobenius, Rohrbach u. a. konnten ja den Augenblick der Kriegserklärung kaum erwarten. Aber niemand wußte, wie groß der Anhang dieser Eroberungsphantasten war oder werden könnte. Da hörte man mit Bestürzung im März dieses Jahres aus den feierlichen, vom Beifall des ganzen Hauses begrüßten Schlußworten des Herrenhauspräsidenten von Wedel-Piesdorf ein ungeschmücktes Bekenntnis zur deutschen Eroberungspolitik:

„Und wenn wir nichts weiter wollten als den Angriff der Feinde abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Zeit zu erlangen. Damit kann sich aber Deutschland nicht befriedigt erklären. Wir müssen mehr fordern."

Und einige Zeit darauf plauderte sogar der König von Bayern in einer Rede im bayerischen Kanalverein imperialistische Zukunftspläne aus:

„Jetzt endlich dürfen wir hoffen, daß wir für Süd- und Westdeutschland günstigere Verbindungen zum Meere bekommen werden. Eine Stärkung des Deutschen Reiches und eine Ausdehnung über seine Grenzen hinaus, soweit dies notwendig ist, damit wir gesichert sind gegen künftige Angriffe, das soll die Frucht dieses Krieges sein."

Die letzten Monate haben das Annexionsprogramm deutscher Kapitalisten mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Am 20. Mai legten sechs große Wirtschaftsverbände: Der Centralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der reichsdeutsche Mittelstandsverband, der Bund der Landwirte, der deutsche Bauernbund und der Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine dem Reichskanzler eine Denkschrift zur Unterstützung der Annexionspolitik vor. Bürgerliche Professoren, die als geistige Leibgarde der Hohenzollern auch von den Kapitalsgenerälen kommandiert werden, zogen als Reserve hinterdrein. Am 20. Juni wurde in diesen Kreisen eine Denkschrift entworfen — es unterzeichneten u. a. die Professoren Meinecke, Oncken, Schuhmacher, Seeberg, Schäfer —, die weltumspannende Annexionspläne hegt. Daß alle bürgerlichen Parteien — von den Konservativen bis in den Freisinn hinein — vom Annexionsteufel besessen sind, zeigen eine Reihe schriftlicher und rednerischer Bekenntnisse in letzter Zeit.

Wenn freilich der Wortlaut maßgebend wäre, gäbe es keine Befürworter von Annexionen im deutschen Volke. Wie der Beginn des Krieges das eigenartige Schauspiel zeigte, daß jede der kriegführenden Mächte nur sich zu verteidigen vorgab — lauter Verteidiger, wo die Angreifer?! —, so wird, nach den Kriegszielen zu urteilen, das Ende des Krieges nur Staaten aufweisen, die „Landessicherung", aber beileibe keine Annexionen wollen. Doch lassen wir uns durch Worte nicht irreführen. Annektieren heißt zu deutsch angliedern, eingliedern. Annexion bedeutet gewaltsame Einbeziehung und Aneignung, politische Vergewaltigung und Entrechtung, mag sie ein Territorium als Ganzes verschlucken, mag sie es nur auf Eingriffe in wichtige Teile der Wirtschaftspolitik — wirtschaftliche Angliederung nennt man es verschämt —, auf Einengung der Bürgerrechte der Einwohnerschaft usw. abgesehen haben. Die Zukunft wird lehren, daß sich unter den „realen Garantien und Sicherheiten", die man bescheiden fordert, auch sehr handfeste Annexionen verbergen. Gewaltsame Aneignung ist das Programm des internationalen Imperialismus, des englischen wie des deutschen, des

französischen wie des italienischen, des russischen wie des österreichischen.

Die beiden Denkschriften des Geld- und Hirnbesitzes stimmen in wesentlichen Punkten fast wörtlich überein. Mit anerkennenswerter Offenheit werden in ihnen drei Aufgabenkreise abgesteckt: rücksichtslose Schwächung der Kriegsgegner durch territoriale Verstümmelung und finanzielle Schröpfung, ausgedehnte Machterweiterung Deutschlands durch Gewinnung von Land und Leuten, Gut und Geld, ökonomische und politische Opferung der annektierten Einwohnerschaft. Aber alles das soll natürlich nur um des lieben Friedens willen geschehen!

Einen dauerhaften Frieden erhoffen die Denkschriftler „aus einer so starken wirtschaftlichen und militärischen Schwächung unserer Gegner, daß durch diese für absehbare Zeit der Friede gesichert wird". Ein unglaublicher Trugschluß! Im Kapitalismus und vornehmlich in seiner imperialistischen Phase bereiten sich Kriegskatastrophen mit innerer Notwendigkeit aus den Widersprüchen des Wirtschaftssystems vor. Nur der Sozialismus trägt den dauerhaften Völkerfrieden in seinem Schoß. Wenn aber zwischen Klassenstaaten immer wieder Kriege ausbrechen werden, so kann doch das Tempo der Kriegsentwicklung, die Häufigkeit des Kriegseintritts sehr verschieden sein. Der sicherste Weg, um zu einem baldigen — — Krieg zu gelangen, ist der Versuch, rücksichtslose, „schonungslose" Schwächung der einstigen Gegner.

„Wenn jemals ein Eroberer „materielle Garantien" nahm, um die Kräfte einer Nation zu brechen, so war es Napoleon I. durch seinen Vertrag von Tilsit und die Art und Weise, wie er ihn gegen Preußen und das übrige Deutschland durchführte. Und dennoch, einige Jahre später brach eine gigantische Macht wie ein „verfaultes Schilfrohr" vor dem deutschen Volk. Was sind die „materiellen Garantien", die Preußen in seinen wildesten Träumen Frankreich aufzwingen kann oder darf, im Vergleich zu denen, welche Napoleon I. ihnen selbst abzwang? Der Ausgang wird diesmal nicht weniger nachteilvoll sein. Die Geschichte wird ihre Vergeltung bemessen nicht nach der Ausdehnung der von Frankreich abgerissenen Quadratmeilen, sondern nach der Größe des Verbrechens, daß man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Politik der Eroberungen aufs neue ins Leben gerufen hat."

So Karl Marx im Jahre 1870! Man sieht übrigens, das Schlagwort von der Notwendigkeit „materieller Garantien" spielte schon damals seine unheilvolle Rolle — der Reichskanzler sprach am 28. Mai 1915 auch von „materiellen Garantien" — und forderte Marx' Kritik heraus. Heute träumen deutsche Professoren (in ihrer Denkschrift):

„Mit der französischen Gefahr wollen wir ein- für allemal aufräumen... Wir müssen dies Land um unseres eigenen Vorteils willen politisch und wirtschaftlich rücksichtslos schwächen."

Kann man die Regenerationskraft eines Landes vernichten? Territoriale Amputationen mögen Einbuße an Gut und Blut bedeuten. Auf ein dauerndes Krankenlager können sie ein Land nicht bannen. Eine solche Absicht würde eine Welt von Feinden gegen den Eroberer staat vereinigen. Und wie durch Annexionen hervorgerufene Schutzbündnisse zu Trutzbündnissen werden, zeigt die europäische Politik auf Schritt und Tritt. Am 9. September 1870 schrieb Marx gegenüber den Plänen der Annexion an Elsaß-Lothringen in der Adresse über den deutsch-französischen Krieg:

„Glauben die Deutschtümler wirklich, daß Freiheit und Frieden Deutschlands gesichert sei, wenn sie Frankreich in die Arme Rußlands hineinzwingen? Wenn das Glück der Waffen und der Uebermut des Erfolges, dynastische Intrigen Deutschland zu einem Raub an französischem Gebiet verleiten, bleiben ihm nur zwei Wege offen. Entweder muß es, was auch immer daraus folgt, der offenkundige Knecht russischer Vergröberung werden, oder aber es muß sich nach kurzer Rast für einen neuen defensiven Krieg rüsten, nicht für einen jener ungebackenen lokalisierten Kriege, sondern zu einem Rassenkriege gegen die verbündeten Rassen der Slaven und Romanen."

Eine Prophezeiung, deren bittere Wahrheit heute auch dem blödesten Auge klar geworden ist. Sollen wir durch neue Annexionen neue Koalitionen gegen uns schmieden?

Was fordern nun die deutschen Annexionspolitiker im einzelnen? Die Denkschrift der Wirtschaftsverbände sagt da in den entscheidenden Abschnitten:

„Belgien muß, wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegeltung, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Zukunftsstellung gegenüber England, und wegen des engsten Zusammenhangs des wirtschaftlich so bedeutenden belgischen Gebietes mit unserem Hauptindustriegebiet, militär- und zollpolitisch, sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens, der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden. (In der Professorendenkschrift heißt es: „Belgien müssen wir politisch, militärisch und wirtschaftlich fest in der Hand behalten.") Eisenbahnen und Wasserstraßen sind unserem Verkehrswesen anzugliedern. Im übrigen müssen Regierung und Verwaltung des Landes, unter Scheidung eines wallonischen und eines überwiegend vlämischen Gebiets und unter Ueberführung der für die Beherrschung des Landes wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen und Besitzungen in deutsche Hand, so geführt werden, daß die Bewohner keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches erlangen.

Was Frankreich betrifft, so muß, aus dem gleichen Gesichtspunkte unserer Stellung zu England, der Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebiets bis etwa zur Somme und damit der Ausweg zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage für unsere Seegeltung betrachtet werden. Das hierbei mit zu erwerbende Hinterland muß so bemessen werden, daß wirtschaftlich und strategisch die volle Ausnutzung der gewonnenen Kanalhäfen gesichert ist. Jeder weitere französische Land-

erwerb hat, abgesehen von der notwendigen Angliederung der Erzgebiete von Briey, ausschließlich mit militärstrategischen Erwägungen zu geschehen. Man kann hierbei nach den Erfahrungen dieses Krieges wohl als selbstverständlich ansehen, daß wir unsere Grenzen nicht weiterhin feindlichen Einfällen preisgeben dürfen, indem wir die uns bedrohenden Festungsstellungen, insbesondere Verdun und Belfort und den dazwischen liegenden westlichen Abfall der Vogesen, den Gegnern belassen. Mit dem Erwerb der Maaslinie und der französischen Kanalküste wäre, außer dem erwähnten Erzgebiete von Briey, auch der Besitz der Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas de Calais gegeben. Auch diese Erwerbungen setzen — nach den elsaß-lothringischen Erfahrungen wohl selbstverständlich — voraus, daß die Bevölkerung der angegliederten Gebiete nicht in die Lage gebracht wird, politischen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches zu erlangen, und daß die in diesem Gebiete vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschließlich des mittleren und größeren Besitzes, derart in deutsche Hand überführt werden, daß Frankreich deren Eigentümer entschädigt und übernimmt.

Für den Osten muß zunächst die eine Erwägung maßgebend sein, daß der im Westen zu erwartende große industrielle Machtzuwachs ein Gegengewicht durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes Landwirtschaftsgebiet finden muß. Die gegenwärtige wirtschaftliche Struktur Deutschlands hat sich im jetzigen Kriege als so glücklich erwiesen, daß die Notwendigkeit ihrer Erhaltung für eine absehbare Zukunft wohl als allgemeine Ueberzeugung unseres Volkes bezeichnet werden kann.

Die Notwendigkeit, auch die gesunde landwirtschaftliche Grundlage unserer Volkswirtschaft zu stärken, eine großangelegte deutsche ländliche Besiedelung sowie die Zuführung der im Auslande, namentlich in Rußland lebenden und jetzt entrechteten deutschen Bauern in das deutsche Reichs- und Wirtschaftsgebiet zu ermöglichen und unsere wehrkräftige Volkszahl stark zu erhöhen, fordert eine erhebliche Erweiterung der Reichs- und preußischen Grenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete unter Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten.

Der Wiederaufbau Ostpreußens verlangt eine bessere Sicherung seiner Grenze durch Vorlagerung weiterer Landstriche, und auch Westpreußen, Posen und Schlesien dürfen nicht die gefährdeten Außenmarken bleiben, die sie jetzt sind.

Hinsichtlich der Verleihung politischer Rechte an die Bewohner der neuen Gebiete und der Sicherung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses in ihnen gilt das hinsichtlich Frankreich Gesagte."

Die hier geforderte territoriale Vergrößerung Deutschlands in Europa umfaßt etwa 130 000 Quadratkilometer, eine Fläche so groß wie die deutschen Bundesstaaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen zusammengenommen. Es wäre ein plötzliches Aufschwellen Deutschlands um etwa ein Viertel seines jetzigen Bestandes. Industriereiche Gebiete im Westen, landwirtschaftliches Siedlungsland im Osten. Aber

war dem deutschen Kapital die Ausnutzung dieser westeuropäischen Wirtschaftsbezirke, ihrer Erz- und Kohlenschätze vor dem Kriege versperrt gewesen? Finanzielle Mitbeteiligung, kapitalistische Mitherrschaft bedarf an sich keiner politischen Eroberung. Man schöpfte Profite aus allen Teilen des Auslandes. Gewiß, ein je größeres Gebiet die Zollmauer umspannt, um so reicher sind die Gewinne der kartellierten Unternehmer, denen die Zölle eine Schröpfung des vergrößerten Vaterlands ermöglichen. Aber auch da würde durch Annexion der Profitstrom nicht unbedingt in die heimischen Taschen gelenkt. Es ist sehr die Frage, ob ein und dasselbe Wirtschaftsgebiet in anderer staatlicher Umrahmung noch profitabel bleibt. Die Verteuerung der belgischen Lebenshaltung durch die Einbeziehung in die deutsche Zollpolitik könnte z. B. belgischen Kohlengruben die Abbaufähigkeit verkümmern.

Neben der politisch ungeheuer einschneidenden Grenzverschiebung soll nun noch eine p r i v a t e E x p r o p r i a t i o n größten Stiles vorgenommen werden. „Die machtgebenden Unternehmungen und Besitzungen sollen in deutsche Hände übergehen", d. h. also: Die bisherigen Besitzer werden zwangsweise abgelöst. Die Denkschrift spricht ja ausdrücklich davon, daß z. B. für die von Frankreich abgetrennten Landesteile Frankreich deren Eigentümer zu entschädigen und zu übernehmen hat. Nach der Professorendenkschrift soll Frankreich auch die Expropriationskosten für die Besitzübertragungen in Belgien aufbringen. Für das russische Annexionsgebiet wird der Plan noch gigantischer ausgebaut:

„Den von Rußland politisch abzutretenden Grund und Boden fordern wir — statt einer Kriegsentschädigung — zum großen Teil eigentumsfrei. Gegenüber russischer Verwaltungspraxis gar keine unerhörte Forderung. Mit dem Grund und Boden ist die russische Bevölkerung nicht so wurzelhaft verwachsen wie diejenige im westlichen und mittleren Europa."

An die 5 Millionen Einwohner leben in diesen Gebieten. Sie sollen zum großen Teil dort ausgerottet werden — (sind ja nicht wurzelhaft verwachsen!) —, können wie Bauern auf dem Schachbrett verschoben werden! Man drängt also im Westen wie im Osten Schichten der Bevölkerung ins Ausland, wo sie verzweifelte Propagandisten des Revanchegedankens sein werden. Der übrige, proletarische Teil des Volkes wird zu p o l i t i s c h e n H e l o t e n gemacht: „Es ist ihnen durchaus kein Einfluß am Reich einzuräumen." Die belgischen und französischen Arbeiter, an demokratisches Staatsleben, das sie in langwierigen Kämpfen sich errungen, gewöhnt, werden in asiatische Rechtlosigkeit zurückgestoßen. Und selbst der russischen Bevölkerung wird bewiesen, daß sie politisch noch unter russische Verhältnisse sinken kann. „Es gilt der Sklaverei Europas ein Ende zu machen ... Jetzt haben wir einen Krieg um die Existenz des

freien Volkstums in Europa", hatte unser Kieler Parteiblatt am 5. August 1914 begeistert ausgerufen. Den deutschen Kulturträgern scheint es im Gegenteil nötig, deutsche Untertanen vor dem Einfluß „befreiter" Völker zu schützen. Die Denkschrift der Professoren spricht es in bezug auf die Forderung eines östlichen Grenzgürtels zynisch aus:

„Dieser deutsche Grenzgürtel wird auch die preußischen Polen gegen allzu unmittelbare Einwirkung durch das russische, vielleicht bis zur Selbständigkeit emporsteigende Polentum sichern."

Auf welcher Seite des Grenzgürtels steht dann das Gefängnis für das Polentum? Die politische Kastrierung der Millionen im Annexionsgebiet wäre ein Staatsstreich, eine Wahlentrechtung ungeheuerlichster Art. Können Sozialisten dazu die Hand bieten!?

Was die Ansiedlung im menschenleer gemachten Osten anbelangt, so fragt es sich, woher dann die bäuerlichen Siedler kommen sollen? Es ist sehr zu bezweifeln, ob eine größere Rückwanderung deutscher Bauern aus Rußland eintreten wird. Auch die Polen haben ja der Befreiung durch die Deutschen nicht so entgegengejauchzt, als sich das einige Alldeutsche ausgemalt hatten. Die landwirtschaftliche Arbeit im jetzigen Deutschland bedurfte der Hände zahlreicher ausländischer Wanderarbeiter. Für sie muß Ersatz geschafft werden. Ungeheure Lücken reißt der Krieg. Wo ist da der Volksüberschuß, der in die neuen Gebiete überführt werden kann? Die Denkschriften begründen die Annexion agrarischer Gebiete mit der Notwendigkeit einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Die Sozialdemokratie hat sich immer für eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität ausgesprochen, nur kann sie als geeignetes Mittel dazu weder die deutsche Zollpolitik noch jetzt die Annexion erblicken.

Eine gewichtige Rolle in der Beweisführung der Annexionsfreunde spielt die Frage der militärischen Sicherung. Um ihretwillen soll z. B. ein Schutzgürtel um unsere östlichen Provinzen gelegt werden. Aber da man diese „Außenmarken" ja auch zur wirtschaftlichen Verwertung in deutsche Hände legen will, so würde dann auch für diese Gebiete eine militärische Sicherung notwendig sein. Diese Ostgrenze würde durch Verlängerung ihre Verteidigungsmöglichkeit auch nicht verbessern. Ebenso würde uns der Besitz belgischer und französischer Kanalhäfen militärisch verwundbar machen, da sie ja nicht einen natürlichen Küstenschutz genießen wie die Nordseehäfen. Vor 45 Jahren schrieb Marx gegenüber den militärischen Bemäntelungen deutscher Annexionspläne:

„Ehrlich gesprochen, ist es nicht überhaupt eine Ungereimtheit und ein Anachronismus, wenn man militärische Rücksichten zu dem Prinzip erhebt, wonach die nationalen Grenzen bestimmt werden sollen?

Wollten wir dieser Regel folgen, so hätte Oesterreich noch einen Anspruch auf Venetien und die Minciolinie, und Frankreich auf die Rheinlinie, zum Schutze von Paris, welches sicherlich Angriffen von Nordosten mehr ausgesetzt ist als Berlin von Südwesten. Wenn die Grenzen durch militärische Interessen bestimmt werden sollen, werden die Ansprüche nie ein Ende nehmen, weil jede militärische Linie notwendig fehlerhaft ist und durch Annexion von weiterem Gebiet verbessert werden kann; und überdies kann sie nie endgültig und gerecht bestimmt werden, weil sie immer dem Besiegten vom Sieger aufgezwungen wird und folglich schon den Keim eines neuen Krieges in sich führt.

Das ist die Lehre aller Geschichte: Es ist mit Nationen wie mit Einzelnen. Um ihnen die Möglichkeit des Angriffs zu entziehen, muß man sie aller Verteidigungsmittel berauben. Man muß sie nicht nur an der Kehle fassen, sondern auch töten." (Es folgt hier dann die schon oben zitierte Stelle über Napoleon I. und das getötete und wieder aufgestandene Preußen.)

Zu der Expansion Deutschlands in Europa kommt der Ausbau der deutschen Kolonialmacht. In der Professorendenkschrift lesen wir:

„In Afrika wollen wir unser Kolonialreich neu aufbauen, geschlossener und stärker als es bisher gewesen ist. Zentralafrika allein würde uns zwar große Gebiete, aber im Verhältnis dazu nicht genug innere koloniale Werte geben. Wir brauchen daher auch noch an anderer Stelle einen ausreichenden Erwerb. Hier tritt wieder die Wichtigkeit unserer dauernden Verbindung mit der islamitischen Welt hervor, und abermals die Notwendigkeit eines sicheren Seeweges. Wer daher Kolonien unter Aufgabe unserer Sicherung gegenüber der englischen Seetyrannei an der Kanalküste, Kolonien unter und mittels Herausgabe Belgiens will, unterschätzt nicht nur den Wert des über allen Kolonialbesitz wichtigen europäischen Heimatfundaments, er begeht auch den schweren politischen Fehler, Kolonialbesitz ohne Seeweg-Sicherung, wiederum abhängig von englischem Wohl- und Uebelwollen anzustreben . . . Weiter gilt es, die rings um den Erdball laufende Kette der maritimen Stützpunkte Englands zu sprengen oder durch entsprechenden Erwerb deutscher Stützpunkte zu erschüttern. Aegypten aber, das Englisch-Afrika und Englisch-Asien verbindet und mit Australien als fernem Gegenüber den indischen Ozean zu einem englischen Meere macht, Aegypten, das die Verbindung zwischen dem Mutterland und allen seinen östlichen Kolonien herstellt, ist nach Bismarcks Wort das Genick des englischen Weltreiches, es ist die Klammer, mit der England Morgen- und Abendland unter seine Willkür zwingt. Dort ist England in seinen Lebensnerv zu treffen."

An anderer Stelle der Eingabe war schon bemerkt worden:

„Auch sollten wir uns daran erinnern, daß dieses Land (Frankreich) einen unverhältnismäßig großen Kolonialbesitz hat und daß an diesem gegebenenfalls England sich schadlos halten könnte, wenn wir nicht zugreifen."

Daß ähnliche Ziele kolonialer Weltmachtpolitik von deutschen Bundesfürsten offen propagiert werden, zeigt, wie einflußreich diese Richtung ist. Der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg depeschierte vor einigen Wochen an die Abteilung

der Ruhrorter Kolonialgesellschaft (Düsseldorfer Generalanzeiger vom 29. Juni):

„Im kommenden Frieden möge uns ein mächtiges Kolonialreich beschieden werden, sowie eine genügende Anzahl von festen Stützpunkten auf dem Erdball . . ."

Die Bilanz der drei Jahrzehnte deutscher Kolonialpolitik ist nun freilich nicht dazu angetan, dieses stets mit Defizit arbeitende „Geschäft "noch wesentlich zu vergrößern.

Ueber die wichtige Frage, wer die Kriegsbeschädigungen bezahlt, sprechen sich die Denkschriften nur sehr gewunden aus. Rußland soll es in Land zahlen, „Frankreich ist schonungslos eine hohe Kriegsentschädigung aufzuerlegen". Die sechs Wirtschaftsverbände haben warnend ausgerufen:

„Eine Nachgiebigkeit beim Friedensschlusse, die, ebenso wie eine vorzeitige Aufgabe des Kampfes, zur Folge haben könnte, daß unsere heimkehrenden Krieger dereinst als einziges Ergebnis ihres tapferen Durchhaltens nur eine erdrückende Steuerlast vorfinden, müßte von den verhängnisvollsten Folgen für den inneren Frieden unseres Vaterlandes werden."

Die Professorendenkschrift gesteht aber ein, „daß die Frage, abgesehen von unseren militärischen Erfolgen, von der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Feinde abhängt". Man scheint sich also doch wohl mit dem Gedanken vertraut zu machen, die Kriegskosten auf die eigene — d. h. des Volkes — Schulter nehmen zu müssen. Wenn dem gegenüber jammernd ausgerufen wird: „Dem Blutopfer von Hunderttausenden muß auch der Siegespreis entsprechen", so ist das freilich das Feld-, Wald- und Wiesenargument der Annexionspolitiker überhaupt. „Zwölf Monate liegen wir im Schützengraben, nun wollen wir auch etwas davon haben, her mit Belgien, mit Nordfrankreich usw." So hört man hin und wieder einen braven Reservemann entrüstet auftrumpfen. Und doch wölbt sich über solchen Ideen der blaue Spießbürgerhorizont. Ist durch die Annexion von Elsaß-Lothringen seinerzeit ein einziger deutscher Krieger und Proletarier nur um einen Groschen reicher geworden? Ebenso wenig wie ein Berliner Arbeiter wohlhabender geworden ist, als Neukölln einverleibt wurde! Daß das Großkapital seine Fischzüge in den neuen Gewässern machen wird, wollen wir gewiß nicht leugnen, daß für Bourgeoisiesöhne Beamtenkarrieren sich auftun — alles richtig. Aber, zum Teufel, seit wann schauen Proletarier die Welt mit Kommerzienratsaugen an:

Kam'rade, nimmt den Bettelsack,
Soldat bist du gewest!

Das Lohnniveau wird im Annexionsgebiet nicht höher liegen, der Hauszins nicht niedriger sein als im Durchschnitt der alten Heimat.

Wir haben bis jetzt die Annexionen wesentlich von allgemeinen Gesichtspunkten aus beleuchtet. Steter Kriegsanreiz, dauernde Kriegsbereitschaft, vermehrte Rüstungen sind ihre Folgen, sie schwächen nicht nur die Gegner, sondern Deutschland selbst. Aber das sozialistische Proletariat hat noch besondere Gründe, die Annexionen zu bekämpfen. Hier gilt das Wort eines verstorbenen Professors, den wir seinen Berufskollegen entgegen stellen möchten, des ehrlichen, wenn auch ideologischen Sozialisten Anton Menger:

„Die unteren Volksklassen müssen eine „Nationalitäten-Politik" treiben, von dem Gedanken ausgehend, daß kein Volk einem anderen oder auch nur einer größeren Volksgruppe die Freiheit rauben kann, ohne sie auf die Dauer selbst zu verlieren." (Volkspolitik 1906, Jena, Verlag Fischer. 2 Mk.)

Die Stellung des Sozialismus zur nationalistischen Eroberungspolitik ist für uns durch das Erfurter Programm festgelegt:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder . . .

Sie bekämpft jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein' Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse."

Erstrebt der Imperialismus die Bereicherung der kapitalistischen Herrenklasse durch Vergewaltigung und Ausbeutung nicht nur einheimischer Proletarier, sondern auch der fremden Völker, so ist das Ziel des Sozialismus Völkerfreiheit, Völkerfrieden und Völkerglück.

Proletarisches Klassenbewußtsein ist neben internationalem Gemeinschaftsbewußtsein und sozialistischem Zielbewußtsein der Wesensgehalt unserer Weltanschauung. Daraus sind die Grundsätze jeder sozialistischen Praxis zu entnehmen, die dem Wort Sozialismus nicht Hohn sprechen will. Für den klassenbewußten Arbeiter erwächst aus der Zugehörigkeit zur Schicht des Proletariats das stärkste Gemeinschaftsgefühl, hinter dem alle anderen Gesichtspunkte sozialer Gruppenbildung weit zurücktreten. Nicht der spezielle Berufszweig, nicht die Gebürtigkeit, nicht Rasse und Staat oder Konfession und Sprachgemeinschaft können dem wirklich vom Sozialismus erfaßten Arbeiter Bindungen auferlegen, die das proletarische Klassenbewußtsein verdunkeln. Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft hat dem Klassengedanken im Arbeiterbewußtsein zum Durchbruch verholfen. So muß auch jeder Sozialist sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß durch irgendwelche Ereignisse das Gemeinschaftsbewußtsein der proletarischen Klasse wieder zerrissen wird und andere Sozialgefühle die Oberhand gewinnen. Die Annexion peitscht im unterworfenen wie im angegliederten Lande die Rassen- und nationalen Gefühle zu stärkster Leiden-

schaft auf. Die Aussicht auf sofortigen politischen Widerstand ist erloschen, aber Erbitterung, Zorn. Rachegefühl glimmen im Herzen der annektierten Bevölkerung weiter. Jahrzehnte können vergehen, bis die Hoffnung, die Annexionsfesseln abzustreifen, gänzlich zu Grabe getragen ist und nun endlich andere Gefühle und politische Ideenrichtungen sich wieder einzuwurzeln vermögen. Bis dahin ist die Ausbreitung und Vertiefung des proletarischen Klassenbewußtseins schwer gehemmt. In der internationalen Armee des Sozialismus wird die Arbeiterschaft des annektierten Landes auf einen kleinen Rest der kernfesten Genossen zusammenschrumpfen. Und um so mühevoller und langwieriger wird die Wiedergewinnung der Massen für den Sozialismus sein, je mehr die vergewaltigten Arbeiter die Sozialisten des Erobererstaates auf einer Mitverantwortung, offener oder verschleierter Billigung, moralischer Beihilfe der Annexion ertappen: „Ist das Eure Klassengemeinschaft, das der völkerbefreiende Sozialismus, der kaltblütig dem fremdstaatlichen Arbeiterbruder Ketten anzulegen versucht?" Nein und abermals nein! Niemals können sozialistische Arbeiter im Protest gegen Annexion erlahmen, sie schwächen sonst ihre eigenen Reihen, verringern die Agitationskraft der sozialistischen Idee und ersticken in den Arbeitermassen das Klassenbewußtsein.

Welch stattliche Kämpfer für den Sozialismus waren aus dem belgischen Proletariat allmählich erstanden. Welche Bedeutung hatten ihre Genossenschaftsbildungen, ihre Wahlrechtskämpfe auch für uns deutsche Arbeiter gehabt! Die Annexion würde einen Teil unserer belgischen Genossen auf das Niveau einer nationalistisch verhetzten Menge zurückstoßen. Nicht mehr die Erringung des Sozialismus, sondern die Wiedergewinnung der belgischen Unabhängigkeit würde die zugkräftige Parole bei den Massen werden. Und die uns gemeinsam wirtschaftlich und politisch Beherrschenden könnten sich schmunzelnd die Hände reiben, es wäre wieder einmal gelungen, mit der Methode des „Divide et impera" (Teile und herrsche!) den Ansturm der sozialistischen Bewegung zurückzuwerfen. Die Eroberungen im Westen und Osten, die festgehalten werden sollen, umfassen ungefähr in Belgien 7,5, in Frankreich 3,5, im Osten 5 Millionen Einwohner. Welch gewaltige Masse von proletarischen Klassengenossen ist in diesen 16 Millionen enthalten! Und dieses gewaltige Rekrutierungsgebiet für den Sozialismus sollten wir leichtherzig dem wildesten, weil verzweifeltsten Nationalismus ausliefern? Nein, die Kampffront der Arbeiter soll wenigstens in den kommenden Friedenszeiten nicht mehr gegeneinander gerichtet sein. Der Klassenkampf der sozialistischen Arbeiter kennt nur einen Feind in allen Ländern: den Kapitalismus.

Indem das Klassenbewußtsein das fremdstaatliche oder fremdsprachliche Proletariat mit umfaßt, erweitert es sich zum internationalen Gemeinschaftsbewußtsein. Daß in dieser internationalen Proletarierfamilie nicht der eine Bruder den anderen in politischer Vergewaltigung halten kann, bedarf keiner besonderen Begründung. Annexionszustimmung ist schmählicher Verrat am internationalen Sozialismus.

Die Annexionslüsternen in der Partei fragen verwundert, ob uns denn die jetzige Staatenkarte heilig und unverletzlich erscheine. Es wird gespöttelt, daß wir uns als Hüter des Wiener Kongresses zu betrachten scheinen! Wir wissen, daß die Gewaltpolitik der herrschenden Klasse bis jetzt Geschichte gemacht hat. Für uns sind die staatlichen Ergebnisse Uebergangsstationen, und größere wirtschaftliche Zusammenfassungen wären uns in ihrer Tendenz schon recht. Der Sozialismus braucht großräumige politische Entwicklung. Aber alles das muß nach unseren Grundsätzen und unserem Programm das Werk der Selbstbestimmung der Völker sein! Wir können nimmer die Gewaltpolitik des Kapitals mitmachen. Wie wir den herrschenden Klassen die Verantwortung für den Krieg zuschieben, so dürfen auch nur sie allein mit dem Fluch der politisch Vergewaltigten behaftet erscheinen.

Für die sozialistischen Arbeiter Deutschlands kann es daher kein Versteckspielen geben. Frieden und Freiheit fordern sie für sich und alle anderen. Marx schloß seine heute wieder aktuell gewordene Adresse des Generalrats über den deutsch-französischen Krieg (vom 9. September 1870) mit den Worten:

„Vergessen die Arbeiter ihre Pflicht, so wird der jetzige furchtbare Krieg nur der Vorläufer noch furchtbarerer internationaler Kämpfe sein, und wird in jedem Lande führen zu neuen Niederlagen der Arbeiter durch die Herren vom Degen, vom Grundbesitz und vom Kapital."

Dokument 16.

Wer hat die Schuld am Kriege?

Seit Jahr und Tag hat die Sozialdemokratie in allen Ländern unermüdlich vor der Kriegsgefahr gewarnt und gegen sie angekämpft. Immer wieder wurde in der Presse, auf den Kongressen, in den Parlamenten von den Vertretern des Proletariats darauf hingewiesen, daß die Politik der Kapitalistenklasse ewig neue Konflikte schafft, bei denen schließlich die Katastrophe eines Weltkrieges aus den nichtigsten Ursachen entstehen kann. Diese, auf die Erkenntnis der Triebkräfte der kapitalistischen Gesellschaft sich stützende Voraussage ist eingetreten, und es gilt nunmehr, alle Täuschungen zu zerstören, die den wirklichen Sachverhalt verhüllen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Bald seit 10 Monaten, seit dem Ausfall Oesterreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetreten: der **Krieg mit Italien ist da.**

Die Kulturvölker der kriegführenden Länder haben begonnen, sich und der entsetzlichen Bluternte zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkriegs, in die unmittelbaren Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. Der **Irrwahn heiliger Kriegsziele** ist weite und weite gewichen, die Kriegsbegeisterung geschwunden, der Wille zum schleunigen Frieden mächtig emporgewachsen, allenthalben — auch in der Armee!

Eine schwere Sorge lag die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsahen. Sie scheint ihnen jetzt gekommen. Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen die militärische Gelegenheit bieten, **neuen Zement des Völkerhasses** zu entdecken, den **Friedenswillen zu ersticken**, die Spur ihrer eigenen Schuld zu verwischen. Sie verhelfen auf die Vergeßlichkeit des deutschen Volks, auf seine nur allzu oft erprobte Langmut.

Möchte der lendere Plan glücken, das Ergebnis jahrelanger blutiger Erfüllung dürfte sie rächen. **Das internationale Proletariat fände wiederum entwaffnet vor**, völlig außerstande als selbständiger politischer Faktor.

Der Plan muß gelingen werden — sofern der den internationalen Sozialismus zum geistigen Tod des deutschen Proletariats seiner geschichtlichen Sendung in dieser ungeheuren Zeit eingetreten und würdig bleibt.

Die Feinde des Volks rechnen mit der Vergeßlichkeit der Massen — wir setzen dieser Spekulation entgegen die Losung:

Alles lernen, nichts vergessen!

Nichts vergessen!

Wir haben erlebt, daß beim Kriegsausbruch die Massen von den herrschenden Klassen mit frechsten Mitteln für den imperialistischen Kriegsgedanken eingefangen wurden. Wir haben erlebt, wie die sozialistischen Gefolgschaften der Bourgeoisie zerspitzten, die **Rattenfänger** des August **verstummen**, wie statt des Glücks Elend und Jammer über das Volk kamen; wie die Tränen der Kriegswitwen und Kriegswaisen zu Strömen anschwollen; wie die Verhetzung der Dreifelleinbruch, die wertvolle Heilsgrundlage der Bluteinigkeit: Halbdespotismus — Junkerherrschaft — Militarismus — Polizeiwillkür zur bitteren Wahrheit wurde.

Damit die Erfahrung sind wir gewarnt — alles lernen, nichts vergessen!

Widerwärtig sind die Lieder, mit denen bei italienische Imperialismus seine Komödie ist verhüllt; widerwärtig ist jene sittliche Entrüstung, in der auch die lumpigste Bourgeoisie thronelle das Brudervolk nicht fehlt. Noch widerwärtiger ist jedoch, daß wir in alledem nur wie in einem Spiegel die deutschen und österreichischen **Methoden vom Juli und August 1914 wiedererkennen.**

Jede Brandmarkung verdienen die italienischen Kriegshetzer. Aber sie sind nichts als die Kopien der deutschen und österreichischen Kriegshetzer, jener Hauptschuldigen am Weltkriegsausbruch. **Gleicher Brüder, gleiche Kappen!**

Wenn hat das deutsche Volk die neue Heimsuchung zu danken? Von wem hat es Rechenschaft zu fordern für die neuen Opfer-Hekatomben, die sich türmen werden?

Es bleibt dabei: das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die **Brandfackel**, die die Welt entzündete, wenn auch der Brand erst spät auf Italien übergriff.

Es bleibt dabei: dieses Ultimatum war das **Signal** für die **Neuverteilung der Welt** und rief mit Notwendigkeit alle imperialistischen Raubtiere auf den Plan.

Es bleibt dabei, dieses Ultimatum stellte die Frage der Kriegsschuld auf dem Rücken, in Kleinasien und im ferneren Mittelmeer und damit auch alle Gegensätze zwischen Oesterreich-Deutschland und Italien mit einem Schlage auf.

Wenn sich die deutschen und österreichischen Imperialisten jetzt hinter dem Rücken der italienischen Raubgesellschaft, hinter der Maske der italienischen Treulosigkeit zu verbergen suchen: wenn sie die Tatsache der unmittelbaren Entstehung der gegenwärtigen Weltkrieg umwerfen, während sie doch in Wirklichkeit nur eben Ihre spezielle Ursache gefunden haben, so gebrauchen sie die Lüge des geschichtlichen Lebens.

Nicht vergessen gilt's, wie mit dem deutschen Volk **gerade in der italienischen Frage gespielt** worden ist, gespielt von der stets ehrenwerten deutschen Diplomatie.

Seit je war der Dreibundvertrag mit Italien eine Farce — auch bei zum dritten gültigkeit!

Stets galt Italien dem Bündnisse für den Kriegsfall als sicherer Gegner Oesterreich und Deutschlands — **und** weil man es als einen sicheren Bundesgenossen vorgespiegelt.

Im Dreibundvertrag, bei seinen Erneuerungen, niemand hat belogen, lag ein gut Teil von Deutschlands weltpolitischem Schicksal beschlossen — **bis zum heutigen Tage ist auch von diesem Vertrage nicht ein Buchstabe mitgeteilt.**

Das österreichische Ultimatum an Serbien, mit dem eine kleine Klique die Weltschuld übernommen, war der Bruch des Bündnisvertrags zwischen Oesterreich und Italien — auch das muß davon nicht gelegt.

Dieses Ultimatum ist gegen den ausdrücklichen Widerspruch Italiens erzwungen — auch das muß das verschwiegen.

Am 1. Mai dieses Jahres schon war von Italien das **Bündnis mit Oesterreich aufgelöst — bis zum 18. Mai hat man diese entscheidende Tatsache dem deutschen und österreichischen Volk vorenthalten**, in der Absicht zum Krieg, **entschlossen amtlich abgelehnt** — ein Gegenstück zu jener gefälschten Datierung des deutschen Volkes und des deutschen Reichstags über das deutsche Ultimatum an Belgien vom 2. August 1914.

Flugblatt Karl Liebknechts
(Dokument 8)

Als Manuskript gedruckt.

Berlin, den 9. Juni 1915

An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands! An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Berlin!

Werte Genossen!

Die Ereignisse der letzten Wochen zwingen uns zu diesem Schreiben.

Mit dem 4. August 1914 hat die parlamentarische und außerparlamentarische Leitung der deutschen Sozialdemokratie eine Politik begonnen, die nicht nur dem Vorgehen der Partei in einem unvergleichlichen geschichtlichen Augenblick, sondern eine immer schroffere Absage von allen bisherigen Grundsätzen bedeutet.

Die wechselgültigsten Wirkungen dieser Politik ergeben unerbittlich von den nächsten Zukunft und die gesamte innere Politik der Partei, die damit auf weiten Gebieten aufhebt, als selbständiger Faktor zu existieren. Die Anerkennung des Burgfriedens war das Prinzip, auf dem Grade des Waffenkampfes, der nicht zu beendigen und parlamentarischen Gegenkundgebungen, noch durch eine Interessengemeinschaft nach dem Kalter Imperialismus Stützpunkt gefunden hatte.

Der Wiederbeginn der Reichstagsfraktion noch jedem entschieden Kampf war, selbst dem für die Koalitionsarbeitet, für die Mehrheitern. Sie lehnte es ab, auch nur die Aufhebung des Belagerungszustandes zu beantragen, und vermochte damit die aufgespannte Rechtssicherheit in eine Institution übernommen, um dann durch diesen Rahmen der unbeschränkten Hoffnung Ausdruck zu geben, eine Mäßigung der Zensur sehr sich vorbereitet dem einer Fortsetzung dem Kurse entstehen.

Von Beginn an Seiten wurden die Hoffnungen auf eine Aenderung der Fraktionspolitik verbreitet und verschoben. Und immer von neuem enttäuscht. Der Mai brachte die Vollendung des Zollunionsbaues.

Immer klarer war gelegt getreten, daß der Krieg nicht der Verteidigung der nationalen Unversehrtheit diene. Immer deutlicher hatte sich sein imperialistischer Eroberungscharakter offenbart. Immer ungenierter Bekenntnisse zur Annexionspolitik wurden abgelegt. In den Aeußerungen einflußreicher Druckschrift des Kapitalismus traten Grundgedanken mächtiger kapitalistischer Wirtschaftsverbände. Beständig der verschiedenen bürgerlichen Parteien und im Parlament die vom Vaterlandes mit einheitlicher Zustimmung aufgenommene Rede des Vorsitzenden Reichskanzlers, die die Regierung stellen sollte, über die Kriegsziele, aber die Kundgebung des Kriegsziels zu Eroberungszwecken für gefahrlich erklärte, eine Rede, durch die sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion bestimmt nicht an der Bewilligung neuer zehn Milliarden Kriegskredite und den Budgets hatte hindern lassen.

Die übergroße Masse der Parteigenossen drohnte wie im Felde entwerfen, daß die Reichstagsfraktion bewilligend jetzt endlich am Mai, nach langen 10 Monaten eines Krieges, in Dauer und Ausdehnung unübersehbaren Grauens in einer machtpolitischen unzweideutigen Beschäftigung die schärfste Verurteilung des Krieges forderte und den endlich offenen Friedensschluß der Sozialdemokratie Ausdruck verliehen würde — entsprechend dem vom deutschen Parteitag noch nachdrücklich gestellten Beschluß der Stuttgarter Kongresses, der die Partei verpflichtet, den Krieg zur Aufrüttelung der Massen im Wirtschaftskampf auszunutzen und so für sein rasches Beendigung zu wirken.

Die Erwartung der Massen ist wieder unerfüllt geblieben.

Was die Fraktionsmehrheit dem Akzet des Präsident gegen den Bruch der bekgischen Neutralität gefunden hatte, was sie auf schärfste, über Stimme zu erheben gegen die Torpedierung der Lusitania, gegen das Vergeltungsprinzip, das zu einem Beginn der Gaskampfes führt und die Hinrichtungsdrohung immer stärker in die Schrankenlos des Krieges setzt, wie sie es unterlegt, noch dem Beispiel anderer Parteiführer, entschieden und leidenschaftlich Beweisen in dem Ausdruck am Abstimmung im eigenen Lande zu bekämpfen, und was sie hat, den imperialistischen Untreibungen der Dardanelle bei Parteiorganen anzudringen, so hat sie auch hier völlig versagt. Wenn der leitenden sozialistischen Reihen am 29 Mai in einigen Abstimmungen von Fraktionsgenossen Bedenken und die einem Rücken ohne Annexion einsetzt, so nahmen doch Beirn und Begleitmeinungen von vornherein jeder Rede den Charakter einer ernsten Friedenskundgebung. Und was sich nach der endgültig, komplett die ganze „Rhein"-Note — Ost- und Kurland zum Gegenstand einer Friedenskundgebung.

Die volle Bedeutung dieser Haltung der Fraktionsmehrheit ergibt sich nun der Tatsache, daß sie das Kriegsziel der Regierung ganz unverletzlich bekannt war. Unverletzlich hatte der Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 28. Mai der Oberschlesischen Industriellen, zu halten Versammlung, in der sie Frankfurt machte, die offene Annexion zustimmen und humanistischen Gedenkstelle und unter dem Applaus der zusammengelesen wirtschaftlichen Angliederung Belgiens und Polens begründet. Auf diese Fraktionsmehrheit gestützt, hat Bethmann-Hollweg sich nicht gescheut, am Abschluß im eigenen Lande zu bekämpfen, und was sie hat, den imperialistischen Untreibungen der Dardanelle bei Parteiorganen anzudringen, so hat sie auch hier völlig versagt. Wenn der leitenden sozialistischen Reihen am 29 Mai in einigen Abstimmungen von Fraktionsgenossen Bedenken und die einem Rücken ohne Annexion einsetzt, so nahmen doch Beirn und Begleitmeinungen von vornherein jeder Rede den Charakter einer ernsten Friedenskundgebung. Und was sich nach der endgültig, komplett die ganze „Rhein"-Note — Ost- und Kurland zum Gegenstand einer Friedenskundgebung.

Die volle Bedeutung dieser Haltung der Fraktionsmehrheit ergibt sich nun der Tatsache, daß sie das Kriegsziel der Regierung ganz unverletzlich bekannt war. Unverletzlich hatte der Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 28. Mai der Oberschlesischen Industriellen, zu halten Versammlung, in der sie Frankfurt machte, die offene Annexion zustimmen und humanistischen Gedenkstelle und unter dem Applaus der zusammengelesen wirtschaftlichen Angliederung Belgiens und Polens begründet. Auf diese Fraktionsmehrheit gestützt, hat Bethmann-Hollweg sich nicht gescheut, am Abschluß im eigenen Lande zu bekämpfen, und was sie hat, den imperialistischen Untreibungen der Dardanelle bei Parteiorganen anzudringen, so hat sie auch hier völlig versagt. Wenn der leitenden sozialistischen Reihen am 29 Mai in einigen Abstimmungen von Fraktionsgenossen Bedenken und die einem Rücken ohne Annexion einsetzt, so nahmen doch Beirn und Begleitmeinungen von vornherein jeder Rede den Charakter einer ernsten Friedenskundgebung. Und was sich nach der endgültig, komplett die ganze „Rhein"-Note — Ost- und Kurland zum Gegenstand einer Friedenskundgebung.

Die volle Bedeutung dieser Haltung der Fraktionsmehrheit ergibt sich nun der Tatsache, daß sie das Kriegsziel der Regierung ganz unverletzlich bekannt war. Unverletzlich hatte der Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 28. Mai der Oberschlesischen Industriellen, zu halten Versammlung, in der sie Frankfurt machte, die offene Annexion zustimmen und humanistischen Gedenkstelle und unter dem Applaus der zusammengelesen wirtschaftlichen Angliederung Belgiens und Polens begründet. Auf diese Fraktionsmehrheit gestützt, hat Bethmann-Hollweg sich nicht gescheut, am Abschluß

Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit jedoch fand darauf, von jenen unerhörten Bekenntnissen abgeholen, nur ein erneutes Bekenntnis zur Politik des 4. August, das heißt zur Bürgfriedenspolitik gegenüber der Regierung und den herrschenden Klassen; und das, obwohl diese Politik in unter Politik der bürgerlichen Parteien, obwohl sie — freilich nur Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion unterstützen! — Hundreich seiner Vertagungsantragen, gerade eben die Kundgebung hatte fallen lassen. Und auf die abermaligen Erklärungen des Reichskanzlers und mehrmaligen Reden des Vizekanzlers, die nur eben eine nachmalige Unterstreichung dieses Bekenntnisses und die Bestätigung auf denselben Reichstagsakt, dessen Annexionsziele von den Rednern aller Seiten entschieden wurden.

Der Bruch mit dem Recht, das gegeben, sich endlich von der Regierungs-Kriegspolitik loszulösen und die den schärfsten Kampf zu erklären. Die endliche tatsächliche Herausführung der sozialistischen Interessen und der proletarisch-internationalen Friedenspolitik war gekommen, aber eine erneute Bestätigung zur Politik des Burgfriedens, eine weitere halbe Solidaritätserklärung gegenüber den herrschenden Klassen und der Regierungs-Kriegspolitik erfolgte.

Noch im Jahre 1870 waren die sozialdemokratischen Abgeordneten durch scharfe Gegenstöße getrennt; aber geschlossen standen sie gegen die Regierung, solange sich die Annexionsziele offen breitmachten. Heute liegt das offizielle Annexionsprogramm der Regierung und aller bürgerlichen Parteien vor. Dennoch bezeigt sich die Fraktionsmehrheit mit einigen nichtigen Bemerkungen über Friedensmöglichkeit und Annexionspolitik, um sich dann nachdrücklichster auf das Deutschsein einzubekennen.

Damit ist der Schlußpunkt unter die unheilvolle Entwicklung gesetzt, die am 4. August begann. Die Reichstagsfraktion, in der auch die meisten Mitglieder der Parteivorstandes sitzen, hat den Bündnisbruch gegen die imperialistische Kriegspolitik aufgegeben. Und nicht sind bloße Schwäche und Mangelhaftigkeit maßgebend, sondern weil ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion — ebenso wie der prinzipielle Gegnerschaft und nur andere entschiedene Gestalten — in fortgesetzter Fortbildung der Politik des Deutschtums, das heißt der kommunistischen Weltgesetzlichkeit, auch dieser Eroberungspolitik mit vollem Bewußtsein anhängt.

Besonders deutlich hat das wenigen Tagen die Baumeistersche Internationale Korrespondenz (3. B.), die vom Einfluß der auch in der Reichstagsfraktion allermeist mächtigen Generalkommission getragen wird, dieser Parteiführung Ausdruck verliehen. Sie tut mit der Schiefersten Beurteilung von Ubertis Rede zu die Betonung des Deutschseins ist ihr wesentlicher Sinn, die Deutschen werde sich zum Siege Volkstag auch durch die Meinungsverschiedenheiten über das

Protestbrief vom 9. Juni 1915
(Dokument 12)

Der innere, der letzte Grund des Krieges ist die von der kapitalistischen Herrschsucht und Profitwut bedingte Versklavung der Völker. Weil die Volksmassen in Knechtschaft gehalten werden und die herrschenden Klassen, eine geringe Minderzahl, über Wohl und Wehe der Menschen entscheiden, können die Völker zum Morden und Zerstören gegeneinander aufgereizt werden.

Wie in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluß der Politik der Kapitalistenklasse und ihrer Werkzeuge, der Regierungen der europäischen Staaten, sich die Dinge gestaltet haben, das muß man beobachten, um die unmittelbaren Ursachen dieses Krieges zu erkennen. Wir sehen dann, daß das unablässige Wettrüsten bedingt ist durch die Rivalität der Bourgeoisie, die seit der Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse, seit dem deutsch-französischen Kriege sich ergab; daraus entstanden der Wahnsinn des bewaffneten Friedens und die Bündnisse der Staaten. Wir finden ferner als eine Ursache der Kriegsgefahr die „orientalische Frage", die entstand und ungelöst blieb, weil die Raubgier der Großmächte die Völker der Balkanhalbinsel verhinderte, ihr Geschick selbst zu bestimmen. Schließlich finden wir als Ausfluß der kapitalistischen Entwicklung die imperialistischen Macht- und Herrschgelüste.

Der bewaffnete Friede und die Staatsbündnisse.

Das entscheidende Ergebnis der Geschichte Europas im letzten halben Jahrhundert war die Bildung des Deutschen Reiches. Die politische Einigung der deutschen Stämme war eine historische Notwendigkeit. Die politische Verwahrlosung, die Knechtseligkeit des deutschen Bürgertums bewirkte indessen, daß diese Einigung nicht auf dem Wege der Betätigung des Volkswillens erreicht wurde, wie es Deutschlands beste Söhne in der Zeit der Revolution von 1848 erstrebten, sondern auf dem Wege der blutigen Kriege von 1866 und 1870.

Die siegreiche preußische Regierung legte dem Deutschen Reiche ein Danaergeschenk in die Wiege: die gegen den Willen der Bevölkerung von Frankreich losgerissenen Provinzen Elsaß und Lothringen. — Der politische Scharfsinn eines Karl Marx sah damals sofort voraus, daß diese Annexion auf Jahrzehnte hinaus den Frieden bedrohen muß, daß sie die französische Bourgeoisie in die Arme Rußlands treiben würde: „Nehmen die Sieger Elsaß-Lothringen, so wird Frankreich mit Rußland Deutschland bekriegen. Es ist überflüssig, an die unheilvollen Folgen zu denken."

Die Sieger nahmen die Provinzen und obendrein hat die Unterdrückungspolitik, die der preußisch-deutsche Polizeistaat nun einmal den Elsaß-Lothringern, wie den Dänen und Polen

gegenüber seinem Wesen nach treiben muß, bewirkt, daß die nationalistische Verhetzung niemals aufhören konnte. Der Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland war geschaffen. Seine Folgen waren die Bündnisse: der Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien und der Zweibund zwischen Frankreich und Rußland. Sie wiederum bewirkten, daß Europa fortan in Waffen starrte, daß von beiden Seiten unter dem Vorwande, den Frieden zu erhalten, die Rüstungen bis zum Wahnsinn gesteigert wurden, daß die Kulturinteressen dem blindwütigen Militarismus geopfert wurden.

Freilich, dieser Zustand wäre unhaltbar geworden, wenn die Völker zu entscheiden hätten; er wurde aufrecht erhalten, weil er im Interesse der Bourgeoisie lag. Denn dieser Militarismus war gleichzeitig ein Mittel, die Bestrebungen der Arbeiterklasse nach wirtschaftlicher und politischer Befreiung niederzuhalten, er richtete sich ebensowohl gegen den äußeren wie den „inneren Feind", er wurde obendrein zu einem Mittel, die Volksmassen zu erschöpfen, den Lieferanten von Gewehren, Kanonen, Kriegsschiffen gewaltige Profite zu sichern, den Söhnen des Junkertums und der Bourgeoisie in den Offiziersstellen Versorgung zu schaffen. Obendrein waren die Nutznießer des Militarismus die unentwegten Kriegshetzer, die einer Verständigung entgegenarbeiteten. Je mehr man rüstete, desto mehr wuchs die Kriegshetze und die Kriegsgefahr.

Die orientalische Frage.

Während in Westeuropa sich die Umgestaltung vollzog unter dem Einfluß der Entstehung des Deutschen Reiches, waren die Diplomaten eifrig bemüht, im Südosten Europas, auf der Balkanhalbinsel, den status quo aufrecht zu erhalten. Bereits 1853 schrieb Karl Marx: „Den status quo in der Türkei erhalten! Ja, man könnte genau ebensogut versuchen, den Kadaver eines toten Pferdes immer genau in demselben Grade der Fäulnis zu erhalten, in dem er sich befindet, ehe er vollständig verwest. Die Türkei verfault und wird immer mehr verfaulen, solange das jetzige System des „europäischen Gleichgewichts" und die Aufrechterhaltung des status quo andauert." — Um den Kadaver riß man sich 1856 im Krimkriege; russische und englische Raubgier waren aufeinandergeplatzt. 1878 stand die russische Armee vor den Toren Konstantinopels, begleitet von rumänischen, serbischen, bulgarischen Hilfsvölkern. Die europäischen Diplomaten geboten ihr Halt, und auf dem Berliner Kongreß wurde unter Führung Bismarcks, als des „ehrlichen Maklers", die Türkei gerettet. Der status quo freilich konnte nicht ganz gehalten werden, der serbische Staat wurde als unabhängig anerkannt, Bulgarien blieb nur der Form nach ein Vasallenstaat. Aber die Diplomaten hatten es durchgesetzt, daß die Türkei nicht aus

Europa geworfen wurde, und sie waren stolz auf ihren Erfolg; der Brandherd blieb, die Völker des Balkans kamen nicht zur Ruhe. Rußland mußte sich begnügen, in der asiatischen Türkei Fetzen an sich zu reißen, Bessarabien vom rumänischen Stammland zu trennen. Das Tollste war die Ueberweisung Bosniens und der Herzogewina an Oesterreich; weil der Habsburgische Flickstaat sich Rußland gegenüber zu „wohlwollender Neutralität" verpflichtet hatte, wurde ihm dieser Happen zugeworfen. Allerdings nicht als Eigentum, sondern Oesterreich okkupierte die Provinz, sollte sie verwalten, verpflichtete sich aber feierlich, diese Okkupation nicht dauernd aufrecht zu erhalten.

Die Fäulnis ging weiter. Die türkischen Greuel in Macedonien führten zu „Interventionen", ohne daß den gepeinigten Bauern Hilfe ward. Oesterreich und Rußland als die „zunächst interessierten Mächte" intrigierten und wühlten in Serbien und Bulgarien.

Die türkische „Revolution" von 1908 schien die Lösung zu bringen. Die „Jungtürken" handelten im Namen des türkischen Nationalismus. Es gibt aber auf dem Balkan kein türkisches Volkstum, sondern die Türken waren als Grundherren, die die sklavischen, griechischen, albanischen Bauern aussaugen, eine schmarotzende Herrenkaste. Vorbedingung einer Neugestaltung der Dinge war die Agrarreform, die Befreiung der Bauern vom Joche der Grundherren. Die jungtürkischen Nationalisten hätten gegen die türkischen Grundherren zugunsten der nichttürkischen Bauern eingreifen müssen. Das brachten sie nicht fertig und daran scheiterte alles, die Verwesung des Kadavers ging weiter.

Aber in Wien bekam man Angst: Oesterreich brach sein feierliches Versprechen und annektierte Bosnien und die Herzogewina. Die Bevölkerung dieser Länder ist rein serbisch und die Serben hatten stets gehofft, daß das okkupierte Gebiet schließlich einmal ihnen zufallen würde; die Annexion bedeutete das Ende dieser Hoffnungen. Damals drohte bereits der Krieg zwischen Rußland und Oesterreich; dieses gewann das Uebergewicht auf dem Balkan entgegen den Interessen Rußlands. Aber in Rußland war die Revolution noch nicht niedergeworfen, die russischen Proletarier retteten damals Europa vor einem Kriege.

Die Schwächung der Türkei benützte Italien mit freundlicher Zustimmung seiner Verbündeten, um durch einen frechen Raubzug Tripolitanien an sich zu reißen, und die Türkei war nicht imstande, Widerstand zu leisten.

Die beiden Dreiverbandmächte hatten also auf Kosten der Türkei geräubert, und Rußland hatte zähneknirschend zusehen müssen. Sein Bündnis mit Frankreich nützte ihm wenig, es mußte zulassen, daß seine Macht für die Balkanvölker ausgeschaltet schien.

Aber die Diplomaten des Zarenstaates sind zähe in der Verfolgung ihres Zieles. Unter ihrem Einfluß entstand der Balkanbund, die Türkei wurde niedergeworfen, verlor ihren europäischen Besitz bis auf Konstantinopel. Dann entbrannte der mörderische Kampf um die Beute. Serbien, Griechenland und Rumänien zwangen Bulgarien, einen Teil des eroberten Gebiets herauszugeben, und die europäischen Mächte schufen die Spottgeburt des Albanischen Staates mit dem preußischen Gardeoffizier, dem Fürsten von Wied, an der Spitze.

Der Ausgang des letzten Balkankrieges führte zu weiteren Konflikten zwischen Serbien und Oesterreich. Serbien war erstarkt, und das betrachteten die Machthaber in Wien als die größte Gefahr. — Seit gegen Ende des 18. Jahrhunderts das serbische Volk seinen heroischen Kampf gegen die türkische Fremdherrschaft begann, wurden ihm stets von der Regierung „Seiner apostolischen Majestät" Steine in den Weg gewälzt: das christliche Oesterreich hat stets die mohammedanischen Würger gegen die christlichen Südslaven unterstützt. Der Grund ist einfach: Oesterreich hat einen Teil der serbischen Stämme, die Kroaten und die Slovenen, unter seine Herrschaft gebracht; das Entstehen und Erstarken eines serbischen Nationalstaates bedroht also die Herrschaft über diese Stämme. Da die österreichische und besonders die ungarische Regierung in Kroatien und Slavonien nicht anders als mit Gewalt zu regieren verstehen, da der Bevölkerung durch Ausnahmegesetze und Standrecht die Liebe zum Hause Habsburg nicht einzubläuen war, so zitterte man in Wien und Budapest stets vor der „großserbischen Propaganda". — Während der Ereignisse auf dem Balkan 1912—1913 ging denn auch die österreichische Politik dahin, unter allen Umständen Serbien zu schädigen.

Schon früher war diese Politik darauf aus, Serbien wirtschaftlich zu erdrosseln, es in Abhängigkeit zu erhalten (man sperrte die Grenze für serbische Ackerbauprodukte, man trieb es so weit, die Serben zwingen zu wollen, daß sie nur in Oesterreich Waffen und Eisenbahnmaterial kaufen sollten, selbst wenn sie die Ware anderswo billiger erhielten). Jetzt verhinderte Oesterreich, daß Serbien Zugang zum Meere erhielt, wodurch es sich der österreichischen Umklammerung und Ausbeutung entzogen hätte. So trieb Oesterreich Serbien in die Arme Rußlands. Auch hier hat Marx mit durchdringendem Scharfsinn die Dinge kommen sehen. Die Südslaven, so führt er in einem Aufsatz vom Jahre 1853 aus, haben zwar den Gedanken mit den Russen gemein, aber ihre Interessen drängen sie zur Gemeinschaft mit Westeuropa; indem aber Oesterreich sie zum Ausbeutungsobjekt macht, gibt es Rußland die Möglichkeit, sich auf den Befreier hinauszuspielen.

Welche Rolle spielte nun Deutschland in diesen Ereignissen? — Bismarck erklärte bekanntlich, Deutschland habe überhaupt kein Interesse im Orient, die ganze orientalische Frage sei nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert. Seitdem haben sich die Dinge gründlich geändert: die deutsche Bourgeoisie mußte dazu gelangen, Weltpolitik zu treiben, und als einer „der Plätze an der Sonne" war die asiatische Türkei ausersehen, dort nistete sich das deutsche Kapital ein (Bagdadbahn). Das Interesse erforderte also, daß eine Aufteilung der Türkei nicht erfolge — wenigstens vorläufig nicht, denn mit der türkischen Regierung wollte man Geschäfte machen. Seit der Palästinareise Wilhelms II. wurde denn auch die deutsch-türkische Freundschaft ostentativ bei jeder Gelegenheit betont. Das hinderte aber nicht, daß die Verbündeten Deutschlands auf Kosten der Türkei räuberten, daß Oesterreich mit der Teilung von neuem begann, indem es Bosnien nahm, daß Italien Tripolitanien an sich riß; beides selbstverständlich mit freundlicher Zustimmung des mit ihnen verbündeten und mit der Türkei befreundeten Deutschland!

Die politische Gruppierung — Dreibund und Zweibund — sprach sich also auch weiterhin in der orientalischen Frage aus. Der Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland erhielt als Ergänzung den Gegensatz zwischen Deutschland-Oesterreich und Rußland zufolge der orientalischen Frage.

Imperialistische Konflikte.

Seit die kapitalistische Wirtschaft zur Entwicklung gekommen ist, besteht ein Wettstreit unter den Kapitalisten der einzelnen Länder um die Absatzmärkte. Man begnügt sich indessen nicht damit, durch Wohlfeilheit der Waren zu konkurrieren, sondern die politische Macht des Staates wird benutzt, um andere Länder zu zwingen, die Waren aus diesem Staate aufzunehmen und womöglich andere auszuschließen. Daneben läuft der koloniale Ländererwerb. Die kapitalistischen Staaten unterjochen in überseeischen Ländern die Völker, damit diese von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Aber es kommt noch ein weiteres hinzu. Der Reichtum, den die Kapitalisten aus den Arbeitern herauspressen, ballt sich zu neuem Kapital zusammen; für dieses Kapital findet sich schließlich nicht genügend profitable Anlage in der Heimat, man sucht Anlage in fremden Ländern. Daraus entsteht das Streben, Länder, die noch nicht von der kapitalistischen Wirtschaft erfaßt sind, in politische Abhängigkeit zu bringen, damit die Kapitalisten sicher sein können, daß dort ihre Interessen gewahrt werden. Dieses Bestreben, die politische und militärische Macht dazu zu verwenden, in noch nicht kapitalistisch entwickelten Ländern den Kapitalisten Vorteile zu sichern, ihnen die Ausbeutung solcher Länder zu sichern, mög-

lichst unter Ausschluß der Kapitalisten anderer Staaten, bezeichnet man als Imperialismus. Koloniale und imperialistische Politik fließen insofern ineinander, als die kapitalistischen Staaten bestrebt sind, fremde Völker vollständig zu unterjochen, ihr Land als Kolonie an sich zu reißen, und dort nach eigenem Willen zu schalten und zu walten, und erst dort, wo das nicht gelingt, wird zu anderen Methoden der politischen Beherrschung gegriffen.

Zu kolonialen Mächten hatten sich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vor allem England und Frankreich entwickelt, nachdem sie zum Teil die Kolonien Spaniens, Portugals und der Niederlande an sich gerissen hatten. Beide Staaten trieben damals schon imperialistische Politik, ohne daß freilich das Wort angewendet wurde, indem sie versuchten, in China, in Persien, in der Türkei, in Südamerika, wo die einfache Eroberung nicht durchzuführen war, ihren Kapitalisten Privilegien zu sichern. Beide Staaten sind wiederholt in Konflikte zu einander geraten, die ihre Ursache in der Rivalität auf kolonialem und imperialistischem Gebiete hatten. So war lange Zeit Aegypten ein Gegenstand des Streites: Frankreich erhob wiederholt Protest dagegen, daß England dieses formal unter türkischer Oberhoheit stehende Land als seine Kolonie behandelte. Noch 1898 drohte ein englisch-französischer Krieg auszubrechen, als eine französische Expedition nach Faschoda, einem Orte am Bar el Abiad, vorstieß: das Eindringen der Franzosen in das Nilgebiet betrachtete England als Kriegsfall.

Schärfer noch waren die Gegensätze zwischen England und Rußland. Es galt die Sicherung des wertvollsten Raubes des Britenreiches, Indiens. Bedroht wurde die englische Herrschaft hier durch das Vordringen der Russen in Zentralasien, wo sie schließlich bis nach dem Puwir gelangten, an die Nordgrenze Indiens, aber auch durch die Vorstöße gegen die Türkei: Konstantinopel in russischem Besitz bedeutet, daß den Engländern der Seeweg über den Suezkanal nach Indien abgeschnitten werden kann. Bis in die neunziger Jahre hinein übte die Möglichkeit eines englisch-russischen Krieges, „der Kampf des Elefanten mit dem Walfisch", Einfluß auf die politischen Verhältnisse Europas.

In Deutschland entfaltete sich der Kapitalismus nach der Gründung des Reiches infolge der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes mit gewaltigem Schwunge. Alsbald entstand auch hier der Drang nach kolonialen Eroberungen und nach imperialistischer Politik. Die kolonialen Erfolge blieben gering, Deutschland konnte nur ein paar afrikanische Küstenstriche und ein paar Südsee-Inseln besetzen, auf deren Besitz die alten Kolonialmächte bis dahin keinen Wert gelegt hatten. Solange Bismarck die auswärtige Politik Deutschlands be-

stimmte, dämpfte er die Gelüste nach „Weltmachtspolitik". Er hielt daran fest, daß Deutschland nicht die militärische Kraft aufbringen könne, um gleichzeitig in Europa die ausschlaggebende Macht zu sein und außerdem eine Seemacht zu werden, die in alle Weltshändel sich einmischt. Mit der Verabschiedung Bismarcks wurde es anders: der „neue Kurs" steuerte auf überseeische Eroberungen großen Stils zu. Die Schlagworte „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser", „Der Dreizack gehört in unsere Faust", „Der Platz an der Sonne" und andere sind bekannt. Die deutsche Flotte wurde mit ungeheurer Kraftanspannung gebaut, es kam die Festsetzung in Asien, in Kiautschou, das den Chinesen entrissen wurde, unter dem Vorwande einer Strafe für die Ermordung deutscher katholischer Missionare, die Kolonien wurden erweitert, schließlich wurde der politische Einfluß zur „friedlichen Durchdringung" der asiatischen Türkei geltend gemacht. Immer abenteuerlicher wurden die Pläne.

Dieser deutsche Imperialismus mußte zu Konflikten mit England führen. England hat einen großen Teil der Welt zusammengerafft, Deutschland will ebenfalls raffen. Das ist kurz und bündig der Inhalt des neuentstandenen deutsch-englischen Gegensatzes, der seit etwa anderthalb Jahrzehnten die politischen Verhältnisse Europas in noch höherem Maße beherrscht, als der deutsch-französische, und dazu führte, daß schließlich England sich mit Frankreich und mit Rußland verständigte, der französisch-russische Zweiverband sich zur Tripelentente, zum französisch-russisch-englischen Einvernehmen erweiterte. Eduard VII. konnte so die Einkreisung Deutschlands herstellen, wobei auch Italien, das auf die Gunst Frankreichs und Englands angewiesen ist, ein zweifelhafter Bundesgenosse im Dreiverband wurde.

Die Katastrophe drohte bereits 1911 auszubrechen. Frankreich hatte sich mit Zustimmung Englands in Marokko festgesetzt. Deutschland wollte das gleiche tun, der Krieg war in Sicht. Nur weil die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs durch ihre Haltung zeigten, daß sie sich wegen dieser imperialistischen Abenteuer nicht in den Krieg hetzen ließen, unterblieb er.

So taumelte Europa dank der kapitalistischen Entwicklung seit 1908 in ständiger Kriegsgefahr. Die Annexion Bosniens, der Marokko-Rummel, der Raubzug Italiens, zwei Balkankriege — bei jeder dieser Gelegenheiten waren die Kriegshetzer im Begriff, die Welt in Brand zu setzen.

Wie der Weltkrieg angezettelt wurde.

Am 28. Juni 1914 wurde in der bosnischen Hauptstadt der österreichische Thronfolger, der als Repräsentant des Verfolgungssystems gegen die Südslaven galt, mit seiner Gattin von

ein paar bosnischen Fanatikern ermordet. — Die österreichische Regierung behauptet, die Attentäter hätten Mitschuldige in Serbien gehabt, ja die serbische Regierung treffe die Schuld an dem Attentat. Nun, die österreichische Diplomatie ist seit Jahrhunderten dafür bekannt, daß sie vor keinem noch so niederträchtigen Mittel zurückschreckt, das hat ihr schon ein Schiller attestiert. Aus allerneuester Zeit erinnern wir nur an zwei Heldenstücke: im Jahre 1909 verurteilte der Gerichtshof in Agram (Kroatien) 31 Menschen wegen Hochverrats zu Kerkerstrafen von 5 bis 13 Jahren; sie waren beschuldigt, zugunsten Serbiens, bestochen von Serbien, die Losreißung Kroatiens, Dalmatiens und Bosniens von der österreichischen Monarchie betrieben zu haben. Dann stellte sich heraus, daß dieses Bluturteil ergangen war auf Grund von gefälschten Dokumenten, die dem Wiener Professor Friedjung in die Hände gespielt worden waren; von wem in die Hände gespielt, ist unaufgeklärt geblieben, weil man es in Wien nicht wagte, den Prozeß zu Ende zu führen, aber offenbar sind die Fälscher dort zu suchen, wo man ein Interesse an der Schürung der Hetze gegen Serbien hat, in den Kreisen der Schufterles im Solde der österreichischen Diplomatie. — Das andere Beispiel: Während des Balkankrieges wurde das Gerücht verbreitet, der österreichische Konsul in Uesküb, Prohaska, sei von serbischen Soldaten ermordet, qualvoll zu Tode gemartert worden; das Wiener auswärtige Amt sorgte dafür, daß das Gerücht wochenlang spukte, und die offiziöse Presse hetzte zum Kriege gegen Serbien; erst als man in Wien einsah, daß es nicht gelingen würde, tauchte Herr Prohaska seelenvergnügt wieder auf, es war ihm nicht ein Haar gekrümmt worden! — Das sollte genügen, um Beschuldigungen der Wiener Regierung gegen Serbien nach Gebühr einzuschätzen.

Intellektuelle Urheber der Bluttat von Sarajewo gibt es sicher. Es sind gleicherweise die serbischen Nationalisten, die freilich nur gelehrige Schüler der Nationalisten Westeuropas sind, wie jene Kreise, die den österreichischen Staat beherrschen und die „Politik der starken Faust" den Südslaven gegenüber verschuldet haben. Oesterreich-Ungarn weiß Kroatien und Slavonien nur mit dem „Kommissariat" des Cuvaj, Bosnien und die Herzogewina nur mit der militärischen Diktatur zu regieren. Unfähig, den Südslaven in eigenem Reich freie Heimstätten zu schaffen, fürchtet es die Anziehungskraft eines blühenden Serbenstaates außerhalb seiner Grenzen." Das schrieb kurz vor dem Kriege der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer. Die Cuvaj und die anderen Würger der Südslaven unter österreichischer Herrschaft, die Anstifter des Agramer Hochverratsprozesses, kurz jene schwarz-gelben Politiker, in denen der Geist des Haynau, der Hyäne von Brescia weiterlebt, das sind die geistigen Urheber des Attentats von Sarajewo.

Aber die österreichische Diplomatie ging krebsen mit dem Leichnam der Ermordeten: das Attentat von Sarajewo sollte dazu helfen, Serbien in den Staub zu treten. Das war der Sinn des Ultimatums, das Oesterreich an Serbien stellte. Oesterreich verlangte, daß Serbien sich unerhörte Eingriffe des übermächtigen Nachbarn in seine inneren Zustände gefallen lasse, womit es aufgehört hätte, ein selbständiger Staat zu sein. Man wußte, daß Serbien die in diesem Ultimatum gestellten Forderungen nicht bewilligen konnte, man stellte sie — in der sicheren Erwartung auf Krieg!

Es war vollständig klar, daß Rußland die Partei Serbiens ergreifen würde. Ob es ein Recht dazu hat oder nicht, ist ebenso gleichgültig wie die Frage, ob Deutschland ein Recht hat, für das verfaulende Oesterreich Partei zu ergreifen. Worauf es ankommt, ist allein dies: jeder Politiker wußte, daß Rußlands Balkanpolitik seit einem Jahrhundert darin besteht, sich als Beschützer der Slaven aufzuspielen, daß es auf die Rolle nur erzwungenermaßen im Jahre 1908 bei der Annexion Bosniens durch Oesterreich verzichtete, daß es diese Rolle endgültig ausgespielt hätte, wenn es bei dem neuen serbisch-österreichischen Konflikt sich passiv verhielt. Indem Oesterreich sein unannehmbares Ultimatum stellte, forderte es Rußland heraus, und bei dessen Bündnissen hieß das den Weltkrieg provozieren.

Aber es geschah etwas ganz Unerwartetes: Serbien demütigte sich vor Oesterreich in beispielloser Weise, es versprach, alle Forderungen zu erfüllen, die großserbische Propaganda zu unterdrücken, die Pressefreiheit zu knebeln, alle Schuldigen zu verfolgen. Nur die eine Forderung konnte es nicht bewilligen, daß österreichische Beamte bei der Untersuchung in Serbien mitwirken, nach Gutdünken schalten und walten sollten. Aber selbst diese Forderung lehnte es nicht rundweg ab, sondern bat in demütiger Form, man solle durch das internationale Gericht im Haag feststellen lassen, wie weit eine solche Mitwirkung gehen könne.

Was beweist das? Nun, daß die zarische Regierung vor dem Kriege zurückscheute, daß Frankreich und England offenbar auf Rußland und auf Serbien einwirkten, alles zu tun, um den Krieg zu vermeiden. Daher erhielt Oesterreich die Möglichkeit, seine unerhörten Forderungen durchzusetzen, es erlebte einen ungeheuren Triumph, konnte mit dem Erfolg mehr als zufrieden sein.

Aber — es verwarf alle Zugeständnisse, es begann den Krieg mit Serbien, trotzdem es wußte, daß das der Krieg mit Rußland bedeutete.

Indessen war der altersschwache Habsburgische Flickstaat offenbar nur der Statist, der Hauptfaktor war Deutschland! Denn nie und nimmer konnte Oesterreich einen Konflikt mit Rußland wagen. Wenn es den Krieg anzettelte, so nur — weil Deutschland im europäischen Krieg hinter ihm stand.

Daß die anderen Mächte, daß ganz besonders Frankreich und England ihn nicht wollten, ist seit der Veröffentlichung der Dokumente der einzelnen Staaten eine erwiesene Tatsache. Denn aus diesen Dokumenten geht hervor, was die deutsche Diplomatie nicht zu bestreiten wagt, daß England und Frankreich, und unter ihrem Druck Rußland, von dem Moment der Ueberreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien, immer und immer wieder Vorschläge machten, den Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen.

Hier diese Tatsachen:

1. Frankreich und England warnten Oesterreich sofort, nachdem sie Kenntnis erhielten von der Absicht, ein Ultimatum zu stellen, die Bedingungen zu überspannen.

2. Als das Ultimatum übereicht war, suchten sie die Verlängerung der Frist zu erreichen, um Zeit für die Vermittlung zur gütlichen Beilegung des Konfliktes auf diplomatischem Wege zu gewinnen. Es wurde abgelehnt.

3. Sie veranlaßten Serbien zur Nachgiebigkeit, die einer Demütigung dieses Staates gleichkam.

4. Als Rußland erklärte, daß es eine Vernichtung Serbiens nicht dulden könne, schlugen Frankreich und England vor, man solle den Streitfall einer Konferenz der nicht interessierten Mächte, Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Englands, unterbreiten. Als Deutschland dies ablehnte, ersuchte England, Deutschland möge einen Vorschlag machen, wie man den Streit anders beilegen könne, wobei Rußland, Frankreich und England erklärten, sie würden jeden Vorschlag Deutschlands annehmen. Deutschland aber machte überhaupt keinen!

5. Am 29. Juli machte der Zar in einem Telegramm an den deutschen Kaiser — das charakteristischerweise in der deutschen Dokumentensammlung unterschlagen worden ist — den Vorschlag, den serbisch-österreichischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Er hat keine Antwort erhalten.

6. Als bereits Oesterreich den Krieg an Serbien erklärt hatte, schlugen Frankreich und England vor: Oesterreich sollte zwar Belgrad besetzen, aber die weiteren Operationen einstellen und mit der Hauptstadt als Faustpfand in der Hand, warten, um den Mächten die Möglichkeit zur Vermittlung zu geben. Diesen Vorschlag versprach die deutsche Regierung in Wien zu befürworten, eine Antwort ist niemals erfolgt.

7. Rußland und Oesterreich hatten mobilisiert; die Vermittler bewogen Rußland zu folgendem Vorschlag: „Wenn Oesterreich in Erkenntnis, daß die österreichisch-serbische Frage den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat, sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu entfernen, welche den Souveränitätsrechten Serbiens Abbruch tun, verpflichtet sich Rußland, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen." Die deutsche Regierung weigerte sich, diesen Vorschlag nach Wien weiterzugeben.

8. Unter dem Druck Frankreichs und Englands modifizierte Rußland den Vorschlag dahin: Oesterreich stellt den Vormarsch in Serbien ein, und die unbeteiligten Mächte prüfen, welche Genugtuung Serbien ihm geben kann, ohne seiner Souveränität und Unabhängigkeit Abbruch zu tun; Rußland verpflichtet sich dann, seine abwartende Stellung beizubehalten. — Darauf ist niemals eine Antwort erfolgt.

Es folgt daraus: Frankreich und England waren bereit, Serbien und Rußland zu den weitgehendsten Zugeständnissen zu zwingen. Ausgeschlossen war nur eins: daß Serbien auf Gnade und Ungnade der Willkür Oesterreichs ausgeliefert werde.

Oesterreich erklärte, daß es die Unabhängigkeit Serbiens nicht vernichten und auch kein Gebiet gewinnen wolle, nur hat es niemals gesagt, was es denn eigentlich wollte.

Die deutsche Regierung aber erklärt in ihrem Weißbuch: „Vom ersten Anfang des Konfliktes an haben wir auf dem Standpunkt gestanden, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit Oesterreichs handelt, die es allein mit Serbien zum Austrag zu bringen haben würde." Das bedeutet aber nichts anderes, als Serbien auf Gnade oder Ungnade Oesterreich auszuliefern und die deutsche Regierung wußte, daß Rußland das nicht dulden würde, daß eine solche Haltung infolge der Bündnisse den europäischen Krieg bedeuten könne.

Aber warum verhandelte Oesterreich nicht? Warum nahm es nicht die Vermittlung im Vertrauen auf seine gute Sache an? War die Schuld der serbischen Regierung zu erweisen, dann würden doch sicher die monarchistischen Staaten, Rußland voran, auf die Sühne des Attentats dringen. — Vielleicht kam die sogenannte „nationale Ehre" in Frage; der Ehrenkodex erlaubte es Oesterreich nicht, zu verhandeln. Es scheint beinahe so. Indessen — am 31. Juli — erklärte sich Oesterreich doch bereit, zu verhandeln! Das österreichische Rotbuch bezeugt es, Graf Berchtold telegraphierte an die Botschafter in London und in Petersburg, er habe nach Berlin mitgeteilt, daß er den englischen Vorschlag auf Vermittlung anzunehmen bereit sei. Er beauftragte den Botschafter in Berlin, der deutschen Regierung mitzuteilen: „daß wir trotz der Aenderung, die in der Situation seither durch die Mobilmachung Rußlands eingetreten sei, gerne

bereit seien, den Vorschlag Sir E. Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näher zu treten." (Rotbuch, Dokument Nr. 51.)

Wie erfreulich: Oesterreich konnte verhandeln!

Aber wenn es am 31. Juli verhandeln konnte, konnte es auch am 29., am 30. verhandeln. Warum verhandelte es damals nicht? Nun: weil dann der Krieg vermieden worden wäre, den herbeizuführen Oesterreich im Schweiße seines Angesichts sich mühte!

Oesterreich erklärte sich bereit, zu verhandeln, als es bestimmt wußte, daß — es zu spät sei!

Denn am gleichen Tage, an dem Oesterreich seine liebenswürdige Note absandte, hatte die deutsche Faust dreingehauen: am 31. Juli richtete Deutschland das Ultimatum an Rußland, es solle binnen 12 Stunden erklären, daß es sowohl gegen Deutschland als gegen Oesterreich demobilisieren werde, was mit anderen Worten den Krieg erklären hieß.

Denn Rußlands Kriegsminister und Generalstabschef hatten Tags zuvor erklärt, daß Rußland gegen Deutschland nicht mobilisiert habe, es konnte also die russische Regierung nicht erklären, daß sie demobilisieren werde. Gegen Oesterreich hatte Rußland (wie es am 30. Juli offiziell mitteilte) mobilisiert, weil Oesterreich ebenfalls gegen Rußland mobilisiert hatte. Einem Staate zumuten, daß er demobilisiere, während der Gegner an seiner Grenze mobilisiert hat, geht offenbar nicht an. Deshalb war die deutsche Note einfach der Zwang zum Kriege.

Der Vorgang ist klar: Die Regierung Oesterreichs ging mit den Leichen von Sarajewo krebsen, weil sie den Krieg wollte. Die Regierungen von Frankreich und England setzten alle Mittel, die der Diplomatie irgend zur Verfügung stehen, in Bewegung, um den Krieg zu vermeiden, stießen jedoch auf den hartnäckigen Widerstand Deutschlands. Rußland sah sich in eine Zwangslage getrieben, weil es durch Preisgabe Serbiens an Oesterreich auf seine hundertjährige Balkanpolitik verzichten mußte, aber unter dem Zwange seiner Verbündeten, die ihm die Unterstützung zu entziehen drohten, ging es bis zum äußersten in dem Bestreben, den Konflikt beizulegen. Trotzdem erzwang Deutschland den Krieg.

Warum Deutschland den Krieg wollte.

Da es nicht denkbar ist, daß Menschen den Tod von Millionen, den Ruin der Völker mutwillig wollen, so müssen wichtige Gründe vorliegen für diesen Willen. Denkbar ist nur ein Grund: die deutsche Regierung führte den Krieg herbei, weil sie ihn für unvermeidlich hielt. Sie sagte sich offenbar: der

Krieg kann ausbrechen, wenn Rußland und Frankreich gerüstet sind; es gilt dem zuvorzukommen, den Krieg zu entfesseln, ehe jene Rüstungen vollendet sind. Es ist der Präventivkrieg, d. h. der Krieg, der herbeigeführt wurde, um dem Gegner zuvorzukommen.

Alles spricht in der Tat dafür. Seit seiner Niederlage in der Mandschurei rüstete Rußland mit allen Kräften. Deutschland blieb nicht zurück. Seit dem mißlungenen „Pantersprung" in Marokko wurden aber die Rüstungen in Deutschland mit Volldampf getrieben, eine Heeresvorlage jagte die andere. Das zwang Frankreich zu einer äußersten Anstrengung: der Einführung der dreijährigen Dienstzeit. Aber die Dinge standen so, daß Rußland noch lange nicht fertig war mit der Reorganisation seines Heeres und Frankreich mitten in der Umgestaltung war. Die deutschen Militärs berechneten, daß in den nächsten Jahren vielleicht das Kräfteverhältnis ungünstiger sein werde; deshalb schlug Deutschland los.

Und dann: konnte man hoffen, je einen günstigeren Kriegsvorwand zu finden? Oesterreich spielte die Rolle des Märtyrers, Deutschland „steht in Nibelungentreue zu seinem Verbündeten" und dabei — geht es gegen Rußland! Dieselben Leute, die jahrelang den Knutenzar umschmeichelten (man denke an die schandbare Beweihräucherung der zarischen Regierung aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Schlacht von Leipzig) rechneten demagogisch auf die berechtigten feindseligen Gefühle der Volksmassen gegen diese zarische Regierung. — Kriegsstimmung zu erregen, wenn es wieder um einen imperialistischen Raubplan ging, wäre schwer gewesen, das zeigte sich 1911; Kriegsstimmung zu erregen, wenn man behauptete, Rußland habe Oesterreich und Deutschland überfallen, zertreten, versklaven wollen, erschien leicht. Der Erfolg zeigt — es gelang!

Also: Deutschland gerüstet bis aufs äußerste, Oesterreich seit der Annexion Bosniens in steter Kriegsbereitschaft; die Gegner dagegen mit ihren Rüstungen im Rückstande, dazu ein günstiger Kriegsvorwand. Deshalb schlug man los!

Indessen: ein Präventivkrieg ist nicht minder verwerflich als der aus Eroberungslust provozierte Angriffskrieg. Das bestätigt der Staatsmann, der seine Erfolge ausschließlich Kriegen verdankt, Bismarck. Er schreibt in seinen Erinnerungen folgendes über den Präventivkrieg: „Auch siegreiche Kriege können nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden, und man kann der Vorsehung nicht in die Karten sehen, um der Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen." Lassen wir die Vorsehung aus dem Spiele, so bedeutet das: man kann einen Präventivkrieg nicht verantworten, weil man nicht voraussehen kann, ob nicht Ereignisse eintreten, die ihn überflüssig machen. Das aber gilt besonders für unsere Zeit: brach

der Krieg jetzt nicht aus, dann war mit jedem Jahr die Chance größer, daß er vermieden werden konnte. — In allen westeuropäischen Völkern verbreitete sich rapid die Strömung gegen den Krieg. Rußland befindet sich in voller Gärung: die zarische Regierung rüstete unablässig, aber mit jedem Jahre, ja mit jedem Tage wuchs die Wahrscheinlichkeit einer neuen Revolution, die sie hindern mußte, kriegerische Abenteuer zu riskieren.

Es gibt noch einen anderen Gesichtspunkt, auch vom Standpunkte der kapitalistischen Regierungen. Es fragt sich: wenn wirklich der Zarismus den Frieden der Welt bedrohte, gab es denn keine Mittel, ihn lahm zu legen? Sicher gab es sie. Es galt Rußland zu isolieren, es galt die Gruppierung der Mächte anders zu gestalten. Die deutsche Bourgeoisie will imperialistische Politik, deshalb muß auch die deutsche Regierung sie wollen. Aber in dieser deutschen Bourgeoisie waren seit Jahr und Tag starke Strömungen vorhanden, die ein Einvernehmen mit Frankreich und mit England wollten, und ebenso waren in Frankreich und in England einflußreiche Gruppen für eine solche Verständigung. Es lag in der Hand der deutschen Regierung, dies zu nützen, mit allen Mitteln auf eine neue Gruppierung der Mächte, auf eine Isolierung Rußlands hinzuarbeiten.

Doch freilich um eine eine solche Politik zu treiben, müßte die deutsche Regierung aus anderem Holze geschnitten sein. Die auswärtige Politik ist stets abhängig von der inneren. Anschluß an das republikanische Frankreich, an das von Grund aus konstitutionelle England konnte eine wirklich liberal und demokratisch gerichtete deutsche Regierung suchen und finden, niemals eine Regierung, die sich in der Hörigkeit der Junker und der industriellen Scharfmacher befindet, niemals die erzreaktionäre Regierung der Bethmann, Delbrück, Jagow und tutti-quanti. Für diese Regierung blieb das Ideal ein Einvernehmen mit Rußland, nicht mit den Westmächten, ihre Verbündeten konnten nur reaktionäre Staaten, wie Osterreich, sein, ihre Staatskunst blieb im Innern wie nach Außen die starke Faust. Und als diese nur nach rückwärts blickenden Staatsleiter sahen, daß die „traditionelle Freundschaft mit Rußland" in die Brüche ging, daß sie abzudanken haben, wenn Deutschland Anschluß an den Westen, nicht an die reaktionären Kräfte des Ostens suchen will, da blieb nur das Mittel, vabanque zu spielen.

Die falsche Rechnung.

Die Schuld, den Weltkrieg entfesselt zu haben, lastet auf der deutschen Politik, jedoch glauben wir, daß sie „mildernde Umstände" für sich geltend machen kann: sie hat sich verrechnet! Man darf nämlich annehmen, daß sie doch wohl anders gehandelt hätte, daß sie Oesterreich von dem Anschlage auf Serbien zu-

rückgehalten oder die Beilegung des Konfliktes durch Vermittlung der Mächte nicht vereitelt hätte, wenn sie gewußt hätte, welche Wendung der Krieg nehmen würde.

Die Rechnung der Staatsmänner und der Militärs war offenbar die: der Kampf würde sich zwischen den beiden Zentralmächten einerseits und Frankreich, Rußland, Serbien und Belgien andererseits abspielen. Daß Italien nicht mitgehen würde, wußten sie genau: vom Anfang des serbischen Konfliktes an hatte es erklärt, daß hier ein Fall vorliege, für den der Dreibundvertrag nicht gelte. Aber sie rechneten auf die militärische Ueberlegenheit auch ohne Italien, das neutral bleiben würde. Diese Ueberlegenheit würde bewirken, daß die deutsche Armee, besonders wenn sie das neutrale Belgien vergewaltigte, in raschen Schlägen Frankreich niederwerfen werde, in ein paar Monaten höchstens; inzwischen würde die österreichische Armee dem russischen Stoß standhalten, zumal Rußland Monate braucht, um seine Armee an der Westgrenze zu konzentrieren; dann würden die vereinigten Armeen sich gegen Rußland wenden und ihm den Frieden aufzwingen. Also ein frisch-fröhlicher Krieg von einem halben, höchstens einem Jahre; als Preis die Ausscheidung Frankreichs aus der Reihe der Großmächte und eine Verständigung mit Rußland zur gemeinsamen imperialistischen Politik, das Drei-Kaiser-Bündnis zur Beherrschung der Welt.

Voraussetzung war die Neutralität Englands. In der Tat, was hätte dem englichen „Krämergeist" besser entsprochen, als neutral zu bleiben, alle Vorteile zu genießen, die sich daraus ergaben, da Frankreichs und Deutschlands Industrie während des Krieges lahm gelegt blieb, England das Monopol erhielt; nach dem Kriege konnte sich England mit dem Sieger auseinandersetzen, über die Aufteilung der Welt. — Die Rechnung hatte jedoch ein Loch: keine noch so feierlichen Versicherungen Deutschlands, daß es Belgien wieder freigeben, daß es Frankreich schonen würde, konnten die Tatsachen aus der Welt schaffen, daß ein siegreiches Deutschland die Macht haben würde, sich an der Kanalküste festzusetzen, und das bedroht Die Unabhängigkeit Englands. Die Folge wäre, daß dieses Land in Zukunft neben seiner Riesenflotte ein starkes Heer unterhalten müßte, um gegen einen Angriff Deutschlands gesichert zu sein. Das gab den Ausschlag und machte die deutsche Rechnung zuschanden: Der Einmarsch in Belgien zog den Krieg mit England nach sich, mußte ihn nach sich ziehen.

Man braucht der englischen Diplomatie, die so verlogen ist wie irgend eine, kein Wort zu glauben, wenn sie versichert, daß England zu den Waffen gegriffen habe, weil ihm der Vertrag, durch den es die Neutralität Belgiens garantierte, heilig sei,

weil es sich als Beschützer der kleinen Nationen gegen deutsche Uebermacht betrachte. Aber glauben muß man an die Logik der Geographie und der Geschichte. Diese zwingt England dazu, an der Kanalküste keine starke Macht zu dulden, sie macht es zu einer Lebensfrage des englischen Staatswesens, daß Belgien als neutraler Staat erhalten bleibt. Darum griff England ein.

Ob England eine andere Haltung eingenommen haben würde, wenn Deutschland die Neutralität Belgiens respektiert hätte, ist leicht zu entscheiden. Obgleich ein bedeutender Teil der englischen Bourgeoisie genau so wie ein Teil der deutschen von der Kriegswut besessen ist, so ist die englische Arbeiterklasse aus proletarischem Klasseninstinkt gegen den Krieg, und der bei weitem größere Teil der Bourgeoisie hat vom Kriege nichts zu hoffen. Da England ein wirklich konstitutionelles Land ist, so hätte die Regierung gegen den Willen der übersteigenden Mehrheit die Nation nicht in den Krieg stürzen können.

Die Folgen des Rechenfehlers der deutschen Regierung sind, daß es mit dem frisch-fröhlichen Kriege, der nach ein paar Monaten zum Siegeszug durch das Brandenburger Tor führen sollte, nichts werden konnte. Erstens bedeutete das Eingreifen Englands die Absperrung des Seeverkehrs, also eine gewaltige Schädigung Deutschlands; zweitens bedeutete es das Mitwirken der englischen Armee, die zwar in den ersten Monaten nicht leistungsfähig war, aber mit jedem Monat durch Rekrutierungen in England und den Kolonien stärker wird zur Verteidigung Frankreichs; drittens bedeutet es, daß den Gegnern Deutschlands die unerschöpflichen Reichtümer Englands die Kriegsführung erleichtern; viertens bedeutete es die Hereinziehung Italiens und Japans in den Krieg.

Bei dieser Lage konnte das gewaltige militärische Mehrgewicht Deutschlands und Oesterreichs nicht zu einer schnellen Entscheidung führen, und die glänzenden Waffentaten der verbündeten Armeen ändern nichts an der furchtbaren Tatsache, daß heute, nach einem Jahre entsetzlichen Mordens, nur eine Aussicht auf Beendigung des Krieges besteht: durch Weißbluten beider Kriegsparteien.

Was nun?

In allen kriegführenden Ländern predigt man dem Volke das „Durchhalten". Wir fragen: Durchhalten bis zu welchem Ziel? Bis alle Mittel erschöpft sind? Bis die Völker sich restlos verblutet haben? Bis Europa zugrunde gerichtet ist?

Die deutsche Formel lautet: Durchhalten, bis der Frieden derart gesichert ist, daß die Gegner niemals wieder Deutschland mit Krieg zu bedrohen wagen. Man mache sich klar, daß das nur geschehen kann, indem man nicht nur Frankreich, sondern auch England vernichtet, indem man Rußland nicht nur

Provinzen entreißt, die es entbehren kann, sondern daß man es ins Herz trifft. Ein solcher Sieg ist ausgeschlossen, auch wenn der Krieg noch drei Jahre dauert und Deutschland nicht eine halbe Million Tote und eine noch größere Zahl Krüppel, wie im ersten Jahre, zum Opfer bringt, sondern das Dreifache.

Den Frieden sichern! Ein schönes Ziel. Aber nie und nimmer wird es erreicht werden durch Unterjochungen, durch Annexionen, durch Gewalt. Die Kriegsgefahr wird nie schwinden, solange der Kapitalismus dauert, nur der Sozialismus kann die Welt von der Kriegsgeißel erlösen. An den Trägern der sozialistischen Ideale, an den Proletariern aller Länder ist es, die Regierungen zu zwingen, daß sie mit dem Morden, der barbarischen Zerfleischung Europas, der Vernichtung aller Kulturgüter einhalten.

Dokument 17.

Ein Ende dem Winterfeldzug!

Bürger und Bürgerinnen!
Arbeiter und Arbeiterinnen!

Fast anderthalb Jahre währt bereits das furchtbare Ringen. Immer wieder hat man Euch in der Heimat und Euren kämpfenden Männern, Vätern und Söhnen an der Front vorgegaukelt, es bedürfe nur noch kurze Zeit neuer Anstrengungen, um den Sieg Deutschlands zu sichern. Aber immer wieder ist dies Blendwerk zerstoben.

Jeder neue Erfolg der deutschen Waffen, immer erkauft durch ungeheure Opfer an Menschenleben, hat den Frieden nicht näher gebracht, sondern in größere Ferne gerückt. Nach der großen, siegreichen Offensive der deutschen Truppen im Osten hofftet Ihr auf den Frieden, aber Eure Hoffnung ist wieder getäuscht worden .

Nach jedem deutschen Siege tauchen neue Eroberungspläne in der kriegsfreundlichen Presse auf, unter dem wohlwollenden Schutze derselben Zensur, die jeden leisen Atemzug nach Frieden mit roher Gewalt erstickt.

So treibt man Euch von Tag zu Tag in einen Erschöpfungs- und Vernichtungskrieg hinein, dessen augenblickliche Wirkungen schon unerträglich sind und dessen endgültige Wirkung eine Verwüstung Deutschlands wie aller anderen Länder sein wird, wie sie selbst im Dreißigjährigen Kriege nicht erlebt worden ist.

Laßt Euch nicht täuschen durch Kriegsberichte und die Feldpostbriefe, deren Veröffentlichung die Zensur gestattet. Darnach herrscht an der Front eitel Freude und Stolz, Begeisterung und Zufriedenheit. Ihr wißt freilich schon besser aus den Briefen Eurer Lieben, welche Qualen, wieviel Entbehrung

und Sorge, Hunger und Müdigkeit, Gefahren und Strapazen in den Schützengräben zu ertragen sind. Und doch schreiben oft aus einer echt menschlichen, aber falschen Empfindung heraus die Euren an der Front nicht die volle Wahrheit, um Euch keine Unruhe zu bereiten, und aus der gleichen, echt menschlichen, aber falschen Rücksicht heraus schreibt Ihr ihnen nichts von Euren Sorgen in der Heimat. So täuscht Ihr Euch gegenseitig: Ihr duldet stumm um ihretwillen und sie dulden stumm um Euretwillen.

Und dazu möchte man Euch blind und taub machen! Was wissen die Soldaten an der Front von den wahren Zuständen in der Heimat? Von der ungeheuren Preissteigerung, an der sich Landwirte, Fabrikanten und Händler bereichern, während Ihr und Eure Kinder darben müßt? Von der politischen Entrechtung, die Euch mehr und mehr der Willkür von Militär- und Polizeibehörden ausliefert? Während man Euch mit den Aushungerungsplänen Englands graulich macht, dürfen gewissenlose Spekulanten ihre Vorräte ungestraft zurückhalten und schändlichen Wucher treiben. Während man Euch in schwarzen Farben die Zustände des Auslands malt, sagt man Euch nichts von den Armeniergreueln des türkischen Bundesgenossen, dem Standrechtsregiment des österreichischen Bundesbruders, den Unterdrückungsmaßregeln im Elsaß und den Plänen zur Aufteilung Elsaß-Lothringens. Während man über die Zensur im Auslande spottet, hindert man Eure eigene Presse an jedem freien Wort, jeder notwendigen Kritik.

Laßt endlich ab von jener untätigen Demut und stummen Duldung, die Euch die Kirche im Interesse der herrschenden Klassen predigt, derselben Klasse, denen allein das gegenwärtige Wirtschaftssystem dient, wie der Krieg deutlicher als je gezeigt hat.

Sie häufen Reichtum, während die Allgemeinheit Not leidet und verarmt.

Aber Ihr wißt, was gerade der Winterfeldzug für die Euren an der Front, was er für Euch selbst bedeutet. Ihr dürft Euch nicht daran genügen lassen, stumm alle Lasten zu tragen und Euer Schicksal in die Hände der Regierung zu befehlen. Die Not lehrt Euch denken und fragen: Muß der Winterfeldzug sein? Ist es nicht möglich, den entsetzlichen Krieg sofort zu endigen?

Hört nicht auf die dreiste Lüge, das Ausland wolle keinen Frieden. Die Volksmassen haben überall die gleichen Interessen, sie leiden überall unter demselben Druck, sie lechzen überall nach Frieden. Wie Ihr nicht hört, wie sie nach Frieden rufen, so hören sie auch nicht Euren Ruf

nach Frieden; eine erbarmungslose Zensur knebelt Eure Brüder im Auslande, wie sie Euch knebelt. Die Massen werden überall getäuscht, damit sie sich ruhig weiter als Kanonenfutter gebrauchen lassen.

Das wahre Hindernis des Friedens ist die Eroberungssucht der Regierungen, im Auslande wie im Inlande. Unter dem Rufe: Schützet die Heimat! hat man Euch in den Krieg getrieben. Heute sind die deutschen Grenzen längst geschützt; viele tausend Geviertmeilen vom Feindesland sind in deutschen Händen — darf da Deutschland nicht die Hand zum Frieden bieten, nachdem es gezeigt hat, daß es im Kriege nicht überwunden werden kann? Aber die herrschenden Klassen wollen einen größeren oder geringeren Teil der eroberten Gebiete behalten und vom deutschen Kapital ausbeuten lassen, und so lange diese Eroberungspläne bestehen, wird es keinen Frieden geben.

Gewiß, alle Großstaaten sind mit Eroberungsplänen in den Krieg gezogen, und wenn die englischen, französischen und russischen Heere so weite Gebiete erobert hätten, so würden die herrschenden Klassen jener Länder nicht anders handeln, als heute die deutsche Regierung. Das entlastet diese aber nicht, sondern legt ihr nur die größere Verpflichtung auf. Und wenn sie dieser Verpflichtung nicht genügt, dann ist es um so mehr Eure Pflicht, Euren alten Posten wieder einzunehmen an der Spitze der internationalen Arbeiterklasse und die Fahne voranzutragen in dem gerechten und heiligen Kampfe für den Frieden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Denkt der furchtbaren Schrecken des Winterfeldzuges, die über Eure Lieben an der Front hereingebrochen sind! Gedenkt Eurer Pflicht! Ihre Erfüllung legt Euch geringere Opfer auf, als sie Eure Brüder im Waffenrock bringen müssen. Laßt Euch nicht länger über das Kriegsziel irreführen! Reichskanzler und bürgerliche Parteien haben sich im Reichstag jetzt wieder mit aller Deutlichkeit für Eroberungen ausgesprochen.

Neue zehn Milliarden Kriegskredite sollen dazu dienen, diese Eroberungspolitik durchzusetzen, die schon 30 Milliarden gekostet hat.

Eure von Euch gewählten Parlamentsmitglieder müssen, um ihren Aufgaben als Volksvertreter zu genügen, endlich im Reichstag, und zwar gründlicher noch als das in England und Frankreich geschieht, die Kriegspolitik der Regierung bekämpfen und Eurer aller Sehnsucht nach Frieden laut in die Welt rufen. Wir wollen kein Parlament, das freiwillig schweigt, wo wir gezwungen schweigen müssen, keine Volksvertreter, die der Regierung die Mittel bewilligen,

aber gegenüber den Forderungen der Massen nur beschwichtigende Worte haben. Nach all den Fälschungen, Lügen und Schönfärbereien der Presse verlangt endlich ein freies Wort, das keine anderen Rücksichten kennt, als die Wahrheit.

Hört aber niemand auf Euch, dann, Frauen und Mütter, Söhne und Väter, sprecht und handelt für Euch selber. In all Eurem Tun und Lassen darf Euch nur der eine Gedanke leiten: der sofortige Friede, der weder Deutschland, noch ein anderes Land demütigt. Schöpft immer neue Kraft aus der Vorstellung von dem entsetzlichen Leiden des Winterfeldzuges, worin die Blüte und Kraft Eurer Klasse dahinsinkt! Trotz aller Fallen und Schlingen, die Euch der Belagerungszustand, die Zensur, die politischen Kautschukparagraphen des Strafgesetzes stellen, habt Ihr hundert Mittel und Wege, Euren Willen durchzusetzen, wenn dieser Wille einmütig, fest, unerschütterlich ist. Nichts lehrt die Geschichte so eindringlich als den Satz, womit die herrschenden Klassen des preußischen Staates vor hundert Jahren die allgemeine Wehrpflicht bekämpften: Jeder Krieg wird unmöglich, wenn die Massen einen Willen haben und diesen Willen für den Frieden einsetzen.

Darum, Arbeiterinnen und Arbeiter, vereinigt Euch in der Forderung:

Ein Ende dem Winterfeldzug!
Nieder mit der Annexions- und Eroberungspolitik!
Sofortiger Friede.

Dokument 18.

Rosa Luxemburg: Entweder — oder.

Ach, daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.

Genossinnen und Genossen! Ihr alle habt Kenntnis von dem Zwiespalt, der im Schoße der Parteiopposition besteht. Gar mancher von euch, der mit den heutigen Zuständen in der offiziellen Partei und mit ihrer Instanzenpolitik nicht einverstanden ist, wird über diesen Zwiespalt zunächst aufs äußerste betrübt sein. „Schon wieder Spaltungen!" werden manche unwillig ausrufen. „Wäre es denn nicht notwendig, daß wenigstens alle diejenigen, die gegen die Fraktionsmehrheit Front machen, fest zusammenstehen und einträchtig vorgehen? Heißt es denn nicht die Opposition schwächen und Wasser auf die Mühle der Mehrheitspolitik treiben, wenn sich auch noch die

untereinander zanken und spalten, die das gleiche Ziel verfolgen: die Parteibewegung wieder in die Bahnen einer grundsätzlichen proletarischen Klassenpolitik zu bringen?"

Gewiß, Genossen! Würde es sich bloß um persönliche Streitereien, würde es sich um Lappalien, um irgendwelche untergeordnete Rechthaberei, Unterlassungen oder um sogenanntes „Aus-der-Reihe-tanzen" einzelner handeln, dann müßte es jeder ernste Mensch einen Frevel, ja, ein Verbrechen nennen, wenn um solcher kleinen Dinge willen eine Spaltung im Schoße der Opposition herbeigeführt worden wäre.

Allein, dem ist nicht so, Genossen! Was diese Spaltung herbeigeführt hat, sind grundlegende Fragen der Politik, ist die ganze Auffassung über die Mittel und Wege, die uns aus der jetzigen verzweifelten Situation der Partei zu würdigeren Zuständen hinausführen sollen.

Ueberlegen wir einmal, was alles auf dem Spiele steht! Mit dem 4. August 1914 ist die offizielle deutsche Sozialdemokratie und mit ihr die Internationale elend zusammengebrochen. Alles, was wir 50 Jahre lang vorher dem Volke gepredigt, was wir für unsere heiligsten Grundsätze erklärt hatten, was wir in Reden, in Broschüren, in Zeitungen, in Flugblättern unzählige Male verkündeten, das alles hat sich mit einem Male als leere Phrase erwiesen. Die Partei des proletarischen internationalen Klassenkampfes ist mit einem Ruck wie durch bösen Zauber zu einer nationalliberalen Partei geworden, unsere starken Organisationen, auf die wir so stolz waren, haben sich völlig ohnmächtig erwiesen und aus geachteten und gefürchteten Todfeinden der bürgerlichen Gesellschaft sind wir zu willenlosen und mit Recht verachteten Werkzeugen unserer Todfeinde, der imperialistischen Bourgeoisie, geworden. In anderen Ländern ist mehr oder weniger derselbe tiefe Fall des Sozialismus eingetreten, und der stolze alte Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! hat sich auf den Schlachtfeldern in das Kommandowort verwandelt: Proletarier aller Länder, schneidet euch die Gurgel ab!

Nie in der Weltgeschichte hat eine politische Partei so elend bankrott gemacht, nie ist ein erhabeneres Ideal so schmachvoll verraten und in den Staub getreten worden!

Tausende und aber Tausende Proletarier und Proletarierinnen könnten vor Scham und Wut blutige Tränen weinen, daß alles, was ihnen so teuer und heilig war, jetzt zum Spott und Hohn der ganzen Welt geworden ist. Tausende und aber Tausende brennen darauf, die Scharte auszuwetzen, die Schmach von der Partei abzuwaschen, um wieder den Namen Sozialdemokrat mit erhobener Stirn und ohne Erröten tragen zu können.

Aber das eine muß sich dabei jeder Genosse vor Augen halten: aus einem so tiefen Fall kann nur eine ganz geschlossene,

klare rücksichtslose Politik die Rettung bringen. Mit halben Mitteln, mit Hin- und Herschwanken, mit zaghafter Schaukelpolitik kann uns nimmermehr geholfen werden. Jetzt muß sich jeder sagen: entweder — oder. Entweder sind wir nationalliberale Schafe im sozialistischen Löwenfell, dann lassen wir auch jedes Spiel mit der Opposition. Oder wir sind Kämpfer der proletarischen Internationale in voller Bedeutung dieses Wortes, dann muß eben mit der Opposition ganze Arbeit gemacht, dann muß die Fahne des Klassenkampfes und des Internationalismus rücksichtslos und offen entfaltet werden. Und nun schaut, Parteigenossen und -genossinnen, auf die bisherige sogenannte Opposition, wie sie von Ledebour, Haase und ihren Freunden vertreten wird. Nachdem sie viermal hintereinander im Reichstag die Bewilligung der Kriegskredite gehorsam geduldet und sich so zu Mitschuldigen des Verrates am Sozialismus gemacht haben, rafften sie sich endlich am 21. Dezember 1925 dazu auf, im Plenum dagegen zu stimmen. Endlich! haben sich die Arbeiter gesagt. Endlich eine öffentliche Absage an die Politik des nationalistischen Schwindels. Endlich wenigstens 20 Mann im Parlament, die den Sozialismus hochhalten! Der Wahn war kurz und an der „mutigen Tat" konnten nur diejenigen ungetrübte Freude haben, die ganz oberflächlich die Dinge betrachten, ohne ihnen mit kritischem Blick auf den Grund zu sehen. Ihrer Verweigerung der Kredite haben die Geyer und Genossen im Reichstag eine Erklärung beigegeben, die alles wieder zunichte machte, was sie durch die Abstimmung Gutes geleistet haben. Denn warum haben sie diesmal gegen die Kredite gestimmt? „Unsere Landesgrenzen sind gesichert", lautet ihre Erklärung. Was die guten Leute mit diesen Worten bezweckten, auf wen sie Rücksicht nehmen zu müssen glaubten, bleibt ihre Sache. Der Außenstehende, der nicht in die große Diplomatie eingeweiht ist, die hinter den Kulissen zu dieser Erklärung geführt haben mag, wird sie so verstehen: die Zwanzig stimmten offenbar diesmal gegen die Kredite, weil die deutschen Landesgrenzen gesichert seien. Also nicht deshalb, weil wir grundsätzliche Gegner des Militarismus und des Krieges sind, nicht deshalb, weil dieser Krieg ein imperialistisches Verbrechen an allen Völkern ist, sondern weil die Hindenburg, Mackensen und Kluck bereits genug Russen, Franzosen und Belgier niedergemetzelt und in ihren Ländern Fuß gefaßt haben, deshalb darf sich schon ein deutscher Sozialdemokrat den Luxus gestatten, gegen die Kriegsausgaben zu stimmen! Aber damit stellen sich die Geyer und Genossen grundsätzlich auf den Boden der Mehrheitspolitik. Danach unterstützen sie den frechen Schwindel, wonach dieser Krieg überhaupt von Anfang an als ein Verteidigungskrieg zur Sicherung der Landesgrenzen hingestellt wurde. Was sie von der Mehrheit scheidet, ist also nicht grund-

sätzliche Auffassung der ganzen Stellung zum Kriege, sondern bloß verschiedene Beurteilung der militärischen Lage. Nach den Scheidemann, David, Heine sind die deutschen Landesgrenzen noch immer nicht gesichert, nach den Haase, Ledebour, Geyer sind sie bereits gesichert. Allein jeder verständige Mensch muß zugeben, daß, wenn man sich schon auf die nackte Beurteilung der militärischen Lage einläßt, der Standpunkt der Scheidemann-David-Heine konsequenter ist als der Standpunkt der Ledebour und Haase. Denn wer will die Garantie übernehmen, daß das Kriegsglück auch fernerhin dem deutschen Militarismus treu bleibt? Welcher verständige General würde heute schwören wollen, daß sich das Blatt unmöglich wenden und etwa die Russen wieder in Ostpreußen einrücken könnten? Und falls dies geschieht, was dann? Dann mußten ja die Ledebour-Geyer-Haase im Rechstag in Konsequenz ihrer eigenen Erklärung für die Kriegskredite stimmen! Das ist also keine grundsätzliche Taktik, sondern eine Konjunkturpolitik, die auf die momentane Lage des Kriegsschauplatzes zugeschnitten ist, das ist die berühmte Politik von Fall zu Fall, die alte opportunistische Schaukel, auf der es die Partei ja gerade bis zur Herrlichkeit des 4. August 1914 gebracht hat.

Doch die Sache hat noch eine sehr ernste Seite. Wenn nach der Erklärung der Ledebour-Haase die deutschen Sozialdemokraten heute gegen die Kriegskredite stimmen dürfen, weil die deutschen Landesgrenzen gesichert seien, wie steht es dann mit den französischen, belgischen, russischen, serbischen Genossen, in deren Ländern der Feind steht? Der einfachste Arbeiter kann sich an den Fingern abzählen, daß dieser Satz der Erklärung den Genossen in den anderen Ländern die schönste Handhabe bietet, um ihre nationalistische Politik zu rechtfertigen. In der Tat haben bereits französische Genossen von der nationalistischen Mehrheit ihn als die beste Bekräftigung ihrer eigenen Haltung eifrig aufgegriffen. Da haben wir also wieder die Spaltung der Internationale, da haben wir wieder die Politik, die die Sozialisten der verschiedenen Länder nicht gemeinsam gegen den Krieg und die herrschenden Klassen, sondern gegeneinander führt, ganz wie es das Kommando des Imperialismus befiehlt. Also auch hier kommen wir genau auf den Boden jener Mehrheitspolitik, die uns und die Internationale zugrunde gerichtet hat.

Und nun fragen wir, Genossinnen und Genossen, wenn man so die Dinge ernst und kritisch betrachtet: war die Abstimmung der Ledebour, Haase und Genossen am 21. Dezember ein Schritt vorwärts? War es die rettende Tat, auf die wir alle mit Qual im Herzen warteten, nach der die Massen lechzten? Nein und abermals nein! Jene Abstimmung mit jener Erklärung, das war ein Schritt vorwärts und ein Schritt zurück, das war

wieder einmal eine angenehme Täuschung, daß etwas sich zum Besseren wende, hinter der aber eine um so bittere Enttäuschung unvermeidlich war.

Und die Enttäuschung folgte auch richtig auf dem Fuße. Es ist klar, daß jene Abstimmung gegen die Kriegskredite, selbst wenn sie nicht durch die unglückselige Erklärung im Kern verpfuscht wäre, doch nicht die ganze Politik der Opposition erschöpfen, sondern bloß der erste Schritt auf neuer Bahn sein konnte, ein erstes vernehmbares Signal, dem eine nachdrückliche konsequente Aktion im Geiste des Klassenkampfes auf der ganzen Linie folgen mußte. Was haben wir statt dessen erlebt? Die Ledebour, Haase und Genossen ruhen sich seitdem auf den Lorbeeren ihrer Kreditverweigerung aus — sie führen ein Schattendasein.

Nehmen wir nur einige Beispiele. In der famosen „Baralong"-Affäre hat sich die sozialdemokratische Fraktion durch die Rede Noskes und sein Krächzen nach blutigen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Engländer mit so unerhörter Schmach bedeckt, daß sogar anständige bürgerliche Liberale für uns erröten müßten, wenn es noch eine solche Menschengattung in deutschen Landen geben würde. Es schien nach dem 4. August, nach allem was darauf gefolgt war, daß unsere Partei so tief im Sumpfe liegt, wie es nicht tiefer sein kann. Aber die „umgelernten" Sozialimperialisten bringen immer noch neue Ueberraschungen zustande. Ihre politische und moralische Korruption scheint überhaupt mit gewöhnlichem Maß nicht meßbar zu sein. In der „Baralong"affäre haben sie durch das Aufhetzen der bestialischen Kriegsinstinkte sogar die Konservativen übertrumpft und beschämt. Und was hat nach einem solchen unerhörten Vorgang ein Mann der Opposition, der Genosse Ledebour, getan? Statt mit einem Donnerwetter dreinzufahren, statt vor aller Welt im Namen des deutschen Proletariats jede Gemeinschaft mit den Noske und seinesgleichen von sich zu weisen, statt dessen stimmte Ledebour selbst in das Geheul ein, akzeptierte grundsätzlich die Vergeltungspolitik der Noske und Genossen und schwang sich nur dazu auf, um maßvolle Anwendung des bestialischen Prinzips zu betteln.

Die unglaublichen Worte Ledebours am 15. Januar lauteten nach dem Stenogramm folgendermaßen:

„Meine Herren, in der Beurteilung des Falles Baralong an sich, also der Untat, die zur See von englischen Seeleuten gegenüber tapferen deutschen Seeleuten begangen worden ist, weiß ich mich eins mit allen Vorrednern. Ich verzichte darauf, ihre Ausführungen noch irgendwie in Worten zu ergänzen."

Und diese „Vorredner" waren: Noske von den Sozialimperialisten, Spahn vom Zentrum, Fischbeck vom Freisinn, der Knu-

tenörtel von den Konservativen! Mit ihnen allen wußte sich Ledebour „eins" in der Beurteilung der Affäre.

Also wiederum eine grundsätzliche Unterstützung der Mehrheitspolitik der sozialistischen Verräter und ein Abrutschen in die burgfriedliche Einigkeit mit den bürgerlichen Parteien — drei Wochen nach der scheinbaren Erhebung der Fahne des Klassenkampfes.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. In den sogen. „kleinen Anfragen" haben die Abgeordneten im Reichstag eine unschätzbare Waffe in die Hand gekriegt, um sich in dieser kläglichen Jasagerversammlung von gehorsamen Mamelucken der Militärdiktatur einen ständigen Widerstand gegen die Regierung und die bürgerliche Mehrheit, eine ständige Beunruhigung der imperialistischen Phalanx, eine ständige Aufrüttelung der Volksmassen zu ermöglichen. In den Händen von 20 entschlossenen Volksvertretern könnten die kleinen Anfragen zu einer wahren Nilpferdpeitsche werden, die unermüdlich auf den Rücken der imperialistischen Meute niedersausen würde. Was sehen wir statt dessen? Die Ledebour-Haase und Genossen denken nicht daran, von diesem wichtigen Kampfmittel Gebrauch zu machen. Nicht ein einzigesmal haben sie es anzuwenden versucht. Sie überlassen es ruhig Karl Liebknecht allein, mitten in der kläffenden Meute nach allen Seiten zu fechten und sich zu wehren, selbst aber haben sie offenbar Angst vor der eigenen Courage, sie wagen es einfach nicht, wider den Stachel zu löcken und sich von der Fuchtel der Fraktionsmehrheit zu befreien.

Ja, noch mehr! Als die imperialistische Reichstagsmehrheit mitsamt der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit den Vorstoß machte, um die Waffe der kleinen Anfragen durch die willkürliche Zensur des Reichstagspräsidenten zunichte zu machen, da ließen es die Ledebour und Haase mit Genossen ruhig geschehen. Diese angeblichen Oppositionsführer unterstützten den Gewaltstreich gegen ein demokratisches Recht der Volksvertretung, gegen ein wichtiges Mittel zur Aufrüttelung der Massen. Sie beteiligten sich an dieser neuen Verräterei der Fraktionsmehrheit.

Und wie verhielt es sich am 17. Januar, als die militärischen Fragen im Reichstag zur Debatte standen, als die gute Gelegenheit geboten war, an dem ganzen Treiben der Säbeldiktatur, an den Bestialitäten des Krieges unbarmherzig Kritik zu üben, die Gesamtlage zu beleuchten und alle Hauptprobleme der Weltkrise aufzuwälzen? Da versagten wieder die Ledebour und Haase mit Genossen völlig. Auf ihre scheinbare Kampfansage und Frontänderung am 21. Dezember folgte knapp vier Wochen später ein klägliches Fiasko. Ein kleinliches Herumreden an lauter äußeren Lappalien, wie es in dem grauen Alltag der parlamentarischen Tretmühle in Friedenszeiten üblich war, das

war alles, wozu sich diese Oppositionsführer bei der Militärfrage aufgeschwungen haben.

Das ist, Genossen und Genossinnen, die sogenannte Opposition, wie sie die Ledebour, Haase und ihre Freunde verstehen. Keine Spur von Konsequenz, von Tatkraft, von Schneid, von grundsätzlicher Schärfe, nichts als Halbheiten, Schwächlichkeiten und Illusionen. Aber wir haben wahrhaftig genug an Halbheiten, Schwächlichkeiten und Illusionen erlebt, und wir wissen, wohin sie uns gebracht haben.

Kein Mensch wird den guten Willen eines Ledebour, eines Haase, eines Adolf Hoffmann bezweifeln. Aber mit guten Absichten allein ist auch der Weg zur Hölle gepflastert. Was wir jetzt brauchen, ist Kraft, Konsequenz und Schärfe, ach, nur ein wenig von jener Kraft, Konsequenz und Schärfe, mit denen unsere Feinde, die herrschenden Klassen, uns knebeln und ins Joch des bluttriefenden Imperialismus zwingen. Ganze Männer, unerschrockene, schroffe Kämpfer, das ist es, was wir brauchen, nicht Schaukelpolitiker, nicht Schwächlinge, nicht zaghafte Rechnungsträger.

Und daß jene sogenannte Opposition diesen Anforderungen nicht entspricht, das beweist am besten das Flugblatt, das die Genossen Ledebour und Adolf Hoffmann gerade jetzt herausgegeben haben.

Dort wird eine scharfe und ablehnende Kritik geübt an den Leitsätzen, die eine Anzahl Genossen aus verschiedenen Orten Deutschlands als die Richtschnur ihrer Auffassung und ihrer Aufgaben im gegenwärtigen historischen Moment angenommen haben. Wir führen sie hier zum Schluß im ganzen Umfange an, damit jeder Genosse sie selbst beurteilen kann. Diese Leitsätze sind nichts anderes, als die offene, ehrliche und unumwundene Formulierung der Tatsachen und Vorgänge, wie sie der Weltkrieg in der Arbeiterbewegung zutage gefördert hat, sie sind ferner die konsequente und entschlossene Anwendung unserer alten Parteigrundsätze auf die heutige Situation und die Aufgaben, die sich für uns alle ergeben, wenn wir mit dem internationalen Sozialismus endlich einmal ernst machen wollen.

Und nun gerade gegen diese Tendenz der Leitsätze wenden sich Ledebour und Hoffmann mit ihrem entschiedenen Veto! Es sei ungehörig, die sozialistische Internationale zum bestimmenden Zentrum der gesamten Arbeiterbewegung zu machen; es sei ungehörig, die Landeszentralen in ihren freien Entschlüssen gegenüber dem Kriege zu beschränken; es sei ungehörig und unausführbar, die Internationale über die Instanzen der deutschen Partei und der anderen Parteien zu stellen. Die Internationale soll nur eine lose föderative Zusammenfassung der in ihrer Taktik im Frieden wie im Kriege völlig unabhängigen natio-

nalen Arbeiterparteien bleiben, wie sie es vor Ausbruch des Weltkrieges war.

Genossen und Genossinnen! Hier liegt geradezu der Knotenpunkt der ganzen Situation, hier ist die Lebensfrage der Arbeiterbewegung eingeschlossen. Unsere Partei hat am 4. August versagt, wie die Parteien anderer Länder versagt haben, eben weil die Internationale sich als hohle Phrase herausgestellt, weil die Beschlüsse der internationalen Kongresse sich als leeres, machtloses Wort erwiesen haben. Wollen wir diesem schmachvollen Zustand ein Ende machen, wollen wir für die Zukunft die Wiederholung des Bankrotts vom 4. August 1914 verhüten, dann gibt es nur einen Weg und eine Rettung für uns: die internationale Solidarität des Proletariats aus einer schönen Phrase zur wirklichen, bitterernsten und heiligen Lebensregel zu machen, die sozialistische Internationale aus einem leeren Schaugepräge zur realen Macht zu gestalten und sie zu einem felsenfesten Damm auszubauen, an dem sich die Sturzwellen des kapitalistischen Imperialismus fernerhin brechen werden. Wollen wir aus dem Abgrund der Schmach uns emporarbeiten, in den wir gestürzt sind, dann müssen wir den deutschen, wie den französischen und jeden anderen klassenbewußten Proletarier in dem Gedanken erziehen:

> Die Weltverbrüderung der Arbeiter ist mir das Heiligste und Höchste auf Erden, sie ist mein Leitstern, mein Ideal, mein Vaterland; lieber lasse ich mein Leben, als daß ich diesem Ideal untreu werde!

Und nun wollen gerade von alledem die Genossen Ledebour und Hoffmann nichts wissen. Sie wollen nach dem Kriege einfach den alten Jammer wieder herstellen: jede nationale Partei soll nach wie vor freie Hand haben, mit den Beschlüssen der Internationale Schindluder zu treiben, wir sollen wieder alle paar Jahre prunkvolle Kongresse, schöne Reden, Feuerwerke der Begeisterung, dröhnende Manifeste und kühne Resolutionen erleben, wenn es aber zur Tat kommt, soll wieder die Internationale völlig ohnmächtig dastehen und vor der verlogenen Phrase der „Vaterlandsverteidigung" wie ein Spuk der Nacht vor der blutigen Wirklichkeit weichen! Die Ledebour und Genossen haben also aus diesem furchtbaren Kriege nichts gelernt! Aber, Genossen und Genossinnen, es gibt kein schlimmeres Zeugnis für einen Politiker, für einen Kämpfer, als daß er aus der harten Schule der Geschichte nicht zu lernen versteht. Vor Fehlern ist niemand gefeit, der in dem großen Drang und Gewühl des welthistorischen Kampfes Entscheidungen zu treffen hat. Aber die gemachten Fehler nicht einsehen, aus ihnen nicht lernen können, aus aller Schmach immer wieder unbelehrbar hervorzugehen — das grenzt an Verbrechen. Genossen, wenn uns nicht einmal dieses Blutmeer, durch das wir waten, wenn

uns nicht einmal dieser furchtbare moralische Fall der Internationale — zur besseren Einsicht und auf festen Weg führt, dann können wir uns wahrhaftig begraben lassen. Dann fort mit den internationalen Phrasen, fort mit der alten, verlogenen Leier, fort mit der Täuschung der Volksmassen, die ja vor uns mit Recht ausspeien werden, wenn wir nach diesem Kriege als die alten, unbelehrbaren Phrasenhelden vor ihnen die Idee der Völkerverbrüderung propagieren, ohne mit ihr je ernst machen zu wollen!

Auch hier, Genossen, heißt es: Entweder — oder! Entweder blanker und schamloser Verrat der Internationale, wie sich ihn die Heine, David, Scheidemann leisten, oder heiliger Ernst mit der Internationale, dann soll sie zu einer festen Burg ausgebaut, zum Bollwerk des sozialistischen Weltproletariats und des Weltfriedens gemacht werden. Für Mittelwege, für Schwankungen und Halbheiten gibt es heute keinen Platz mehr.

Und deshalb ist ein gemeinsames Vorgehen mit den Leuten, die auf dem Standpunkt der Genossen Ledebour und Hoffmann stehen, für wirkliche oppositionelle Elemente unmöglich.

Genossen und Genossinnen! Laßt euch nicht durch die alte Phrase von der Einigkeit, die die Kraft bilde, einfangen. Mit dieser Phrase gehen auch jetzt die Scheidemann und Ebert vom Parteivorstand hausieren. Jawohl: Einigkeit macht stark, aber Einigkeit der festen, inneren Ueberzeugung, nicht äußere mechanische Zusammenkoppelung von Elementen, die innerlich auseinanderstreben. Nicht in der Zahl liegt die Kraft, sondern in dem Geiste, in der Klarheit, in der Tatkraft, die uns beseelt. Wie dünkten wir uns stark, wie pochten wir auf unsere vier Millionen Anhänger vor dem Kriege, und wie ist doch unsere Kraft bei der ersten Probe gleich einem Kartenhaus zusammengestürzt. Auch hier heißt es, aus den erlebten Enttäuschungen die Lehre ziehen, nicht wieder in die alten Fehler verfallen! Wollen wir gegen den herrschenden Kurs der offiziellen Parteiinstanzen, gegen die Fraktionsmehrheit energisch Front machen, dann ist klare, konsequente, energische Politik nötig, dann müssen wir nicht nach rechts oder nach links schauen, sondern uns um ein sichtbares Banner scharen, wie es gerade die von Ledebour und Genossen verpönten Leitsätze darstellen. Fort mit allen Halbheiten und Schwankungen! Fest das Ziel ins Auge gefaßt und rücksichtslos den Klassenkampf im Geiste der Internationale auf der ganzen Linie aufgenommen! Das unsere Aufgabe, das der Boden, auf dem wir uns sammeln. Wer ernst und ehrlich die Auferstehung des Sozialismus will, wird schon zu uns kommen, wenn nicht heute, dann morgen.

Schart euch, Genossen und Genossinnen, allerorten um die Leitsätze, die uns den weiteren Weg vorzeichnen, und setzt eure ganze Kraft ein, daß ihre Gedanken zu Taten werden! Die

weißgebluteten, geknechteten Massen des Proletariats im ganzen Lande, in allen Ländern, lechzen nach entschlossener proletarischer Politik, die ihnen allein die Erlösung aus der Hölle der bestehenden Zustände bringen kann. Die Stunde dieser Erlösung unter Aufbietung unserer letzten Kraft durch rücksichtslosen Klassenkampf auf der ganzen Linie zu beschleunigen, ist unsere Aufgabe, ist unsere Pflicht!

Darum hoch der Klassenkampf! Hoch die Internationale!

Eine größere Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands hat die folgenden Leitsätze angenommen, die eine Anwendung des Erfurter Programms auf die gegenwärtigen Probleme des internationalen Sozialismus darstellen.

1. Der Weltkrieg hat die Resultate der vierzigjährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht, indem er die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als eines politischen Machtfaktors und das moralische Prestige des Sozialismus vernichtet, die proletarische Internationale gesprengt, ihre Sektionen zum Brudermord gegeneinander geführt und die Wünsche und Hoffnungen der Volksmassen in den wichtigsten Ländern der kapitalistischen Entwicklung an das Schiff des Imperialismus gekettet hat.

2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Proklamation des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England (mit Ausnahme der Unabhängigen Arbeiterpartei) dem Imperialismus den Rücken gestärkt, die Volksmassen zum geduldigen Ertragen des Elends und der Schrecken des Krieges veranlaßt und so zur zügellosen Entfesselung der imperialistischen Raserei, zur Verlängerung des Gemetzels und zur Vermehrung seiner Opfer beigetragen, die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen mit übernommen.

3. Diese Taktik der offiziellen Parteiinstanzen der kriegführenden Länder, in allererster Linie Deutschland, dem bisherigen führenden Lande der Internationale, bedeutet einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, an allen demokratischen Interessen der Völker. Dadurch ist die sozialistische Politik auch in jenen Ländern zur Ohnmacht verurteilt worden, wo die Parteiführer ihren Pflichten treugeblieben sind: Rußland, Serbien, Italien und — mit einer Ausnahme — Bulgarien.

4. Indem die offizielle Sozialdemokratie der führenden Länder den Klassenkampf im Kriege preisgab und auf die Zeit nach dem Kriege verschob, hat sie den herrschenden Klassen in allen Ländern Frist gewährt, ihre Positionen auf Kosten des Proletariats wirtschaftlich, politisch und moralisch ungeheuer zu stärken.

5. Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung, noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen, er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete. In der Aera dieses entfesselnden Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.

6. Aus der Politik der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege kann für keine unterdrückte Nation Freiheit und Unabhängigkeit hervorsprießen. Die kleinen Nationen, deren herrschende Klassen Anhängsel und Mitschuldige ihrer Klassengenossen in den Großstaaten sind, bilden nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Großmächte und werden ebenso wie deren arbeitende Massen während des Krieges als Werkzeug mißbraucht, um nach dem Kriege den kapitalistischen Interessen geopfert zu werden.

7. Der heutige Weltkrieg bedeutet unter diesen Umständen bei jeder Niederlage und bei jedem Siege eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Er treibt bei jedem Ausgang — ausgenommen die revolutionäre Intervention des internationalen Proletariats — zur Stärkung des Militarismus, der internationalen Gegensätze, der weltwirtschaftlichen Rivalitäten. Er steigert die kapitalistische Ausbeutung und die innerpolitische Reaktion, schwächt die öffentliche Kontrolle und drückt die Parlamente zu immer gehorsameren Werkzeugen des Militarismus herab. Der heutige Weltkrieg entwickelt so zugleich alle Voraussetzungen neuer Kriege.

8. Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionärer Pläne wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über „Abrüstung", „Freiheit der Meere", „Abschaffung des Seebeuterechts", „europäische Staatenbünde", „mitteleuropäische Zollvereine", „nationale Pufferstaaten" und dergleichen; Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Wagschale zu werfen.

9. Der Imperialismus, als letzte Lebensphase und höchste Entfaltung der politischen Weltherrschaft des Kapitals, ist der gemeinsame Todfeind des Proletariats aller Länder. Aber er teilt auch mit den früheren Phasen des Kapitalismus das Schicksal, die Kräfte seines Todfeindes in demselben Umfange zu stärken, wie er sich selbst entfaltet. Er beschleunigt die Konzentration des Kapitals, die Zermürbung des Mittelstandes, die Vermehrung des Proletariats, weckt den wachsenden Widerstand der Massen und führt so zur intensiven Verstärkung der Klassengegensätze. Gegen den Imperialismus muß der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Krieg in erster Reihe konzentriert werden. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung „Krieg dem Kriege!" unter Aufbietung der vollen Kraft und des äußersten Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt.

10. Zu diesem Zwecke richtet sich die Hauptaufgabe des Sozialismus heute darauf, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht zusammenzufassen, es durch eine starke internationale Organisation mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und politischer Aktionsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, wozu es durch die Geschichte berufen ist.

11. Die 2. Internationale ist durch den Krieg gesprengt. Ihr Unzulänglichkeit hat sich erwiesen durch ihre Unfähigkeit, einen wirklichen Damm gegen die nationale Zersplitterung im Kriege aufzurichten und eine gemeinsame Taktik und Aktion des Proletariats in allen Ländern durchzuführen.

12. Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkung vom Boden der proletarischen Internationale auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik, ist es eine Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiterinternationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt.

Sie muß, um ihre historische Aufgabe zu lösen, auf folgenden Grundlagen beruhen:

1. Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse in ihrem welthistorischen Befreiungskampfe. Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

2. Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muß im Frieden wie im Kriege auf die Bekämpfung des Imperialismus und Verhinderung der Kriege als auf ihr Hauptziel gerichtet werden. Die parlamentarische Aktion, die gewerkschaftliche Aktion, wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung muß dem Zweck untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzukehren, sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu bestätigen.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwider handeln, stellen sich außerhalb der Internationale.

5. In den Kämpfen gegen den Imperialismus und den Krieg kann die entscheidende Macht nur von den kompakten Massen des Proletariats aller Länder eingesetzt werden. Das Hauptaugenmerk der Taktik der nationalen Sektionen ist somit darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und zur entschlossenen Initiative zu erziehen, den internationalen Zusammenhang der Massenaktion zu sichern, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, daß durch ihre Vermittlung jederzeit das rasche und tatkräftige Zusammenwirken aller Sektionen gewährleistet und der Wille der Internationale so zur Tat der breitesten Arbeitermassen aller Länder wird.

6. Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert. Die nationalen Sektionen

haben ihre Agitation in den Parlamenten wie in der Presse dahin zu richten, die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale.

Dokument 19.

Die Lehre des 24. März.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .

Parteigenossen und -genossinnen!

Die Vorgänge im Reichstag am 24. März, die zur Ausscheidung von 18 Abgeordneten aus der offiziellen sozialdemokratischen Fraktion geführt haben, sind ein grelles Symptom für die Unhaltbarkeit der Politik, die von den Parteiinstanzen seit dem 4. August 1914 eingeschlagen worden ist. Man kann den Genossen Haase und Ledebour und ihren Freunden alles nachsagen, nur nicht Mangel an Langmut und Uebermaß an Entschlossenheit, Schärfe und Konsequenz. Diese 18 Genossen hatten fast zwei Jahre lang geduldig das Joch der Fraktionsmehrheit ertragen. Sie ließen es zu, daß die Fraktion im Namen der deutschen Arbeiterklasse viermal für die Kriegskredite stimmte, ohne einen anderen Protest gegen diesen unerhörten Verrat am Sozialismus zu wagen, als das Hinauslaufen aus dem Sitzungssaal, d. h. die eigene Ausschaltung in der Stunde der wichtigsten historischen Entscheidungen. Als sie sich endlich bei der vierzigsten Milliarde am 21. Dezember 1915 dazu aufrafften, im Reichstag gegen die Kredite zu stimmen, beeilten sie sich, ihrer Ablehnung eine begründende Erklärung zu geben, die im Hinweis auf die gesicherten Landesgrenzen Deutschlands eine Konzession an den grundsätzlichen Standpunkt der Mehrheit und einen Stoß gegen die internationale Solidarität mit den französischen, belgischen, russischen und serbischen Genossen darstellt. Sie haben in der berühmten Baralong-Affäre durch den Mund des Genossen Ledebour der Noskeschen Vergeltungspolitik grundsätzlich zugestimmt und darin sogar die Kriegshetzer um Oertel befriedigt. Sie haben, dem Gebot und der Auffassung der Mehrheit gehorsam, bis jetzt nicht ein einziges Mal von der unschätzbaren Waffe der kleinen Anfragen Gebrauch gemacht, um den imperialistischen Regierungsblock zu beunruhigen, die öffentliche Meinung aufzupeitschen und die

Arbeitermassen zum Kampfe aufzustacheln. Ja, sie haben sogar die Fraktionsmehrheit unterstützt, als sie, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien Karl Liebknecht die Waffe der kleinen Anfragen aus der Hand schlagen wollte. Sie haben endlich ruhig geduldet, als Karl Liebknecht und mit ihm Otto Rühle genau in derselben Weise aus der Fraktion hinausgedrängt worden waren, wie jetzt Haase und Ledebour und Genossen; sie blieben trotzdem ruhig weiter in der offiziellen Fraktion, ohne sich mit Liebknecht und Rühle zu solidarisieren. Und noch in der letzten Stunde haben sie in den „Losen Blättern" in der für den Kampf um den Frieden hochwichtigen Steuerfrage ein Programm aufgestellt, das mit demjenigen der Fraktionsmehrheit grundsätzlich übereinstimmt; statt der Regierung des Belagerungszustandes und des Völkerbundes jede Steuer grundsätzlich zu verweigern, wollen sie Arm in Arm mit der Fraktionsmehrheit direkte Steuern bewilligen!

Die 18 Genossen hatten also während bald zwei Jahren und bis zuletzt im Schoße der Fraktion wahrlich im eigentlichen Sinne nicht eine Opposition, sondern bloß den Schatten einer Opposition gebildet. Und was zeigt sich heute? Es zeigt sich, daß im Schoße der sogenannten sozialdemokratischen Fraktion nicht einmal für die schüchternste, zaghafteste, blasseste Opposition, nicht einmal für den Schatten einer Opposition Platz ist! Die eherne Logik der Dinge erteilt hier den Genossen eine herbe Lektion, aus der zu lernen dringend Pflicht ist für jeden denkenden Arbeiter. Die Vorgänge des 24. März zeigen, daß Bescheidenheit, Duldsamkeit, Langmut, Fügsamkeit den Parteiverrätern gegenüber zu gar nichts anderem führt, als zur Verschleppung und Verzögerung des Gesundheitsprozesses der Partei. Die achtzehn um Haase und Ledebour, die sich aus Angst vor den demagogischen Schlagworten Disziplin und Einigkeit selbst zwei Jahre lang zu einem Schattendasein voller Widersprüche und Zweideutigkeiten verurteilt hatten, sind doch schließlich genau in dieselbe Lage geraten, in die Liebknecht durch konsequente und mannhafte Vertretung der Parteigrundsätze schon früher gekommen ist. Alles Abrücken von Liebknecht, alles Zurückweichen vor Entscheidungen hat sie schließlich nicht bewahrt vor der Alternative: entweder mit den Verrätern am Sozialismus und an der Internationale zu Mitschuldigen des Verrates zu werden, oder sich von der Diktatur der Verräter freizumachen, um sich wenigstens die Möglichkeit zu verschaffen, sozialdemokratische Politik zu treiben, Arbeiterinteressen zu vertreten. Um diese Wahl, um dieses erbarmungslose Entweder-oder den offiziellen Parteiinstanzen gegenüber kommt niemand herum, der die Partei und den Sozialismus aus der jetzigen Schmach retten will. Der 24. März, die Bildung der sozialdemokratischen „Arbeitsgemeinschaft" ist von hieraus

betrachtet der Bankrott der kleinen Schritte und der Politik des Ausweichens vor Entscheidungen, der Politik der Schwächlichkeiten, Halbheiten und Konzessionen an die Rechte. Der 24. März hat faustdick bewiesen, daß diese Politik weder Spaltungen, noch öffentliche, scharfe Auseinandersetzungen im Schoße der Partei verhütet. Dieselbe Trennung von dem sozialimperialistischen Klüngel der Fraktion wäre schon viel früher unvermeidlich gewesen, wenn Haase und Ledebour eine konsequente grundsätzliche Opposition gegen die Parteiverräter gewagt hätten. Hätten alle, die sich Opposition nennen, von Anfang an rücksichtslos und konsequent gehandelt, dann wäre der schmerzhafte Prozeß der Gesundung der Partei um ein beträchtliches abgekürzt, die Aufklärung und Sammlung der proletarischen Massen erleichtert, der internationale Zusammenschluß der Sozialdemokratie und damit die Beendigung des Völkermordes beschleunigt worden.

Parteigenossen und -genossinnen! Es ist das oberste Gebot der Pflicht gegenüber unseren historischen Aufgaben, wenigstens aus den eigenen Fehlern zu lernen. Der ungeheuere Jammer, den der ruchlose Krieg aufhäuft, der moralische Zusammenbruch der Partei und der Internationale, die uns das Höchste waren, all dies sollte wenigstens den einen Gewinn erzeugen: daß die Massen der aufgeklärten Arbeiterschaft lernen, ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, ihre Führer in die Bahnen des revolutionären Klassenkampfes zu zwingen und voranzutreiben.

Die Erfahrungen der 18 Abgeordneten im Reichstag haben endgültig bewiesen, daß die Politik der Schwächlichkeiten und Halbheiten zu nichts führt, daß die Partei nur durch eine energische, grundsätzliche Politik gerettet werden kann. Seid auf der Hut, Genossen und Genossinnen, seid auf der Wacht, damit von nun an eure Interessen so wahrgenommen und vertreten werden, wie es ganzen Männern gebührt. Aus geduldigen Lämmern werden nicht in vierundzwanzig Stunden Löwen. Abgeordnete, die fast zwei Jahre lang den grundsätzlichen Grenzstrich zwischen sich und der verräterischen Fraktionsmehrheit nicht zu ziehen vermocht hatten, werden nicht durch die bloße Tatsache der Trennung von jener Mehrheit zu revolutionären Kämpfern. Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" glaubt sich jetzt noch mehr vor der Rechten für ihr Dasein entschuldigen zu müssen, anstatt jene Rechte offen des Verrats an der Partei anzuklagen. Diese neue Fraktion scheint bestrebt zu sein, der Welt zu beweisen, daß sie kein Wässerchen in der Partei trüben will, statt zur sichtbaren Fahne der Rebellion gegen die Diktatur der verräterischen Parteiinstanzen zu werden. Genossen und Genossinnen, steift dieser zaghaften Min-

derheit den Rücken, treibt sie vorwärts. Stellt den Haase-Ledebour stets die Forderung:

1. Daß sie in Zukunft alle Kriegskredite ohne Rücksicht auf die militärische Situation unter grundsätzlicher sozialistischer Begründung ablehnen.

2. Daß sie der Regierung des Belagerungszustandes und des Weltkrieges jegliche wie immer geartete Steuern verweigern.

3. Daß sie die kleinen Anfragen und sämtliche Mittel der parlamentarischen Geschäftsordnung zur ständigen Bekämpfung der imperialistischen Parteien, zur Aufrüttelung der Volksmassen ausnutzen.

Nur unter eurem energischen unaufhörlichen Druck kann die neue Spaltung in der Fraktion der Ehrenrettung des internationalen Sozialismus dienen.

Zugleich aber, Genossen und Genossinnen, auf zum Kampf auf der ganzen Linie gegen die Fraktionsmehrheit und den Parteivorstand, die nicht die leiseste Opposition gegen ihre Politik des Verrats am Sozialismus dulden wollen! Diese Fraktionsmehrheit und diese Vorstandsmehrheit sind heute nur noch Handlanger der bürgerlichen Imperialisten, nur noch eine Filiale der Heydebrand und Genossen. Wie diese Kriegshetzer und ihre Regierung uns durch den Belagerungszustand mundtot machen wollen, um auf unseren Rücken ihre kapitalistischen Geschäfte zu besorgen, so wollen die Scheidemann, Heine, David und Genossen ihre Mandate und ihre Aemter ausnutzen, um alle widerstrebenden Elemente, alle sozialistische Opposition innerhalb der Partei zu erdrosseln. Parteigenossen und -genossinnen! Die Partei, das sind nicht Funktionäre, Abgeordnete oder Redakteure, die Partei das sind die Massen der organisierten Arbeiter, das ist der Geist des sozialistischen Klassenkampfes. Die Partei seid ihr! Darum frisch ans Werk, um die Partei zurückzuerobern, die von einem Klüngel von Verrätern in hohen Aemtern zum Anhängsel des bürgerlichen Imperialismus gemacht worden ist. Laßt euch den Staatsstreich der Verräter vom 24. März nicht gefallen. Erklärt laut, daß ihr die Fraktionsmehrheit der David-Heine-Noske nicht mehr als sozialdemokratische Vertretung anerkennt, fordert laut von den Verrätern die Niederlegung ihrer verwirkten Mandate.

Hört auf, eure Parteigelder an diesen Parteivorstand abführen zu lassen, denn er gebraucht eure sauer verdienten Groschen zur Förderung einer Politik, zur Herausgabe von Schriften, die euch zum geduldigen Kanonenfutter des Imperialismus machen wollen, die zur Verlängerung des Völkermordes dienen. Die Organisationen müssen sich entschließen, die Parteigelder dem Parteivorstand der Scheidemann-Ebert zu sperren

welche die Volksgroschen dem Moloch des Weltkrieges und der Regierung der Hungersnot und des Belagerungszustandes bewilligen.

Der Belagerungszustand im Reich wie der Belagerungszustand in der Partei kann nur überwunden werden, wenn die aufgeklärten Massen der Proletarier sich dazu aufraffen, ihren Willen tatkräftig kundzutun und durchzusetzen. Der 24. März hat bewiesen, daß unter der Diktatur der jetzigen Parteiinstanzen nicht die schwächste Regung einer sozialistischen Politik möglich ist. Er hat zugleich bewiesen, daß der Weg der Halbheiten und der Fügsamkeit jenen Instanzen gegenüber der längste und beschwerlichste Weg ist, an dessen Ende eine klare Scheidung und Entscheidung doch unvermeidlich wird. Zeigt, daß ihr wißt was ihr wollt, und daß ihr entschlossen seid, euren Willen in Taten umzusetzen. Die Organisation, die Disziplin — sie sollen dazu dienen, e u r e n Willen, den Willen der Massen, zur Tat zu schmieden, nicht dazu, euch zum Werkzeug des Willens einer kleinen Minderheit von Funktionären und Abgeordneten zu machen. Darum voran auf der ganzen Linie zu dem doppelten, doch einigen Ziel:

Z u r ü c k e r o b e r u n g d e r P a r t e i f ü r d e n g r u n d s ä t z l i c h e n K l a s s e n k a m p f !

B e e n d i g u n g d e s V ö l k e r m o r d s d u r c h W i e d e r h e r s t e l l u n g d e r p r o l e t a r i s c h e n I n t e r n a t i o n a l e !

Dokument 20.

Unterseebootkrieg, „Völkerrecht" und Völkermord.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .

(Leitsätze.)

Die deutsche Regierung hat sich eine Schlappe geholt und ist vor Amerika zu Kreuze gekrochen, Aber die Hetze geht weiter, und es gilt, sich darüber klar zu sein, was noch kommen kann. Der Unterseebootkrieg soll dazu führen, daß England winselnd um Gnade bettelt und damit der Krieg mit einem glorreichen Sieg des deutschen Imperialismus beendet wird. Weil das deutsche Volk hungert, reden ihm die Durchhaltepolitiker ein, man würde das englische Volk zwingen, noch mehr zu hungern.

Die toll gewordenen imperialistischen Hetzer in der Regierung und den herrschenden Klassen hatten den Weltkrieg kopflos provoziert, trotzdem sie wissen mußten, daß das deutsche

Volk dabei Gefahr läuft, ausgehungert zu werden. Auf das Verbrechen des Völkermordens pfropften sie die Dummheit, denn sie wußten, mußten wissen, daß ein Krieg gegen Frankreich und Rußland heutzutage Jahre dauern kann und daß, wenn man dabei der Neutralität Englands nicht sicher war, Deutschland alle Zufuhr abgeschnitten wird.

Als es tatsächlich dazu kam, zeterten sie, das sei gegen das Völkerrecht; es sei ein Verbrechen gegen das Völkerrecht, ein Volk von siebzig Millionen dem Hunger auszusetzen.

Darauf ist zu sagen: erstens hat Deutschlands Regierung jedes Recht verwirkt, sich auf das Völkerrecht zu berufen. Soll dieses gelten, dann müssen vor allem feierlich beschlossene völkerrechtliche Verträge gelten; ein solcher Vertrag garantierte die Neutralität Belgiens; Deutschland hat trotzdem Belgien überfallen und damit den englischen Imperialisten den Vorwand gegeben, das englische Volk in den Krieg mit Deutschland zu hetzen. — Zweitens, ist die von England durchgeführte Blockade, die Abschneidung jeder Zufuhr nach Deutschland, nicht völkerrechtswidrig. Im Gegenteil, es ist eine stets anerkannte Regel der Kriegsführung, dem feindlichen Lande die Zufuhr zu sperren, um ihm den Kampf zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Im Frühjahr 1915 rissen dann unsere Maulhelden Witze: Nicht England wird uns, sondern wir werden England aushungern. Das sollte durch die Unterseeboote geschehen. Es war und bleibt Unsinn. Um England die Zufuhr abzuschneiden, muß man die sämtlichen Küsten seiner Insel überwachen und dazu bedürfte es so vieler Hunderte von Unterseebooten, als Deutschland Dutzende sich schaffen kann. Auch dann noch wäre das Ergebnis fraglich, denn auch gegen diese Boote gibt es Abwehr- und Schutzmittel.

Man hat die Unterseeboote losgelassen gegen die englischen und neutralen Handelsschiffe und dadurch dem englischen Volke sicher Schaden zugefügt. Denn da die englischen Reeder ebensolche Schufte sind wie die deutschen Lebensmittelwucherer, erhöhten sie die Frachtraten, wodurch die Lebensmittel stark verteuert wurden. Doch von einer Sperrung der englischen Zufuhr kann nie und nimmer die Rede sein.

Das Völkerrecht wurde dabei gebrochen. Die englische Regierung gaunert, indem sie den Neutralen widerrechtliche Bedingungen auferlegt, ihnen die Post stiehlt und überhaupt den Handel und die Profitmacherei erschwert, die deutsche Marine aber mordet Wehrlose. Das Völkerrecht sagt über den Seekrieg: Kriegsschiffe werden bekämpft wie Regimenter und Festungen; Handelsschiffe dagegen sind nicht Gegenstand des Angriffs, aber sie dürfen erbeutet werden. Jedes Handelsschiff des feindlichen Landes darf erbeutet, zur „guten Prise" gemacht

werden, ein neutrales Schiff dann, wenn es Kontrebande führt. Diese Erbeutung, die Beschlagnahme erfolgt, indem das Handelsschiff von einem Kriegsschiff angehalten und in einen Hafen gebracht wird; nur ausnahmsweise, wenn dieses unmöglich ist, darf es vernichtet werden. Doch soll in diesem Falle die Mannschaft des Kriegsschiffes alles daran setzen, um die Menschen auf dem Handelsschiffe, die Matrosen und Passagiere zu retten. Denn das sind Nichtkämpfer, Wehrlose, die zu töten einfacher Mord ist.

Diese Grundsätze sind so klar, so selbstverständlich, daß sie gelten, seit sogenannte zivilisierte Völker zur See Krieg führen; außerdem sind sie in allen völkerrechtlichen Verträgen festgelegt. Zweifel gibt es da nicht.

Nun sagt aber die deutsche Regierung: die Mannschaft eines U-Bootes ist nicht imstande, diese Grundsätze des Völkerrechts zu befolgen. Ein U-Boot hat nur ausnahmsweise die Möglichkeit, ein Schiff nach dem Hafen zu führen, es hat keinen Raum, die Menschen aufzunehmen, wenn es das Schiff versenkt. Ferner: da das U-Boot durch einen einzigen Kanonenschuß, selbst durch Gewehrschüsse, beschädigt werden kann, läuft es Gefahr, vernichtet zu werden, wenn es ein feindliches Schiff auffordert, sich zu ergeben.

Was folgt daraus? Der gesunde Menschenverstand sagt: da dem so ist, können U-Boote wohl zum Kampfe gegen Kriegsschiffe verwendet werden, nie gegen Handelsschiffe, sonst begehen sie völkerrechtswidrigen Mord.

Die Logik der deutschen Regierung und ihrer Trabanten, einschließlich der sozialdemokratischen Umlerner, ist anders: trotzdem die U-Boote nicht den Krieg nach den Regeln des Völkerrechts führen können, sollen sie ihn führen, sollen morden.

So geschah es. Im Mai 1915 ging ein Schrei des Entsetzens durch die Kulturwelt: ein deutsches U-Boot hatte ohne jede Warnung das große englische Passagierschiff „Lusitania" torpediert und ersäuft. Ueber tausend wehrlose Menschen, darunter viele Hunderte Frauen und Kinder fanden einen gräßlichen Tod in den Fluten.

Es waren amerikanische Bürger darunter, und die Regierung der Vereinigten Staaten erhob Einspruch gegen das Verbrechen. Die deutsche Regierung mußte sich entschuldigen, Schadenersatz zusagen und versprach, diese völkerrechtswidrige Kriegsführung aufzugeben.

Im Winter 1915 brach sie das Versprechen; Tirpitz und seine Gefolgschaft forderten blindwütig den „rücksichtslosen Unterseeboot-Krieg". Um Vorwände war man nicht verlegen: die englischen Handelsschiffe seien bewaffnet, sie fahren unter falscher Flagge. — Die Logik sagt: dann hat man die Pflicht, das Schiff erst zu durchsuchen; das Völkerrecht sagt, laut Vertrag,

den auch Deutschland unterzeichnet hat, wird ein Handelsschiff dadurch, daß es Geschütze zur Verteidigung führt, nicht zum Kriegsschiff, sondern erst, wenn es den Kampf tatsächlich aufnimmt. — Doch was Logik, was Völkerrecht! Wahnwitzige imperialistische Hetzer wollten es auf den Krieg auch gegen Amerika ankommen lassen und stellten den Grundsatz auf: was vor die Rohre kommt, wird torpediert!

Wie gerufen kam ihnen der Baralong-Fall: Die Besatzung des englischen Dampfers Baralong hatte, da ein englisches Kriegsschiff in der Nähe war, den Kampf gegen ein deutsches Unterseeboot aufgenommen und hatte — so wird behauptet — auf die nach Untergang des Bootes mit den Wellen ringenden deutschen Matrosen geschossen. Wenn es wahr ist, war es eine bestialische Untat. Nun behaupten die Engländer, daß am gleichen Tage an anderer Stelle deutsche Matrosen ebenso unmenschlich gehandelt haben, indem sie von einem Kriegsschiffe die Mannschaft eines englischen sinkenden Schiffes in den Rettungsbooten beschossen, in einem anderen Falle ertrinkende englische Matrosen unter Maschinengewehrfeuer nahmen.

Es ist zu befürchten, daß beide Seiten mit ihren Behauptungen recht haben. Ist doch in diesem Kriege die Bestialität ins Grenzenlose gestiegen.

Die deutsche Regierung veranstaltete nun ein Spektakelstück, darauf berechnet, die bestialischen Instinkte des Volkes aufzupeitschen und damit die allgemein aufkeimende kriegsfeindliche Stimmung zu ersticken. Nachdem man wochenlang das Publikum mit dem Geschrei: „Rache für Baralong" aufgehetzt hatte, veranstaltete man am 15. Januar 1916 eine Entrüstungsszene im Reichstag, um zu erklären, daß man „Vergeltung" üben würde, daß der „rücksichtslose Unterseebootkrieg" wieder einsetzen müsse.

Genossen! Dieser 15. Januar war ein Tag unaustilgbarer Schmach für die deutsche Sozialdemokratie, denn der Abgeordnete Noske hat unter gröhlender Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion in dieses niederträchtige Geheul mit eingestimmt, die Vergeltung durch Hinmorden Unschuldiger fordert.

Leider hat auch der Abgeordnete Ledebour von der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" sich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß das Unterseeboot nicht für den Krieg gegen Handelsschiffe tauge, sondern hat den Entrüstungsrummel mitgemacht, sein Einverständnis mit dem Vertreter der deutschen Regierung und allen anderen Rednern ausgedrückt. Alles, wozu er sich aufschwang, war das Verlangen, daß Repressalien sich in „angemessenen Grenzen" halten, daß im Kriege die Gesetze der Menschlichkeit respektiert werden. Der scharfsinnige Verfechter des Völkerrechts merkte nicht, daß die ganze Hetze inszeniert war, um einen neuen Vorstoß gegen das Völkerrecht

einzuleiten und für den imperialistischen Völkermord in den breiten Volkskreisen von neuem Stimmung zu machen.

Im Februar wurde das sonnenklar: die deutsche Regierung proklamierte den „rücksichtslosen Unterseebootkrieg", und tatsächlich haben deutsche Unterseeboote darauf wieder eine Anzahl Schiffe ungewarnt versenkt, wehrlose Menschen hingemordet.

Es erfolgte erneut Einspruch Amerikas, und die deutsche Regierung sah sich gezwungen, einzulenken. Darüber kam der wütende Ajax, Herr Tirpitz, zu Fall, der es durchaus auf einen Konflikt mit Amerika ankommen lassen wollte; aber das völkerrechtswidrige Treiben der Unterseeboote ging weiter.

Schließlich haben die Vereinigten Staaten die deutsche Regierung soweit zur Vernunft gezähmt, daß sie erklärte, es würden fortan die deutschen Unterseeboote den Krieg unter Einhaltungen der Satzungen des Völkerrechts führen, d. h. es sollen Handelsschiffe nicht mehr ungewarnt ersäuft werden, es soll den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu retten. Nur durch dieses Zurückweichen der deutschen Regierung sind wir noch einmal um den Krieg mit den Vereinigten Staaten herumgekommen, aber niemand kann die Gewähr übernehmen, daß nicht morgen ein heißblütiger Unterseebootsführer auf eigene Faust die „Kriegsziele" der junkerlichen und nationalliberalen Imperialisten fördert und der Krieg mit den Vereinigten Staaten doch kommt.

Um das „Völkerrecht" dreht es sich also angeblich. Was hat es damit auf sich? Das Völkerrecht im Kriege ist die große Lüge, mit der die Bourgeoisie sich und andere über die Barbarei des Krieges hinwegtäuschen will. Weil der Krieg Vernichtung der Kultur bedeutet, haben sie überschlaue Gesetze und Regeln aufgestellt: Morde, aber morde nach Regel und Gesetz!

Unnütz hat man Berge voll Papier vollgeschmiert: der zivilisierte Krieg ist grausamer als einst die Hunnenzüge! Gerade der jetzige Weltkrieg hat es bewiesen.

Das Prinzip sollte gelten: Krieg führen die bewaffneten Heere, die unbewaffnete Bevölkerung soll verschont werden. Lüge ist's! Wo der Krieg wütet, sind die Länder zerstampft, zu Wüsteneien gemacht. Die Natur selbst schänden sie, Fruchtbare Gebiete hat man überschwemmt, in Morast verwandelt, Tausende Kilometer weit klaffen die Gräben, die Ackerkrume, vielhundertjährige Wälder sind niedergebrannt und niederkartätscht. Was Generationen in harter Arbeit geschaffen, wird in Tagen verwüstet. Tausende von Städten und Dörfern liegen in Trümmern, unersetzliche Kulturschätze sind vernichtet. Einst plünderten und raubten Nomadenhorden auf ihren Kriegszügen;

die Landsknechte, denen Krieg Erwerb war, lebten vom Raub; jetzt ist der Kriegsraub kapitalistisch organisiert; man nennt es „requirieren", und bei diesen Requisitionen raubt man die Länder gründlicher aus, als es jemals Hunnenhorden und Landsknechtbanden tun konnten. Daneben aber plündern und rauben die Soldaten, die im Kriege unheimlich schnell verwildern, auf eigene Faust. Die angeblich „geschonte Zivilbevölkerung" stirbt Hungers in den Kriegsgebieten. Selbst eine neue Kriegssklaverei hat man eingeführt, indem man in Deutschland Hunderttausende von Landarbeitern aus Russisch-Polen, darunter viele Frauen, bei Beginn des Krieges zwang, im Lande zu bleiben und auf den Gütern der Junker zu fronen für Hundelohn, indem man die Bevölkerung der besetzten Gebiete zwingt, für deutsche Unternehmer zu arbeiten.

„Humaner gestalten, vermenschlichen" wollten sie den Krieg. Es heißt: Unnötige Leiden sollen nicht zugefügt, sondern nur die Soldaten „außer Gefecht" gesetzt werden; das Völkerrecht verbietet, Pardon zu verweigern, Gefangene, die sich ergeben, zu töten; es soll Freund und Feind alle Sorge tragen, um den Verwundeten schnelle Hilfe zu leisten. Die Wirklichkeit straft diese schönen humanen Satzungen Lügen. Kein noch so grausames Vernichtungsmittel, sei es Dum-Dum-Geschoß, sei es Giftgas, wird verschmäht; bei dem Massenmord ist es unmöglich geworden, für die Verwundeten richtig zu sorgen; die Heerführer erteilen Befehle, keinen Pardon zu gewähren; die Fälle, in denen wehrlose Gefangene hingemordet werden, häufen sich; das Los der Gefangenen ist entsetzlich und Heerführer und Regierung können das nicht ändern, selbst wenn sie wollten, weil die Menschenmassen, um die es sich da handelt, nach Millionen zählen.

Das „Völkerrecht" ist Schall und Rauch geworden, ist erledigt. Gerade durch den heutigen Weltkrieg zu Grabe getragen.

Nicht darauf kommt es heute an, die Papierfetzen des sogenannten Völkerrechts neu zusammenzukleistern, sondern darauf, das Recht der Völker auf Frieden und Kultur gegen die Verbrecher der kapitalistischen Völkermörder zu wahren. Nicht darauf kommt es an, Verbrechen durch neue Verbrechen zu vergelten, sondern darauf, den Hauptverbrechern an der Menschheit, den Urhebern des Krieges, das Handwerk zu legen. Nicht darauf kommt es an, den Krieg „humaner zu gestalten", was ein Unding ist, da er an sich Bestialität und Barbarei ist, sondern darauf, dieser Barbarei ein Ende zu bereiten.

Mit dem Geschrei nach „Rache für Baralong", nach dem „rücksichtslosen Unterseebootskrieg" hat man die Massen, die unter dem Kriege unsäglich leiden, aufpeitschen wollen zu neuer Kriegswut. Jetzt hat die Regierung die Meute zurückgepfiffen, weil sie vor dem Krieg mit Amerika zurückscheut, der das Schicksal Deutschlands besiegeln würde. Doch täuschen wir uns nicht darüber, daß bei der nächsten Gelegenheit die Hetze von neuem losgehen wird, weil man die Kriegswut der Massen braucht, um den Krieg weiterzuführen.

Weiterzuführen — bis wohin? Bis zum endgültigen Siege Deutschlands — sagen sie.

Aber allen Einsichtigen ist bereits klar, daß dieser Krieg nicht mehr mit Waffengewalt entschieden werden kann. Auch wenn noch Ströme von Blut fließen, wenn die Millionen an Toten und Krüppeln, die bisher zum Opfer gefallen sind, verdoppelt und verdreifacht werden, so können trotzdem keine „entscheidenden Erfolge" erzielt werden. — Wie man bei Verdun, um ein paar belanglose Positionen zu nehmen, weit über hunderttausend in Tod und Verderben gejagt hat, so wird es auch weiterhin gehen. Nur noch das Weißbluten der Völker kann diesem Morden ein Ende bereiten, wenn der Wahnsinn fortdauert.

Macht man sich klar, was das bedeutet: „Weißbluten der Völker?"

Es bedeutet Hinopferung der wehrfähigen Männer noch zu Millionen; es bedeutet die Untergrabung der Volkskraft für Generationen durch Hunger und Entbehrung der Frauen und Kinder, Zurückwerfung in die Barbarei; es bedeutet Staatsbankrott und Verelendung der Völker, es bedeutet die Vertierung des Menschen. Wenn wir das nicht wollen, wenn wir nicht Zeuge dieser Katastrophe sein wollen, ihre Opfer und ihre Mitschuldige zugleich, so seien wir uns bewußt, daß es nur ein Mittel gibt, sie zu verhindern: Diesem Kriege muß ein Ende bereitet werden durch den Willen der proletarischen Massen.

Gegen den Willen des arbeitenden Volkes können die Regierungen nicht Krieg führen.

Nur weil die verbrecherische Haltung der sozialdemokratischen Fraktion am 4. August 1914 Verwirrung in die Reihen gebracht und das Proletariat zum willenlosen Werkzeug der Regierung gemacht hat, wurden alle Dämme eingerissen, wurde der Blutrausch in die Massen getragen.

Wohlan, es gilt ein Ende zu machen.

Es gilt, den verbrecherischen Urhebern des Völkermordes die alte Losung der internationalen Sozialdemokratie entgegenzuschreien:

Krieg dem Kriege!

Brüderlichkeit der Proletarier!

Kampf den Ausbeutern und den Regierungen!

Genossen und Genossinnen! Laßt euch darum nicht betören durch das Gekeife über die Verletzung des Völkerrechts. Seid eingedenk, daß hinter dem erlogenen Treiben nur das Bestreben sich birgt, die Massen aufzuputschen. Und ebensowenig laßt euch einlullen durch das Versprechen, daß nunmehr das Morden nach den „Regeln des Völkerrechts" vor sich gehen soll. Laßt euch auch nicht betören durch das Lügenwort vom „endgültigen Sieg". Dieser Sieg kann nicht kommen; die Weiterführung dieses Krieges bedeutet Mord an den Völkern und vor allem an dem deutschen Volke. Rafft euch auf! Macht dem Völkermord ein Ende durch revolutionären Klassenkampf unter der Fahne des internationalen Sozialismus.

Dokument 21.

Die Steuerfrage.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .

(Leitsätze.)

Genossen und Genossinnen!

Die blutige Saat des Weltkrieges schießt üppiger in die Halme. Die schwarzen Gespenster des Volkselends ziehen wie apokalyptische Reiter in dichtem Reigen herauf. Mit den furchtbaren Hekatomben der Hingemordeten, Verstümmelten, in der Fremde Verwesten, nach dem Meer von bitterem Herzeleid und Tränen, die wir um unsere Liebsten vergossen haben und jeden Tag vergießen müssen, kam noch die Not der Teuerung ins Haus. Die kapitalistischen Hyänen benutzten hurtig die Notlage des geknebelten Volkes, um auch den Zurückgebliebenen das Blut abzuzapfen, ihnen den letzten Bissen vom Munde zu rauben. Während die Söhne des Volkes in Rußland, in Frankreich, in Belgien wie Gras dahingemäht fallen, werden ihre Frauen und Kinder, ihre betagten Eltern hier im eigenen Vaterlande durch kapitalistische Spekulanten, durch Junker, durch unverschämte Wucherer zum Hungern verurteilt. Während Millionen nicht wissen, wie sie ihren nagenden Hunger stillen sollen, werden Korn, Kartoffeln, Fleisch in geheimen

Lagern zu Bergen aufgestapelt und zurückgehalten, damit die Preise und Profite in wahnsinnige Höhe schnellen. Dem Volke wird der Schmachtriemen erbarmungslos zugezogen, damit eine Handvoll Spekulanten und Junker zu Millionären werden. Frauen des Volkes stehen bleich und kraftlos in schneidender Kälte halbe Tage lang auf den Straßen, um ein bißchen Fett für ihre Kinder zu ergattern; dafür kaufen Kriegslieferanten und Spekulanten für ihre Weiber und Kinder Villen, Automobile und Brillantschmuck. Und nun kommen zum Massenmord und zur Teuerung auch noch als drittes Gespenst: neue Steuern!

Die Regierung erscheint mit ihrer Rechnung für das verbrecherische imperialistische Abenteuer auf dem Plan. Die zerschmetterten Kanonen, das verschossene Pulver, die gesprengten Granaten, das ganze furchtbare Werk des Todes muß jetzt bezahlt werden — auf Heller und Pfennig!

Nun, wo sind jetzt die patriotischen Herren, die im Reichstag die Kriegskredite bewilligten? Werden sie vielleicht in die eigenen Taschen greifen? Ei bewahre! Sie waren nur da, um schöne vaterländische Szenen im Reichstage aufzuführen, um aus fremden Taschen, auf fremde Rechnung ihre vaterländische Gesinnung leuchten zu lassen. Fünfmal bewilligten diese gehorsamen Mameluken der Regierung die Mittel zum blutigen Mordhandwerk. Jetzt kommt das dicke Ende: das Volk soll zahlen! So war das schöne Geschäft eingefädelt und so soll es abgewickelt werden; die Volksverräter im Reichstag bewilligten die Kredite, die Regierung machte darauf Anleihen, um fette Prozente auf ihr Geld einzusacken. Dieses Geld wurde dafür verwendet, um den Kriegslieferanten, den Krupp und Konsorten, ihre wahnwitzigen Rechnungen zu bezahlen. Das Morden auf den Schlachtfeldern ist ein glänzendes Geschäft für die herrschenden Klassen, für die kapitalistischen Vampyre aller Gattungen, Arten und Zungen; die Lieferanten machen Bombenprofite durch Speisung des Mordhandwerks, die Börsenjobber schlucken wucherische Zinsen durch Vorschüsse auf die Anleihen, die Spekulanten mästen sich durch die künstlichen Teuerungspreise im Inlande. Zum Schluß kommt die Regierung mit der Steuerrechnung: das Volk soll alles bezahlen! Alle Ausgaben waren ja bis jetzt auf Kredit gemacht, alle Anleihen angekauft, um Kapital mit Zinsen zurückzukriegen, die ganze patriotische Begeisterung war nur auf Vorschuß. Jetzt kommt erst die wirkliche Rechnung: das Volk soll zahlen!

Neben einer schüchternen Besteuerung der Kriegsgewinne, über die selbst die Kriegslieferanten befriedigt schmunzeln und die überhaupt als Quelle der Einnahmen erst in einem oder in zwei Jahren in Betracht käme, rückt die Regierung mit einem Bündel stockreaktionärer Steuern heran. Da kommt die Tabak-

steuer, da kommt die erhöhte Besteuerung des gesamten Verkehrs der Post, Telegraphen und Eisenbahnfrachten, da kommt eine neue Quittungssteuer, die nur zu dem schönen Ergebnis führen kann, die Preise noch mehr in die Höhe zu treiben. Alle diese neuen Steuern dienen dazu, die Last von den Großen auf die Kleinen und die Kleinsten abzuwälzen. Und so sieht wohlgemerkt nur der zaghafte Anfang der Schröpfung aus! Das arbeitende Volk soll schließlich der Packesel sein, dem die ganzen Kriegskosten aufgeladen werden.

Aber woher soll es die Mittel nehmen, um alle die gierigen Kapitalshyänen und noch den Moloch Staat dazu zu befriedigen? In den Häusern des Proletariats herrschen ohnehin Not und Verzweiflung. Freilich, einzelne Arbeiterkategorien, die bei den Kriegsindustrien beschäftigt sind, haben vollauf zu tun und erhalten für fieberhaftes Schanzen in Ueberstunden verhältnismäßig hohe Löhne, wenn es auch damit seit geraumer Zeit immer mehr bergab geht. Aber die schreckliche Teuerung, die noch von Tag zu Tag weiter steigt, frißt ja heute alle Mittel des Volkes auf. Und wie lange wird es noch mit den sieben fetten Kühen der Kriegsindustrien dauern? Sobald das Morden aufhört, wird auch das geschäftige Klappern der Kriegsmühlen aufhören. Der künstliche Apparat des industriellen Lebens, der ganz an die Kriegslieferungen angeschraubt ist, purzelt dann im Nu zusammen und mit dem Frieden wird erst das unabsehbare Elend, das der Krieg gesät hat, im bleichen Licht des Tages in seiner ganzen grauenhaften Nacktheit sichtbar werden. Woher soll also das Volk die neuen Steuern aufbringen? Soll es sie aus den leeren Taschen schöpfen? Aus dem hungrigen Magen? Soll es sich aus der Brust die Mittel herausschneiden, um die Kosten des Völkermordens zu bezahlen?

Ja, die Brust, so sagt der Schein! ruft die Regierung, wie der Wucherer Shylock, die Steuerrechnung schwenkend. Das ist also der Lohn für die Lammsgeduld, womit sich die Völker auf Geheiß der imperialistischen Bourgeoisie in das Gemetzel haben treiben lassen. Das ist das bittere Erwachen aus dem Rausch des vaterländischen Fusels!

Genossen und Genossinnen! Die zynische Offenheit, mit der man jetzt schon dem Volke die Rechnung für den Krieg präsentiert, erfordert die richtige Antwort.

Es ist klar: sogar die bürgerlichen Parteien fühlen sich von heimlichem Grauen gepackt angesichts dieser frechen Herausforderung der arbeitenden Massen. Sogar sogenannte Liberale und Zentrumsleute versuchen zunächst einige Opposition gegen die Steuerobjekte der Regierung zu mimen, um wenigstens den Dümmsten unter ihren Wählern Sand in die Augen zu streuen. Da ist es denn natürlich, daß die Arbeiterverräter von der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit sich jetzt gewaltig ins

Zeug legen müssen, um sozusagen die Lasten des Krieges den Besitzenden aufzuwälzen. Nachdem sie den Krieg durch Kreditbewilligungen unterstützt haben, nachdem sie durch den Burgfrieden die Macht des Volkes lahmgelegt und die politische Stellung der herrschenden Klassen ungeheuer befestigt haben, wollen sie jetzt denselben Klassen abmarkten, daß *sie* die Kosten des Krieges bezahlen sollen. Wie sehen die Vorschläge der Fraktionsmehrheit aus? Eine stärkere Kriegsgewinnsteuer, eine Reichserbschaftssteuer, ein neuer Wehrbeitrag! Direkte Steuern vom Besitz wollen sie bewilligen, „um dem Volke indirekte Steuern zu ersparen". Und die neue Fraktion der Achtzehn, die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft", hat sich gegen diese Stellung der Mehrheit nicht mit einem Worte gewendet. Ja, in den „Losen Blättern" wird als Steuerprogramm der sogenannten „Opposition" genau derselbe Standpunkt vertreten: Direkte Steuern sollen der Regierung bewilligt werden! „Her mit der wirklichen Kriegsgewinnsteuer — heißt es dort —, einer Reichseinkommensteuer, einer Reichsvermögenssteuer, einer Reichserbschaftssteuer, einer Wehrsteuer und einer Grundwertsteuer." Mit diesen Steuern sollen „nicht nur die laufenden, sondern auch die zukünftigen Bedürfnisse des Reiches" gedeckt werden. Die Minderheit um Haase und Ledebour scheint also auch als ihre Sorge zu betrachten, die „laufenden" Bedürfnisse *dieser heutigen Regierung*, d. h. die Bedürfnisse des imperialistischen Krieges zu decken; und für sie besteht also nur die Frage: *wie* sollen die von der Bethmann-Hollwegschen Regierung gemachten Ausgaben gedeckt werden, durch indirekte oder durch direkte Steuern. Wenn die „Losen Blätter" das Steuerprogramm der „Arbeitsgemeinschaft" vertreten — und ein anderes ist von ihr noch nirgends veröffentlicht worden —, dann wäre das also grundsätzliche Einigkeit in der Steuerfrage zwischen der Fraktion Scheidemann-Noske und der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft".

Aber, Genossen und Genossinnen, hier gilt es, sich ernstlich die Sache zu überlegen, nicht dem ersten populären Schlagwort aus der alten Agitationsleier Beifall zu klatschen.

Direkte Steuern, Besteuerung der Besitzenden — das klingt sehr radikal und demokratisch, das ist ja eine Forderung unseres sozialdemokratischen Programms. Oder ist sie es nicht? Nein, Genossen! Das sozialdemokratische Programm lautet anders. Nicht das Aufpacken von neuen direkten Steuern auf einen riesigen Bau von indirekten Steuern ist die Forderung unseres Programms, sondern dieses Programm fordert ausdrücklich: Aufhebung aller indirekten Steuern und Zölle und Einführung an *ihrer Stelle* einer einzigen progressiven Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. Also nicht neue Besitzsteuer

zu alten Verbrauchssteuern, sondern alleinige Besitzsteuern an Stelle jeglicher Verbrauchssteuern — das ist das Steuerprogramm der Arbeiterklasse. Und mit gutem Bedacht! Denn sofern man den ganzen Wust von indirekten Steuern und Zöllen weiter bestehen läßt, die heute die Lebenshaltung auch des Aermsten der Armen belasten, sofern man die ganze volksfeindliche raubgierige Finanzwirtschaft ruhig weiter beibehält, die im Deutschen Reich von Bismarck und seinen kapitalistischen und junkerlichen Schildknappen aufgerichtet und seitdem von Jahrzehnt zu Jahrzehnt riesenhaft angewachsen ist, dann verwandeln sich die angestückelten Fetzen von direkten Steuern totsicher nur in einen Vorschuß auf neue indirekte Belastung des Volkes. Ist nicht erst durch rücksichtslose Abschaffung des Grundsystems der indirekten Besteuerung der Riegel vorgeschoben, dann dient das Stückwerk von einzelnen schwächlichen direkten Steuern nur als Feigenblatt des indirekten Steuersystems. Ja, es dient als Anreiz und Vorwand, um hinterdrein in einer Reihe neuer indirekter Steuern und Zölle eine „Vergütung" und „Entschädigung" für die gekränkten Reichen und ihre ausgestatteten heiligen Interessen zu schaffen. Das klassische Beispiel solcher Manöver bietet die Geschichte der Vereinigten Staaten in Amerika. Während des sogen. Bürgerkrieges der sechziger Jahre brannten dort die Kapitalisten ebenso lichterloh vor Patriotismus wie heute die unsrigen in Deutschland, denn auch dort sollte aus der blutigen Saat des Krieges die Ernte der Profitmacherei prächtig aufblühen. Darum bewilligten die Besitzenden dort, während die Kanonen donnerten, hohe Vermögenssteuern auf dem Altar des Vaterlandes. Aber nach der Poesie des Patriotismus kam die nüchterne Prosa des Geschäftes. Die bewilligten Besitzsteuern wurden zum unerschöpflichen ewigen Grund für die Einführung neuer indirekter Steuern und Zölle, womit die Masse des arbeitenden Volkes bis heute in Amerika erdrückt wird. Die patriotischen Besitzsteuern wurden sehr bald wieder abgeschafft, aber die aus ihnen herausgewachsene Belastung des Volkes blieb und wurde zum Fundament der ganzen Staatskunst der amerikanischen Union bis auf den heutigen Tag, genau wie bei uns. Ebenso muß man jede heute in Vorschlag gebrachte Kriegsgewinn- oder Einkommensteuer mit der Frage empfangen: auf wie lange? Wird schon im nächsten oder übernächsten Jahr das dicke Ende neuer indirekter Steuern und neuer Verteuerung des ganzen Lebensunterhaltes zum Ersatz und zur Entschädigung für dieses angebliche Opfer der Besitzenden folgen?

Wollen wir also nicht ein beliebtes Manöver der herrschenden Klassen unterstützen, durch schwächliche indirekte Steuern

nur schließlich einer neuen Belastung des Volkes die Wege zu ebnen, dann heißt die Losung, die allem voranzugehen hat:

Fort mit indirekten Steuern und Zöllen! Abschaffung des heutigen Finanzsystems des Deutschen Reiches von Grund aus, dann können erst direkte Steuern vom Besitze eine wirkliche Entlastung des Volkes bedeuten!

Aber, Genossen und Genossinnen, die Sache hat noch eine wichtigere Seite. Unser Programm ist berechnet auf den normalen Zustand der bürgerlichen Gesellschaft, unsere Steuerforderung auf die normale Funktion der Volksvertretung, der Gesetzgebung, der bürgerlichen Verfassung. Leben wir denn heute in normalen Zuständen, auch nur vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft? Nein, wir stehen mitten im Weltkriege, wie ihn die Menschheit nicht gesehen hat. Wir leben im Chaos, in der entfesselten Anarchie des Völkermordens. Anstatt einer bürgerlichen Regierung haben wir in Deutschland die Säbeldiktatur, anstatt einer Verfassung den Belagerungszustand. Die Preßfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Redefreiheit sind aufgehoben, die öffentliche Meinung erdrosselt. Eine in diesem Rahmen protestlos fungierende Volksvertretung ist keine gesetzgebende Körperschaft, sondern ein Haufen terrorisierter Mameluken der Militärdiktatur.

Unter solchen Umständen lassen sich wirkliche Volksvertreter, die den Namen von Sozialdemokraten verdienen, nicht auf ein Markten und Feilschen um die Art der zu bewilligenden Steuern ein, sondern werfen alle Steuervorlagen der Regierung ins Gesicht mit dem Rufe: Nieder mit der Säbeldiktatur! Wenn je unsere alte Losung:

Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

gebieterisch notwendig war, so heute, dem System der nackten Säbelherrschaft gegenüber. Unter dem Belagerungszustand, mit Handschellen an den Gelenken, mit dem Knebel im Munde, mit der Schlinge am Halse verhandelt man nicht über Mittel zur Fortführung der Staatsgeschäfte. Hätten wir noch anständige Liberale und bürgerliche Demokraten im Lande, auch sie würden es für einen Verrat an der politischen Freiheit und an der Demokratie halten, einer solchen Regierung, einem solchen System des nackten Absolutismus auch nur einen Pfennig zu bewilligen.

Für uns Sozialdemokraten kommt aber noch eins in Betracht und dies ist das Allerwichtigste, das Entscheidende: Der Krieg dauert nach wie vor! Die Menschenschlächterei geht weiter. Täglich, stündlich fallen neue Opfer auf den Schlachtfeldern. Täglich, stündlich wird neuer Jammer, neuer Gram ohne Maß über Tausende von Familien gebracht. Täglich, stündlich werden Bande der Kultur, der Brüderlichkeit, der

Menschlichkeit zwischen den Völkern von neuem zerschnitten. Täglich, stündlich wird der blutige Abgrund zwischen Nationen, zwischen Proletariern vertieft und erweitert. Und da tönt die Schicksalsfrage wie Posaunenschall an die Ohren der Völker: wie lange noch? Und da ist erste Pflicht, oberste Pflicht jedes klassenbewußten Proletariers, jeder Frau des Volkes, für schleunigste Beendigung des furchtbaren Mordens zu sorgen, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen. Und da sollen wir neue Mittel, neue Steuern, irgendwelche Steuern der Regierung bewilligen, noch dazu dieser deutschen Regierung, welche die Hauptverantwortliche dieses verbrecherischen Krieges ist? Aber jetzt Steuern bewilligen, heißt nichts anderes, als die Weiterführung des Krieges zu ermöglichen. Dieser Regierung Mittel in die Hand geben, heißt, ihr freie Hand zur Fortsetzung des Gemetzels lassen, sie dazu aufmuntern, ja aufstacheln.

Täuscht euch nicht und laßt euch nicht täuschen, Genossen! Nicht darum handelt es sich bei den neuen Steuern, die Witwen und Waisen der gefallenen Opfer, die Krüppel der Schlachtfelder zu versorgen! Nein, die Regierung braucht neue Mittel, um neue Kanonen, Granaten, Unterseeboote und Luftschiffe zu bezahlen, um neue Witwen und Waisen zu machen, um neue Tausende zu Krüppeln zu schlagen. Jeder Pfennig, von welchen Steuern immer, der jetzt bewilligt wird, dient dazu, den Krieg zu verlängern!

Man wird euch sagen: die Ausgaben seien ja schon gemacht, es gelte sie nur zu decken, und da sei für das Volk nur die Wahl übrig, ob aus seiner oder aus der Besitzenden Tasche bezahlt werden soll. Aber so können nur diejenigen sprechen, die sich mit der Rolle gehorsamer Werkzeuge des bürgerlichen Imperialismus begnügen. Stets die Regierungspolitik in Kauf nehmen, wenn man sich vor fertige Tatsachen gestellt sieht, das ist nicht sozialdemokratische Klassenpolitik, das ist nationalliberale Politik der Selbstpreisgabe, die immer tiefer in den Sumpf führt. Auf diese Weise hätte uns die Regierung immer in der Hand, da sie mit der bürgerlichen Mehrheit stets auch ohne uns militärische Ausgaben beschließt; uns bliebe dann nur die Rolle, ihr bei der Ausfindigmachung der Deckungsmittel die Steigbügel zu halten. So hat sich auch im Jahre 1913 die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit dazu hergegeben, den famosen Wehrbeitrag für die letzte Militärvorlage zu bewilligen und damit hat sie dem Volke nicht die Last des Militarismus erleichtert, sondern sie hat moralisch zur Vorbereitung des gegenwärtigen Krieges, zur Beschleunigung seines Ausbruches beigetragen. Auch jetzt steht Wichtigeres als jegliche Art der Steuern auf dem Spiele! Es steht die Frage des Krieges und des Friedens auf dem Spiele! Es handelt sich darum: soll dieser Wahnsinn, soll dieses Verbrechen weiter geführt werden? Wenn

nicht, dann ist erste Pflicht jedes wahren Volksvertreters, jedes Sozialdemokraten, der nicht in der Koruption der letzten anderthalb Jahre die Besinnung vollends verloren hat, zu erklären: So lange der Krieg dauert — keinen Groschen! Erst macht den Frieden, erst Schluß mit dem Gemetzel, dann reden wir über Steuern. Dieser Regierung, dieser Säbeldiktatur, diesem Völkermord keinen Pfennig weder indirekter noch direkter Steuern, sondern die geballte Faust!

Auch hier heißt es: Entweder — oder; entweder steht man auf dem Boden dieses Staates, dieses Krieges und seiner verlogenen Legende von vaterländischen Interessen, dann bewilligt man alle Kriegsausgaben, wie es die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion getan. Dann ist aber jedes Handeln und Feilschen jetzt hinterdrein um Abwälzung der Kosten auf die herrschenden Klassen eitel Lug und Trug. Denn wer ehrlich und ernsthaft die furchtbaren Kriegslasten vom Volke abwehren will, der stärkt nicht erst die herrschenden Cliquen und den Kriegsfuror durch Bewilligung der Kredite und durch die Durchhaltepolitik, der trägt nicht erst zur Fesselung und Knebelung des Volkes durch passive Unterstützung des Belagerungszustandes bei.

Oder man ist grundsätzlicher Todfeind des Krieges und der Säbeldiktatur, dann sperrt man dem Kriege und der Regierung des Belagerungszustandes alle Mittel, um sie zur Beendigung des Wahnwitzes mit gewaltigstem Drucke zu zwingen. Erst wenn der Krieg zu Ende ist, erst wenn die kümmerliche preußisch-deutsche „Freiheit" wiederhergestellt ist, wenn das Volk den Knebel und die Fesseln der Diktatur abgestreift hat, kann es für die Pflichten des Staates gegenüber den Opfern des Krieges sein Gewicht in die Wagschale werfen. Heute aber heißt noch das oberste Gebot der proletarischen Interessen, der Menschlichkeit, der internationalen Solidarität: Nieder mit dem Kriege! Fort mit der Säbelherrschaft! Und darum ist unsere Losung in diesem Augenblick nicht: ob solche oder ob andere Steuern, sondern die Losung lautet: So lange der Krieg und die Militärdiktatur dauert — keinen Groschen.

Parteigenossen und -genossinnen! Ueberlegt euch gründlich eure Aufgaben. Die Stunde ist ernst. Durch euren Druck auf den Reichstag könnt ihr kräftig das Werk des Friedens fördern. Zeigt, daß ihr politisch reif seid, daß ihr zu unterscheiden versteht, daß ihr euch nicht durch billige Schlagworte ködern und verwirren laßt. Zeigt, daß euch die Frage: Krieg oder Frieden? eine Lebensfrage, daß sie euch der politische Kompaß ist, nach dem ihr alle eure Schritte im Kampf richtet.

Der Kampf muß jetzt immer aufs Ganze gehen, denn neben der Frage: Krieg oder Frieden? verblassen heute alle anderen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Erst wenn die Völker den imperialistischen Kriegsfurien ein gebieterisches Halt! zugerufen haben, erst wenn die arbeitenden Massen so ihre neuerwachte Macht und ihr Klassenbewußtsein bezeugt haben, kann die Verteidigung der materiellen Interessen der Arbeitenden mit Wucht in Angriff genommen werden. Heute noch arbeitet jeder, der irgendwelche Mittel der Regierung bewilligt, nur für die Verlängerung des völkermordenden Krieges. Darum abermals und abermals:

Solange der Krieg dauert, solange die Säbeldiktatur dauert, keinen Groschen! Hoch die Völkerverbrüderung! Nieder mit dem Kriege.

Dokument 22.

Auf zur Maifeier!

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .

(Leitsätze.)

Genossinnen und Genossen!

Zum zweiten Male steigt der Tag des 1. Mai über dem Blutmeer der Massenmetzelei auf. Zum zweiten Male findet der Weltfeiertag der Arbeit die proletarische Internationale in Trümmer geschlagen, während die Kämpferscharen des völkerbefreienden Sozialismus als widerstandsloses Kanonenfutter des Imperialismus einander abschlachten.

Die sozialistische Internationale liegt seit zwei Jahren danieder. Und was haben die Arbeiter aller Länder, was haben die Völker gewonnen? Millionen von Männern haben bereits ihr Leben gelassen auf Geheiß der Bourgeoisie. Millionen sind zu elenden Krüppeln geschlagen. Millionen von Frauen sind zu Witwen, ihre Kinder zu Waisen gemacht, in Millionen Frauen sind unstillbares Leid und Trauer eingezogen. Nicht genug! Not und Elend, Teuerung und Hungersnot herrschen in Deutschland, in Frankreich, in Rußland. Belgien aber, Polen und Serbien, die von dem Vampyr des deutschen Militarismus bis aufs Blut und auf das Mark der Knochen ausgesogen werden, gleichen großen Friedhöfen und Trümmerhaufen. Die ganze Welt, die vielgerühmte europäische Kultur gehen zugrunde in der entfesselten Anarchie des Weltkrieges.

Und zu wessen Nutz und Frommen, zu welchem Zwecke all diese Schrecken und Bestialitäten? Damit die ostelbischen

Junker und die mit ihnen versippten kapitalistischen Profitmacher durch Unterjochung und Ausbeutung neuer Länder ihre Taschen füllen können. Damit die Scharfmacher von der schweren Industrie, die Heereslieferanten von den blutigen Leichenfeldern goldene Ernten in ihre Scheunen schleppen. Damit Börsenjobber mit Kriegsanleihen Wuchergeschäfte treiben. Damit Lebensmittelspekulanten sich auf Kosten des hungernden Volkes mästen. Damit der Militarismus, die Monarchie, die schwärzeste Reaktion in Deutschland zur nie dagewesenen Macht, zur ungeteilten Herrschaft emporsteigen.

Um ihre schlimmsten Feinde stark und übermütig zu machen, läßt sich die Arbeiterklasse wie eine Herde Schafe zur Schlachtbank treiben. Und die blutige Orgie findet gar kein Ende, ja, sie dehnt sich immer weiter aus! Morgen vielleicht wird sich der Völkermord auf neue Länder und Weltteile erstrecken. Die deutschen Kriegshetzer treiben mit Macht zum Kriege mit den Vereinigten Staaten. Morgen vielleicht sollen wir das Mordeisen gegen neue Bruderscharen, gegen die Brust unserer amerikanischen Arbeits- und Kampfgenossen zücken!

Arbeiter! Parteigenossen! Ihr Frauen des Volkes! Wie lange wollt ihr dem Spuk der Hölle ruhig und gelassen zusehen? Wie lange wollt ihr dem Verbrechen der Menschenmetzelei, die Not und den Hunger ertragen? Bedenkt! solange sich das Volk nicht rührt, um seinen Willen kundzutun, wird der Völkermord nicht aufhören. Oder aber er hört erst dann auf, wenn alle Länder an den Bettelstab gebracht, wenn alle Völker zugrunde gerichtet sind, wenn von der sogenannten Kultur nicht ein Stein auf dem andern geblieben ist. Die Reichen können noch lange den Krieg „durchhalten". Sie leiden keinen Hunger, sie haben üppige Vorräte eingehamstert, sie machen ja die schönsten Geschäfte bei der Metzelei, sie stärken ihre politische Herrschaft durch den Selbstmord der Arbeiterklasse. Aber wir, aber das arbeitende Volk aller Länder, wollen wir noch lange mit eigenen Händen unsere Ketten fester schmieden?

Arbeiter, Parteigenossen! Genug des Brudermordes! Der 1. Mai kommt als Mahner, er pocht an eure Herzen, an euer Gewissen. Der Verrat am Sozialismus, an der internationalen Solidarität der Arbeiter hat die Völker ins Verderben des Weltkrieges gestürzt. Nur die Rückkehr zum Evangelium des völkerbefreienden Sozialismus, zur proletarischen Internationale kann die Kultur, die Arbeitersache aus dem Abgrund retten. Zeigt denn am 1. Mai, daß dieses Evangelium in euren Herzen und Hirnen lebt. Beweist den herrschenden Klassen, daß die Internationale, daß der Sozialismus nicht tot sind, daß sie mit neuer Kraft wie ein Phönix aus der Asche emporsteigen! Die proletarische Internationale kann nicht in Brüssel, in Haag oder in Bern durch ein paar Dutzend Leute wieder aufgerichtet werden.

Sie kann nur aus der Tat der Millionen auferstehen. Sie kann nur hier in Deutschland wie drüben in Frankreich, in England, in Rußland auferstehen, wenn die Massen der Arbeiter allenthalben selbst die Fahne des Klassenkampfes ergreifen und ihre Stimme mit Donnergewalt gegen den Völkermord erschallen zu lassen.

Arbeiter, Parteigenossen und ihr Frauen des Volkes! Laßt diesen zweiten Maifeiertag des Weltkrieges nicht vorübergehen, ohne ihn zur Kundgebung des internationalen Sozialismus, zum Protest gegen die imperialistische Metzelei zu gestalten.

Am 1. Mai reichen wir über alle Grenzsperren und Schlachtfelder hinweg die Bruderhand dem Volke in Frankreich, in Belgien, in Rußland, in England, in Serbien, in der ganzen Welt! Am 1. Mai rufen wir vieltausendstimmig:

Fort mit dem ruchlosen Verbrechen des Völkermordes! Nieder mit seinen verantwortlichen Machern, Hetzern und Nutznießern! Unsere Feinde sind nicht das französische, russische Volk, sondern das sind deutsche Junker, deutsche Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuß: die deutsche Regierung. Auf zum Kampfe gegen diese Todfeinde jeglicher Freiheit, zum Kampfe um alles, was das Wohl und die Zukunft der Arbeitersache, der Menschheit und der Kultur bedeutet!

Schluß mit dem Kriege! Wir wollen Frieden!
Hoch der Sozialismus! Hoch die Arbeiter-Internationale!
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Dokument 23.

Hundepolitik.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .

(Leitsätze.)

Das Unmögliche ist Tat geworden. Der Reichstag, die bürgerlichen Parteien, die offizielle sozialdemokratische Fraktion haben sich noch mehr mit Schmach bedeckt, als das bis jetzt schon der Fall war. Es schien, daß dieses unauffindbare Parlament, daß diese edle Gesellschaft in politischer Selbsterniedrigung, im Preisgeben des elementarsten politischen Anstandes bereits das Menschenmögliche geleistet hatte, daß es in diesem Sumpfe einfach nicht tiefer gehe. Doch weit gefehlt: bei der Behandlung des Falles Liebknecht haben Reichstag, bürgerliche Mehrheit und sozialdemokratische Fraktionsmehrheit ihre eigne Infamie noch weit übertroffen.

Liebknecht ist bei der Erfüllung seiner Pflicht als internationaler Sozialist, bei der Demonstration am 1. Mai von den Polizeischergen ergriffen und der Militärgerichtsbarkeit überantwortet worden. Liebknecht ist Reichstagsabgeordneter, ist zur Ausübung seines Mandats als Volksvertreter vom Militärdienst beurlaubt, ist also während der Reichstagssession kein Soldat, sondern Volksvertreter. Ihn vor den Krallen der Militärjustiz wie vor jeglicher politischer Verfolgung zu schützen, war elementarste Pflicht des Reichstages. Jedes Parlament der Welt betrachtet es als ein Gebot der Selbstachtung, seine Mitglieder vor den Regierungsgewalten zu schützen. Hier geschah das Unerhörte, das Beispiellose in der Geschichte aller Parlamente: Der Reichstag lieferte selbst eines seiner Mitglieder der Militärjustiz aus!

Wenige Tage darauf folgte der zweite Akt der Farce: Derselbe Reichstag lehnte es ab, seine Mitglieder vor solchen Brutalitäten und Vergewaltigungen zu schützen, wie sie Liebknecht gegenüber verübt worden sind, als er am 8. April die Mache mit der letzten deutschen Kriegsanleihe kritisch beleuchten wollte! Und die rabiatesten Schreier dieser parlamentarischen Selbstentleibung waren gerade die Freisinnigen. Der Geist Eugen Richters, des Stiefelputzers der Reaktion aus der Zeit des Hungerzolltarifs, lebt in seinen würdigen Nachfahren. Unter dem Schrei: „Landesverrat" stürzen sich die Hubrich und Müller-Meiningen mit Fäusten auf jeden, der die Reichstagstribüne besteigt, um Kritik an der Regierung zu üben. Mit dem Schrei: „Landesverrat" liefern die Payer und Liesching die Immunität der Volksvertretung dem Militärsäbel aus. Den Oertel und Heydebrand bleibt nach diesem liberalen Geheul nichts mehr zu sagen übrig. Und die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion? Sie wies nicht mit einer Silbe dieses Gekrächz zurück. Die „Durchhaltepolitiker", die Scheidemann und Genossen halten ja selbst jeden, der sozialdemokratische Grundsätze hochhält und den Völkermord bekämpft, für einen Landesverräter.

Landesverrat! Landesverrat!

Maifeier ist Landesverrat! Kritik an der Kriegsanleihe — Landesverrat! Internationale Solidarität — Landesverrat! Klassenkampf — Landesverrat! Budgetablehnung — Landesverrat! Streiks zur Erhöhung der Hungerlöhne — Landesverrat! Oeffentliche Erörterung des Lebensmittelwuchers — Landesverrat! Klageschrei der hungernden Frauen vor den Läden — Landesverrat! Was tausendmal in den sozialdemokratischen Zeitungen, in sozialdemokratischen Wählerversammlungen, in sozialdemokratischen Reichstagsreden gesagt worden, ist heute Landesverrat. Die gesamte 50jährige Tätigkeit der Sozialdemokratie, die gegen Krieg, Militarismus, Klassenherrschaft, Klas-

sensolidarität, nationale Einigkeit, vaterländische Phrase gerichtet war, ist Landesverrat!

Die Payer-Liesching-Hubrich, die David-Landsberg-Scheidemann haben alle Staatsanwälte übertroffen, alle Polizeipräsidenten beschämt, den seligen Tessendorf nachträglich zum Waisenknaben gemacht. Wehe, wenn diese Kerle das Bismarcksche Sozialistengesetz zu handhaben gehabt hätten! Sie hätten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten und Redakteure ins Zuchthaus gesteckt, sie hätten unseren August Bebel, unseren alten Liebknecht an den Galgen gebracht! Die Scheidemann-Leute leisteten sich die Komödie, formell einen Antrag betr. der Immunität Liebknechts zu stellen, aber sie begründeten ihn damit, daß Liebknechts Kampf nicht gefährlich, daß das deutsche Volk in seinem Kadavergehorsam doch nicht zu erschüttern sei! Ja, in der Kommission des Reichstages sagte der „Sozialdemokrat" David mit Bezug auf Karl Liebknecht: Ein Hund, der laut bellt, beiße nicht!

Auf all diese Infamie im Reichstag die richtige Antwort zu geben, nicht advokatorisch, nicht formalistisch, sondern sozialistisch, nicht debattieren, nicht argumentieren, sondern die verächtliche Gesellschaft als eine Rotte von Volksverrätern zu brandmarken, dazu fehlte eben — Liebknecht!

Die Antwort soll ihnen aber von den Massen des Proletariats gegeben werden, von den Massen des hungernden, geknechteten, als Kanonenfutter mißbrauchten Volkes. Und die „Hunde"-Worte des sozialdemokratischen Mehrheitsredners sollen dabei nicht vergessen werden.

Ein Hund ist, wer den Stiefel der Herrschenden leckt, der ihn jahrzehntelang mit Tritten bedachte.

Ein Hund ist, wer im Maulkorb des Belagerungszustandes fröhlich schweifwedelt und den Herren der Militärdiktatur, leise um Gnade winselnd, in die Augen blickt.

Ein Hund ist, wer einen Abwesenden, einen Gefesselten, heiser anbellt und dabei den augenblicklichen Machthabern Apportdienste leistet.

Ein Hund ist, wer die ganze Vergangenheit seiner Partei, wer alles, was ihr ein Menschenalter heilig war, auf Kommando der Regierung abschwört, begeifert, in den Kot tritt.

Hunde sind und bleiben dennoch die David, Landsberg und Genossen. Und sie werden sicher von der deutschen Arbeiterklasse, wenn der Tag der Abrechnung kommt, den wohlverdienten Fußtritt bekommen.

Daß dieser Tag so bald wie möglich anbricht, und so gründliche Arbeit wie möglich verrichtet, dazu hat die Affäre Liebknecht — sowohl sein Beispiel wie die Infamien des Reichstages und der Fraktionsmehrheit — tüchtig beigetragen. Nun muß es auch jedem Manne und jeder Frau des Volkes klar sein: dieses

Parlament, diese verächtliche Mamelukenhorde von Payer bis David sind vor dem Gericht der Weltgeschichte abgetan und erledigt. Nur die Selbsttätigkeit der Massen, nur kühne Initiative der Massen, nur nachdrückliche Aktion des Klassenkampfes auf der ganzen Linie kann uns auf den Weg hinausführen, dem Völkermord, der Militärdiktatur, dem langsamen Verhungern des Volkes ein Ende zu machen.

Und das werden die Massen nur fertig bringen, wenn sie gelernt haben, im Kampf für die Ideale des internationalen Sozialismus wie Liebknecht das ganze Ich in die Schanze zu schlagen, wenn sie nicht bloß singen, sondern auch durch Taten und Handlungen zeigen:

„Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all . . ."

Wenn sie hunderttausendstimmig, millionenstimmig im ganzen Reich den Ruf Liebknechts immer und immer wieder erheben:

Nieder mit dem Kriege!
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Dokument 24.

Was ist mit Liebknecht!

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .

(Leitsätze.)

Die Säbeldiktatur ist drauf und dran, ihren unversöhnlichsten Feind zur Strecke zu bringen. Die militärische „Gerichtsverhandlung" gegen Karl Liebknecht steht bevor.

Diese Gerichtsverhandlung ist eine freche Komödie! Sie findet statt unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Verteidigung ist aufs äußerste beschränkt. Als „Richter" führen den entscheidenden Vorsitz hohe Militärs, das heißt gerade die Vertreter derselben Säbelherrschaft, gegen die Liebknecht unerschrocken den Kampf führte.

Den Gipfel der Infamie bildet die Anklage. Sie lautet auf versuchten Kriegsverrat im Felde! Obwohl Liebknecht am 1. Mai nicht im Felde war, sondern in Berlin, auf dem Potsdamer Platz, soll ihm eingeredet werden, daß er „im Felde" die Maidemonstration mitmachte. Obwohl er als Reichstagsabgeordneter, als Volksvertreter in Berlin war, soll er als Soldat abgeurteilt werden. Obwohl er als Fahnenträger des internationalen Sozialismus am 1. Mai demonstrierte, um in allen Ländern

die Volksmassen zum Kampf gegen den Völkerbund aufzurütteln, wird ihm „Kriegsverrat" am deutschen Heere aufgehalst.

Es ist klar: die Regierung mit ihren Spießgesellen plant einen Justizmord an Karl Liebknecht! Der verhaßte Vorkämpfer des Sozialismus, der unbeugsame Verteidiger der Arbeiterklasse, soll von seinen Todfeinden gemeuchelt werden, er soll von der öffentlichen Bühne beseitigt werden, der Störenfried soll in die Versenkung verschwinden!

Und dieser saubere Plan wird mit allen raffinierten Mitteln vorbereitet. Die Militärjustiz, die sonst blitzschnell arbeitet, wie eine Guillotine, ist diesmal so merkwürdig schleppend, daß die famose Anklage erst fünf Wochen nach der Festnahme Liebknechts fertig wurde. Weshalb? Weil man erst den Reichstag und den Landtag loswerden wollte! So hündisch sich die beiden Körperschaften benommen haben, so befürchteten die Schergen der Säbeldiktatur denn doch, daß diese ungeheuerliche Anklage und diese blutige Farce der Gerichtsverhandlung ein gewisses Echo auf der Tribüne des Reichstages oder Landtages finden und das Volk dadurch aufgeregt werden könnte.

Noch besser! Am 9. Juni verbreitete das Sprachrohr der deutschen Regierung, das Wolffsche Telegraphenbureau die Meldung, daß Liebknecht auf Grund des § 89 des Strafgesetzbuches angeklagt sei.

Das war eine bewußte Lüge. Die Regierung belog in schamloser Weise die öffentliche Meinung!

Der § 89 des Strafgesetzbuches kennt als Mindeststrafe Festung. Die Anklage gegen Liebknecht lautet aber in Wirklichkeit auf § 57 des Militärstrafgesetzbuches und dieser Paragraph diktiert als Mindeststrafe 10 Jahre Zuchthaus!

Nur im günstigsten Fall kann auf ein Viertel dieser Strafe, d. h. auf 2½ Jahre Zuchthaus, erkannt werden.

Liebknecht soll also auf jeden Fall zum Zuchthaus verurteilt werden, weil damit die Aberkennung aller Bürger- und Ehrenrechte verbunden ist, also auch der Verlust seines Reichs- und Landtagsmandats!

Dies ist der Zweck der ganzen Gerichtskomödie! Das Fälscherkunststück des Wolffschen Telegraphenbureaus soll diesen vorbereiteten Streich maskieren, es soll die öffentliche Meinung im Inlande und Auslande einschläfern, damit der Streich unerwartet in aller Stille fällt!

Nun aber der Gipfel der Mache! Vor zwei Wochen hat in Braunschweig eine Abordnung des Generalkommandos

aus Hannover, mit einem Hauptmann an der Spitze, im „Ernährungsausschuß" folgende Ansprache gehalten:

Dem Generalkommando sei bekannt, daß die Braunschweiger Arbeiterschaft in Gärung sei, die Erregung sei im Wachsen begriffen. Wenn man ihr nicht vorbeuge, werde der Generalstreik ausbrechen und wie an einer Zündschnur auf Hannover, Magdeburg, Leipzig, Berlin und andere Städte überspringen. Und dann wäre es ja mit dem Kriege aus! Dieses Unglück müsse verhütet werden! Zu diesem Zweck sollen in Braunschweig Massenspeisungen eingerichtet werden, um die Arbeiter zu beschwichtigen. Wenn die Stadtbehörden dabei versagen, dann werde das Generalkommando selbst eingreifen. Das Volk müsse um jeden Preis beruhigt werden!

So will man den Arbeitern um den Bart gehen, so will man ihnen, wie einem Hunde, den Knochen hinwerfen, damit der Justizmord an Karl Liebknecht ungehindert ausgeführt wird.

Arbeiter, Parteigenossen, ihr Frauen des Volkes! Werdet ihr euch von dieser infamen Mache einfangen lassen? Wollt ihr den Meuchelmord an eurem treuesten Führer dulden?!

Liebknecht kämpfte für uns alle. Er hat sich für das Proletariat, für den internationalen Sozialismus geopfert. Er hat gezeigt, daß man auch in Deutschland für seine sozialistische Ueberzeugung mit dem ganzen Menschen einsteht. Liebknecht ist jederzeit bereit, den letzten Blutstropfen für die Befreiung der Arbeiterklasse hinzugeben.

Werdet ihr ihn jetzt ruhig der Rache der Kapitalisten, der Junker, der Kruppsippe, der Militärkamarilla überlassen?

Arbeiter! Liebknechts Sache ist eure Sache. In Liebknecht will man euch treffen, euch meucheln, euch zum Verstummen bringen, damit der Völkermord ungehindert weitergeht. In Liebknecht soll die Auflehnung des deutschen Proletariats gegen das Verbrechen des Krieges niedergestampft werden. Werdet ihr das dulden?

Nein und tausendmal nein!

Der saubere Plan des Justizmordes hinter den Kulissen, im stillen Kämmerlein, soll zuschanden werden! Erhebt eure Stimme! Zeigt, daß hinter Liebknecht Hunderttausende, Millionen, stehen, die ebenso fühlen und denken, wie er. Die Schergen sollen versuchen, Liebknecht zum Zuchthaus zu verurteilen! Sie sollen es wagen! Das Urteil wird im Reich und in den Schützengräben ein solches Echo wecken, daß den Kriegsmachern Hören und Sehen vergeht!

Aus Millionen Kehlen soll ihnen der Ruf Liebknechts in die Ohren gellen:

Nieder mit dem Kriege!
Nieder mit der Regierung!

Dokument 25.

Arbeiter und Arbeiterinnen![1]

Der imperialistische Weltkrieg, den die verblendete Profitgier der herrschenden Klassen aller Länder heraufbeschworen hat, nimmt immer entsetzlichere Formen an.

Draußen ein grauenvoller Völkermord, der jeden Schimmer menschlicher Gesittung abgestreift hat und Millionen blühender Menschenleben dahinrafft, ohne daß ihnen ein tröstender Gedanke die Sterbestunde erhellt!

Drinnen ein System von Unterdrückung, wie es Deutschland seit den Tagen jener Karlsbader Beschlüsse nicht gekannt hat, auf denen seit 100 Jahren der Fluch der Nation lastet!

Eine Zensur, die an launenhafter Willkür die vormärzliche Zensur weitaus überbietet, knebelt jedes freie Wort. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit ist selbst in der kümmerlichen Gestalt, die sie in Deutschland gewonnen hatte, zum Kinderspott geworden. Hunderte von deutschen Staatsbürgern liegen gefangen, ohne daß sie wochen- und monatelang auch nur erfahren, wessen sie angeklagt sind. Die Spitzel haben goldenere Tage als selbst in den Zeiten des Sozialistengesetzes.

Und während so die dunkelsten Erinnerungen der deutschen Vergangenheit heraufbeschworen werden, feiert dieselbe moderne Profitgier, die den Weltkrieg entzündet hat, auch im Innern Deutschlands seine unheimlichen Feste. Ein

schamloser Lebensmittelwucher

macht das bleiche Gespenst des Hungers zum täglichen Gast in jeder Arbeiterfamilie. Die vielberühmte Bureaukratie, die sich vor dem Kriege anmaßte, den „beschränkten Untertanenverstand" am Gängelband zu führen, erweist sich unfähig, dem Treiben der Wucherer zu steuern. Wenn aber je einmal einer dieser Schufte vor die gerichtlichen Schranken gerät, so kommt er mit Strafen davon, die die Volksmassen nur als Hohn auf ihre bittere Not empfinden.

Wehe aber denen, die sich gegen die empörenden Zustände, die der Weltkrieg geschaffen hat, in Schrift und Wort aufzulehnen wagen. Sie werden in „Schutzhaft" genommen, wie sich die russische Methode in Deutschland nennt, und verschwinden ohne Urteil und Recht hinter den schwedischen Gardinen. Oder sie verfallen einer

drakonischen Justiz,

wie Karl Liebknecht, der sich in wenigen Tagen vor dem Militärgericht wegen seiner eifrigen und uneigennützigen Propaganda für den Völkerfrieden zu verantworten haben wird.

[1] Flugblatt Mehrings für Liebknecht.

Was ihm bevorsteht, verrät hinlänglich die amtliche, durch das Wolff'sche Telegraphenbureau am 9. Juni verbreitete Notiz, wonach Liebknecht auf Grund des § 89 des Strafgesetzbuches wegen versuchten Kriegsverrats angeklagt sein sollte. Nach diesem Paragraphen könnte im günstigsten Falle auf einen Tag Festungshaft, also eine sehr gelinde Strafe erkannt werden. Tatsächlich enthält die amtliche Notiz eine wissentliche Unwahrheit, um das öffentliche Urteil zu betören. Karl Liebknecht ist auf Grund des § 57 des Militärstrafgesetzes angeklagt, der eine

Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus

androht, und im günstigsten Falle, wenn nur auf den versuchten Kriegsverrat erkannt wird, immer noch den vierten Teil dieser Strafe vorsieht, also zweieinhalb Jahre Zuchthaus!

Als im Jahre 1805 der deutsche Buchhändler Palm eine Schrift gegen die französische Fremdherrschaft herausgab, ließ ihn der Eroberer Napoleon vor ein Kriegsgericht stellen und erschießen. Die brutale Tat empörte selbst die verschrumpftesten Philisterherzen. Aber was will der Fall Palm gegenüber dem Fall Liebknecht sagen? Heute will die deutsche Regierung einen

deutschen Reichstagsabgeordneten

wegen seiner Propaganda für den Völkerfrieden, deren lautere Beweggründe auch die gehässigsten Gegner Liebknechts nicht zu bestreiten wagen,

in das graue Kleid des Zuchthäuslers stecken,

ihn einer geistig und körperlich zerrüttenden Strafe mit all ihren entehrenden Folgen unterwerfen, ihn unfähig machen, seinen Beruf zu versehen und die Ehrenämter, die ihm das Vertrauen des Volkes verliehen hat. Aber was gilt das alles in den Tagen des imperialistischen Weltkrieges? Die Massen beginnen zu murren und so muß ein Exempel statuiert werden.

Wohlan denn, Arbeiter und Arbeiterinnen, erhebt eure Stimme gegen den drohenden Justizmord! Vergeßt nicht, daß der Fall Liebknecht euer eigener Fall ist, daß der Schlag, der ihn trifft, auch euch treffen soll. Erinnert euch des Wortes, das euch euer Dichter zugerufen hat:

Deiner Dränger Schar erblaßt,
Wenn du müde deiner Last
In die Ecke lehnst den Pflug,
Wenn du rufst: es ist genug!

Dieser Ruf ist heute euer Programm, und wenn ihr danach handelt, kann euch auf die Dauer keine Macht der Welt widerstehen.

Nieder mit dem Belagerungszustand!
Nieder mit dem Kriege!

Dokument 26.

2½ Jahre Zuchthaus!

Arbeiter! Parteigenossen!

Der Streich ist gefallen! Zu 2½ Jahren Zuchthaus haben sie unseren Karl Liebknecht verurteilt. Weil er rief: Nieder mit dem Kriege! stecken ihn die Kriegsknechte in die Zuchthausjacke. Weil er für die Verbrüderung der Völker am 1. Mai demonstrierte, soll er im Hause der Verworfenen schmachten. Weil er für das Volk um Brot und Freiheit kämpfte, haben sie ihn in Ketten geschlagen.

Genossen! Werden wir das Schandurteil ruhig hinnehmen Werden wir uns den blutigen Faustschlag ins Gesicht gefallen lassen?

Arbeiter! Ihr Frauen des Volkes!
Heraus aus den Betrieben!

Ein machtvoller Proteststreik im ganzen Reich zeige der Säbeldiktatur, daß das deutsche Volk aufgehört hat, sich wie ein Hund zu ducken. Wir haben satt den Völkermord und seine Greuel! Wir haben satt die Not, den Hunger und das Halseisen des Belagerungszustandes. Die Herrschenden sollen erfahren, daß hinter Liebknecht Hunderttausende, Millionen stehen, die ebenso wie er rufen:

Nieder mit dem Kriege!

Wie ein Donner soll dieser Ruf im ganzen Reich einschlagen und in die Schützengräben rollen. Wir wollen dann sehen, ob die Schergen es wagen werden, bei ihrem Schandurteil festzuhalten. Noch einmal: Ihr Arbeitsmänner und Frauen, heraus zum Proteststreik!

Hoch der Zuchthäusler Liebknecht!
Nieder mit dem Kriege!

In Berlin fand am Dienstag, dem 27., abends 8 Uhr, eine imposante Demonstration statt. Zirka 25 000 waren am Potsdamer Platz versammelt. Abgedrängt durch ein riesiges Polizeiaufgebot, bildeten die Demonstranten große Züge und sammelten sich um 10 Uhr am Alexanderplatz von neuem. Militär mit scharfen Patronen war aufgestellt in der Gegend des Potsdamer Platzes.

Am Mittwoch, dem 28., begann in der Frühe in Berlin der Proteststreik. Er umfaßte folgende Betriebe: Flugplatz Johannistal; Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Berlin und

Abteilung Wittenau; A. E. G. Turbine; A. E. G. Gerichtsstraße; A. E. G. Hennigsdorf; Ludwig Löwe; Schwartzkopf, Reinickendorf; Schwartzkopf, Berlin; Görtz A.-G., Titaniawerke; Löb u. Kompagn.; Daimler, Marienfelde; Argus-Motoren; Samson-Werke; Max Hasse; Hasse u. Frehde; Panzer; außerdem streiken: Kudell, Borsig, Kornbusch, Mix u. Genest, Bormann, Lübke und Straen, Knorrbremse, Bergmann u. a. Insgesamt ca. 45000 Arbeiter!

Ein Hoch diesen braven Kämpfern um Frieden und Freiheit! Folgen wir alle ihrem Beispiel!

—

Von 10 Uhr früh an gab es in der Lehrter Straße vor dem Kommandanturgericht Unter den Linden, im Tiergarten große Demonstrationen.

In Braunschweig hat sich die Arbeiterschaft wieder als Vortrupp des deutschen Proletariats mit Ruhm bedeckt. Mit dem Schlag 12 Uhr am Dienstag wurden sämtliche Betriebe der Stadt geschlossen. Gänzlicher Generalstreik ist durchgeführt worden.

In Stuttgart gab es schon am 26. eine große Demonstration auf der Plante. Die Menge zog unter dem Absingen der Internationale und Hochrufen auf Liebknecht zum Schloß und nach der Eßlinger Straße. Viele Demonstranten wurden verhaftet, darunter die Genossen Crispien und Hörnle. Die Menge widersetzte sich den Verhaftungen, es kam zu scharfen Kämpfen mit der Polizei.

Auch in Bremen gab es am 26. abends große Demonstrationen. Ein Zug Arbeiter marschierte unter Hochrufen auf Liebknecht vom Westen ins Innere der Stadt. Am Gewerkschaftshaus wurde die Menge von der Polizei auseinandergetrieben.

Nachrichten aus anderen Städten fehlen zur Stunde, da die Säbeldiktatur Telephon und Telegraph überwacht, damit die Wahrheit nicht durchdringt. Das wird ihr aber nicht helfen.

Ihr hemmt uns —
Doch ihr zwingt uns nicht!

Die deutsche Arbeiterschaft ist erwacht. Der Stein ist ins Rollen gekommen. Mit diesem ersten Proteststreik ist der Kampf nicht zu Ende. Arbeiter, haltet euch bereit zum neuen Handeln! Der Polizeiknüppel kann euch von der Straße wegjagen, aber keine Macht der Erde kann euch zwingen, in die Betriebe zu gehen!

Hoch Liebknecht!

Nieder mit dem Kriege!

Dokument 27.

Wofür kämpfte Liebknecht und weshalb wurde er zu Zuchthaus verurteilt?

> 3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .
>
> 4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .
>
> (Leitsätze.)

Am 4. November wird die Gerichtsverhandlung gegen Liebknecht in letzter Instanz stattfinden. Liebknecht ist am 23. August in zweiter Instanz verurteilt worden. Das erste Urteil von zweieinhalb Jahren Zuchthaus, das von der ganzen Welt als unerhört empfunden worden ist, hat das Oberkriegsgericht auf vier Jahre Zuchthaus verschärft und dazu noch sechs Jahre Ehrverlust hinzugefügt, so daß Liebknecht für zehn Jahre vom Reichstag und Landtag ferngehalten werden soll! Noch nie seit die Sozialdemokratie in Deutschland besteht, ist gegen einen Sozialdemokraten wegen politischer Tätigkeit ein so ungeheuerliches Urteil gefällt worden. Auf Liebknecht stürzt die rächende Klassenjustiz der bürgerlichen Gesellschaft mit einer Wucht nieder, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beispiellos ist. Und weshalb? Einzig und allein, weil er den Lehren des Sozialismus und den Interessen der Arbeiterklasse in Worten und Taten treu geblieben ist.

Seit jeher galt in der Sozialdemokratie der Klassenkampf und die internationale Solidarität des Proletariats als oberster Grundsatz. In diesem Grundsatz wurzelt die ganze politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse, in ihm wurzelt auch ihre künftige Befreiung, der Sieg des Sozialismus. Zwei Nationalitäten gibt es in Wirklichkeit in jedem Lande: die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten. Der eigene deutsche Kapitalist ist dem deutschen Proletarier Feind, der fremde Proletarier hingegen, ob Franzose, Engländer oder Russe, ist sein Bruder. Rücksichtsloser Kampf gegen jenen, treue Solidarität mit diesem — das war unser Evangelium.

Und dieses Evangelium sollte im Frieden wie noch mehr im Kriege Geltung haben. Die deutsche Sozialdemokratie gelobte zusammen mit Genossen anderer Länder auf internationalen Kongressen, den Militarismus und den Krieg bis zum letzten Blutstropfen zu bekämpfen. Für die „vaterländischen" Phrasen der Bourgeoisie hatten wir nur Hohn übrig: Der Weltkrieg, der jetzt von den kapitalistischen Staaten vorbereitet wird, ist nichts als ein Raubzug imperialistischer Profitgier, blutige Bal-

gerei um die Beute. Einem solchen Krieg stemmen wir uns entgegen, indem wir unsere ganze Macht in die Schanze schlagen unter dem alten Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

So sprach die Sozialdemokratie und so warb sie sich die Herzen und Hirne von Millionen Ausgebeuteter und Unterdrückter, die von ihr, der „Völkerbefreienden", ihr Heil erwarteten.

Da kam der 4. August 1914 und alles stürzte zusammen. Oberste Führer und Vertreter der Arbeiterklasse schlugen ihre eigenen Lehren in den Wind, haben Klassenkampf und internationale Solidarität verraten. Die Reichstagsfraktion schwenkte plötzlich zum Lager der Regierung und der bürgerlichen Parteien ab und wurde zur Handlangerin des Imperialismus und des Militarismus.

Liebknecht aber war unter den wenigen, die der alten Fahne treu geblieben sind. Schon im Dezember 1914 hatte er den Mannesmut, als einziger im ganzen Reichstag, die Kriegskredite zu verweigern, und noch zweimal lehnte er sie ab, bis im Dezember 1915 sein Beispiel endlich bei mehreren, wenn auch zögernde Nachahmung fand.

Liebknecht war es auch, der als erster und die ganze Zeit über am schärfsten die ganze Komödie des Burgfriedens im Reichstag und Landtag vereitelte, den falschen Brüdern in dem imperialistischen Lager die Maske vom Gesicht riß und die Verbrechen des Imperialismus vor aller Welt aufdeckte. Aus den „kleinen Anfragen" verstand er eine Waffe des Klassenkampfes zu schmieden, die im Regierungslager jedesmal Verwirrung anrichtete und Wunden schlug. Er entlarvte die schäbige offiziöse Mache mit den „patriotischen Kriegsanleihen". Er zerrte ans Licht die im Stillen verübten Verbrechen des deutsch-österreichischen Militarismus an schwachen Völkern und seine Justizverbrechen. Ebenso rücksichtslos zerriß er die „Befreiungs"phrasen des Militarismus in Fetzen.

Es war jedesmal ein schwarzer Tag für die Regierung und ihre Schildknappen, wenn Liebknecht im Reichstag oder Landtag auf die Tribüne stieg. Und in alledem war ihm die Parlamentstribüne lediglich der Posten, von dem aus er durch das Fenster an die Massen des Proletariats appellierte, sie an die Pflichten der internationalen Solidarität mahnte, sie zum Kampf gegen Völkermord, gegen den Imperialismus aufrüttelte.

Mit einem Wort, Liebknecht verkörperte die alte Sozialdemokratie, so, wie sie bis zum 4. August 1914 war, wie sie in den Herzen der Massen lebte: stolz, trotzig, rücksichtslos im Kampf gegen die Herrschenden, unerschütterlich in der Treue den Unterdrückten gegenüber. Wie der alte Bebel in Dresden einmal rief: Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft!, so war und blieb Liebknecht. Und da er fest

Was ist mit Liebknecht?!

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats . . . .
4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran . . .

(Leitsätze)

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Säbeldiktatur ist drauf und dran, ihren unversöhnlichen Feind zur Strecke zu bringen. Die militärische „Gerichtsverhandlung" gegen Karl Liebknecht steht bevor.

Diese Gerichtsverhandlung ist eine freche Komödie! Sie findet statt unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Verteidigung ist aufs äusserste beschränkt. Als Richter führen den entscheidenden Vorsitz hohe Militärs, das heißt, gerade die Vertreter derselben Säbelherrschaft, gegen die Liebknecht unerschrocken den Kampf führte.

Den Gipfel der Infamie bildet die Anklage. Sie lautet auf versuchten Kriegsverrat im Felde! Obwohl Liebknecht am 1. Mai nicht im Felde war, sondern in Berlin, auf dem Potsdamer Platz, soll ihm eingeredet werden, dass er „im Felde" die Maidemonstration mitmachte. Obwohl er als Reichstagsabgeordneter, als Volksvertreter in Berlin war, soll er als Soldat abgeurteilt werden. Obwohl er als Fahnenträger des internationalen Sozialismus am 1. Mai demonstrierte, um in allen Ländern die Volksmassen zum Kampfe gegen den Völkermord aufzurütteln, wird ihm „Kriegsverrat" am deutschen Heere aufgehalst.

Es ist klar: die Regierung mit ihren Spießgesellen plant einen Justizmord an Karl Liebknecht! Der verhaßte Vorkämpfer des Sozialismus, der unbeugsame Verteidiger der Arbeiterklasse soll von seinen Todfeinden gemeuchelt, er soll von der öffentlichen Bühne beseitigt werden, der Störenfried soll in der Versenkung verschwinden!

Und dieser saubere Plan wird mit allen raffinierten Mitteln vorbereitet. Die Militärjustiz, die sonst blitzschnell arbeitet, wie eine Guillotine, ist diesmal so merkwürdig schleppend, daß die famose Anklage erst 5 Wochen nach der Festnahme Liebknechts fertig wurde. Weshalb? Weil man erst den Reichstag und den Landtag loswerden wollte! So hündisch sich die beiden Körperschaften benommen haben, so befürchteten die Schergen der Säbeldiktatur denn doch, daß diese ungeheuerliche Anklage und diese blutige Farce der Gerichtsverhandlung ein gewisses Echo auf der Tribüne des Reichstags oder Landtags finden und das Volk dadurch aufgeregt werden könnte.

Noch besser! Am 9. Juni verbreitete das Sprachrohr der deutschen Regierung, das Wolffsche Telegraphenbureau, die Meldung, daß Liebknecht auf Grund des § 89 des Strafgesetzbuchs angeklagt sei.

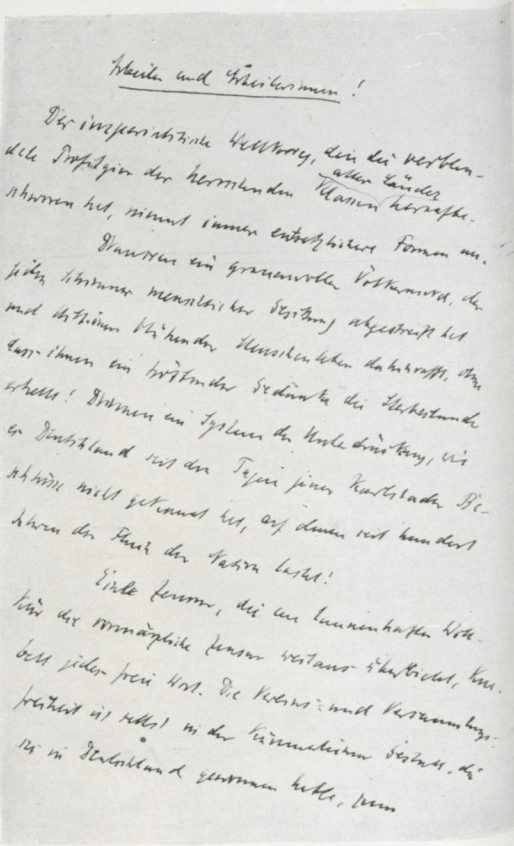
Das war eine bewusste Lüge. Die Regierung belog in schamloser Weise die öffentliche Meinung!

Der § 89 des Strafgesetzbuchs kennt als Mindeststrafe Festung. Die Anklage gegen Liebknecht lautet aber in Wirklichkeit auf § 57 des Militärstrafgesetzbuches und dieser Paragraph diktiert als

Mindeststrafe 10 Jahre Zuchthaus!

Nur im günstigsten Fall kann auf ein Viertel dieser Strafe, d. h. auf 2½ Jahre Zuchthaus erkannt werden.

Flugblatt Rosa Luxemburgs
(Dokument 24)



Flugblatt-Manuskript Mehrings
(Dokument 25)

überzeugt war, daß nur die Masse der Arbeiter allein durch ihre eigene entschlossene Aktion dem Krieg ein Ende machen kann, so war er am 1. Mai an der Spitze der Berliner Demonstration für die internationale Solidarität der Arbeit und rief auf der Straße, umgeben von Polizeisäbeln und Fäusten, so unerschrocken, wie auf der Reichstagstribüne:

„Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!"

Daher der tötliche Haß der Regierung und der bürgerlichen Parteien gegen Liebknecht. Deshalb gab es schon im Reichstag und Landtag Ausbrüche der Tobsucht, wenn Liebknecht reden wollte. Man suchte ihn durch Gebrüll, durch Vergewaltigung der Geschäftsordnung mundtot zu machen, man zerrte ihn mit brutaler Gewalt von der Tribüne herunter. Dann lieferten sie ihn der Säbeljustiz aus, und nun will man ihn endlich durch das drakonische Urteil vernichten.

Jetzt kann aber die Arbeiterschaft beurteilen, ob der Haß der Herrschenden gegen Liebknecht wohlbegründet, ob Liebknecht auf dem rechten Wege war, ob seine Mahnungen und sein Kampf zum Besten der Massen gerichtet war.

Was ist die Folge des Verrats der offiziellen Führer der Sozialdemokratie an dem internationalen Sozialismus und des stummen Gehorsams der Massen? Was erleben wir? Der grausige Völkermord geht immer weiter und weiter und wächst sich über immer neue Länder aus. Statt sich miteinander zum Kampf gegen das internationale Kapital zu vereinigen, machen die Proletarier aller Länder einander nieder, schneiden einander auf Geheiß der Kapitalisten die Gurgeln ab. Mindestens 5 bis 6 Millionen, davon vier Fünftel Proletarier, sind schon ins kalte Grab gesunken. Unzählige Millionen werden als Krüppel ihr Leben lang dahinsiechen. Ihre Frauen und Kinder verhungern halb und wissen sich bei den wucherischen Preisen und dem Mangel an Lebensmitteln der bittersten Not kaum zu erwehren. Die ganze kommende Generation der Arbeiterschaft wird durch die furchtbare Unterernährung in der Wurzel an ihrer Gesundheit und Lebenskraft getroffen. Unterdessen machen die Kriegslieferanten und Wucherer fabelhafte Geschäfte, kaufen Landgüter, Villen, Brillanten, wissen nicht wohin mit dem Reichtum. Und die Peitsche des Belagerungszustandes saust immer toller über der Volksmasse: die Presse ist geknebelt, immer neue Verhaftungen, immer neue Haussuchungen, Anklagen und Prozesse. Und wollen sich die armen Frauen über die Not, den Mangel und die Wucherpreise etwa auf der Straße beklagen, dann bekommen sie die rohe Faust des Polizeischergen oder seinen Säbel zu kosten.

Jetzt sieht der Blindeste, wer die wirklichen Interessen und die Zukunft der Arbeiterklasse vertrat: ob Liebknecht, der sich dem Völkermord, den herrschenden Klassen mit aller Gewalt und auf jeden Schritt entgegenstemmte oder die anderen „Sozialdemokraten", die sich vor der Regierung beugen, mit der imperialistischen Bourgeoisie Frieden machen und „durchhalten" wollen. Jetzt kann jeder Arbeiter sehen, wer recht hat, ob Liebknecht, der Gefesselte, Geächtete, zum Zuchthaus Verurteilte, oder die anderen, die in den Vorzimmern des Reichskanzlers scharwenzeln und sich in der Gunst der Regierung sonnen. Ein Göhre kriegt als Offizier Orden. Ein Südekum reist herum als Regierungsagent. Die Scheidemann, Ebert, David, Schöpflin werden als Gäste im kaiserlichen Hauptquartier bewirtet. Die Legien und Robert Schmidt von der Generalkommission der Gewerkschaften empfangen im Gewerkschaftshaus Ministerbesuche. Die Hänisch, Lensch, Heinemann werden in der bürgerlichen Presse mit Lob überschüttet und als Musterknaben hingestellt. Alle diese Leute, die bei der Regierung und bei der Bourgeoisie lieb Kind sind, tragen gerade dadurch das Brandmal ihres Verrats an den Interessen des Volkes. Die Zuchthausjacke Karl Liebknechts ist das beste Ehrenzeugnis für ihn, daß er dem Volke treu gedient, seine wahren Interessen, die Zukunft des Sozialismus verfochten hat.

Ohne großen Mut und eiserne Willenskraft, ohne Opferfreudigkeit und höchstem Idealismus kann die Arbeitersache nicht siegen. Wer die Arbeitermassen heute aus dem Elend emporreißen, wer dem Völkermord ein Ende machen und die sozialistische Internationale wieder aufrichten will, der muß sich gegen eine ganze Welt von Feinden wappnen — nämlich gegen alle bürgerlichen Klassen, gegen die Militärdiktatur und auch gegen die Pflichtvergessenen, die Denunzianten und Judasse in den eigenen Reihen.

Das wußte Liebknecht. Deshalb wollte er mit dem Beispiel vorangehen, sich selbst zum Opfer bringen, um die Massen mitzureißen, ihnen Mut zum Kampfe um die eigene Rettung einzuflößen. Wie früher von der Reichstags- und Landtagstribüne durch sein Wort, so wollte er jetzt durch seinen Prozeß die Massen aufrütteln.

Liebknecht ist zweimal verurteilt worden: aber damit ist seine Sache noch nicht zu Ende. Jetzt steht noch die dritte Instanz bevor. Das Reichs-Kriegsgericht wird noch sprechen. Und jetzt hat das Volk noch mitzureden.

Erhebt sich die Arbeiterschaft rechtzeitig zu Massenprotesten, zu Demonstrationen, zu Massenstreiks, die der Säbeldiktatur am besten die Bedeutung und die Macht des Proletariatsfühlbar machen, dann kann unter ihrem Druck das bisherige Urteil gegen Liebknecht kassiert, sein Prozeß von neuem angeordnet werden, und dann können sich die Kerkertore Karl Liebknechts öffnen. Nur der Druck des Massenprotestes und die Angst vor noch weiterer Aufregung im Lande und im Schützengraben können die Schergen zwingen, das verhaßte Opfer loszulassen. Bleibt aber die Arbeiterschaft still und ruhig, erhebt sie nicht ihre laute Stimme gegen das Schandurteil, dann wird das Reichskriegsgericht nicht über Liebknecht allein das Urteil sprechen, sondern über die nächste Zukunft der Arbeiterklasse in Deutschland. Dann zeigt die deutsche Proletariermasse, daß sie sich alles gefallen, alles bieten läßt. Und sie wird danach behandelt werden während des Krieges, sowie auch nach dem Kriege. Und hat sie ihre Rolle des Kanonenfutters brav gespielt bis zum Schluß, dann darf sie nachher als Packesel sämtliche Kosten und Lasten des Krieges schleppen und obendrein noch die Fußtritte der Reaktion einheimsen.

Wenn also die Arbeiter sich jetzt zum Protest gegen den Justizmord an Liebknecht erheben, so tun sie es nicht für Liebknecht. Nicht um seine Person handelt es sich. Sein Name ist bloß zum Symbol der Arbeitersache und der Treue gegenüber dem internationalen Sozialismus geworden.

Es handelt sich um die eigene Haut der Arbeiter.

Ihren vielgeplagten Frauen, ihren hungernden Kindern, ihrer eigenen Zukunft sind sie schuldig, sich endlich zu lautem Protest gegen die Gewaltherrschaft und die Verbrechen des bluttriefenden Imperialismus aufzuraffen. Vom Reichstag und seinem Geschwätz ist für den Frieden und die Linderung der Not der Proletariermassen nichts zu erhoffen. Nach der bisherigen Haltung des Reichstages, namentlich, nachdem er sich durch die Auslieferung Liebknechts und der eigenen Immunität prostituiert hat, gibt die Regierung auf diese Bedientenkörperschaft gar nichts mehr, sie braucht sie nur von Zeit zu Zeit als Werkzeug, wenn die patriotische Hetze wieder etwas aufgefrischt werden muß.

Jetzt kann die Arbeiterschaft nur noch von sich selbst etwas erwarten, von der eigenen Massenaktion, vom kräftigen Protest, vom wiederholten Massenstreik, in denen sie ihre

wahre Machtentfalten. Wie in Liebknecht die sich gegen den Völkermord aufbäumende deutsche Arbeiterklasse durch das Schandurteil getroffen werden sollte, so wird im Protest gegen das Urteil, im Kampf um Liebknechts Befreiung die eigene Ehre der deutschen Arbeiterklasse verteidigt.

Der Protest gegen die Verurteilung Liebknechts ist ein Protest gegen den Krieg, den Belagerungszustand, den Massenhunger. Der Kampf um Liebknecht ist ein Kampf um Frieden, internationale Völkerverbrüderung, sozialistische Befreiung.

Sich zu dieser Aktion aufzuraffen, ist jetzt verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes Proletariers und jeder Proletarierfrau in Deutschland. Es ist auch schon die allerhöchste Zeit. Wer sich jetzt in der zwölften Stunde nicht aufrafft, nach fast zweieinhalb Jahren des Mordens, nach diesem Elend, nach den immer zunehmenden Verhaftungen, von dem ist nicht viel zu erhoffen, der darf aber auch von der Zukunft für sich nicht viel erhoffen. Je stiller die Massen alles hinnehmen, um so toller treibt's die Reaktion und um so ärger wird sie die Ausbeutung treiben. Jetzt heißt es also für die deutschen Arbeiter sich sagen: Entweder — oder! Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau müssen jetzt wissen, was sie wählen: ob entschlossenen mutigen Kampf für die Befreiung der Arbeiter, und Frieden, so wie Liebknecht um sie kämpfte, oder — geduldiges Beugen des Rückens unter dem Joch des Imperialismus, Knechtung und Verrat am Sozialismus, an der eigenen Befreiung, an der eigenen Klassenehre.

Sollten uns da welche Opfer schrecken, die aus Demonstrationen, aus politischen Massenstreiks erwachsen können? Etwa Verlust der „Brotstelle", oder Schützengraben oder Gefängnis? Liebknecht hat nicht Schützengraben, nicht Gefängnis und auch nicht Zuchthaus gescheut! Die Hunderte anderer Genossen, die in Stuttgart, in Ulm, in Leipzig, in Berlin, in Braunschweig, die monatelang hinter Gefängnisgittern sitzen und auf allerlei Anklagen wegen „Landesverrat" warten, haben auch kein Opfer gescheut. Und wird nicht Leben, Gesundheit von Millionen im Schützengraben geopfert — für fremde Interessen, für die eigene Knechtung? Kann der deutsche Proletarier nur auf Geheiß des Kapitals sein Leben in die Schanze schlagen und ist ihm um seiner eigenen Ehre willen ein Opfer zu groß?

Das kann nicht sein, das darf nicht sein!

Soll die ganze 50jährige Arbeit der Sozialdemokratie, soll das Vermächtnis Lassalles, Bebels und des alten Liebknechts nicht umsonst gewesen, soll das Evangelium des völkerbefreienden Sozialismus kein toter Buchstabe für den deutschen Arbeiter sein, dann genug der stillen Ergebung in die Schrecken des Völkermordens, in die Verbrechen der Militärdiktatur! Dann heraus zum Massenprotest, heraus zum Kampf um die eigene Befreiung, um Liebknechts Befreiung, mit Liebknechts Ruf auf den Lippen:

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!

Dokument 28.

Arbeiter! Klassengenossen!

Karl Liebknecht, der mutige und rücksichtslose Vorkämpfer für die Befreiung der Arbeiter, für Frieden und Menschlichkeit, soll am 4. November zum dritten Mal vor dem Gericht erscheinen. Das Oberkriegsgericht wird

in letzter Instanz

entscheiden, ob das Blut- und Schandurteil, das

auf 4 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust

lautete, rechtskräftig werden soll.

Arbeiter! Das Urteil über Liebknecht ist und bleibt eine maßlose Herausforderung, ein Faustschlag ins Gesicht der deutschen Arbeiterklasse, denn was Liebknecht tat, hat er im eigensten Interesse der deutschen Arbeiter getan, nur ihrem Sehnen gab er Ausdruck, für ihr Wohl und Wehe hat er gekämpft.

Sollen wir den Justizmord an Liebknecht zulassen? Sollen wir Liebknecht im Stiche lassen?

Nein, tausendmal Nein!
Auf zum Kampf! Auf zum Protest!

Legt die Arbeit nieder! Verlaßt die Werkstätten und Fabriken!

Mann der Arbeit, aufgewacht,
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will!

Hoch Liebknecht!
Nieder mit dem Völkermord!
Friede, Freiheit, Brot!

Dokument 29.

Eine Petition gegen den Frieden.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Massenorganisation des Proletariats . . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran . . . .

(Leitsätze.)

Arbeiter! Parteigenossen!

Der sozialdemokratische Parteivorstand legt den Arbeitern eine sogenannte „Friedenspetition" zum Unterzeichnen vor. Die deutschen Arbeiter sollen, geführt von Scheidemann und seinen Helfern, an den Reichskanzler eine Massenbitte richten, den Frieden zu schließen, sobald die Feinde bereit wären, die vom Parteivorstand aufgestellten Bedingungen zu erfüllen.

Nachdem der bestialische Völkermord volle zwei Jahre dauert, nachdem in Europa mindestens zehn Millionen Menschen hingemordet oder zu Krüppeln geschossen worden sind, rafft sich der Parteivorstand zu seiner ersten Friedensaktion auf! Und sie ist auch seiner in jeder Hinsicht würdig.

Die Petition richtet sich mit der Bitte um Frieden an denselben Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der erst vor wenigen Monaten im Reichstage die imperialistischen Ziele des Krieges offen vor aller Welt bestätigt hat, an dieselbe deutsche Regierung, die der Hauptschuldige am Ausbruch des verbrecherischen Krieges ist! Um Frieden sollen wir dieselbe Regierung untertänigst bitten, die unsere besten Genossen, wenn sie für den Frieden wirken, hinter Schloß und Riegel setzt, dieselbe Regierung, die für den Ruf nach Frieden unseren Liebknecht ins Zuchthaus stecken will, dieselbe Regierung, die unsere Presse knebelt, unsere Versammlungen verbietet, die uns den Maulkorb und die Handschellen des Belagerungszustandes angelegt hat, damit kein freies Wort für den Frieden verlauten kann!

Es hieße, sich selbst ohrfeigen, wenn die Arbeiter an einer so unwürdigen Komödie teilnehmen würden!

Die Petition stellt den ganzen jetzigen Krieg, diesen gewaltigsten Ausbruch der imperialistischen Eroberungsgier des Kapitals, wieder als reinen Verteidigungskrieg von deutscher Seite hin, als „einen Kampf, der Deutschland von den gegnerischen Mächten aufgezwungen wurde" und von ihm nur für die Sicherheit „des Landes", für dessen „Selbständigkeit" und „Lebensmöglichkeit" geführt wird! Die Petition des Parteivorstandes unterstützt also von neuem den hundertmal aufgedeckten

Schwindel, durch den die deutschen Arbeiter, belogen und betrogen, wie Schafe in das Gemetzel getrieben worden sind. Diese Lüge von der Vaterlandsverteidigung allein hat den Ausbruch des Krieges ermöglicht, dieser Schwindel allein ermöglicht seine Fortdauer.

Der erste Schritt zur Beendigung des Krieges besteht darin, den Massen in allen Ländern, und vor allem in Deutschland, die Augen zu öffnen, ihnen zu zeigen, daß sie nicht für die Verteidigung ihres Landes, sondern lediglich für schnöde Tascheninteressen kapitalistischer Profitmacher einander abwürgen. Und da beginnt der Parteivorstand seine erste „Friedensaktion" damit, daß er den Schwindel vom angeblichen Verteidigungskrieg von neuem aufwärmt und verbreitet!

Es hieße, sich am Massenbetrug zur Verlängerung des Krieges mitschuldig machen, wenn die Arbeiter diese „Friedenspetition" unterzeichnen würden!

Die Petition stellt für Deutschland drei Bedingungen auf, unter denen der Friede geschlossen werden soll: Unversehrtheit des Reichsgebietes, Erhaltung der politischen Unabhängigkeit, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit. Das sind genau dieselben Phrasen, die auch die Regierung gebraucht, unter die alles mögliche gesteckt werden kann, hinter die sich auch jede Eroberungspolitik verkriechen kann. Und richtig erklärt prompt der Führer der deutschen Eroberungspolitiker, die die halbe Welt fressen wollen, Graf Reventlow, in der Deutschen Tageszeitung, im Organ der schlimmsten Agrarier:

„Auch wir verlangen als zu erreichendes Kriegsziel nichts als die politische Unabhängigkeit des Deutschen Reiches, als seine territoriale Unversehrtheit und alle Bedingungen, welche ihm seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit leisten."

Die Petition, die um Frieden ohne Annexionen, ohne Angliederung fremder Länder, bittet, öffnet also selbst allen Annexionsplänen Tür und Tor, die an der Verlängerung des Krieges arbeiten.

Aber der Wert und Sinn dieser Petition liegt nicht bloß in ihrem Wortlaut, sondern noch mehr in dem ganzen bisherigen Verhalten ihrer Verfasser.

Der Parteivorstand, die Scheidemann-Braun-Ebert und Genossen, bewilligten im Reichstag alle Kriegskredite, sie führen die Politik des 4. August mit allen Kräften durch, sie verteidigen und stützen den „Burgfrieden", d. h. die Aufhebung des Klassenkampfes und die Lahmlegung der Arbeiterklasse, sie geben der Regierung alle materiellen und moralischen Mittel zur Kriegsführung in die Hand, sie predigen öffentlich das „Durchhalten", d. h. die Fortsetzung des Krieges. Sie tun mit einem

Wort alles, was geeignet ist, den Krieg zu verlängern. Und nun kommen sie auf einmal mit einer „Friedensaktion"! Sie arbeiten seit zwei Jahren unablässig für den Krieg und jetzt reden sie vom Frieden!

Was ist geschehen? Was hat die „Durchhaltepolitiker" plötzlich so für eine „Friedensaktion" begeistert? Die Sache ist einfach:

Sie haben vor dem Sturm Angst gekriegt, der sich allmählich in den Massen vorbereitet.

Es sind die Demonstrationen des 1. Mai und des 27. Juni, es ist vor allem der Massenstreik der 60 000 Arbeiter der Munitionsbranche in Berlin und in Braunschweig am 28. Juni, was den Scheidemann und Konsorten ebenso wie der Regierung in die Glieder gefahren ist. Da die Arbeiter ernst zu machen beginnen mit ihrem Willen, dem Massenmord ein Ende zu bereiten, wirft ihnen der Parteivorstand einen Knochen in Gestalt seiner Petition vor. Diese papierne Scheinaktion für den Frieden soll die Arbeiter ablenken von der einzigen wirklichen Aktion für den Frieden: vom Kampf mit allen Machtmitteln der proletarischen Massen. Statt gegen die Regierung zu kämpfen, sollen sie vor der Regierung bittend Kratzfüße machen, statt zu demonstrieren und zu streiken, sollen sie ein Papierchen mit frommen Wünschen unterschreiben, auf das die Säbeldiktatur — und mit vollem Recht — pfeifen wird.

Das ist der wirkliche Sinn und Zweck der Petition des Parteivorstandes. Sie ist einfach ein Mittel zur Verwirrung, Ablenkung und Täuschung der Massen. Sie ist nur eine Ergänzung zu jenem infamen Flugblatt desselben Parteivorstandes gegen „anonyme" Aufwiegler und gegen die Demonstrationsstreiks. Die „Petition für den Frieden" ist im Grunde genommen eine Aktion **gegen** den Frieden und für die Verlängerung des Krieges.

Arbeiter, Parteigenossen! Lassen wir uns nicht überrumpeln, lassen wir uns nicht von dem einzigen Weg zum Frieden: vom Weg des rücksichtslosen Massen- und Klassenkampfes abbringen! Schieben wir den elenden Wisch der Durchhalte-Scheidemänner und der anderen Regierungsstützen vom Parteivorstand mit Verachtung von uns und vergessen wir keinen Augenblick, daß unsere Aufgabe nicht darin besteht, die Urheber des Völkermordes erfolglos zu bitten, sondern ihnen durch Massenaktionen den Friedenswillen der Arbeiterklasse mit Gewalt aufzuzwingen.

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!
Hoch der Klassenkampf!

Dokument 30.

Deutschland — ein fertiges Zuchthaus!

> 3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .
>
> 4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .
>
> (Leitsätze.)

Das Gesetz über den „vaterländischen Hilfsdienst" hat drei Wurzeln: eine militärische, eine wirtschaftliche, eine politisch-soziale.

Wohl schanzen Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie — fast die ganze deutsche Produktion ist in den Kriegsdienst getreten. Aber noch gibt es Arbeiter, die nicht genügend ausgenutzt werden. In den Textilgebieten herrscht infolge des Zusammenbruchs der Industrie noch immer Arbeitslosigkeit; auch in anderen Industrien sind Arbeitskräfte freigesetzt, die von der Kriegsindustrie noch nicht aufgesogen sind — vor allem, weil es in den betreffenden Bezirken an Kriegsfabriken fehlt. Das neue „vaterländische" Gesetz gibt die Möglichkeit, sie — vom 17. bis zum 60. Jahr — wie die Rekruten, wie die Reklamierten von einem Ort nach dem andern hin und herzuschieben und so für die Erzeugung von Mordwerkzeugen für den Krieg voll auszunutzen.

Gegenwärtig haben noch die Arbeiter eine gewisse Bewegungsfreiheit — eine gewisse Wahl zwischen verschiedenen Betrieben, noch kann ihnen nicht verwehrt werden, ihrem Beruf derjenigen Art Arbeit nachzugehen, die sie gelernt haben, die ihnen am besten dünkt, bei der sie das beste Fortkommen, die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen finden; noch können sie nicht wie die Kriegsgefangenen wider ihren Willen aufs Land, in die Junkerparadiese verschleppt werden.

Dem schiebt das „vaterländische Gesetz" einen eisernen Riegel vor: jeder Arbeiter vom 17. bis zum 60. Jahr kann fortan in d e n Betrieb und zu d e r Arbeit gezwungen werden, die, ob in Stadt oder Land, der Regierung paßt — zur Verstärkung des raublüsternen deutschen Imperialismus.

Die Arbeitslosen der durch den Krieg zerstörten Industrien erhalten öffentliche Unterstützungen. Diese Unterstützungen werden durch das Gesetz beseitigt; wer die ihm angewiesene Arbeit zu verrichten sich weigert, erhält künftig keine Unterstützung und wird obendrein mit Gefängnis bestraft; so werden öffentliche Gelder gespart für den Menschenmord und Länderraub, — gespart aus dem Hunger der Arbeiter.

Neben dem fiskalischen der privatwirtschaftliche „Spar"-Zweck: die Unternehmer, auch die Agrarier, denen die Liebesgabe von Hunderttausenden spottbilliger Kriegsgefangener noch nicht genügt, bekommen mühelos billige und gefügige Arbeitskräfte, ohne sie durch günstige Arbeitsbedingungen anlocken zu müssen. So werden den kapitalistischen Ausbeutern und Auswucherern Betriebskosten erspart und Gewinne, die ihnen keine künftige Steuer wieder nehmen wird, neue fabelhafte Gewinne verschafft — aus dem Hunger der Arbeiter.

Die Proletarier haben noch heute, wenigstens der Form nach, die Möglichkeit, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten — zu streiken. Das Streikrecht, das wichtigste Recht des Proletariats, seine stärkste Macht, wird ihm das „vaterländische" Gesetz entreißen!

Noch mehr — es gibt heute noch Reste politischer Bewegungsfreiheit: der Arbeiter, der Sozialist, kann Flugblätter verteilen, kann politisch demonstrieren, kann seinen Friedenswillen durch den Kampf gegen den Krieg bestätigen. Die Drohung mit dem Schützengraben ist nur bei Militärpflichtigen anwendbar und nicht immer wirksam. Jetzt soll dazu die Drohung mit der Verschleppung aus der Heimat in einen anderen Ort, mit der Versetzung aus der gewohnten und gewählten Arbeit in eine ungewohnte, unangenehmere, schwerere Arbeit auch aufs Land unter die Junkerpeitsche treten. An einzelnen Orten können sich in den Arbeitermassen Stimmungen bilden, die die Regierung fürchten muß, weil sie dem Frieden, der Freiheit dienen. Das neue Gesetz soll der Regierung das Recht verleihen, die Arbeitermassen hin- und herzustoßen, sie nach Belieben zu mischen, unliebsame, verdächtige Elemente, die für den Schützengraben nicht taugen, in die Verbannung zu schicken, um sie lahm zu legen.

Das Gesetz hebt das Recht zur Selbstbestimmung der Arbeitsart und des Arbeitsplatzes auf; es nimmt dem Arbeiter die letzte Möglichkeit, auf seine Arbeitsbedingungen einzuwirken, es vernichtet das Streikrecht.

Diese Aufhebung der Freizügigkeit, der Arbeitswahl, des Streikrechts — das ist die Kasernierung des ganzen deutschen Proletariats vom 17. bis 60. Jahr, die Einführung des mittelalterlichen Frondienstes, der Zwangsarbeit, des Zuchthauses.

Und all dies, trotz aller betrügerischen Friedensangebote, also zum Zweck der Fortsetzung und siegreichen Durchführung des räuberischsten aller Raubkriege, den die deutsche und österreichische Regierung gemeinsam entfesselt haben!

Es ist nur Hohn, wenn geredet wird von der Anwendung des Gesetzes auch auf die Angehörigen der besitzenden Klassen.

Wie sie mit Glacéhandschuhen angefaßt werden, wenn sie überhaupt angefaßt werden, lehrt die Erfahrung. Und das Gesetz öffnet auch einladend schon im Voraus die breiteste Tür zur Schonung der Besitzenden.

Es ist nur Spott, wenn in den „Kommissionen", die das Gesetz vorsieht, auch zwei (oder drei) von der Regierung ernannte Scheinvertreter der Arbeiter sitzen, — neben einem Offizier, einem Staatsbeamten und zwei oder drei Arbeitgebervertretern, d. h. neben vier wirklichen Vertretern der herrschenden Klassen, die stets die Mehrheit und damit die Entscheidung in Händen haben.

Nicht minder sind auch die übrigen sogenannten „Sicherungen" der Arbeiterrechte, die der Reichstag unter dem Protektorat der bürgerlichen Parteien in das Gesetz eingeflickt hat, nur Sand in den Augen der Arbeiter, nur ein elender Versuch, die nackte Verräterei ihrer „Führer" — der Legien, Bauer und Genossen — schamhaft zu verdecken.

Eine „Sicherung des Koalitionsrechts", die darin besteht, daß den Zwangsarbeitern das Vereinsrecht über das Maß des Belagerungszustandes hinaus „nicht beschränkt" oder „gewährt" werden soll; ein „Koalitionsrecht" — nach Preisgabe von Freizügigkeit und Streikrecht, die den ganzen wirklichen Inhalt des Koalitionsrechts bilden; eine „Sicherung" — in den Grenzen des Zwangsdienstes, des Zuchthauses! Und dazu kommen „neue" Arbeiterausschüsse, die nichts zu sagen haben, — lächerliche Puppen in den Händen der Unternehmer und der Säbelherrschaft, nur dazu geschaffen, um das Vertrauen der Arbeiter in hinterlistiger Weise zu ergattern.

„Nichtanwendung" der rechtlich sowieso nicht einmal in Betracht kommenden Gesindeordnungen auf die in agrarischen Dienst verschleppten Arbeiter, nachdem sie dem Zwangsgesetz unterworfen sind, das alle Gesindeordnungen in den Schatten stellt, nach dem alle Gesindeordnungen überflüssig geworden sind, weil Frondienst keine Gesindeordnungen braucht.

Das sind die famosen „Sicherungen", denen durch eine bettelhafte Erhöhung der „Familienunterstützung" die Krone aufgesetzt wird im gleichen Moment, wo die große Zahl der Unterstützungsberechtigten, von der Würgezange des Zwangsdienstgesetzes gepackt, nicht nur mit dem Verlust der Unterstützung, sondern obendrein mit Gefängnisstrafen bedroht werden.

Nur Humbug ist die „Sicherung der Arbeiterrechte". Die Wahrheit lautet anders: Statt Erhöhung der Unterstützungen — Entziehung der Unterstützungen, statt Steigerung — Herabdrückung der Löhne, statt Erweiterung der Volksrechte — Aufhebung der Freizügigkeit

und des Streikrechts, nachdem Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit längst zerfetzt sind; statt Freiheit — Frondienst, statt Neuorientierung — Erneuerung feudaler Leuteschinderei; statt Brot — Hungerpeitsche und Gefängnis, statt Aufhebung des Belagerungszustandes — allgemeines Zuchthaus. So gehen die glänzenden Verheißungen in Erfüllung, so sieht die rosige Zukunft aus, mit denen man die deutsche Arbeiterschaft für den Krieg köderte.

Die Betrüger, die sich Arbeitervertreter nennen, die Gewerkschaftsführer, die Legien und Bauer, haben sich mit den Zentrumsheuchlern von den christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunckerschen zum gemeinsamen Judasdienst verbunden, um das Gesetz in wenigen Tagen durchzupeitschen, ehe die Massen zur Besinnung kommen und sich ihm entgegenwerfen konnten. Es sind dieselben Hausknechte der Regierung, die sich vor wenigen Monaten verbündeten, um die für den Frieden kämpfenden und streikenden klassenbewußten Arbeiter den Behörden zu denunzieren.

Hand in Hand mit ihnen die „sozialdemokratische" Fraktion des Reichstages — die nicht minder schamlosen Ueberläufer ins Lager des bürgerlichen Imperialismus.

Hand in Hand mit ihnen der „Vorwärts" von Gottes Gnaden des Generals von Kessel, das gehätschelte Liebkind der Militärdiktatur. Der „Vorwärts", der diese Verwandlung Deutschlands in ein vollkommenes Zuchthaus für die Arbeiterschaft als den Sprung in den sozialistischen Zukunftsstaat bewundert.

Sie haben alle geholfen, die Massen vollends ans Kreuz zu schlagen und posaunen nun, um die anklagende Wahrheit zu übertönen, von einem „Siegestag der Gewerkschaften"!

Werden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber diesem Streich endlich, endlich aufraffen? Haben sie den Haß gegen die Machthaber und die Verräter auf immer verlernt, die Kraft zum Kämpfen auf immer verloren?

Werden sie ihren Willen, ihren Zorn, ihre Empörung gegen den Anschlag der Gewalt und der Niedertracht in die Wagschale werfen, die Seelenverkäufer von der „sozialdemokratischen" Mehrheit von sich abschütteln und endlich, endlich den ganzen Kampf aufnehmen, den Massenkampf gegen die Blut- und Beutepolitik des Kapitals, indem sie das revolutionäre Banner des internationalen völkerbefreienden Sozialismus hoch, weithin sichtbar, aufpflanzen?

Denn keine Hilfe gibt es, nicht gegen die alte, nicht gegen die neue Not, als die Selbsthilfe des Proletariats.

Dokument 31.

Hunger.

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .

(Leitsätze.)

Was kommen mußte, ist eingetreten: „Der Hunger!"

In Leipzig, in Berlin, in Charlottenburg, in Braunschweig, in Magdeburg, in Koblenz und Osnabrück, an vielen anderen Orten gibt es Krawalle der hungernden Menge vor den Läden mit Lebensmitteln. Und die Regierung des Belagerungszustandes hat auf den Hungerschrei der Massen nur die Antwort: Verschärften Belagerungszustand, Polizeisäbel und Militärpatrouillen.

Herr von Bethmann-Hollweg klagt England des Verbrechens an, den Hunger in Deutschland verschuldet zu haben, und die Kriegsdurchhalter und Regierungszuhälter schwätzen es nach. Indessen die deutsche Regierung hätte wissen müssen, daß es so kommen mußte: Krieg gegen Rußland, Frankreich und England mußte zur Absperrung Deutschlands führen. Es war auch stets Brauch unter den edlen Brüdern im Kriege, einander wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, die Zufuhr von Lebensmitteln abzusperren. Der Krieg, der Völkermord ist das Verbrechen, der Aushungerungsplan nur eine Folge dieses Verbrechens.

Die bösen Feinde haben uns „eingekreist", plärren die Kriegsmacher. Warum habt ihr eine Politik gemacht, die zur Einkreisung führte? ist die einfachste Gegenfrage. Jede imperialistische Raubpolitik ist ein Verbrechen, und eine solche Politik trieben alle Staaten. Die deutsche Regierung aber betrieb eine imperialistische Politik, bei der sie alle Staaten anrempelte, mit allen in Konflikt kam und schließlich, nur noch mit dem österreichischen Staatskadaver und der rettungslos bankrotten Türkei verbündet, gewaltsam den Weltkrieg anzettelte.

Auf die verbrecherische Anzettelung des Weltkrieges wurde ein weiteres gehäuft: die Regierung tat nichts, um dieser Hungersnot zu begegnen. Warumgeschahnichts? Weil den Regierungssippen, den Kapitalisten, Junkern, Lebensmittelwuchern der Hunger der Massen nicht wehe tut, sondern zur Bereicherung dient. Weil, wenn man von Anfang an den Kampf gegen Hunger und Not durch ernsthafte Maßnahmen

aufgenommen hätte, den verblendeten Massen der furchtbare Ernst der Lage klar geworden wäre. Dann wäre aber die Kriegsbegeisterung alsbald verrauscht.

Deshalb hat man die Volksmassen mit Siegestriumphgeheul betäubt und sie gleichzeitig den agrarischen und kapitalistischen Lebensmittelwucherern ausgeliefert.

Mit dem Geschrei vom „Durchhalten", bei denen die Scheidemänner und Konsorten der Regierung feile Dienste leisteten, hat man versucht, die Massen um jede Besinnung zu bringen. Die herrschenden Klassen wollten ihre wahnsinnigen Annexionsgelüste nicht preisgeben, und man belog das Volk, indem man ihm vorredete: wenn wir durchhalten, wird Deutschland den Frieden diktieren und die Welt beherrschen.

Man hat uns vorgelogen: die deutschen U-Boote werden Englands Zufuhr abschneiden, England werde um Frieden winseln, und damit werde der Krieg beendet. — Märchen für Kinder sind das. Der U-Bootkrieg hetzt Deutschland neue Feinde auf den Hals; aber an eine Abschneidung der Zufuhren Englands ist nie und nimmer zu denken, auch wenn Deutschland zehnmal mehr U-Boote hätte.

Dann hat man uns vorgemacht: der Vorstoß nach dem Balkan werde Deutschland Luft schaffen, Lebensmittel in Hülle und Fülle werde man aus der Türkei erhalten. Man log bewußt, denn alle Einsichtigen wissen, daß die Türkei nichts liefern kann, daß in Konstantinopel und den Küstenstädten Kleinasiens Mangel herrscht, daß die türkische Regierung ihre Armee nicht mehr ernähren kann.

Jetzt vertröstet man uns auf die kommende Ernte: alle Not werde ein Ende haben, wenn die neue Frucht da ist. Auch das ist bewußter Schwindel. Die einfache Rechnung sagt: in zweiundzwanzig Kriegsmonaten wurden zwei Ernten verzehrt, außerdem die großen Vorräte an Viehfutter, Zucker und anderen Produkten, die zu Kriegsbeginn im Lande lagerten; ferner alles was in den besetzten Gebieten, in Belgien, in Nordfrankreich, Polen, Litauen, Kurland, Serbien an Lebensmitteln „requiriert" wurde; schließlich noch das, was aus Holland und den skandinavischen Ländern eingeführt werden konnte. Jetzt gibt es nichts mehr. Die besetzten Gebiete sind kahl gefressen, die Menschen sterben bereits Hungers in Polen und in Serbien. Die neutralen Staaten sperren die Ausfuhr hermetisch ab, weil sie selbst Mangel leiden. Die einheimische Ernte kann nicht viel liefern, denn die Felder wurden aus Mangel an Arbeitskräften, an Dünger und Saatgut schlecht bestellt. Die Viehbestände sind gering.

Ein „Lebensmitteldiktator" soll für gute Verteilung sorgen; zu spät! Die Lebensmittelwucherer haben ihr Werk vollbracht. Packt man sie jetzt an der Gurgel, so hilfts nichts.

Es gibt nicht mehr so viel zu „verteilen", daß man das Volk satt machen kann.

Das ist die nackte Wahrheit.

Man hat das Volk in den Krieg gehetzt, bei dem die Zufuhr abgeschnitten wurde; kapitalistische Verbrecher haben unter Duldung der Regierung das übrige getan.

Was soll werden?

Man kann noch ein halbes Jahr, vielleicht ein ganzes Jahr Krieg führen, indem man die Menschen langsam verhungern läßt. Dann wird aber die künftige Generation geopfert. Zu den furchtbaren Opfern an Toten und Krüppeln der Schlachtfelder kommen weitere Opfer an Kindern und Frauen, die infolge des Mangel dem Siechtum verfallen.

Und auch dann gibt es noch kein Ende, denn dieser Krieg kann nicht mehr mit Waffengewalt entschieden werden, wenn er auch noch ein Jahr oder zwei dauert. Der deutsche Militarismus steckt nach allen seinen „Siegen" in der Sackgasse. Wenn jetzt der Krieg noch fortdauert, so ist es einzig und allein, weil die Volksmassen sich die Infamie geduldig gefallen lassen.

Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, wir alle tragen die Verantwortung.

Entweder verharren die arbeitenden Massen in stumpfsinnigem Gleichmut — dann ist die Folge langes Siechtum und elendes Verderben; oder das Proletariat rafft sich auf, verweigert dieser Regierung und diesen herrschenden Klassen die Dienste und erzwingt den Frieden.

Es gibt keine Wahl. Es gilt die Tat. Rafft euch auf, ihr Männer und Frauen! Gebt euren Willen kund, laßt eure Stimme erschallen:

Nieder mit dem Kriege!

Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!

Dokument 32.

Zirkular der Spartakusgruppe (25. XII. 1916)

Berlin, den 25. Dezember 1916.

Werte Genossen!

In der Beilage übersenden wir euch einen Bericht über die Verhandlungen der am 19. November d. J. stattgefundenen Konferenz der Arb.-G.,[1] den ein Chemnitzer Genosse uns zugeschickt hat. Der Genosse ist durch ein Mißverständnis auf der Konferenz erschienen und durfte, wie Sie aus dem Berichte ersehen, an ihren Verhandlungen teilnehmen. Eine Anfrage in Chemnitz,

[1] Arbeitsgemeinschaft.

ob wir von diesem Bericht Gebrauch machen können, ist unbeantwortet geblieben. Daher ist auch die Versendung des Berichtes an die Genossen im Reiche unsererseits bis jetzt unterblieben.

In Ausführung des Beschlusses dieser Konferenz hat nun die Leitung der Arb.-G. an uns eine Einladung ergehen lassen, an einer gemeinsamen Konferenz der Opposition, deren Abhaltung für den 7. Januar festgesetzt worden ist, teilzunehmen. Auf der Tagesordnung stehen provisorisch: a) Parlamentstaktik; b) Abwehrmaßregeln gegen die Parteiinstanzen. Im einzelnen schreiben die Einberufer in ihrer schriftlichen Einladung:

Die Verhandlungszeit ist auf einen Tag befristet. Teilnahmeberechtigt sind die Mitglieder der soz. Arbeitsgemeinschaft und der Genosse Rühle (bei keiner Fraktion), ferner Delegierte der Wahlkreisorganisationen, die sich auf den Boden der Opposition stellen. Wir empfehlen für die Wahlkreisorganisationen die Zahl der Delegierten so zu bemessen, wie es zum letzten Parteitag geschah. In den übrigen Wahlkreisen werden sich die oppositionellen Genossen über gemeinsame Delegationen zu verständigen haben.

Mündlich haben die Einberufer diese Angaben uns gegenüber dahin ergänzt, daß es erwünscht sei, überall, wo die Opposition die offizielle Parteiorganisation in ihrer Hand hat, die Delegierten von der letzteren, also von den Mitgliederversammlungen resp. von den zuständigen Instanzen, nominieren zu lassen.

Dieser Wahlmodus würde zweifellos der Delegation größeres Gewicht verleihen und ist auch insofern zu empfehlen. Die diesbezüglichen Wünsche der A.-G. können jedoch u. a. keinesfalls für uns maßgebend sein. Sollte unsere Richtung die Beteiligung an dieser gemeinsamen Konferenz beschließen, so wird sie sich selbstverständlich als gesonderte selbständige und in sich geschlossene Organisation vertreten lassen. Und da bindende Majoritätsbeschlüsse auf der Konferenz u. E. unbedingt und von vornherein ausgeschlossen sein müssen, so muß es gänzlich uns überlassen bleiben, wie wir unsere Delegierten wählen. Vorläufig kann und darf es sich nur um eine unverbindliche Aussprache und Beratschlagung handeln, woraus sich erst ergeben soll, ob überhaupt und in welchem Maße eine gemeinsame Aktion der gesamten Opposition möglich ist.

In unserem engeren Berliner Kreis sind wir nun der Ansicht, daß der Beschluß, ob wir der Einladung der A.-G. folgen sollen, von einer Konferenz unserer Richtung zu fassen ist, die zugleich die Richtlinien für unsere Delegierten festzulegen hätte.

Wir hatten ursprünglich die Absicht, den Genossen die Abhaltung unserer eigenen Konferenz am Ende des Januar oder Anfang Februar vorzuschlagen, um unsere Agitation und Tätig-

Am Montag, den 28. Januar beginnt der Massenstreik!

Arbeiterinnen! Arbeiter!

Auf zum Massenstreik! Auf zum Kampf! Soeben hat das österreichisch-ungarische Proletariat ein mächtiges Wort gesprochen. Fünf Tage lang ruhte die Arbeit in allen Betrieben in Wien, Budapest usw. im ganzen Reiche. In Wien haben die Arbeiter den Strassenbahnverkehr eingestellt, auch der Eisenbahnverkehr wurde zum Teil lahmgelegt, es erschien keine einzige Zeitung. An vielen Orten kam es zu einer offenen Erhebung der Bevölkerung und zum Kampf mit der Regierungsmacht. In Prag und Budapest wurde die Republik proklamiert. In Wien hielten die Arbeiter die Brücken besetzt, um das Eindringen der Polizei in die Arbeiterviertel zu verhindern.

In schlotternder Angst vor der drohenden Revolution war die Zentralregierung gezwungen, den nach Muster der russischen Revolution gewählten Wiener Arbeiterrat anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln. Sie beeilte sich, Konzessionen zu machen, um die Bewegung einzudämmen, wobei ihr natürlich die Regierungssozialisten und die Gewerkschaftsführer freiwillig Handlangerdienste leisteten.

Die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, die Aufhebung des Arbeitszwangsgesetzes, die Erfüllung der Arbeiterforderungen in den Ernährungsfragen, gleiches und allgemeines Wahlrecht für Frauen und Männer bei den Gemeindewahlen, Versprechen, bei den Friedensverhandlungen mit Russland auf alle Annexionsabsichten zu verzichten, — dies sind die vorläufigen Zugeständnisse. Die historische Bedeutung des Arbeiteraufstandes in Oesterreich-Ungarn liegt aber nicht in diesen Zugeständnissen, sondern in der Tatsache der Erhebung selbst. Die Bewegung ist zwar auf halbem Wege stehen geblieben, aber es ist dies der erste Schritt, dem andere folgen werden. Die Hilfe der deutschen Arbeiter, unser Massenstreik, wird die Flamme der Revolution in der Doppelmonarchie zu neuem, mächtigem Brande entfachen.

Arbeiterinnen und Arbeiter! Was unsere österreichisch-ungarischen Brüder angefangen haben, das müssen wir vollenden!

Die Entscheidung der Friedensfrage liegt bei dem deutschen Proletariat!

Unser Massenstreik soll kein kraftloser „Protest" und kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstrationsstreik, sondern ein **Machtkampf** sein. Wir kämpfen solange, bis unsere Mindestforderungen unverkürzt verwirklicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur, aller Beschränkungen der Koalitions-, Streik-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller politischen Inhaftierten — dies sind die Bedingungen, die uns

Flugblatt zum Januar-Streik 1918
(Dokument 40)

Denkt an Euere wahre Pflicht!

Soldaten! Kameraden!

Die Arbeiter streiken. Sie haben die Arbeit niedergelegt, die Fabrikation der Mordwerkzeuge eingestellt, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und um der Not und dem Elend daheim ein Ende zu machen.

Das ist die Antwort auf das frivole und verbrecherische Spiel der Regierung mit dem Friedenswillen des Volkes. In Brest-Litowsk haben die Verhandlungen abermals gezeigt, daß die deutsche Regierung keinen Frieden will. Mit aller Deutlichkeit hat sie dort ihre wilden Annexionspläne offenbart. Raub fremder Länder, Unterjochung anderer Völker, gewaltsame Annexionen und die Herrschaft des deutschen Säbels in der Welt: das sind die Kriegsziele der deutschen Regierung. Während draußen an den Fronten das Herzblut des deutschen Volkes in Strömen fließt und die Daheimgebliebenen vor Entbehrungen zu grunde gehen, verkündet die Regierung jetzt frech ihre wahren Absichten, pfeift auf den Friedenswillen des Volkes und will auch fernerhin mit unserem Blute die schmutzigen Gelüste der herrschenden Klassen bezahlen.

Kameraden! Solange die Regierung am Ruder bleibt, solange die Reaktion und die Militärkaste herrscht, ist an Frieden nicht zu denken. Entweder verstehen wir in diesem Blutmeer oder die Regierung wird gestürzt. Ein drittes gibt es nicht. Die Sache der Arbeiter ist deshalb die unsrige. **Wir**, die Soldaten, müssen für die Profit- und Raubsucht der Junker und Kapitalisten, für ihre Gier nach Eroberungen unsere Glieder und Leiber opfern. Uns geht der Kampf der Arbeiter in erster Linie an. Um **unser** Leben geht es.

Aber auch sonst müssen wir für die Sache der Arbeiter eintreten. Wir sind doch auch im Waffenrock Proletarier, wir haben bloß den Arbeitskittel mit der Uniform vertauscht. Sowie das große Völkermorden zu Ende ist, kehren wir in die Fabriken und auf das Land zurück und teilen dann wieder mit den Arbeitern ihr schweres Los. Wir kämpfen also für die eigene Zukunft, für unsere Frauen und Kinder, wenn wir den Massenstreik der Arbeiter mit aller Kraft unterstützen und unsere Waffen gegen die Volksausbeuter und Unterdrücker, gegen die Urheber dieses Krieges wenden.

Sollen wir da vielleicht auf unsere Brüder und Schwestern schießen? Können und dürfen wir in diesem Kampfe untätig beiseite stehen?

Nein, tausendmal nein!

Wir müssen gemeinsame Sache mit den Arbeitern machen und durch unser entschlossenes Eintreten dem von den Arbeitern begonnenen Kampfe zum Siege verhelfen.

Fort mit dem Kadavergehorsam, fort mit allen kleinlichen Bedenken! Jetzt gilt es, wahre Tapferkeit zu beweisen!

Heraus aus den Kasernen!

Urlauber, geht auf die Straße!

Nehmt an den Streikversammlungen und den Straßenaufzügen teil!

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Es lebe der Sozialismus! Es lebe der allgemeine Friede!

Soldaten-Flugblatt, Januar 1918
(Dokument 43)

keit weiter auszubauen. Angesichts der dargelegten Lage haben wir nunmehr beschlossen, die Abhaltung unserer Konferenz zu beschleunigen, und da die Zeit sehr knapp ist, sehen wir uns gezwungen, die Befragung unserer Genossen unterlassen zu müssen. Wir schlagen daher den Genossen überall, wo Mitgliedschaften unserer Richtung bestehen, vor, ihre Delegierten zu unserer Konferenz zu wählen und sie zugleich für den Fall, daß die Konferenz die Beteiligung beschließt, auch mit Mandaten für die gemeinsame Konferenz zu versehen. Die Abhaltung unserer Konferenz setzen wir für Sonnabend, den 6. Januar, vormittags 9 Uhr, an.

Es ist sehr erwünscht, daß die Delegierten bereits am Freitagabend in Berlin eintreffen. Eine Adresse, wo die Delegierten sich zu melden haben, wird Ihnen nächstens zugehen. Außerdem wird Ihnen eine von der Reichstagsfraktion gezeichnete Einladung zu der gemeinsamen Konferenz zugeschickt werden. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die Tatsache, daß gerade die Reichtagsfraktion der A.-G. diese Einladung versendet, auf äußere Umstände zurückzuführen ist, die wir Ihnen mündlich mitteilen werden; sie hat nur formale Bedeutung. Als provisorische Tagesordnung für unsere Konferenz schlagen wir vor:

1. a) Organisation, Agitation, Finanzen, Presse.
   b) Aufstellung von eigenen Kandidaten bei den Wahlen.
2. Beteiligung an der gemeinsamen Konferenz mit der A.-G.

Als eventuelle Richtlinien für das Verhalten unserer Delegierten auf der gemeinsamen Konferenz und zugleich als Leitsätze, deren Anerkennung unsere Delegierten von der A.-G. zu verlangen haben, unterbreiten wir Ihrer Diskussion folgende Forderungen:

1. Die Zugehörigkeit zu der gegenwärtigen Sozialdemokratischen Partei darf von der Opposition nur solange aufrechterhalten werden, als diese ihre selbständige politische Aktion nicht hemmt, noch beeinträchtigt. Die Opposition verbleibt in der Partei, nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu bekämpfen und zu durchkreuzen, die Massen vor der unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie betriebenen imperialistischen Politik zu schützen und die Partei als Rekrutierungsfeld für den proletarischen antiimperialistischen Klassenkampf zu benutzen.

2. Offenes Schutz- und Trutzbündnis aller zu einem geschlossenen Kampf gegen die Politik der Parteiinstanzen bereiten Parteiorganisationen mit eigener Zentralbehörde und Finanzen.

Anmerkung: Durch die Schaffung eines solchen Bündnisses darf sowohl die gesonderte selbständige Existenz der einzelnen Oppositionsrichtungen als Organisationen sowie ihre Aktionsfreiheit, eigene Presse und Freiheit der Kritik in keiner Weise beeinträchtigt werden, sofern dies nicht durch die Ausführung gemeinsamer Beschlüsse bedingt.

3. Beitragssperre, durchgeführt von Wahlkreisverbänden oder einzelnen Wahlkreisen, sofern sie ihre Beiträge an die Zentralkasse abführen.

4. Oeffentliche Absprechung der Reichstags- und Landtagsabgeordneten von der Mehrheit durch die zuständigen Wahlkreise des Reichs, ihre Mandate weiter auszuüben; Aufstellung von selbständigen Kandidaturen der Opposition gegenüber den Mehrheitskandidaten bei den Wahlen; wo die Aufstellung unmöglich ist — Proklamierung der Stimmenthaltung.

5. Ausnutzung der Parlamentstribüne als Hilfsmittel für die Massenaktionen. Auferlegung den oppositionellen Reichstagsabgeordneten der Pflicht, bei ihrem parlamentarischen Auftreten den gesamten Reichstag neben der Regierung als verantwortlich für die herrschenden Zustände hinzustellen und nicht von der Regierung an den Reichstag zu appellieren, sondern sowohl gegen die Regierung wie gegen den Reichstag immer wieder die Arbeitermassen anzurufen und sie zum Kampfe aufzufordern.

6. Friedensaktionen, durch selbständigen Kampf und Massenaktionen des Proletariats, Aufgeben der bisherigen parlamentarischen Friedensaktionen, die im gütlichen Zureden der Regierung und Anrufung der bürgerlichen Diplomatie besteht.

7. Verlegung des Schwerpunktes der ganzen politischen Tätigkeit der Opposition in die Selbstbetätigung und Aktion der Massen.

8. Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften; Organisierung zu diesem Zweck der auf seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsblattes.

Wir geben uns keinen Hoffnungen hin, daß die A.-G. unsere Forderungen annehmen wird. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die gemeinsame Konferenz angesichts der Halbheit der A.-G. und ihrer Verwandtschaft in wesentlichen Punkten mit der Mehrheit kaum ersprießliche praktische Resultate zeitigen wird. Trotzdem glauben wir die Beteiligung an der Konferenz befürworten zu können. Die A.-G. beherbergt in sich nämlich, wie dies der Bericht des Chemnitzer Genossen feststellt und unsere Delegierten zur letzten Reichskonferenz wahrgenommen haben, eine ganze Menge Arbeiterelemente, die geistig und politisch zu uns gehören und nur durch Mangel an Berührung mit uns oder aus Unkenntnis der tatsächlichen Beziehungen innerhalb der Opposition und anderen zufälligen Ursachen der A.-G. folgen. Es ist für uns von größter Wichtigkeit, diese Elemente aufzuklären, sie dem Einfluß der A.-G. zu entreißen und überhaupt den Scheidungsprozeß innerhalb der A.-G. zu beschleunigen. Andererseits sind wir berufen — und es wird dies von unschätzbarem agitatorischem Werte sein — der Opposition mit einem praktischen Aktionsprogramm voranzugehen, zu dem sie sich immer wieder durch die gesamte Entwicklung der Partei gedrängt sehen wird. Wenn die Leitung der A.-G. dieses Programm nicht akzeptiert, so wird dessen Aufstellung die Möglichkeit geben, unsere Richtung von der A.-G. nicht nur grundsätzlich, wie dies bereits auf der Reichskonferenz geschehen, sondern nicht minder bei der Lösung der unmittelbaren

praktischen Parteiprobleme scharf und sichtbar für jedermann abzugrenzen, wodurch die Klärung der Situation und die Klarheit in unseren eigenen Reihen nur gewinnen kann.

Mit Gruß

W. K.[1]

P. S. Für die Kosten der Delegation müssen die einzelnen Mitgliedschaften aufkommen, da der Stand unserer Finanzen ungünstig ist.

Dokument 33.

Zirkular der Spartakusgruppe (13. II. 1917)

Berlin, den 13. Februar 1917.

W. G.! Die vom sog. Parteivorstand vollzogene Spaltung der Partei und die Einberufung einer Konferenz der Opposition durch die Arbeitsgemeinschaft, auf der die Gründung einer neuen Partei vorgenommen werden soll, stellt unsere Richtung vor eine Organisationsfrage von grundlegender Bedeutung: ob unsere Richtung sich in einer eigenen gesonderten Partei offen und offiziell organisieren oder einer neu zu gründenden gemeinsamen Partei der gesamten Opposition beitreten soll und — in letzterem Fall — an welche Bedingungen unsere Zugehörigkeit zu dieser neuen Partei zu knüpfen wäre.

Zur Entscheidung über diese Fragen werden wir im März eine Konferenz unserer Richtung einberufen, und zwar so, daß unsere Zusammenkunft am Tage vor der von der Arbeitsgemeinschaft geplanten Konferenz — deren Termin noch nicht festgesetzt ist — stattfindet.

Die Sachlage erfordert jedoch seitens der Genossen in den einzelnen Orten eine sofortige — sei es auch provisorische — Entscheidung. Die Beschickung der von der A.-G. in Aussicht genommenen Konferenz soll bekanntlich durch die offiziellen Wahlkreisorganisationen geschehen — entweder durch die alten, da, wo wir und die A.-G. die Mehrheit besitzen, oder — wo dies nicht der Fall ist — durch neue von der Opposition sofort zu gründenden eigene Organisationen. Der enge Kreis der Berliner Genossen hält es daher für geboten, ohne den Beschlüssen unserer Konferenz vorgreifen zu wollen, ihnen seine Auffassung unserer Aufgaben in dieser Situation mitzuteilen. Wir sind der Ansicht:

1. daß wir die bereits bestehende nicht offizielle Organisation unserer Richtung noch mehr als bis jetzt ausbauen, festigen und enger zusammenschließen müssen und daß wir unter keinen Umständen uns von irgendeiner Seite unsere Aktionsfreiheit schmälern oder beschränken lassen dürfen;

[1] Abkürzung von W. Kraft (Pseudonym für Leo Jogiches).

2. daß wir in den einzelnen Orten vorläufig keine eigenen von der A.-G. getrennten Wahlkreisorganisationen ins Leben rufen, vielmehr bei Gründungen zusammenwirken, wobei wir selbstverständlich dahin streben müssen, unsere Kandidaten bei der Vorstandswahl, und zwar für die wichtigsten Posten, durchzubringen; daraus erfolgt 1. daß unsere Genossen da, wo die A.-G. die offizielle Organisation in der Hand hat, aus den bestehenden Wahlvereinen nicht austreten und 2. daß wir da, wo wir in der Mehrheit sind, die Arbeitsgemeinschaftler zum Austritt aus den Wahlvereinen veranlassen.

3. daß unsere Genossen in den alten Wahlvereinen, wo wir allein (ohne Arbeitsgemeinschaftler) der Mehrheit als Opposition gegenüberstehen, aus der Organisation sofort austreten und eigene Organisationen gründen.

Der erste Punkt bedarf kaum der Begründung. Es ist dies die Grundbedingung sowohl für wirksame Beeinflussung der neuen Partei wie für den Erfolg unserer eigenen selbständigen Aktion, auf die wir immer und vor allem bauen müssen.

Zu 2 ist folgendes zu sagen: Abgesehen von vielen anderen Gründen, die dagegen sprechen, hieße es, falls wir unter dem Belagerungszustand zur Gründung von eigenen Wahlvereinen schreiten, unsere besten und tätigsten Genossen der Polizei, dem Schützengraben resp. dem Zivilzwangsdienst ausliefern, schon ganz abgesehen davon, daß die Behörden unsere Wahlvereine unter den nichtigsten Vorwänden auflösen würden, da wir von der Säbeldiktatur, wie dies die Erfahrung zeigte, ganz anders als die A.-G. eingeschätzt werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß unsere Genossen in verschiedenen Orten sich in ganz verschiedener Lage der A.-G. gegenüber befinden. Trotz ihres schroff ablehnenden Standpunkts sind sie nicht überall imstande, aus Rücksicht auf ihre Anhängerschaft und ihren Einfluß, sofort den Trennungsstrich zu ziehen, ohne unsere eigene Bewegung ernstlich zu schädigen. Und zwar trifft das auf einige unserer stärksten Mitgliedschaften zu: auf Berlin, Leipzig, Magdeburg u. a. m. Unsere eigenen Genossen aus diesen Orten wären also zu einer sofortigen Absonderung nicht zu bewegen.

Für eine gemeinsame Partei sprechen andererseits dieselben Rücksichten, die für unser bisheriges Verbleiben in der alten Partei maßgebend waren: es gilt ebenso, die neue Partei, die größere Massen in sich vereinigen wird, als Rekrutierungsfeld für unsere Ansichten, für die entschiedene Richtung in der Opposition auszunutzen; es gilt ferner der A.-G. den geistigen und politischen Einfluß auf die Massen innerhalb der Partei selbst streitig zu machen; es gilt schließlich die Partei als Ganzes durch rücksichtslose Kritik, durch unsere Tätigkeit in den Organisationen selbst, wie auch durch unsere selbständigen Aktionen vorwärts zu treiben, eventl. auch ihrer schädlichen Einwirkung auf die Kasse entgegenzuwirken.

Da der Vorstand der A.-G. in seinem Aufruf die bereits bestehenden und neu zu gründenden oppositionellen Wahlkreisorganisationen auffordert, sich bei ihm sofort zu melden, bitten

wir unsere Genossen, überall da, wo sie in der Mehrheit sind und der Einladung der A.-G. Folge leisten wollen, dies in einem gleichlautenden Schreiben zu tun, dessen Entwurf wir folgen lassen:

Nachdem die A.-G., wenn auch unfreiwillig, den Weg betreten hat, den wir ihr längst als den einzig gangbaren empfohlen haben (zuletzt auf der Konferenz vom 7. Januar; siehe Punkt 8 unserer Forderungen betreffend „Die Schaffung eines offenen Schutz- und Trutzbündnisses"), halten wir es für möglich, obwohl wir auf dem Boden der entschiedenen Opposition stehen, uns an der von der A.-G. angekündigten Konferenz zu beteiligen.

Wir nehmen an, daß die Einladung zur Beschickung der Konferenz sich an beide Richtungen in der Opposition in gleichem Maße richte, wenn sie auch — wohl aus formellen Gründen — von dem Vorstand der A.-G. ausgeht, und daß die Konferenz erst zeigen soll, ob und unter welchen Bedingungen der organisatorische Zusammenschluß der beiden Richtungen in der Opposition zu einer Partei möglich und zweckmäßig ist.

Wir legen Wert darauf, daß unsere Genossen da, wo sie in der Minderheit sind und bei der Wahl der Delegierten zur Konferenz unterliegen, das obige Schreiben zu einer öffentlichen in der Versammlung abzugebenden Erklärung benutzen. Eine gleichlautende Antwort an die A.-G. resp. eine solche Erklärung unsererseits ist deshalb notwendig, weil die A.-G. in ihrer Verhimmelung der politischen Wahlorganisation sich direkt an die Wahlkreisorganisationen mit ihrem Aufruf wendet und daher unsere nicht offizielle Organisation formell übergeht.

Der gleiche Wortlaut unserer Antwort wird der A.-G. beweisen, daß bei uns offizielle und inoffizielle Organisation ein und dasselbe ist und daß wir uns als Richtung in einzelne Wahlkreise nicht zersplittern lassen, sondern als Ganzes in fest geschlossenen Reihen vorgehen.

Mit Parteigruß!

W. K.[1]

P. S. Weitere Mitteilungen lassen wir folgen. Wir bitten die Genossen, ganz besonders jetzt in regem Briefwechsel mit uns zu bleiben und uns rechtzeitig über die Situation und die Ansichten in ihrer Organisation zu informieren. Einige Mitgliedschaften, die in letzter Zeit keine Adresse für Briefe an uns hatten, bekommen sie nächstens.

[1] Abkürzung von W. Kraft (Pseudonym für Leo Jogiches).

Dokument 34.

Die Lehren des großen Massenstreiks.

Arbeiter! Genossen!

Der Massenstreik der Berliner Arbeiter ist vorbei — das Massenelend, die Massenentrechtung, der Belagerungszustand und der Völkermord dauern fort.

Und auch die Hungersnot!

Die Regierung hat zwar versprochen, den Ausfall an Brot durch reichliche Zuteilung von Fleisch und Kartoffeln auszugleichen. Das Volk solle es nicht schlimmer haben, als vor der Kürzung der Brotration. Ja, aber war denn unsere Ernährung vordem auch nur halbwegs ausreichend?! Hatten wir nicht den größten Mangel an unentbehrlichen Lebensmitteln zu ertragen? Haben wir nicht zusehen müssen, wie unsere Frauen und Kinder dahinsiechten, wie unsere Arbeitskraft — die einzige Quelle unseres Lebensunterhaltes — immer mehr schwand?

Wir haben uns also von der Regierung mit der Zusage des alten Elends abspeisen lassen!

Aber die Hauptsache ist, daß die Regierung gar nicht imstande ist, ihre Zusage einzuhalten, es sei denn unter Bedingungen, die uns mit Grauen und Entsetzen um die nahende Zukunft erfüllen müssen. Es gibt nämlich weder Kartoffeln noch Vieh genug in Deutschland, um die versprochenen Zulagen auf die Dauer gewähren zu können. Wenn es jetzt möglich wäre, die Arbeiter reichlicher zu versorgen, so wäre es doch ein unerhörtes Verbrechen gewesen, sie bis dahin am Hungertuch nagen zu lassen. Tatsächlich aber verheimlichen die Anstifter des Krieges dem Volke die Wahrheit.

Die Zusatzrationen können nur dann verabfolgt werden, wenn wir die Saatkartoffeln und das Zuchtvieh zu einem beträchtlichen Teile verzehren.

Betritt aber die Regierung — um sich vor dem Volkszorn und einer Revolution wie in Rußland zu retten — diesen Weg, so gehen Millionen deutsche Männer und Frauen schon im nächsten Winter dem nackten Hunger und Hungertod entgegen.

Die einzige Rettung aus dem Abgrund, in den die Regierung das Land hinabgestoßen hat, ist

die sofortige Herbeiführung des Friedens!

Die Regierung geht aber auf Länderraub aus, sie will keinen Frieden, der auch für die sogen. „feindlichen" Staaten annehmbar wäre. Und sollte sie den Frieden nach eigenem Herzen ge-

stalten und schließen dürfen, so würde er immer — das wissen wir alle nur zu gut — im Interesse des Militarismus und Imperialismus, der Junker- und Kapitalistenklasse und gegen die Lebensinteressen des deutschen Proletariats ausfallen. Daher ist es die dringendste Aufgabe der deutschen Arbeiter, den Frieden — ganz so, wie es jetzt unsere russischen Brüder tun — zu erzwingen und ihn den Interessen des internationalen Proletariats entsprechend zu gestalten, damit wir unsern Frieden und nicht den Frieden der Imperialisten haben.

Es galt daher, den Massenstreik zu einem millionenstimmigen Ruf nach Frieden anschwellen zu lassen, der in den Kasernen und Schützengräben wie ein zündender Funke gewirkt hätte; es galt für Berlin, unbeugsam im Kampfe auszuharren, bis das ganze Proletariat im Reiche sich um die Berliner Arbeiterschaft geschart hätte; es galt, eine neue Massen- und Kampforganisation zur Erringung des Friedens und der Freiheit im Gefecht selbst zu schaffen; und vor allem galt es, die Ernährungsfrage dem Friedenskampf ganz unterzuordnen, da jene mit diesem unlösbar verbunden und für sich allein gar nicht gelöst werden kann. Statt dessen haben sich die streikenden Massen hinters Licht führen lassen. Statt die große politische Friedensfrage in ihrer ganzen Tragweite aufzurollen, ließen sie sich auf das enge Gebiet der Verhandlungen über die Kartoffel- und Fleischzulagen locken. Und zu den hundert behördlichen und bürgerlichen „Kommissionen", die bereits seit bald drei Jahren an der Unterernährung des Volkes erfolglos herumdoktern, fügten sie eine neue „ständige Kommission" aus Arbeitern mit den Herren Cohen, Koersten und Siering an der Spitz hinzu, der die Regierung gnädigst das Recht zugestanden hat, im Notfall bei der hohen Obrigkeit „beschwerdeführend" „vorstellig" zu werden und unter obrigkeitlicher Leitung in die wirtschaftliche Lage „Einsicht zu nehmen". Als ob die Beschwerden ohne ständige Kampforganisation und Kampfbereitschaft der Massen zu etwas führen könnten, als ob die Arbeiterkommission die Möglichkeit hätte, die Angaben der Geheimräte vom Ernährungsamt irgendwie zu prüfen!

Auch hier also das Zugeständnis der Regierung nichts als eine hohle Nuß!

Arbeiter! Genossen! Der soeben beendete Kampf ist nur der Anfang einer Reihe schwerer Kämpfe, die unser harren. Und deshalb ist es geboten, sich die begangenen Fehler mit aller Offenheit und Rücksichtslosigkeit einzugestehen und vor Augen zu halten. Woran lages, daß die Bewegung nicht schon auf den ersten Anlauf hin zum Ziele gelangen konnte?

Vor allem — zweifellos — an der Unklarheit bei großen Teilen der breiten Massen über das Ziel selbst und die Mittel

zu seiner Erreichung. Dann aber daran, daß wir es nicht vermochten, den politischen Massenstreik, der sich gegen die Regierung und die durch den Krieg geschaffene Lage richtete, von den hergebrachten gewerkschaftlichen Kämpfen zu unterscheiden, bei denen die Gewerkschaftsinstanzen als anerkannte und berufene Führer der Arbeiter fungi--en. Nur deshalb konnten Individuen wie ein Siering, Körsten und der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, der sattsam bekannte und berüchtigte Cohen, es wagen, die Zügel der Bewegung zu ergreifen.

Denn in der Tat, was hatten die offiziellen Gewerkschaftsinstanzen, die Herren Cohen und Konsorten, mit der Massenauflehnung der Arbeiter zu tun, daß sie das maßgebende Wort mitsprechen durften?!

Zahlen etwa die Gewerkschaften eine Entschädigung für die Streiktage? Waren es die Gewerkschaftsführer, die die Massen zum Ausstand aufgefordert haben? Oder sind diese drei Herren begeisterte Anhänger des politischen Massenstreiks? Mit nichten! Das Gegenteil von alledem ist der Fall. Die Gewerkschaftsinstanzen suchten der Bewegung mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Seit Jahr und Tag toben und wüten sie in Versammlungen, Presse und Flugblättern gegen die „Streikapostel" und „Aufwiegler", sie drohten den Arbeitern mit dem Schützengraben, sie verleumdeten die Anhänger der Massenaktion als „Agenten der feindlichen Regierungen" und handelten selbst wie freiwillige Agenten des Berliner Polizeipräsidiums.

Und trotzdem duldeten die Streikenden, daß die drei „Durchhalter", diese Stützen des Burgfriedens und geschworenen Feinde des Massenstreiks, mit den Behörden verhandelten und in der „ständigen Kommission" als Vertreter der Arbeiter Sitz und Stimme erhielten!

Arbeiter! Genossen! Wir haben den Bock zum Gärtner bestellt!

Die drei Judasse haben sich an die Spitze der Bewegung gestellt, nur um dem Massenstreik das Genick zu brechen, um den Kampf auf falsche Bahnen hinüberzuleiten und die Bewegung im ganzen zu verzetteln. Die Regierung brauchte weder Maschinengewehre noch ihre Polizistenscharen in Aktion treten zu lassen. Die drei haben die schmutzige Arbeit übernommen: die kämpfenden Arbeiter durch niederträchtige Hinterlist zu überwältigen.

Aber so darf es nicht bleiben! Die begangenen Fehler müssen gutgemacht werden:

1. Die drei „Durchhalter" müssen aus der „ständigen Kommission" entfernt werden. Letztere ist nicht von Gottes Gna-

den, sie wurde von der Obmännerversammlung gewählt, und diese Versammlung kann eine neue Kommission einsetzen, wobei außer der Metallindustrie auch die Arbeiterschaft anderer Branchen eine Vertretung in der Kommission haben soll.

2. Unabhängig von dieser Kommission, der für den weiteren Kampf wenig Bedeutung zukommt, ist es dringende Aufgabe, eine besondere Massenorganisation der Berliner Arbeiterschaft zum Kampf für den Frieden ins Leben zu rufen. Die dazu stehenden Arbeiter eines jeden Betriebes hätten dann ihre Delegierten zu wählen. Die Delegierten müßten einen Ausschuß einsetzen, dem die Leitung des Massenkampfes und der Massenaktionen übertragen werden soll.

Arbeiter! Genossen! Dies ist der einzige Weg, der zum Ziele führt: durch Kampf, durch Massenstreik zum Sieg! Und dazu ist vor allem eine Kampforganisation notwendig.

Trotz der begangenen Fehler ist und bleibt der Massenstreik vom 16. und 17. April ein Ruhmesblatt und ein Markstein in der Geschichte des deutschen sozialistischen Proletariats. Ohne Belagerungszustand — vielmehr trotz desselben —, ohne Zwangsgesetze und militärische Disziplin hat sich eine Proletariermasse von über 300 000 Arbeiterinnen und Arbeitern — was einer Stärke von 10 Armeekorps entspricht — in wunderbarer Einmütigkeit und Ordnung von selbst mobilisiert. Die verlogenen Berichte in der bürgerlichen Presse, die schlotternde Angst der Regierung, die verlogene Botschaft des Abgottes der Imperialisten, Hindenburgs sind der beste Beweis dafür, wie sehr sich die Feinde der Arbeiter vor der neuen Waffe fürchten. Das in der offiziellen Arbeiterbewegung von den Instanzen verpönte und gehaßte Prinzip der selbständigen Massenaktion ist auf der ganzen Linie zum Durchbruch gekommen und hat gesiegt; neue gewaltige Ausblicke eröffnen sich für die Arbeiterbewegung in Deutschland.

Das war der erste große Massensturmlauf der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft. Am 1. Mai wird der zweite Sturmlauf folgen.

Arbeiter! Rüstet zum 1. Mai! An diesem Tag soll in den Werkstätten und Fabriken die Arbeit vollständig ruhen! Auf zum Kampf für Frieden, Freiheit, Brot!

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will!

Nieder mit dem Krieg!
Nieder mit der Regierung!

Dokument 35.

Weniger Brot, keine Rechte, neue Steuern!

Die Komödie im preußischen Landtag hat das Ende genommen, das zu erwarten war:

Die Wahlreform ist abgelehnt!

Sogar die Regierungsvorlage, dieses schamlose Zerrbild eines gleichen Wahlrechts, ist von den Junkern mit einem Fußtritt auf die Seite geschoben worden.

Die Arbeiter sind gut genug, um sich als Kanonenfutter hinmorden zu lassen oder in den Munitionsfabriken zu rackern. Die Arbeiterfrauen sind gut genug, um mit ihren Kindern „fürs Vaterland", d. h. für die Taschen der Kriegslieferanten, zu hungern. Aber gleiche Rechte? Darüber haben die Junker und Kapitalisten nur Hohngelächter.

Das ist der Lohn des deutschen Proletariats, des deutschen Soldaten für seinen Kadavergehorsam. Diese Fußtritte der herrschenden Klasse hat er sich reichlich verdient durch seine Schergendienste gegen die Revolution in Rußland, in der Ukraine, in Finnland, in Polen, in den Baltenländern. Der Peitschenknall der Reaktion in Preußen-Deutschland ist der Judaslohn des deutschen Arbeiters dafür, daß er die revolutionären Proletarier im russischen Reich und seinen Randstaaten erdrosseln half. Indem die deutschen Soldaten in andere Länder Knechtschaft und Ruin tragen, errichteten sie für sich selbst in Deutschland ein Joch der Reaktion. Indem sie andere Völker in Ketten schlagen, schmieden sie eine Kette für den eigenen Hals. Mit jedem neuen „Siege" draußen befestigen sie die Macht der Junker und Kapitalisten daheim, und diese schwingen nun ihre neunschwänzige Katze der Unterdrückung und Ausbeutung über die deutschen Volksmassen.

Und die Regierung? Sie steckt mit den Volksfeinden unter einer Decke. Sie ist ja nur ihr Geschäftsführer. Sie denkt nicht daran, mit der Wahlreform Ernst zu machen. Sie hat ganz andere Gaben für das arbeitende Volk:

die gekürzte Brotration,

das ist, was sie uns statt der Volksrechte gibt!

Schon bis jetzt mußten sich Arbeiterfamilien, Proletarierkinder mühsam durchhungern, jetzt sollen sie vollends am Hungertuch nagen.

Und dazu die

3 Milliarden indirekte Steuern,

die in der Hauptsache auf das arbeitende Volk abgewälzt werden. Während Junker und Kapitalisten dank dem Kriege Mil-

liardengeschäfte machen und ihre Taschen füllen, sollen die Kosten des Krieges der Masse der Armen und Aermsten aufgebürdet werden!

Und dazu der Krieg ohne Ende, das Morden ohne Ende und ohne jede Aussicht auf ein baldiges Ende. Der „deutsche Sieg", die militärische Entscheidung, die man dem Volke vorgaukelt, sind eitel Schwindel. In diesem Kriege kann nur eins erreicht werden: ein völliges Verbluten auf beiden Seiten, ein Zusammenbruch, Ruin, Welthunger, Untergang aller Kultur. Etwas anderes ist nicht zu erwarten, und Jahr um Jahr vergeht im Gemetzel. Frühlingsoffensive folgt auf Frühlingsoffensive, Winterfeldzug auf Winterfeldzug. Millionen auf Millionen fallen blühende Menschenleben, Leichenhügel wachsen zu Bergen an. In der Heimat immer ärgerer Hunger und Bedrückung der Volksmassen. Und all das wozu? Um einer Handvoll Junker und Kapitalisten die Tasche zu füllen und für deutsche Fürsten und Fürstlein in unterjochten Ländern neue Throne zu errichten!

Deutsche Arbeiter! Wollt ihr diese Schmach, diesen Wahnsinn ohne Ende hingehen lassen? Rafft euch auf zum Kampf! Es liegt doch einzig und allein an der großen Volksmasse, dem Gemetzel ein Ende zu machen — in Deutschland, wie auch drüben in Frankreich, in England wie in Italien.

Heraus zum Massenkampf um Frieden und Freiheit! Mag es auch Zuchthausstrafen regnen. Besser im Zuchthaus um Freiheit und Sozialismus schmachten, als draußen Schergendienste als Mordknecht leisten. Man mag uns, wenn wir für den Frieden demonstrieren, mit blauen Bohnen traktieren. Lieber im Kampf um Befreiung der Menschheit fallen, als im niederträchtigen Gemetzel im Dienste des Imperialismus. Wir haben nichts mehr zu verlieren.

Arbeiter, Proletarierinnen! Genug des Kadavergehorsams und der Dienste als Gendarmen der Knechtschaft. Jetzt gilt es, den französischen, englischen, italienischen Arbeitern mit dem Beispiel des revolutionären Klassenkampfes voranzugehen, sie durch unser Vorgehen mitzureißen, gemeinsam mit ihnen der blutigen Orgie des Krieges ein Ende zu machen.

Unsere Antwort auf die Verhöhnung der preußischen Wahlreform, auf die gekürzte Brotration, auf die neuen Milliardensteuern, auf die deutsche Schreckensherrschaft in der Ukraine muß sein:

M a s s e n k a m p f u m d e n F r i e d e n !

Unser Ruf ist:

Es lebe der internationale Sozialismus, die Völkerverbrüderung, die Völkerbefreiung!

Nieder mit dem Kriege!

Nieder mit der Reaktion!

Folgt ihrem Beispiel!

Die deutschen Arbeiter fangen endlich an, zu erwachen und sich auf sich selbst zu besinnen. Noch gibt es wahre Helden im deutschen Proletariat, wenn sie auch vorerst vereinzelt auftreten. Aus seinen eigenen Reihen sind sie vereinzelt hervorgegangen. Keine Kommandohelden, die auf Befehl von oben die Proletarier anderer Länder abwürgen. Nein, Helden aus eigener selbstwilliger Entschließung, die für ihre Klasse und den Sozialismus ihr Leben als Einsatz boten: wir meinen

die revolutionären Matrosen von Wilhelmshaven!

Freilich: ihr revolutionärer Wille hat noch nicht zum Ziele geführt. Aber der deutsche Militarismus wurde doch von ihnen an seinem innersten Mark getroffen. Das beweist die furchtbare Rache der militärischen Gewalthaber. Zwei unserer Genossen, die Matrosen Reichpietsch und Cöbes, wurden von einem kommandierten Standgericht

zum Tode verurteilt und erschossen,

und über etwa 50 Matrosen wurden

400 Jahre Zuchthaus

verhängt. Doch diese Opfer sind nicht umsonst gebracht. Die rebellischen Matrosen von Wilhelmshaven haben ihren Klassengenossen ein Signal und ein Beispiel gegeben:

Deutsche Arbeiter, handelt ebenso wie wir, dann wird der Menschheit ein sozialistischer Frieden beschieden sein. Aber nur dann, denn ein solcher Frieden kann nur erkämpft werden! —

das ist ihr schlichtes Testament.

Die deutsche Arbeiterklasse soll dieses Testament erfüllen; sie soll ebenso handeln wie ihre Blutzeugen.

Unbeirrt gingen unsere Freunde in den Tod und ins Zuchthaus. Ein jeder ein Held seiner Klasse, keiner hat gewankt. Die Abschiedsworte, die uns einer unserer Freunde schickte, bevor er in die Nacht des Zuchthauses von Celle untertauchte, mögen dies bezeugen. Ein Mensch spricht hier zum letzten Male zu seinen Brüdern, für die er sich geopfert:

„Werter Genosse! Nunmehr haben auch unsere Marine-Kriegsverratsprozesse ihren tragischen Abschluß gefunden. Außer den bekannten Matrosen, die bereits im Zuchthaus ihre unerhört hohen Zuchthausstrafen verbüßen, und den beiden erschossenen Kameraden Reichpietsch und Cöbes, müssen nunmehr auch wir auf zehn Jahre ins Zuchthaus wandern. So daß nun insgesamt 400 Jahre Zuchthaus durch die Sucht der Kriegsgerichtsräte Dr. Dobring, Lösch usw. verhängt worden sind.

Ich trete nun, angesichts meines Abtransportes, an Sie mit folgender Bitte heran: Da ich der einzige Ernährer meiner armen Familie auch bis jetzt als Soldat war und mit meiner Löhnung sie unterstützte, nun aber, durch das verhängnisvolle Urteil auf ein Jahrzehnt hinaus meine Lieben nicht mehr ernähren kann, so bitte ich Sie, vielleicht aus Parteimitteln, um eine Unterstützung meiner Angehörigen. Seien Sie überzeugt, nie würde ich eine solche Bitte an Sie richten, wenn ich nicht gezwungen würde, infolge dieser barbarischen Strafe meine arme Mutter vor Elend und Untergang zu retten. Ich gehe vertrauensvoll ins Zuchthaus und will da gleich meinen anderen Genossen und Kameraden hungern und schmachten, wenn ich nur das Bewußtsein mit mir nehmen kann: für meine Angehörigen hat man dennoch etwas Mitleid übrig.

Indem ich hoffe, daß Sie meinem Wunsche hoffentlich, nach eingehender Prüfung, nachkommen werden und auch für uns Zuchthäusler, die wir für die Sache unserer Ueberzeugung gefallen sind, ein Erbarmen und Gedenken kennen, zeichne ich mit Parteigruß

N. N.

Zur Zeit auf dem Transport nach dem Zuchthaus."

Dieser schlichte Appell unseres lebendig begrabenen Freundes an das Solidaritätsgefühl seiner Parteigenossen wird nicht ungehört verhallen. Treue gegen Treue! Die deutsche Arbeiterklasse wird die Familien ihrer Blutzeugen nicht dem Elend überlassen. Nein, es wird auch diese selbst eines Tages aus den Zuchthäusern wieder herausholen.

Dafür zu sorgen, daß dieser Tag nicht allzu ferne ist, das ist die Pflicht eines jeden sozialistischen Arbeiters und einer jeden sozialistischen Arbeiterin!

Dokument 37.

Der rote Schrecken.[1]

Mit dem Sturm auf die Brotläden Petersburgs und anderer Großstädte des zaristischen Reiches begann die russische Revolution. Militär feuerte auf die Volksmassen, und in gewaltigen Streiks in den industriellen Großbetrieben, Munitionsfabriken und Werften, mit neuen Stürmen auf die Lebensmittelgeschäfte pflanzte sich die Bewegung fort. Die würdige Duma, ängstlich geworden um die Weiterführung der glänzenden Kriegsgeschäfte, besorgt, daß die Stürme der Massen den heiligen vaterländischen Kriegsprofit den Hals abschneiden könnten, setzte sich an die Spitze der Regierung, um sie in andere Bahnen abzuleiten, um sie schließlich zu erdrosseln. Die Armee ging teilweise zu ihr über, der Zar wurde abgesetzt, die Herren um Miljukow fühlen sich als Herren der Situation. Auf wie lange?

[1] Hamburger Flugblatt.

Nach Brot und Frieden verlangt das Volk, seine entfesselte Gewalt schickt sich an, mit den Miljukows aufzuräumen, wie sie den Zaren vom Thron fegte.

Deutschland ist nicht Rußland. In Deutschland herrscht der „Burgfriede", die „nationale Einmütigkeit", der „geschlossene Wille durchzuhalten bis zum endgültigen Siege" — und wie die erhabenen Gefühle sonst noch heißen mögen, deren Existenz uns die Trabanten der heiligen Dreieinigkeit von Militaristen, Großkapitalisten und angeblichen Sozialisten täglich verkünden.

Aber auch in Deutschland hungert das Volk, auch in Deutschland verlangt es dringend, mit jedem Tag dringender, den Frieden!

Und weil es hungert, und weil es den Frieden verlangt, während der schamloseste Kriegswucher ihm die notwendigsten Lebensmittel verteuert, die brutalste Militärdiktatur ihm die Möglichkeit, seinen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen, unterbindet, während die Prozentpatrioten eifrig an der Verewigung des Krieges arbeiten, deshalb ist auch in Deutschland, in Hamburg, Hannover, Halle und anderen großen Städten das Volk auf die Straße gegangen und hat sich einen Teil der Brotvorräte angeeignet, die eine unfähige und gegen die Not der Massen gleichgültige Verwaltungsmaschinerie ihm vorenthielt.

Es war ein Auftakt zu dem, was kommen kann und kommen muß; nur ein Menetekel, den Herrschenden aus hungrigen Kehlen zugeschrien, nur ein Notwehrakt gegenüber dem drohenden Hungertod. Noch hat sich das Volk in der Defensive gehalten, noch hat es sich begnügt, den rein menschlichen Trieb, dem Hungertode zu entgehen, mit den primitiven Mitteln zu befriedigen, die ihm der Augenblick eingab.

Wie aber, wenn aus der rein menschlichen Begierde, den Hunger zu stillen, der politische und soziale Wille hervorbricht, aus eigener Kraft den Frieden zu erzwingen, den eine verbrecherische Kriegspolitik uns vorenthält?

Wie, wenn die Arbeiterklasse, ihrer politischen und sozialen Stellung in der Gesellschaft sich bewußt, in Industriebetrieben, Munitionsfabriken und Werften die Bewegung fortsetzt und steigert, zu der der Sturm auf die Brotläden den harmlosen Auftakt bildet?

Auch in Deutschland hungert das Volk und verlangt den Frieden, und im Nachbarreich Rußland herrscht die Revolution und gibt Anschauungsunterricht darüber, was die Proletarier wollen müssen und was sie erreichen können.

Alle konterrevolutionären Mächte geraten in bestürzte Bewegung. Die Panzerplattenpatrioten und Lebensmittelwucherer erzittern um den dreimal heiligen Kriegsprofit. Und mit geladenem Gewehr zogen in den Tagen nach dem Hungersturm

die Militärpatrouillen durch die Straßen. Polizeiabteilungen hielten sich in den Kellern und Stallungen der Villen versteckt, verborgen, um die erhamsterten Vorräte der Durchhalte-Patrioten vor den hungernden Magen und kräftigen Fäusten der Proletarier zu schützen. Die Behörden aber haben festgestellt, daß Fehler des Kriegsversorgungsamtes schuld gewesen sind an den Brotkrawallen, und sie haben sogar die Brotrationen erhöht.

Wie rasch und wie leicht duch hungrige Magen und kräftige Fäuste, wenn sie zeigen, daß sie da sind, durch den zum Ausdruck gelangten Willen zur Tat, die Erkenntnis unserer erleuchteten Behörden zu steigern vermögen.

Aber, wenn auch — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb — Regierungsbehörden sich belehren lassen; eine Instanz gibt es in Hamburg, die unbelehrbar ist, die nicht sehen kann, was geschieht, weil sie nicht sehen will; diese Instanz, durch ihre Unfähigkeit zu erkennen, der Gipfel der Niedertracht, ist das Hamburger Echo, das aus einem von der Arbeiterklasse zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegründeten sozialdemokratischen Organ längst zur Abflußröhre des Altonaer Generalkommandos geworden ist. Jede selbständige Regung der Volksmassen ist diesem sozialdemokratischen Denunziantenblatt naturgemäß ein Greuel. Könnte doch, wenn durch eine Erhebung der Volksmassen die festesten Säulen des Staates und der „Ordnung" ins Wanken geraten, auch die eigene über alles geliebte Futterkrippe umgestoßen werden. Wurden nicht schon häufig, allzu häufig Organe der Arbeiterklasse brutal von der Staatsgewalt unterdrück?t Und ihre Spuren schrecken die „Aestheten" vom Schlage eines Emil Krause und die verdatterten Bierbankpatrioten und politischen Kannegießer vom Schlage eines Stolten.

Mögen sie tun, was sie nicht lassen können. Mögen sie weiter, ihrer Natur getreu, warnen, beschwören, denunzieren und schweifwedeln, mit kriechender Hundedemut die Geschäfte der Militärkamarilla besorgen. Ohne sie und gegen sie werden Die Massen der Arbeiterschaft die Bahn beschreiten, die zum Siege führt.

In Rußland fegt der Märzensturm der Revolution den zarischen Unrat und hoffentlich bald auch die Kriegsverlängerer hinweg.

Auch in Deutschland ist das Proletariat zum Willen, zur Tat erwacht und grüßt die Brüder an der Newa, die das Banner der Internationale aus dem Kot der Kriegsgreuel emporgehoben haben, daß es lustig flattert im frühlingsschwangeren Märzenwinde, ein leuchtendes Fanal den Proletariern aller Länder.

Dokument 38.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

1½ Millionen Tote, 3 Millionen Verkrüppelte und Verwundete ½ Million Vermißte, das ist bis heute das Ergebnis des Krieges in Deutschland. Hinter der Front sind als Folgeerscheinung des Krieges zwei Millionen Menschen weniger geworden, eine Million mehr gestorben. Hunderttausende sind außerdem in ihrer Lebensfähigkeit so schwer geschädigt, daß ihre Lebensdauer erheblich verkürzt ist. Die Reichen sind durch den Krieg noch reicher, die Armen noch ärmer geworden. Die Lebensdauer des Arbeiters war wegen Unterernährung und angestrengtester Arbeit schon vor dem Kriege viel geringer als die des Bourgeois. Die Klassengegensätze haben sich während des Krieges noch gewaltig verschärft. Die Unterschiede in der Lebenshaltung zwischen Besitzenden und Besitzlosen ebenso. Aber an dem Bewußtsein des deutschen Arbeiters ist all dies spurlos vorübergegangen und die deutsche Arbeiterklasse trägt ächzend und stöhnend die Lasten des Krieges. Trotz Blutopfer und permanenter Hungersnot — herrscht politische Grabesruhe.

In Rußland haben Arbeiter und Bauern, geführt von international gesinnten und international handelnden Sozialdemokraten, die alte zaristische Regierung gestürzt und die Leitung ihrer Geschicke selbst in die Hand genommen. Die russische Revolution ist am Werk, dem drei Jahre rasenden Völkermorden ein Ende zu machen.

In Deutschland bewilligen die Scheidemänner nach wie vor die Kriegskredite und lügen die offenen und versteckten Annexionsreden der Regierung und der herrschenden Parteien in Friedensschalmeien um. Die Arbeiterschaft steht diesen Dingen gleichgültig, in völliger politischer Ohnmacht und Einflußlosigkeit gegenüber.

In Rußland, dem „rückständigen Rußland", das angeblich nur vermittels der deutschen Bajonette vom Zarismus befreit werden konnte, in Rußland, wo das Proletariat nur ungefähr den fünften Teil der Gesamtbevölkerung ausmacht, in diesem Rußland beherrscht heute der Arbeiter- und Soldatenrat die imperialistische, den Krieg verlängernde bürgerliche Clique und hat schon heute Hunderttausenden russischen und deutschen Proletariern das Leben gerettet, indem es durch seine revolutionäre Aktion gleich nach der Niederwerfung des Zarismus den Krieg an seinen Fronten für einige Monate tatsächlich zum Stillstand gebracht hatte.

Deutschland mit seinen großen Organisationen und seinen 4½ Millionen sozialdemokratischen Wählern, kann demgegenüber nichts wie ohnmächtiges Stöhnen und Jammern über die

Hungersnot und die anderen Begleiterscheinungen des Krieges aufweisen. In demselben Deutschland, wo die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, ist die bestorganisierte Arbeiterschaft der Welt nichts weiter als der Gefangene der Regierung und läßt sich von jedem Unteroffizier und Polizeibüttel mit Zensur und Belagerungszustand auf das menschenunwürdigste schinden und plagen. Es gibt seine Männer und Jünglinge willig den Herrschenden als Kanonenfutter, seine Mütter, Frauen und Mädchen dem Hunger, dem Siechtum und Massensterben preis. Wie ein gut dressierter Hund apportiert es schweifwedelnd den Stock, mit dem es täglich und stündlich geprügelt wird.

Der russische Arbeiter- und Soldatenrat erläßt einen Aufruf an das Proletariat der Welt, womit er sich vor allem an die deutschen Arbeiter wendet und sie auffordert, ihre Regierung sofort zu zwingen, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Völker abzuschließen. Der Aufruf ist nicht nur ein Stück Papier wie die Aufrufe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor und während des Krieges. Nein! Der Rat der Arbeiter und Soldaten hat die provisorische Regierung gezwungen, dem Aufruf bedingungslos beizutreten. Die imperialistischen Offiziere und Großkapitalisten wollten mit den Engländern und Franzosen durch dick und dünn gehen, um gemeinsam Eroberungen zu machen. Der Arbeiter- und Soldatenrat legte Widerspruch dagegen ein. Er verlangt nachdrücklichst von England und Frankreich, daß sie auf alle Eroberungen und Kriegsentschädigungen auf Kosten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei verzichten, und daß Frieden geschlossen wird, sobald Deutschland seinerseits auf Länderraub und Ausplünderung der Völker verzichtet. Nur bis dahin und nur, um die junge russische Freiheit zu verteidigen, beteiligt sich jetzt das neue Rußland am Kriege.

In Deutschland entblöden sich Sozialdemokraten nicht, es als einen großen Erfolg hinzustellen, daß die Regierung die Soldaten nicht mehr wie bisher bei Strafverwirkung anbinden will. — In Rußland räumt die revolutionäre Arbeiterklasse mit dem ganzen militärischen Kadavergehorsam auf und schafft ein wirkliches Volk in Waffen, das frei wie der Falke in der Luft seine Macht vor allem gegen seine inneren Feinde und Bedrücker anwendet.

Das deutsche Volk läßt seine besten Kämpfer, wie Karl Liebknecht, Friedrich Adler und tausend andere in die Zuchthäuser und Gefängnisse einsperren und dort verderben. Rußlands Proletariat öffnet die Zwingburgen des Zarismus, holt seine besten Frauen und Männer aus den Zuchthäusern und dem

Exil, stellt sie an seine Spitze und sperrt den Zaren und seine Henkersknechte in die freigewordenen Gefängnisse.

In Deutschland wird der bloße Versuch, sich am Leben zu erhalten, mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft. Der arme Teufel, der aus Hunger ein Stück Brot mehr kauft, als ihm zugewiesen ist, wird bestraft. Die Kriegshetzer und Kriegswucherer gehen frei aus und mästen sich von der Not der Armen. Russische Arbeiter jagen ihre Minister zum Teufel, wenn sie nicht den Anforderungen der Arbeiter nach schnellem Friedensschluß nachkommen. Die deutschen Arbeiter lassen sich widerspruchslos die Hetzereien der Kriegstreiber gefallen. Sie lassen sich Hundsfötter schimpfen, wenn sie von ihrem Recht auf Arbeitseinstellung Gebrauch machen. Die russischen Arbeiter zwingen durch ihre Arbeitseinstellungen der Regierung ihren Willen auf. Die russische Arbeiterklasse hat durch ihren opferreichen Kampf sich und der ganzen Menschheit Wege zur Freiheit erschlossen.

Trotz der gewaltigen Opfer, die die russische Arbeiterklasse in ihrem revolutionären Kampfe dargebracht hat, sind diese Opfer verschwindend gering gegen die Opfer, die das Weiterrasen der Kriegsfurie kostet.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Laßt uns dasselbe tun! Mit einem Bruchteil der Opfer, die jetzt alltäglich im Westen in dem mörderischen Kriege fallen, und derer, die als Opfer des Krieges an Hunger und Seuchen im Hintergrund sterben, können wir, deutsche Arbeiter, das gleiche wie die Russen erlangen. Die deutsche Arbeiterklasse hat vor dem Kriege gewaltige Kämpfe geführt. Die Früchte dieser Kämpfe waren im günstigsten Falle einige wenige Pfennige mehr Arbeitslohn. Streiks und Arbeitseinstellungen von gleicher Zähigkeit und Geschlossenheit bringen uns in der gegenwärtigen Zeit nicht nur kleine Erfolge, sondern das Ende des Völkermordens, bringen den Sturz der deutschen Regierung und der Ausbeuterherrschaft. Sie bringen Frieden, Brot und Freiheit dem ganzen internationalen Proletariat. Die Arbeiterschaft war nie mächtiger als jetzt im Krieg, wenn sie geschlossen, solidarisch handelnd und kämpfend sich betätigt, die herrschende Klasse nie sterblicher. Die Herrschenden haben den Krieg zur Aufrechterhaltung und zum weiteren Ausbau ihrer Herrschaft entfesselt. Sie sind außerstande, den begonnenen Krieg zu beenden.

Nur die deutsche Revolution kann allen Völkern den heißersehnten Frieden und die Freiheit bringen!

Die siegreiche russische Revolution im Bunde mit der siegreichen deutschen Revo-

lution sind unbesiegbar. Von dem Tage an, wo unter den revolutionären Schlägen des Proletariats die deutsche Regierung samt dem deutschen Militarismus zusammenbricht, beginnt ein neues Zeitalter, in dem Kriege, kapitalistische Ausbeutung und Bedrückung für immer verschwinden müssen.

Ein anderer Ausweg ist nicht mehr möglich. Versagt das deutsche arbeitende Volk in dieser schicksalsschweren Zeit, dann rast die Kriegsfurie weiter, der Hunger bringt uns in Jahresfrist den materiellen wie den militärischen Zusammenbruch. Not und Bedrückung in noch gesteigertem Umfange, vor allem für die arbeitenden Klassen, ist dann die Folge des Sieges der gleichfalls ausbeutenden Ententemächte über die unterlegenen Mittelmächte. Die Stunde ist da, von der es heißt:

Und setzt ihr nicht das Leben ein,
Nie wird euch das Leben gewonnen sein!

Dokument 39.

Die Stunde der Entscheidung!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

In Rußland hat die Stunde der Entscheidung geschlagen. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte wird hier von einer proletarischen Masse der Versuch gemacht, die politische Macht im Staate an sich zu reißen. Mit einem Heldenmute sondergleichen, ohne Opfer zu scheuen, ohne das eigene Herzblut zu sparen, kämpfen jetzt die russischen Proletarier, auf das Bauerntum gestützt, um die Aufrechterhaltung und Befestigung ihrer soeben erlangten Herrschaft im Staat. Das Ziel das sie dabei verfolgen, ist ein doppeltes:

Ein Ende mit dem Völkermord,
ein Anfang mit der Verwirklichung des Sozialismus.

Schwierigkeiten, Widerstände, Gefahren türmen sich um sie bergehoch von allen Seiten. Im Innern des Landes der grimmige Widerstand der russischen Bourgeoisie und des Junkertums, geheime und offene Ränke der Reaktion, Hunger, Not und Desorganisation der ganzen Staatsmaschine, draußen aber vor dem Tor deutsche Kanonen und deutsche Maschinengewehre, von der Hand deutscher Arbeiter gegen das revolutionäre Rußland gerichtet. Während in Petersburg und Moskau russische Arbeiter um die höchsten Ziele der Menschheit ringen, halten die deutschen Arbeiter auf Befehl des deutschen Imperialismus die Wacht der Knechtschaft auf russischem Gebiet. —

Ueber all den Graus und das Toben des Völkermordens hinweg ergeht an das Weltproletariat der Ruf der russischen Arbeiter: Nieder mit dem Kriege, sofortigen Waffenstillstand und Frieden! Die proletarische Regierung in Petersburg hat an alle am Kriege beteiligten Völker einen Aufruf zur sofortigen Einleitung von Friedensverhandlungen gerichtet. Die Junkerregierung in Berlin ist auf diesen Vorschlag eingegangen. Und jetzt werden zwischen Vertretern Rußlands und Deutschlands Verhandlungen über einen Waffenstillstand gepflogen, dem die Verständigung über einen endgültigen Friedensschluß folgen soll.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Auch für das deutsche Proletariat schlägt nunmehr die Stunde der Entscheidung. Seid auf der Hut! Denn gerade durch diese Verhandlungen beabsichtigt die deutsche Regierung, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, das Elend und den Jammer des Völkermordens noch zu verlängern und zu verschärfen.

Zwar trägt die Regierung, seitdem sie die Hoffnung auf einen entschiedenen Sieg über den Gegner verloren hat, die Maske der Friedensliebe. Zwar tritt sie jetzt sogar als Freundin der russischen Revolutionäre auf, derselben „Verschwörer", die sie als Handlangerin des russischen Zarismus jahrzehntelang wie ein Wild hetzte und sie auch jetzt — wenn sie nicht in der Klemme wäre — am liebsten vor der Mündung ihrer Kanonen sehen würde. Zwar spiegelt die deutsche Regierung, die in ihrem eigenen Hause die fremden Nationen: die Polen, die Dänen, die Elsaß-Lothringer in der brutalsten, rohesten Weise unterdrückt und mißhandelt, jetzt vor, das staatliche Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Russisch-Polens, Kurlands und Litauens aufrichtig anerkennen zu wollen. Aber dieser Maske dürfen wir keinen Augenblick Glauben schenken. Das Raubtier verleugnet nie seine Natur. Die Regierung und die deutschen Imperialisten verfolgen nur durch neue Mittel ihre alten Ziele. Unter dem Deckmantel des Selbstbestimmungsrechts der Nationen sollen aus den besetzten russischen Provinzen Zwergstaaten geschaffen werden, damit sie — zu einer Scheinexistenz verdammt und von den deutschen „Befreiern" politisch wie wirtschaftlich abhängig — später bei der ersten günstigen Gelegenheit, nachdem Deutschland und Oesterreich-Ungarn ihre Pranken aus dem Eisen des Weltkrieges befreit haben, von ihnen regelrecht verspeist werden können.

Das Ziel, das die deutsche Regierung verfolgt, ist eine verkappte, durch das Selbstbestimmungsrecht nur schlecht verschleierte Annexion dieser Gebiete.

Vor allem aber hofft die deutsche Regierung, das zermürbte, innerlich zerrüttete und geschwächte Rußland

zu einem Separatfrieden

zu zwingen, und sie redet dem deutschen Volk ein — um seine Empörung und seinen Kriegsunwillen zu bezwingen —, daß dieser Teilfriede uns dem allgemeinen Frieden näher bringen werde.

Arbeiter, diese Behauptung ist Lug und Trug!

Ein Separatfrieden mit Rußland wird die Kriegsfurie auf den anderen Fronten nur noch mehr entfesseln, der Krieg gegen England, Frankreich, Italien und Amerika wird erst recht und mit verdoppelter Kraft losgehen, und das Völkermorden wie das Elend des deutschen Volkes werden dann gar kein Ende nehmen.

In der Brust der deutschen Imperialisten regt sich schon wieder die bereits längst erloschene Hoffnung auf einen Sieg über die Weststaaten oder wenigstens auf eine gewaltige Verbesserung der deutschen Kriegschancen. Zu diesem Zweck muß aber das im Osten von der Vernichtung noch verschont gebliebene deutsche Kanonenfutter auf den Schlachtfeldern in Flandern, am Piave, in Palästina in den Schlund des Kriegsungeheuers geworfen werden. Und es werden sogar jetzt schon gewaltige Truppenmassen vom Osten nach dem Westen dirigiert: eine neue blutige Offensive im Westen scheint deutscherseits bereits in Vorbereitung zu sein.

Arbeiter und Arbeiterinnen! An uns liegt es, diese verbrecherischen Pläne des Imperialismus zu durchkreuzen. Unsere Aufgabe ist es, den Separatfrieden, den die deutsche Regierung anstrebt, durch unsern Willen, unsere Tatkraft, unsern Kampf

in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln.

Die deutschen Reaktionäre hoffen, die russische Revolution für sich auszubeuten, mit dem Blute russischer Arbeiter ihre schmutzigen Geschäfte zu machen. Der Friede ist eine Lebensfrage für die russische Revolution, die sonst im Chaos, im Blutmeer untergehen wird. Aber die russischen Arbeiter allein können auch mit dem größten Heldenmut nicht dem Kriege ein Ende machen und den allgemeinen Frieden herbeiführen. Sie sind sich dessen bewußt und lassen in ihrem Aufruf zum sofortigen Waffenstillstand folgenden Notschrei und Mahnruf an das deutsche Proletariat ergehen:

„Wir wenden uns an die arbeitenden Massen in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien. Wir schlagen einen Völkerfrieden vor, einen loyalen Vertrag, der allen Völkern freie Entwicklung des Wirt-

schaftslebens und ihrer Kultur sichert. Ein derartiger Frieden ist nur erreichbar im gemeinsamen direkten blutigen Kampf seitens der revolutionären Massen gegen imperialistische Pläne und annexionistische Bestrebungen."

Soll dieser Appell an die deutschen Arbeiter spurlos verhallen? Soll Deutschland allein in Europa als der letzte Hort der Reaktion stehen? Soll in Deutschland fernerhin der Halbabsolutismus, das Junkertum, das Scharfmachertum unumschränkt herrschen, während in Rußland das Volk seine Ketten gesprengt hat? Soll in Deutschland die Masse weiter das Elend, die Säbeldiktatur mit Sklavengeduld ertragen, nur um Millionäre zu züchten, um das ausbeutende Kapital sich ins Riesenhafte ausdehnen zu sehen, um eine ungeheure Kriegsschuld anwachsen zu lassen, die sich später auf die Schultern der Volksmasse abwälzen und sie vollends erdrücken wird? Wie lange noch soll das grausige Morden weiter gehen? Wie lange sollen sich die deutschen Proletarier draußen im Feld geduldig und gehorsam abschlachten lassen, während ihre Frauen und Kinder daheim vor Not und Entbehrungen zugrunde gehen?

Der Hunger und das gegenwärtige Massenelend werden nicht aufhören, solange diejenigen, die ein Interesse am Krieg haben, d. h. die Regierung und die bürgerlichen Klassen, am Ruder sind. Die Herrschaft der Reaktion und der imperialistischen Klassen in Deutschland gilt es zu brechen, wenn wir dem Völkermord ein Ende machen wollen. —

Wenn Rußland, das gestern noch zarisch war, heute eine von sozialistischen Arbeitern beherrschte Republik ist, dann ist es auch in Deutschland für andere Zustände Zeit. Nur durch Massenkampf, durch Massenauflehnung, durch Massenstreiks, die das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie zum Stillstand bringen, nur durch Revolution und die Erringung der Volksrepublik in Deutschland durch die Arbeiterklasse kann dem Völkermord ein Ziel gesetzt und der allgemeine Frieden herbeigeführt werden. Und nur so kann auch die russische Revolution gerettet werden.

Arbeiter! Rüsten wir uns zu hartnäckigen, entschlossenen Massenaktionen in allernächster Zukunft, wenn wir der heutigen Qual und Pein ein Ende bereiten wollen. Die Parole muß lauten:

Fort mit dem Separatfrieden!
Hoch der allgemeine Friede!
Hoch die Republik in Deutschland!

Erst wenn wir, deutsche Arbeiter, den Mut und die Kraft gefunden haben, für diese Ziele offen den Kampf zu beginnen,

haben wir das Recht, auch von den französischen, englischen und italienischen Arbeitern das gleiche zu fordern und zu erwarten. Und wir werden nicht lange warten müssen. Mögen nur die deutschen Arbeiter dem russischen Beispiel folgen und sich an die Spitze des Kampfes stellen, und der Schlachtruf des internationalen Sozialismus: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" wird bald zur Wahrheit und zur Tatsache werden.

Zögert nicht länger, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Stunde der Entscheidung schlägt für das deutsche Proletariat! Auf zum Kampfe für Frieden, Freiheit, Brot!

N i e d e r m i t d e m K r i e g !
N i e d e r m i t d e r R e g i e r u n g !
H o c h d e r M a s s e n k a m p f d e r A r b e i t e r !
H o c h d e r S o z i a l i s m u s !

Dokument 40.

Am Montag, den 28. Januar, beginnt der Massenstreik!

Arbeiterinnen! Arbeiter!

Auf zum Massenstreik! Auf zum Kampf! Soeben hat das österreichisch-ungarische Proletariat ein mächtiges Wort gesprochen. Fünf Tage lang ruhte die Arbeit in allen Betrieben in Wien, Budapest usw., im ganzen Reiche. In Wien haben die Arbeiter den Straßenbahnverkehr eingestellt, auch der Eisenbahnverkehr wurde zum Teil lahmgelegt, es erschien keine einzige Zeitung. An vielen Orten kam es zu einer offenen Erhebung der Bevölkerung und zum Kampf mit der Regierungsmacht. In Prag und Budapest wurde die Republik proklamiert. In Wien hielten die Arbeiter die Brücken besetzt, um das Eindringen der Polizei in die Arbeiterviertel zu verhindern.

In schlotternder Angst vor der drohenden Revolution war die Zentralregierung gezwungen, den nach Muster der russischen Revolution gewählten Wiener Arbeiterrat anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln. Sie beeilte sich, Konzessionen zu machen, um die Bewegung einzudämmen, wobei ihr natürlich die Regierungssozialisten und die Gewerkschaftsführer freiwillig Handlangerdienste leisteten.

Die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, die Aufhebung des Arbeitszwangsgesetzes, die Erfüllung der Arbeiterforderungen in den Ernährungsfragen, gleiches und allgemeines Wahlrecht für Frauen und Männer bei den Gemeindewahlen, Versprechen, bei den Friedensverhandlungen mit Rußland auf alle Annexionsabsichten zu verzichten — dies sind die vorläufigen Zugeständnisse. Die historische Bedeutung des Arbeiteraufstandes in Oesterreich-Ungarn liegt aber nicht in diesen Zugeständnissen, sondern in der Tatsache der Erhebung

selbst. Die Bewegung ist zwar auf halbem Wege stehen geblieben, aber dies ist der erste Schritt, dem andere folgen werden. Die Hilfe der deutschen Arbeiter, unser Massenstreik, wird die Flamme der Revolution in der Doppelmonarchie zu neuem, mächtigem Brande entfachen.

Arbeiterinnen und Arbeiter! Was unsere österreichisch-ungarischen Brüder angefangen haben, das müssen wir vollenden! Die Entscheidung der Friedensfrage liegt bei dem deutschen Proletariat!

Unser Massenstreik soll kein kraftloser „Protest" und kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstrationsstreik, sondern ein Machtkampf sein. Wir kämpfen so lange, bis unsere Mindestforderungen unverkürzt verwirklicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur, aller Beschränkungen der Koalitions-, Streik-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller politisch Inhaftierten — dies sind die Bedingungen, die uns notwendig sind, um unsern Kampf um die Macht, um die Volksrepublik in Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden frei zu entfalten.

Jeder Separatfriede führt nur zur Verlängerung und Verschärfung des Völkermordens. Es gilt um jeden Preis den Separatfrieden in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln. Dies ist unser Ziel.

Arbeiter! Bevor wir die Betriebe verlassen, müssen wir uns eine frei gewählte Vertretung nach russischem und österreichischem Muster schaffen mit der Aufgabe, diesen und die weiteren Kämpfe zu leiten. Jeder Betrieb wähle pro tausend beschäftigter Arbeiter je einen Vertrauensmann; Betriebe mit weniger als tausend Arbeiter wählen nur einen Vertreter. Die Vertrauenmänner der Betriebe müssen an jedem Orte sofort zusammentreten und sich als Arbeiterrat konstituieren. Außerdem wird für jeden Betrieb ein leitender Ausschuß gewählt. Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und andere „Durchhalter" unter keinen Umständen in die Vertretungen gewählt werden. Heraus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen! Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen! Während des Massenstreiks im April v. J. haben die Cohen, die Severing, die Körsten, die Scheidemänner und ihre Presse in heimtückischer Weise der Streikbewegung das Genick gebrochen, indem sie die Unklarheit der Masse ausnutzten und den Kampf auf falsche Bahnen lenkten. Lassen wir uns nicht durch die Friedensphrasen und die Maske der angeblichen Sympathie mit unserm Kampf betören, die diese Judasse jetzt

nach den österreichischen Vorgängen benutzen werden. Von diesen Wölfen im Schafspelz droht der Bewegung eine viel schlimmere Gefahr, als von der königlich preußischen und anderweitigen Polizei!

Und nun, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf zum Kampf! Wir haben eine mächtige Waffe in der Hand, unsere Klassensolidarität! Machen wir Gebrauch von dieser Waffe: A l l e f ü r e i n e n, e i n e r f ü r a l l e! Dann sind wir gegen alle Drohungen, Maßregelungen und Verfolgungen seitens der Gewaltherrscher gefeit!

Ein roher Knecht der Säbeldiktatur, der General Gröner, hat nach dem vorjährigen Aprilstreik jeden streikenden Arbeiter als Hundsfott beschimpft. Zeigen wir der Welt, daß die „Hundsfötter" in Deutschland noch etwas zu sagen haben!

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!
Hoch der Massenstreik!

Dokument 41.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Endlich habt ihr euch zum Kampf entschlossen! Endlich habt ihr eingesehen, daß ihr die Betrogenen seid!

Man will euch mit „Zusatzkarten" ködern.

W i d e r b e s s e r e s W i s s e n!

Denn die Regierung weiß genau, daß sie ihre Zusagen nicht halten kann.

Alle Versprechungen der Regierung sind wertlos! sie haben nur den schwindelhaften Zweck, euch immer wieder zum „Durchhalten" zu ermuntern. Seit über 2½ Jahren predigt man euch vor: „Durchhalten." Immer wieder spiegelt man euch vor: „Haltet nur noch kurze Zeit aus, der Friede steht nahe bevor."

Jetzt will man euch einen Separatfrieden mit Rußland an die Wand malen. Das ist ein neues Täuschungsmanöver; denn einerseits würde der Separatfrieden mit Rußland

k e i n e n F r i e d e n f ü r e u c h

bedeuten. Er soll ja nur dazu dienen, den Kampf gegen die Westmächte mit verschärfter Energie fortführen zu können.

Andererseits denkt das revolutionäre Rußland gar nicht daran, einen Separatfrieden mit dem

a u t o k r a t i s c h r e g i e r t e n m i l i t a r i s t i s c h e n

Deutschland zu schließen. Wollt ihr also einen

wirklichen Frieden mit allen Ländern haben, dann müßt ihr die

Demokratie Deutschlands

verwirklichen.

Unsere Forderungen sind daher:

1. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes;
2. Beseitigung der Zensur und der Schutzhaft;
3. Vollständige Rede-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit;
4. Sofortige Außerkraftsetzung des Arbeitszwangsgesetzes.

Nehmt nicht eher die Arbeit wieder auf, bis diese Forderungen erfüllt sind.

Nieder mit dem Krieg!
Es lebe die freie Demokratie!

Dokument 42.

Hoch der Massenstreik! Auf zum Kampf!

Arbeiterinnen! Arbeiter!

Die Kriegsziele der deutschen Regierung liegen nunmehr klar zu Tage. Alle Zweifel sind zerstreut, alle Ableugnungen vergeblich. Bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk mußte der deutsche Militarismus endlich die Maske lüften.

Raub fremder Länder, Unterjochung fremder Völker, gewaltsame Annexionen und die Herrschaft des deutschen Säbels in der Welt; das sind die Kriegsziele der deutschen Regierung.

Sie hat sich in Brest-Litowsk geweigert, die deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Nicht genug, daß Polen, Litauen, Esthland, Livland jetzt von den deutschen Machthabern erdrosselt und ausgeplündert werden, die dortige Bevölkerung soll auch nach Friedensschluß durch deutsche Kanonen und deutsche Maschinengewehre verhindert werden, eine freie Entscheidung über ihr künftiges politisches Schicksal und ihre Staatszugehörigkeit zu treffen. Und um die Brutalität durch Schamlosigkeit noch zu überbieten, verlangten die deutschen Vertreter in Brest-Litowsk, daß der Wille der von Deutschland in den besetzten Gebieten ernannten Beamten, dieser elenden Drahtpuppen in der Hand der Berliner Machthaber, bei der Entscheidung der Frage über die Zukunft dieser Ländereien als Willensausdruck der betreffenden Nationen gelten soll. So sieht das „Selbstbestimmungsrecht der Völker"

aus, das die deutsche Regierung sich feierlich verpflichtete, anzuerkennen und zu respektieren, und so der „Friede ohne gewaltsame Annexionen", den sie vorschützte, zu wollen und anzunehmen!

Arbeiter! Man will uns einreden, der Separatfriede mit Rußland sei der Anfang zum allgemeinen Frieden. Eitle Hoffnung dies und törichte Verblendung bei den Gläubigen, bewußter Volksbetrug seitens der Regierung. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Das ganze Streben und Trachten der Regierung ist darauf gerichtet, durch einen Separatfrieden mit Rußland Rückendeckung im Osten zu bekommen, um das menschliche Kanonenfutter vom Osten nach dem Westen zu kommandieren und alle Kräfte mit doppelter Kraft gegen England, Frankreich und Italien zu werfen. Jeder Separatfrieden mit Rußland, auch wenn der deutsche Imperialismus auf die sofortige Bergung der russischen Beute, d. h. auf eine offene Annexion der russischen Gebiete, zunächst verzichten würde, bedeutet nur eine ungeheure Verschärfung und Verlängerung des Krieges und ist in Wirklichkeit der schwerste Schlag gegen den Frieden. Zugleich ist er aber der schwerste Schlag gegen die kümmerlichen Freiheiten, die wir in Deutschland vor dem Kriege besaßen, denn sowohl die Fortdauer des Krieges, wie ganz besonders der Sieg des deutschen Militarismus über die Weststaaten und die Unterjochung fremder Völker führt unabwendbar zur schwärzesten Reaktion, zur Uebermacht der Säbelherrschaft, also zur politischen Knechtung der Volksmassen im Innern Deutschlands selbst.

Arbeiter! Jetzt gilt es wirklich, unsere Existenz und die deutsche Freiheit mit aller Kraft zu verteidigen. Aber nicht gegen die äußeren Feinde — gegen die Engländer und Franzosen jenseits der Schützengräben, sondern gegen die „Engländer und Franzosen" in unserem eigenen Hause —, gegen die deutschen Junker, gegen die deutsche imperialistische Bourgeoisie und die deutsche Regierung gilt es zu kämpfen; denn wenn nicht diese Interessenten des Völkermordens wären, so hätten wir schon längst einen loyalen demokratischen Frieden mit England und Frankreich.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben sogar den Blinden und Tauben die einfache handgreifliche Wahrheit beigebracht: Entweder muß die Regierung untergehen oder das deutsche Volk ist unabwendbar dem Untergange geweiht!

Es ist keine Hoffnung und es gibt keine Mittel, von dieser Regierung und von den sie stützenden imperialistischen Klassen

den Friedensschluß zu erzwingen. Nur der Sturz dieser Regierung, nur die Zerschmetterung der Macht der Bourgeoisie, mit andern Worten:

Nur die Volksrevolution und Volksrepublik in Deutschland

würden imstande sein, den allgemeinen Frieden in kürzester Zeit herbeizuführen. Denn vor der Deutschen Republik werden auch die jetzt von unserem Halbabsolutismus und Imperialismus bedrohten Weststaaten unter dem Druck der Arbeiter dieser Länder sofort die Waffen strecken müssen. Die proletarische Revolution in Deutschland bedeutet die Arbeiterrevolution in der ganzen Welt.

Daher fort mit dem Separatfrieden! Allgemeiner Frieden und Republik in Deutschland! Das ist das Ziel, an das wir unsere Blicke heften, indem wir in den Kampf treten.

Deutsche Proletarier! Wir rufen euch zum ersten Waffengang in diesem Kampfe auf:

Rüstet zum Massenstreik in den nächsten Tagen!

Setzt alles daran, daß die Arbeitsruhe eine allgemeine, eine vollständige wird, daß vor allem die Produktion der Mordwerkzeuge in der Munitionsindustrie aufhört. Sorgt dafür, daß aller Verkehr der Eisenbahnen und Straßenbahnen eingestellt werden muß und daß auch in den städtischen und anderen öffentlichen Werken die Arbeit ruht. Vor allem sorgt dafür, daß die Kunde von dem Massenstreik auch an die Front, in die Schützengräben dringt und dort einen mächtigen Widerhall findet, daß die Urlauber überall mit den Arbeitern gemeinsame Sache machen, die Streikversammlungen besuchen und an Straßenaktionen teilnehmen.

Arbeiter! Es gilt zu kämpfen, nicht zu demonstrieren!

Keine Schaustellungen und hohle Paraden, die jeden Eindruck verfehlen und zu nichts führen! Es handelt sich nicht darum, unsern Willen kundzutun, sondern unsern Willen durchzusetzen. Die Regierung hat tausendmal bewiesen, daß sie auf den Volkswillen pfeift, wenn er nicht durch entschlossene Taten und rücksichtslosen Kampf zum Ausdruck gebracht wird.

Die Arbeit soll nicht eher aufgenommen werden, als bis unsere folgenden Forderungen erfüllt sind:

1. Die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur und aller sonstigen Beschränkungen der Presse.
2. Unbeschränkte Vereins- und Versammlammlungsfreiheit.

3. Unbeschränktes Koalitions- und Streikrecht.
4. Aufhebung des Arbeitszwangsgesetzes.
5. Die Befreiung aller wegen politischer Betätigung Verurteilten und Inhaftierten und die Niederschlagung aller politischen Prozesse.

Es sind dies Mindestforderungen, deren Erzwingung uns erst die notwendige Freiheit verschaffen soll, um den Kampf für den Frieden und die Republik auf der ganzen Linie mit aller Kraft aufzunehmen. Kein Arbeiter soll in das Joch der kapitalistischen Fron zurückkehren, solange diese Forderungen nicht verwirklicht worden sind.

Arbeiter! Fort mit dem Kadavergehorsam, mit der Trägheit, mit allen egoistischen Rücksichten und Bedenken! Ermannen wir uns unsere Pflicht uns selbst, unsern Brüdern in den Schützengräben und unsern Brüdern jenseits der Grenzen gegenüber! Wir kämpfen ums Leben, ums Leben der ganzen Menschheit, die im Blutmeer untergeht.

Auf zum Massenstreik!

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!
Frieden! Freiheit! Brot!

Dokument 43.

Denkt an eure wahre Pflicht!

Soldaten! Kameraden!

Die Arbeiter streiken. Sie haben die Arbeit niedergelegt, die Fabrikation der Mordwerkzeuge eingestellt, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und um der Not und dem Elend daheim ein Ende zu machen.

Das ist die Antwort auf das frivole und verbrecherische Spiel der Regierung mit dem Friedenswillen des Volkes. In Brest-Litowsk haben die Verhandlungen abermals gezeigt, daß die deutsche Regierung keinen Frieden will. Mit aller Deutlichkeit hat sie dort ihre wilden Annexionspläne offenbart. Raub fremder Länder, Unterjochung anderer Völker, gewaltsame Annexionen und die Herrschaft des deutschen Säbels in der Welt: das sind die Kriegsziele der deutschen Regierung. Während draußen an den Fronten das Herzblut des deutschen Volkes in Strömen fließt und die Daheimgebliebenen vor Entbehrungen zugrunde gehen, verkündet die Regierung jetzt frech

ihre wahren Absichten, pfeift auf den Friedenswillen des Volkes und will auch fernerhin mit unserem Blute die schmutzigen Gelüste der herrschenden Klasse bezahlen.

K a m e r a d e n ! Solange die Regierung am Ruder bleibt, solange die Reaktion und die Militärkaste herrscht, ist an Frieden nicht zu denken. Entweder versinken wir in diesem Blutmeer oder die Regierung wird gestürzt. Ein drittes gibt es nicht. Die Sache der Arbeiter ist deshalb die unsere. W i r, die Soldaten, müssen für die Profit- und Raublust der Junker und Kapitalisten, für ihre Gier nach Eroberungen unsere Glieder und Leiber opfern. Uns geht der Kampf der Arbeiter in erster Linie an. Um u n s e r Leben geht es.

Aber auch sonst müssen wir für die Sache der Arbeiter eintreten. Wir sind doch auch im Waffenrock Proletarier, wir haben bloß den Arbeitskittel mit der Uniform vertauscht. Sowie das große Völkermorden zu Ende ist, kehren wir in die Fabriken und auf das Land zurück und teilen dann wieder mit den Arbeitern ihr schweres Los. Wir kämpfen also für die eigene Zukunft, für unsere Frauen und Kinder, wenn wir den Massenstreik der Arbeiter mit aller Kraft unterstützen und unsere Waffen gegen die Volksausbeuter und Unterdrücker, gegen die Urheber des Krieges wenden.

Sollen wir da vielleicht auf unsere Brüder und Schwestern schießen? Können und dürfen wir in diesem Kampf untätig beiseite stehen?

N e i n, t a u s e n d m a l n e i n !

Wir müssen gemeinsame Sache mit den Arbeitern machen und durch unser entschlossenes Eintreten dem von den Arbeitern begonnenen Kampfe zum Siege verhelfen.

Fort mit dem Kadavergehorsam, fort mit allen kleinlichen Bedenken! Jetzt gilt es, wahre Tapferkeit zu beweisen!

H e r a u s a u s d e n K a s e r n e n !
U r l a u b e r, g e h t a u f d i e S t r a ß e !
N e h m t a n d e n S t r e i k v e r s a m m l u n g e n u n d a n d e n S t r a ß e n a u f z ü g e n t e i l !

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Es lebe der Sozialismus! Es lebe der allgemeine Friede!

Dokument 44.

Der Kampf dauert fort!

Arbeiter! Genossen! Endlich ist der Stein ins Rollen gekommen, endlich hat sich die Arbeiterschaft aufgerafft und zum Appell gestellt, um sich ihrer Haut zu wehren, um in offenen Massenaktionen und Massenkampf ihren Friedenswillen und

ihren Protest gegen den Volksmord zu bekunden. In Berlin streikten am ersten Tage, soweit Nachrichten bis jetzt vorliegen,

über 200 000 Arbeiter!

In der Allg. Elektr.-Gesellschaft, in der Nationalen Automobil-Gesellschaft, bei Görz, Israel, in der Flugzeugindustrie in Johannisthal, bei „Argus", bei Rumpler, in der Luftschiffverkehrsgesellschaft usw., in unzähligen Betrieben der Holz- und Transportindustrie ruhte die Arbeit vollständig. Zahlreiche Demonstrationszüge bewegten sich in verschiedenen Gegenden der Stadt — in den Außenvierteln und im Zentrum. Unzählige Versammlungen fanden in Lokalen und unter freiem Himmel statt, es wurden Reden gehalten und Beschlüsse gefaßt. So ist im Nu der Belagerungszustand durchbrochen worden und zerflossen in Nichts, sobald die Masse sich rührte und entschlossen von der Straße Besitz ergriff. Die Polizei wagte nicht, brutal vorzugehen. Und mit gutem Grund, denn

die Regierung hat jetzt mehr zu verlieren als die Arbeiter.

Aber nicht Berlin allein stellte sich zum Appell. Die Arbeiter von Leipzig und Dresden und vielen anderen Städten marschieren mit uns in Reih und Glied, und wenn wir ausharren, werden wir bald das Proletariat des ganzen Reiches geschlossen hinter uns haben.

Genossen! Daß wir erst im Anfang des Kampfes stehen, ist uns klar. Der Kampf dauert fort, er muß mit aller Kraft fortgesetzt werden, bis wir unsere Ziele verwirklicht haben.

Aber welche sind unsere Ziele und wie fassen wir die Lage auf?

Das arbeitende Volk ist durch das verbrecherische Verschulden der Regierung am Rande der Hungersnot angelangt. Es erhebt sich zum schärfsten Protest gegen die ungleichmäßige Verteilung der Lebensmittel wie gegen die von der Regierung begünstigte Ausplünderung und Aushungerung.

Die Arbeiter müssen dringend davor gewarnt werden, den Versprechungen der Regierung und des Oberbürgermeisters, die reichlichere Verabfolgung von Lebensmitteln betreffend, Glauben zu schenken. Diese Versprechungen beruhen auf bewußten Betrug. Sie bezwecken nur, das arbeitende Volk für den Moment zu beruhigen, um es wieder in das Joch einzuspannen. Nach 2 oder 3 Wochen werden die Behörden die Extrazulagen wieder zurückziehen und uns, unsere Frauen und Kinder noch rücksichtsloser dem Hunger und Elend preisgeben, als es jetzt schon der Fall ist.

Das gegenwärtige Unheil ist über das deutsche Volk durch die Regierung gebracht worden, die im Interesse der Kapitalisten- und Junkerklasse den mörderischen Krieg angezettelt hat, um fremde Länder zu rauben und fremde Völker zu unterjochen.

Die deutschen klassenbewußten Arbeiter weisen diese Bestrebungen mit Entrüstung weit von sich. Sie erblicken in dem Völkermorden die Quelle aller heutigen Leiden und Pein des deutschen Volkes, einen Anschlag gegen die Lebensinteressen des internationalen Proletariats und ein Verbrechen gegen die Kultur und die Menschheit.

Das einzige Mittel, das deutsche Volk vor noch schlimmerem Elend und dem Verhungern zu bewahren, liegt in der schleunigsten Beendigung des Völkermordens. Wir fordern von der Regierung zur Ermöglichung des Friedens die sofortige Abgabe einer klaren und entschiedenen Erklärung, wie sie für Rußland von der russischen Revolutionsregierung bereits abgegeben wurde, daß Deutschland seinerseits auf jegliche Kriegseroberungen und Kriegsentschädigungen verzichtet; wir fordern ferner die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage.

Wir sprechen der Regierung unser schärfstes Mißtrauen aus und erwarten von ihr, der Sachverwalterin der herrschenden Klassen und Kriegshetzer, keine freiwilligen Schritte im Interesse des arbeitenden Volkes. Wir bringen daher den festen unbeugsamen Willen der deutschen klassenbewußten Arbeiter zum Ausdruck:

den Frieden durch rücksichtslosen Kampf zu erzwingen.

Die Regelung der Lebensmittelfrage, die Linderung der Not, die Herbeiführung eines dauernden, den Interessen des internationalen Proletariats entsprechenden Friedens, kann nur verlangt werden, wenn das Volk selbst seine Sache in die Hand nimmt und maßgebenden Einfluß auf die Ereignisse, auf die ganze innere und äußere Politik des Staates gewinnt. Um den Einfluß und den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen zu können, ist es vor allem notwendig, zu erringen:

1. Die Befreiung aller wegen politischer Betätigung Verurteilten und Inhaftierten, sowie die Niederschlagung aller politischen Prozesse.
2. Beseitigung des Zivilzwangsdienstgesetzes.
3. Die Aufhebung des Belagerungszustandes.
4. Unbeschränkte Vereins-, Presse- und Versammlungsfreiheit.
5. Die Organisation der Arbeiterklasse zur Erzwingung des Friedens und wirklicher politischer Freiheit. Schaffung zu diesem Zweck eines ständigen Delegierten-Körpers aus Vertretern aller Betriebe, der den Arbeiterkampf leiten soll.

Dies sind, neben der Linderung der Hungersnot, unsere nächsten Ziele, für die wir mit aller Macht kämpfen und alle Opfer bringen müssen.

Arbeiter, Genossen! Setzen wir alles daran, um die noch arbeitenden Betriebe stillzulegen, um den Straßenbahn- und Fahrverkehr einzustellen! Die Arbeitsruhe soll eine vollständige sein. Wer jetzt noch arbeitet, ist ein Verräter an der Arbeitersache, der seinen kämpfenden Brüdern in den Rücken fällt. Versammelt euch jeden Tag in den Fabriken, Lokalen und unter freiem Himmel, um die Lage zu besprechen und Beschlüsse zu fassen.

Harren wir aus wie eine steinerne Mauer in diesem Kampf! Es geht für uns aufs Ganze — um unser Leben, um das Leben unserer Frauen und Kinder, um unsere ganze Zukunft. Und möge durch ganz Deutschland und darüber hinaus bis in die Schützengräben, wo unsere Brüder und Söhne verbluten, unser Schlachtruf erschallen:

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!
Friede! Freiheit! Brot!

Dokument 45.

Ausharren um jeden Preis!

Wir bleiben felsenfest — bis zum Siege!

Die Machthaber wollen nicht den Frieden. Nicht nur mit dem „äußeren Feind" wollen sie ihn nicht, auch gegen das deutsche Volk selbst wollen sie Krieg führen. Der Arbeiterrat wird von den Behörden nicht anerkannt, die streikenden Arbeiter als Verbrecher hingestellt, mit dem Polizeisäbel und der Polizeifaust mißhandelt, durch Kriegsgerichte mit Gefängnisstrafe bedroht!

Arbeiterinnen und Arbeiter! Den verschärften Belagerungszustand beantworten wir durch zehnfach verschärften Kampf!

Die Regierung will uns die Zentralkommission der Gewerkschaften, die Herren Bauer, Legien und Konsorten, d. h. ihre eigenen Helfershelfer, die mit ihr während des Krieges durch dick und dünn gingen, als Vertreter der Berliner Arbeiterschaft aufzwingen. Wir weisen diesen anmaßenden und hinterlistigen Versuch mit untauglichen Mitteln mit Entrüstung und Verachtung zurück! Der einzige berufene Vertreter der kämpfenden Berliner Arbeiterschaft ist der freigewählte Berliner Arbeiterrat, und wenn die Regierung unsere Vertretung nicht anerkennt, so beantworten wir diese Herausforderung durch Nichtanerkennung der Regierung und ihrer Organe, durch den Kampf der Massen mit allen Mitteln gegen ihre brutale Gewaltpolitik.

Gewalt gegen Gewalt!

Man konnte voraussehen, daß alle Verhandlungen mit der Regierung zwecklos sind; nur ein Tor kann noch etwas von ihnen erwarten. Aber es galt, dies den Arbeitermassen, dem ganzen deutschen Volke vor Augen zu führen. Die Weigerung der Regierung hat alle Zweifel zerstreut.

Nun gilt es, jetzt nicht zu verhandeln, sondern zu handeln!

Arbeiter der militarisierten Betriebe! Keiner von euch darf dem Ukas des Oberkommandos Folge leisten. Hinter euch steht die gesamte Berliner Arbeiterschaft. Es sind leere Drohungen der Gewalthaber, wenn sie euch durch schwere Strafen einzuschüchtern suchen. Die Zehntausende von Arbeitern, die in diesen Betrieben streiken, kann man nicht ins Gefängnis stecken. Pfeift auf diese Drohungen! Einer für alle, alle für einen! Wenn wir nur fest zusammenhalten und wie eine Mauer den Drohungen und Gewaltakten der Säbelritter trotzen, werden alle Maßregelungen rückgängig gemacht werden müssen, dessen kann man im Voraus sicher sein.

Arbeiter! Es darf keinen Stillstand in der Bewegung geben. Tragen wir Sorge dafür, daß sie immer um sich greift, schreiten wir in unserem Kampfe vorwärts. Erwarten wir nicht alles vom Arbeiterrat und von seinem Aktionsausschuß. Der Segen kommt nicht von oben, er liegt in den Massen selbst, in ihrem unmittelbaren Kampfe. Die Entscheidung über den Ausgang unseres Kampfes wird nicht am Verhandlungstisch, nicht im Aktionsausschuß und sogar nicht im Arbeiterrat,

sondern einzig und allein auf der Straßen fallen.

Der Arbeiterrat ist von den Polizeibütteln gesprengt, der Aktionsausschuß wird verfolgt, um die Leitung der Bewegung unmöglich zu machen. Wir fordern daher die gewählten Betriebsvertreter in den einzelnen Stadtteilen auf, sich — überall, wo dies noch nicht geschehen ist — nach Bezirken und Unterbezirken zu organisieren und Ausschüsse zu bilden, die die Bewegung im Bezirk zu leiten haben.

Den Gewaltakten der Polizei muß rücksichtslosester, hartnäckigster Widerstand mit allen Mitteln geleistet werden.

Die noch arbeitenden Betriebe müssen um jeden Preis stillgelegt und der Straßenbahnverkehr eingestellt werden.

Arbeiter! Vor allem aber sucht durch alle Mittel unsere Brüder im Waffenrock, das Heer, für die Sache des Friedens und der Freiheit zu gewinnen. Die Gewaltherrschaft stützt sich auf die Bajonette und ist verloren, sobald sie ihr aus der Hand gewunden sind.

Arbeiter! Kampfgenossen! Wir müssen mit der Reaktion „russisch" reden!

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!
Hoch der Kampf um Frieden, Freiheit, Brot!

Dokument 46.

Preußen in der Welt voran!

Arbeiterinnen! Arbeiter!

Für Ströme vergossenen Blutes, für unsägliches Elend und Opfer im Kriege, für ungeheure Lasten, die das deutsche Volk nach dem Kriege wird tragen müssen, bekam es eine „königliche" Belohnung — die preußische Wahlrechtsvorlage. Die bleiche Angst der Machthaber vor der Revolution und die Hoffnung, das erwachende Volk durch das Lied einer angeblichen „Demokratisierung" wieder einzulullen, haben zusammen in der schwarzen Nacht der preußischen Reaktion den Bastard gezeugt, um dessen Schicksale gegenwärtig in einer Kommission des Abgeordnetenhauses lebhaft gestritten wird. Und gerade jetzt, wo sich immer breitere Schichten des Proletariats zum entschlossenen Kampf um Frieden und Freiheit stellen, um die Demokratie in Deutschland durch eigene Kraft zu erringen, ist es ganz besonders an der Zeit, sich ins Gedächtnis zu rufen, welche Freiheit wir als Geschenk aus der Hand der jetzigen Machthaber zu gewärtigen haben.

In Frankreich ist die politische Pressezensur aufgehoben worden. In England bekommen alle Männer vom 21. Lebensjahre, Matrosen und Soldaten vom 19. Lebensjahre, Frauen vom 30. Lebensjahre das parlamentarische Wahlrecht. In Rußland herrscht das Proletariat und die größte Freiheit. Aber in Preußen, in dem herrlichen Preußen, haben wir — eben die Wahlrechtsvorlage! Die Regierungssozialisten können stolz sein, ihre schweifwedelnde Politik trägt Früchte. Sie ernten, was sie verdient haben: reaktionäre Fußtritte.

Unter der Maske des „gleichen Wahlrechts" bringt die „Reform" erstens: ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse Preußens durch die politische Entrechtung des „fluktuierenden Elements", das heißt, all jener proletarischen Existenzen, die in der Jagd nach Arbeit und Brot gezwungen sind, im Lande hin und her zu wandern;

zweitens: ein besonderes Ausnahmegesetz gegen die Berliner Arbeiterschaft, die schon beim Umzug aus einem Bezirk in den andern auf ein Jahr ihr Wahlrecht verlieren soll;

drittens: ein spezielles Ausnahmegesetz gegen das Industrieproletariat durch Beibehaltung der infamen alten Wahlkreiseinteilung wie durch teilweise Einführung der Proportionalwahlen ausschließlich zugunsten der reaktionären Parteien;

viertens: politische Entrechtung der ganzen männlichen Jugend vom 20. bis 30. Lebensjahre, die gerade jetzt auf allen Schlachtfeldern „für das Vaterland" verblutet;

fünftens: völlige Entrechtung der Frauen, die nur zum Schanzen in den Munitionsfabriken gut sind, zu schwersten und gefährlichsten Arbeiten in der Metallindustrie, die auf den Kutschbock des Lastfuhrwerks, an den Motor der Straßenbahn, an die Polonaisen vor allen Lebensmittelläden und Kohlenkellern, die überall taugen, wo es zu schuften, zu hungern, zu dulden, Haut und Knochen zu riskieren gilt, — aber ja nicht, wo es politische Rechte gibt!

sechstens: eine Machtstärkung des Junkertums, dem in dem „renovierten" und erweiterten Rechten ausgestatteten Herrenhaus ein neues Bollwerk geschaffen wird·

siebentens: eine Stärkung des preußischen Halbabsolutismus durch die Zusicherung des Rechts an die Krone, nötigenfalls auch ohne parlamentarische Budgetbewilligung, nach dem famosen Vorbild des österreichischen Paragraphen 14, selbstherrlich wirtschaften zu können.

Und dieses schamlose Machwerk der krassesten Reaktion wird dem deutschen Volke repräsentiert:

70 Jahre nach den Barrikadenkämpfen der Märzrevolution, wo für das allgemeine gleiche Wahlrecht Blut geflossen ist;

nach dreimaligen kaiserlichen Versprechungen und Botschaften;

nach zahllosen Redeschlachten im Landtag, nach den Massendemonstrationen in den Jahren 1906 und 1911;

im Angesicht des revolutionären Rußlands, das im Sturme zum freiesten Staat der Welt geworden ist, und —

nach allen Kriegsopfern unseres „heldenmütigen Volkes" „für das Vaterland"! . . .

Zwei Millionen Gefallene, sechs Millionen Krüppel, über 100 Milliarden an Hab und Gut, ungezählte Millionen darbender Frauen, in Hungersnot verkommender Kinder, — all das „belohnt" — durch ein Uebermaß frechester reaktionärer Provokation! Aber dieser schnöde Hohn ist von dem deutschen Proletariat verdient, vollauf verdient, durch seine lammfromme Geduld und seinen Kadavergehorsam während des Krieges.

Wäre die eingebrachte Reformvorlage, was sie nicht ist: wäre sie wirklich freiheitlich und demokratisch, würde sie allen Männern und Frauen vom 21. Lebensjahre das allgemeine Wahlrecht ohne alle reaktionären Zutaten und eine gerechte Wahlkreiseinteilung bringen, — was würde sie unter den heutigen Umständen, das heißt als parlamentarische Reform, als Geschenk dieser Regierung und dieser bürgerlichen Parteien unter dem Belagerungszustand und der Militärdiktatur bedeuten? Eine hohle Nuß! Nur hirnlose parlamentarische Schwätzer und gesinnungslose Demagogen von der Scheidemann-Clique können dem Volk einreden, daß parlamentarische Reformen der sicherste und einfachste Weg zum gelobten Lande der politi-

schen Freiheiten sei, wo Milch und Honig der „Sozialisierung" fließen. Auch die schönsten demokratischen Freiheiten des bürgerlichen Staates können an sich ein geschmeidiges Werkzeug der brutalsten Klassenherrschaft des Kapitals sein. Das beweisen am besten die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Nur als Frucht eines revolutionären Machtkampfes gegen die herrschenden Klassen, nur auf des Schwertes Spitze empfahn, haben sie reale Bedeutung, weil sie dann von der Arbeiterklasse mit revolutionärem Inhalt gefüllt und nur als Etappe im Kampf um gänzliche Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung ausgenutzt werden, wie heute das Beispiel Rußland zeigt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat es nie gewagt, den Kampf um das preußische Wahlrecht zu einem wirklichen, ernsten, revolutionären Massenkampf zu entfalten, alle Machtmittel des Proletariats zu gebrauchen. Sie hat immer die Massen nach den ersten schwächlichen Anläufen feige zurückgepfiffen. Sie hat immer auf einen Schritt vorwärts zwei rückwärts gemacht.

So dürfen heute die vereinigten Reaktionäre dem deutschen Proletariat ungescheut auf der Nase tanzen und es vor aller Welt verhöhnen .

Was heute die weiteren Schicksale des Machwerks — die Kommissionsberatungen, Verschleppungstricks, Kuhhandel — im preußischen Landtag bringen werden, weiß heute kein Mensch. Die Regierungsvorlage wird ja noch von den konservativen Junkern und Scharfmachern als ein tollkühner Umsturz wütend bekämpft. Und den Konservativen stehen mit halbem Munde und ganzem Herzen die Zentrumsleute und die Nationalliberalen bei, dieselben Parteien, mit denen Arm in Arm die Scheidemänner im Reichstag ihr Jahrhundert in die Schranken rufen wollen! . . .

Aber schon diese Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt und der Verlauf der ersten Lesung im Abgeordnetenhause sind eine Lehre, die dem deutschen Proletariat wie Posaunenschall in die Ohren gellen müßte: Laßt alle Hoffnung fahren! Die Reaktion steht heute in Preußen-Deutschland fester denn je. Jeder weitere Tag des Weltkrieges und der ungestörten Herrschaft der Militärdiktatur stärkt nur ihre Macht noch mehr. Da gibt's nichts zu reformieren und nichts daran herumzuflicken. Entweder bleibt Preußen-Deutschland so wie es ist: ein unvergleichliches Juwel der junkerlich-scharfmacherisch-polizeilich-bürokratisch-militärisch-halbabsolutistischen Reaktion, — oder der ganze Plunder muß in Stücke gehen, samt dem

preußischen Partikularismus, der Monarchie und Säbelherrschaft.

Nur ein revolutionärer Massenkampf auf der ganzen Linie um eine einige deutsche Republik kann die Frage des preußischen Wahlrechts lösen. Heute wie vor 70 Jahren liegt klar vor aller Augen, was Marx wie Lassalle dem deutschen Proletariat zugerufen und was die deutschen Barrikadenkämpfer im Jahre 1848 mit ihrem Blute besiegelt haben; die Frage des Fortschrittes in Preußen ist nur ein untrennbarer Teil der allgemeinen Frage der politischen Entwicklung Deutschlands. Und für beide gibt es heute wie damals nur eine Lösung: den Hammerschlag der Massenrevolution unter dem Rufe:

Eine einige deutsche Republik!

Der imperialistische Krieg hat das preußische Wahlrecht geboren. Der proletarische Frieden, geschlossen von der deutschen Arbeiterdemokratie, wird sie begraben mitsamt der ganzen preußischen Reaktion.

Dokument 47.

Der deutsche Soldat als Henker der Freiheit!

Die Masken sind gefallen. Nach monatelangem Geschwätz über Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Entschädigungen, über Selbstbestimmungsrecht der Nationen geht jetzt der deutsche Imperialismus in seiner ganzen nackten Bestialität Schlag auf Schlag vor.

Der Raubzug gegen Rußland war der entscheidende Wendepunkt. Trotzdem die Russen in aller Form erklärt haben, daß sie den Krieg für beendet hielten, trotzdem sie ihre Heere demobilisiert hatten, trotzdem für kriegerische Handlungen auch nicht der geringste Vorwand war, hat die deutsche Regierung plötzlich von neuem Mord, Brand und Plünderung nach Rußland getragen. Wie ein Wegelagerer sprang Deutschland der wehrlosen Republik der Arbeiter und Bauern an die Gurgel und hat ihr mit der Pistole eines schamlosen Ultimatums auf der Brust einen „Friedensvertrag" abgepreßt, wie ihn die Welt nicht gesehen!

Ein Gebiet doppelt so groß wie ganz Deutschland ist der russischen Revolution mit Gewalt geraubt worden. Kurland, Livland, Estland und Litauen werden nunmehr schon ungeniert, ebenso wie das unglückliche Polen von Deutschland annektiert. In der Ukraine haust die deutsche Soldateska wie in einer afrikanischen Negerkolonie. In Finnland marschieren deutsche

Truppen ein. Alle diese Länder werden von Deutschland wirtschaftlich ausgesogen, zum Dank für die deutsche „Befreiungsaktion" durch Requisitionen ruiniert und für die Zukunft zu deutschen Pufferstaaten und Untertanen des deutschen Militarismus gemacht.

Gleichzeitig wird Rumänien ebenso mit Blut und Eisen ein erpresserischer „Friedensvertrag" aufgezwungen, in dem ihm weite Länderstriche vom lebendigen Leibe abgeschnitten und die wirtschaftliche Ausplünderung durch Deutschland auferlegt werden. Im Westen aber bereitet die von deutschen Agenten aufgeführte Komödie einer flämischen Bewegung die „Unabhängigkeit" Flanderns vor, d. h. die Zertrümmerung Belgiens und die Annexion einer Hälfte dieses Staates unter der Form einer deutschen Satrapie.

So entpuppt sich der deutsche „Verteidigungskrieg" als ein nie dagewesener imperialistischer Raubzug in Ost und West. Die kühnsten Träume der alldeutschen Annexionisten gehen in Erfüllung, unter Mord, Plünderung und Erpressung und schamlosem Länderschacher mit allen schwachen und wehrlosen Nationen.

Aber nicht genug! Vor allem wird in jedem dieser Länder durch deutsche Bajonette „Ordnung" geschaffen, preußische Ordnung! In den noch unbesetzt gebliebenen Teilen Estlands, Kurlands, Livlands und Litauens, in der Ukraine — überall werden die revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen niedergeworfen und die Herrschaft der Landjunker und der kapitalistischen Ausbeuter wiederhergestellt! Ja, nach Finnland marschieren deutsche Horden, um dort die siegreiche Regierung der sozialdemokratischen Regierung als Pflanzstätte „deutscher Kultur" — der „Daimler-Kultur" — in den Sattel zu heben!

So ist Deutschland heute zum Gendarmen der kapitalistischen Reaktion in ganz Europa geworden und der deutsche Proletarier im Soldatenrock zum Henker der Freiheit und des Sozialismus! Wohin wird der wohl noch geschickt werden, um „Ordnung" zu schaffen? Mögen sich die sozialistischen Arbeiter in Norwegen, in Schweden, in der Schweiz, in Holland in acht nehmen, mögen sie nur nicht gegen den Krieg und die Reaktion aufmucken, Massenstreiks und Revolution machen! Die deutschen Proletarier werden ihnen vielleicht morgen schon auf Befehl des deutschen Imperialismus mit dem Mordeisen auf den Leib rücken, um „Ordnung" zu schaffen, wie sie es heute in Rußland tun. Das alles kann noch kommen. Weshalb denn nicht — nach all dem, was wir soeben erlebten?

Die Welt steht heute auf dem Kopf. Im Jahre 1848 rückten russische leibeigene Muschikhaufen auf Befehl des Zaren in Westeuropa ein, um die bürgerliche Revolution zu erwürgen.

Heute nach 70 Jahren rücken deutsche sozialdemokratische und gewerkschaftlich organisierte Proletarier im Osten und Norden ein, um die sozialistische Revolution zu erwürgen. Eine furchtbarere Tragödie, eine tiefere Schmach, eine infamere Selbstentmannung ist noch von keiner Klasse der Weltgeschichte an den Tag gelegt worden!

Aber dieser schmachvolle Verrat an dem internationalen Sozialismus wird nicht ungestraft bleiben. Indem sich deutsche Arbeitermassen mit sklavischem Gehorsam zu Henkerdiensten an der Freiheit in Europa gebrauchen lassen, bereiten sie nur neue Ketten und Geißelhiebe für sich selbst. Die deutsche Reaktion, der sie so mit eigenen Händen zur beispiellosen Machtstellung, zur Weltherrschaft verhelfen, wird am anderen Tage nach dem Krieg mit Peitschen und Skorpionen über die deutschen Volksmassen herfallen. Nachdem der deutsche Proletarier die revolutionäre Arbeiterbewegung und die Freiheit im Osten erwürgt hat, wird die vaterländische Reaktion ihm selbst die Gurgel zuschnüren. Die Henker Rußlands, Finnlands werden die Früchte ihrer schändlichen Sklavendienste schon am eigenen Leibe zu spüren bekommen im Lohnverhältnis, in der sozialen Gesetzgebung, in der Steuerlast, in politischer Entrechtung. — Auf Schritt und Tritt wird man dem deutschen Arbeiter nach dem Kriege das Fell über die Ohren ziehen. Wir, deutsche Arbeiter, die wir jetzt als Mörder der russischen und finnischen Freiheit gebraucht und mißbraucht werden, wir werden schließlich von der deutschen Reaktion, die wir mit unserem Blute großgemästet haben, als Quittung den Fußtritt kriegen, und unsere Invaliden, unsere Witwen und Waisen werden betteln gehen.

Auf, deutsche Arbeiter! Es gilt, aus dieser furchtbaren Schmach sich aufzurütteln! Es gilt, zu zeigen, daß der Sozialismus in Deutschland nicht endgültig und für immer tot ist! Es gilt, in letzter Stunde die Ehre des deutschen Proletariats zu retten! Nur eine gewaltige revolutionäre Massenerhebung in Deutschland zur Niederwerfung der Reaktion und Beendigung des Völkermordens kann noch die ruchlosen Verbrechen gutmachen, die wir, die das deutsche Proletariat am anderen und an uns selbst begangen haben und noch begehen!

Nach der Befestigung der blutigen deutschen Gewaltherrschaft im Osten steht ein unerhörtes Massengemetzel im Westen bevor, nur zu dem Zweck, um auch dort der deutschen Reaktion und ihren Raubplänen zum Siege zu verhelfen. Millionen Menschen sollen dort wieder hingemordet werden, damit die Daimlers und andere kapitalistische Hyänen in Deutschland sich bereichern und ungeteilt herrschen können.

Auf, deutsche Arbeiter! Retten wir in letzter Stunde noch die Freiheit Europas, retten wir unsere Ehre, retten wir den

Sozialismus! Genug der Schmach und der gedankenlosen Sklavendienste! Raffen wir uns auf zum Massenkampf!

Nieder mit der imperialistischen Blutherrschaft!

Nieder mit dem Krieg!

Die internationale Solidarität der Arbeiter lebe wieder auf!

Dokument 48.

Kameraden, erwacht!

Vier Jahre nun wütet schon das grauenhafte Menschenmorden. Alle Kultur, alles Leben erstickt in den furchtbaren Flutwellen sinnlos vergossenen Blutes. Die Riesengebirge des Himalaya könnten fast in dem entsetzlichen Blutmeer versinken. Und noch immer will der Blutrausch nicht verfliegen! Blutrot der Horizont: es ist, als sieht man die Welt „durch Höhrauch oder durch farbig Glas"! —

Die Erde scheint nichts weiter als ein riesengroßer Mordplatz!

Und warum werden täglich Zehntausende unserer Brüder, Väter, Söhne und Freunde verstümmelt, zerfetzt, gemordet? Nun, ihr wißt es alle: Alle Schuld an dem rasenden Völkermorden trägt das System der kapitalistischen Ausbeutung der Massen durch eine Minderheit von Kapitalsbeherrschern. Es ist die Macht- und Geldgier kapitalistischer Herrenmenschen, deren schamlose Gewinnsucht unersättlich ist.

Und während die Kapitalisten und Großagrarier das leidende Volk auswuchern, alle Lebens- und Bedarfsartikel in unerhörter Weise verteuern, halten sich die Offiziere in ihrer besonderen Weise schadlos. Gute, reichliche Verpflegung, elegante Wohnung, Bekleidung und Beschuhung, dazu hohe Gehälter und Nebenbezüge und Vorrechte aller Art fordern und sichern sie für sich, als wäre es eine Selbstverständlichkeit. Daß dabei wir „gemeinen" Soldaten und Unteroffiziere erbärmlich gelöhnt, jammervoll verpflegt und bekleidet werden, meist in elenden Quartieren hausen, das finden die „Herren Kameraden" ganz in der Ordnung. Denn — „wir sind ein einig Volk von Brüdern".

Kameraden, ist es Lüge oder Wahrheit, das Wort:

„Gleiche Löhnung, gleiches Essen,
Und der Krieg wär' längst vergessen!"?

Als der Krieg ausbrach, behauptete die Regierung, es sei ein Verteidigungskrieg. Der Kaiser selbst erklärte feierlich vor aller Welt: „Uns treibt nicht Eroberungssucht."

Kameraden, was sehen wir jetzt? Man mißbraucht uns zu den wildesten Eroberungsplänen. Blicken wir nach Osten! Rußland hat der Welt vertrauensvoll den Frieden angeboten und forderte in seinem

schönen, offenen Friedensprogramm das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker und Ausschluß der Eroberungen und Entschädigungen.

Was aber tat die deutsche Regierung? Mit niederträchtiger Scheinheiligkeit ging sie anfangs auf die russischen Vorschläge ein, um hinterher die unerhörtesten Bedingungen zu stellen und von der Regierung des sozialistischen Rußlands gewaltige Gebietsabtrennungen zu erpressen.

Wir sehen weiter, wie seit Monaten die deutsche Heeresleitung das revolutionäre, freie Rußland zu erdrosseln versucht. Livland, Estland, Finnland, die Ukraine werden planmäßig unter die Gewalt preußisch-deutscher Bajonette und Maschinengewehre gestellt, und die Grenzen werden täglich weiter nach Zentralrußland hinein verschoben. Alle Freiheiten, die die russische Revolution den Ländern brachte, hat man zerfetzt, zerrissen. Die Gründe des Vorgehens gegenüber Rußland? Kameraden, darüber müssen wir uns im klaren sein. Unsere Machthaber wollen kein starkes, freies, sozialistisches Rußland aufkommen lassen. Sie fürchten, daß neben einem innerlich und äußerlich freien, entwicklungskräftigen Rußland das preußische Junkerregiment, das bürokratisch-kapitalistische Regierungssystem auf die Dauer dem deutschen Volke unerträglich werden wird. Es ist die Furcht, die schlotternde Angst vor der Revolution des deutschen Volkes, was unsere Machthaber treibt, die russische Freiheit zu fesseln und wenn möglich zu erschlagen.

Was aber bei aller Gewaltanwendung nicht erreicht wird, das sucht man durch verzerrte und lügnerische Meldungen über die inneren Zustände Rußlands zu erzielen. Indem man die Revolutionstruppen, die Roten Garden, als Räuber- und Mörderbanden hinstellt, will man die russischen Revolutionäre bei uns in Mißkredit und um jede Achtung und Sympathie bringen.

Kameraden! Laßt euch darum nicht wie Kinder, die man mit dem schwarzen Bock schreckt vor der Revolution graulich machen!

Aber eine weitere Frage erhebt sich: „Sollen wir weiter die Henker und Bluthunde der Revolution sein: Wollen wir die unsühnbare Ehrlosigkeit auf uns laden, Mörder der russischen Freiheit zu sein?" Kein ehrliebender Mann darf solchen Schimpf, solche unauslöschliche Schande auf sich laden. Das freie Rußland ist die Hoffnung der in Sklavenketten gebannten Welt . . .

Doch nicht nur um die russische Sache handelt es sich. Auch um unsere eigene Sache geht der Kampf.

Der preußische Landtag in seiner heutigen Zusammensetzung will dem Volke kein gleiches, allgemeines Wahlrecht geben! Fünfmal hat er es abgelehnt. Und die Regierung? Was tut sie? Nichts!

Krähen hacken einander die Augen nicht aus! —

Aushungerung und schmähliche Bewucherung des Volkes stehen in vollster Blüte! Das freie Wahlrecht wird offen gemeuchelt! Zivildienstpflicht und Militärdienstpflicht schaffen Verhältnisse, die mit Gefängnis und Zuchthaus auf einer Stufe stehen! Durch die Zeitungen, die unter den Zensurbefehlen der Generäle erscheinen, werden wir belogen und betrogen. Jedes freie Wort ist geächtet und verboten!

Das, Kameraden, ist die preußisch-deutsche Freiheit, für die zu kämpfen wir gezwungen werden! Wollen wir uns weiter zu solchem würdelosen Kampf hergeben? Nein, tausendmal nein!

Um ein schöneres, höheres und edleres Ziel soll unser Kampf gehen! Das heilige Ziel unseres Kampfes soll sein: Eine freie und glückliche deutsche Republik! — Kameraden, werbt zum baldigen Endkampf um dieses hohe, herrliche Ziel, in dem das Glück der Welt verankert liegt!

Kameraden, aufgewacht und erkennt eure Macht!

Dokument 49.

Auf zum Kampf um den Frieden!

Die Lage ist klar. Der Staatssekretär v. Kühlmann hat im Reichstag am 23. Juni offen gesagt:

Von militärischen Siegen ist ein Ende des Krieges nicht zu erwarten.

Kühlmann hat zwar für sein Bekenntnis von Hindenburg und Ludendorff, den wahren Herrschern in Deutschland, gleich einen Fußtritt bekommen, aber das Bekenntnis bleibt bestehen und das Volk muß es sich merken.

Genau dasselbe hat mit anderen Worten ja auch der Staatssekretär der Marine v. Capelle am 23. April, also gleich nach der großen siegreichen Offensive, im Hauptausschuß des Reichstags gesagt:

„Wir müssen uns unter allen Umständen auf einen langen Krieg vorbereiten."

Bedenkt man, was das bedeutet?

Das bedeutet, daß die herrschende Bande der Imperialisten fest in der Patsche sitzt. Sie haben uns in den Völkermord hineingehetzt, sie wissen aber nicht, wie aus ihm herauskommen.

Und ist das nicht begreiflich? Je mehr die deutschen Machthaber im Osten Länder und Völker erdrosseln, knechten und aus-

saugen, je schamloser sie den Besiegten das Joch auferlegen, wie den Russen, Ukrainern, Rumänen, um so mehr müssen sich die Völker im Westen sagen: nun gilt es, sich bis zum äußersten zu wehren!

Und brodelt es nicht im Osten, bereiten sich nicht auch dort trotz formalem Frieden neue Kriege vor? Die Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau war eine Quittung des russischen Volkes für die unerhörten Bedrückungen in der Ukraine, für die schurkische Henkerarbeit der Deutschen in Finnland, in den Baltenländern, in der Krim. Diese Mordtat war ein Zeichen der Wut und Verzweiflung, die in der russischen Volksseele kochen.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten. So sät die deutsche Reaktionsherrschaft allenthalben Verzweiflung, Empörung, Widerstand. Und deshalb geht die Völkerschlächterei weiter und ist kein Ende abzusehen.

Jetzt noch, nach vier Jahren, sagt der Marineminister: Wir müssen uns auf einen langen Krieg einrichten! Das heißt also: Jetzt steht uns der fünfte Kriegswinter bevor, dann wird der sechste folgen, der siebente ... Wer weiß wie viele noch! ...

Und derweil fallen täglich Tausende an der Front. Derweil hungern wir daheim. Derweil gehen unsere Frauen und Kinder an Entkräftung, an Unterernährung zugrunde!

Wer errettet uns aus dieser Hölle? Von allen Seiten kann man diesen Seufzer hören. Doch uns kann weder Gott noch Teufel helfen, außer wir selbst.

Die militärischen Siege können das Ende des Krieges nicht herbeiführen, sagte ein Minister. Hört ihr's, Arbeiter? Das heißt doch: Das Morden wird trotz aller Siege kein Ende nehmen, wenn ihr dem Kriege kein Ende macht. Nur die Arbeitermassen können durch einmütige Erhebung den Schluß des wahnsinnigen Völkermordes erzwingen.

Zurück zum internationalen Sozialismus, zur Völkerverbrüderung, zum revolutionären Klassenkampf! — das ist die einzige Rettung für uns in Deutschland und für die ganze Menschheit.

Es gilt die ganze Macht des arbeitenden Volkes in die Wagschale zu werfen, sich wie ein Mann zu erheben. Doch nicht um Lappalien mehr, wie das preußische Wahlrecht, nicht um ein Bettelgroschen der Verpflegung oder der Lohnzulagen kann es sich jetzt handeln. Jetzt geht's aufs Ganze.

Frieden wollen wir! Aber Frieden gibt es nicht, solange diese skrupellose Bande von Völkerbedrückern am Ruder ist. Frieden gibt es nur auf den Trümmern der heutigen Regierung, der Militärdiktatur, der Monarchie, des Imperialismus.

Die herrschende Imperialistenbande ist am Ende ihres Lateins, sie weiß nicht mehr ein noch aus, ihre Diener bekennen es selbst. Nun denn, nieder mit der Regierung der Militärdiktatur!

Die ganze Gewalt in die Hände der Arbeiterräte, der Gewählten von der proletarischen Masse, wie in Rußland,

dann können wir sofort Frieden schaffen, dauerhaften Frieden, bei dem die geplagten Völker aufatmen werden.

Die russische Revolution zappelt hilflos, weil ihr der deutsche Imperialismus eine Schlinge um den Hals gelegt hat und der englisch-französisch-japanische seinem Beispiel folgt, um sich auch an der Beute zu beteiligen.

Wenn sich aber in Deutschland das Proletariat zum Massenkampf erheben wird, dann gibt es keine Macht auf Erden, die uns von außen bedrohen könnte. Die deutsche Revolution würde zum Signal werden für eine Erhebung des Proletariats in Frankreich, England und Italien. Die Massen dort seufzen schon längst unter dem Joch des Krieges. Sie können nicht mit dem Kampf vorangehen, weil sie nach dem Beispiel Rußlands befürchten müssen, dann von der deutschen Soldateska erdrosselt und der Konterrevolution ausgeliefert zu werden.

Auf das deutsche arbeitende Volk, auf seine Ermannung, auf seine Erhebung wartet die ganze Welt. Die Schicksale des Friedens, des Sozialismus, der Kultur liegen in unseren Händen, deutsche Arbeiter!

Es gilt für uns, in der zwölften Stunde unsere befleckte Ehre zu retten, es gilt gutzumachen, was wir durch unsere Henkerdienste gegen die russische Revolution an Schmach auf uns geladen hatten.

Schon gärt es und brodelt draußen an der Front wie hierzulande an einzelnen Orten. Aber hier kann nur der geschlossene Kampf in ganz Deutschland die nötige Macht aufbieten.

Drum vorwärts zum Kampf, zum revolutionären Massenstreik in ganz Deutschland, ihr Männer und Frauen der Arbeit, — alle wie ein Mann, mit Zähigkeit, Opfermut, mit klarem Ziel! Nur keinen Wankelmut mehr, keine Verhandlungen mit Ministern, keine Kompromisse. Nochmals: es geht aufs Ganze! Wir gehen allesamt durch den Krieg zugrunde oder wir müssen uns zum äußersten aufraffen. Nieder mit der Regierung des Völkermords! Die Macht in die Hände der deutschen Arbeiter! Schluß mit dem Kriege! Das ist das Zeichen, in dem wir siegen werden. Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten und zu gewinnen die ganze Welt.

Dokument 50.

Genossen! Arbeiter!

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. . . .

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran. . . .

(Leitsätze.)

Ein neuer

Betrug

ist in Vorbereitung. Eure Feinde — nicht die jenseits der Schützengräben, sondern die, die hier im Lande sind, machen euch zu Krüppeln und töten euch —, eure Klassenfeinde retten ihre Haut auf eure Kosten.

Um Krone und Monarchie zu retten und aus Furcht vor der Revolution wird jetzt die Friedensoffensive durchgeführt, wie vor kurzem die militärische. Damals wurde euch gesagt: „Haltet durch! Noch eine letzte Anstrengung, und der Feind ist niedergeworfen; der letzte Sieg steht bevor. wir werden Paris nehmen und dem Feinde unsere Bedingungen diktieren!" Dieser Sieg ist nicht gekommen. Eure erschöpften, zermürbten, verblutenden Brüder dort weit an der Front haben die Schrecken des Krieges nicht mehr tragen können, sie haben den ganzen

infamen Betrug

verstanden und die weitere Teilnahme an der blutigen Tragödie verweigert. Da fing man plötzlich an, von inneren Reformen zu sprechen, und alles schrie nach dem Frieden. Eine neue Regierung, die sich „Volksregierung" nennt, wurde gebildet. Ihr sind auch diejenigen beigetreten, die euch preisgegeben haben,

die Verräter am Proletariat und an der Revolution.

Welche Reformen hat euch diese Regierung gegeben? Eure wahren Führer müssen immer noch in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten.

Wo bleibt die Amnestie?

Wo der achtstündige Arbeitstag? Die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit? Habt ihr jetzt die Möglichkeit, eure Forderungen und Wünsche offen zu verkünden? Könnt ihr offen schreiben, daß ihr dieser Regierungen ebenso wenig Vertrauen schenkt wie der vorigen? Habt ihr die Möglichkeit, euer Schicksal selbst zu bestimmen?

Alles ist Lüge! Alles Betrug!

Nicht in eurem Interesse ist diese Regierung geschaffen worden, sondern im Interesse eurer Bourgeoisie, und um euch zum

Schweigen zu bringen. Leidet weiter, wartet, bis die Herren Imperialisten untereinander einig werden, — auf eure Kosten, auf Kosten der englischen, französischen, amerikanischen Arbeiter.

Schweigt von euren Nöten! Hungert und friert in euren ungeheizten Stuben, aber wagt nicht, zu protestieren, denn das würde die neue Regierung diskreditieren und den englischen und amerikanischen Räubern die Möglichkeit geben, mit ihr über Frieden nicht verhandeln zu wollen. So lehren eure falschen Lehrer, die Herren „proletarischen Minister" in der bürgerlichen Regierung, die für den Titel Exzellenz bereit sind, Proletariat, Revolution und Sozialismus zu verkaufen.

Alles ist Lüge! Alles Betrug!

Glaubt diesen Treulosen nicht! Nieder mit den Verrätern! Denkt an eure wahren Lehrer, an Marx und Engels, die immer gesagt haben, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur Sache der Arbeiter selbst sein könne. Erwartet eure Freiheit nicht von diesen Helfershelfern der Bourgeoisie, nicht den Frieden von diesen imperialistischen Spitzbuben und kein Brot von den Geiern, die an euren Leib nagen wollen.

Seht euch eure russischen Brüder an! Sie haben die Reste vom Tisch der Bourgeoisie nicht gesammelt, sie haben von ihren Feinden keine Almosen angenommen; sie haben „Brot, Frieden und Freiheit" verlangt, und um diese Forderung zu erfüllen, haben sie die Regierungsgewalt in die eigenen Hände genommen. Von allen Seiten bedrängt, verblutend im ungleichen Kampf, haben sie sich trotzdem nicht ergeben. Das rote Banner ist kein einziges Mal ihren Händen entglitten, und nie haben sie ihre Feinde um Gnade gebeten. Und sie haben recht getan. Aus Blut und Tränen ist im Osten die Sonne der Freiheit und des Sozialismus aufgegangen, und sie fängt an, mit ihren belebenden Strahlen auch eure blut- und tränendurchtränkte Erde zu erwärmen. Jetzt kann die russische Revolution euch schon ihre Hilfe und Unterstützung versprechen. Sie verspricht sie und wird ihr Versprechen halten.

Aber um in Ehren zu kämpfen und ruhmvoll zu siegen, müßt ihr, wie jene, nur auf euch selbst und auf eure eigene Kraft bauen! Nieder mit den Betrügern und Verrätern! Auf in den Kampf!

Um Freiheit!
Um die Revolution!
Um den Sozialismus!
Bildet sofort Arbeiter- und Soldatenräte!

Fordert die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen!
Fordert die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes!

Fordert die Freiheit eurer Presse und eurer Versammlungen! Arbeiter! Genossen! Auf in den Kampf!

Die Gruppe „Internationale"
(Spartakus-Gruppe).

Dokument 51.

Arbeiter! Proletarier!

Das war der erste Streich der „demokratischen" Regierung. Am Mittwoch sammelten sich Tausende von Arbeitern vor dem Reichstagsgebäude! Das ist kein Verbrechen.

Sie marschierten im ruhigen Zuge die Linden entlang. Auch das ist kein Verbrechen.

Sie verlangten Amnestie für die Märtyrer der Arbeitersache, für Karl Liebknecht.

Ist das ein Verbrechen?

Die Regierung konnte jetzt zeigen, was sie unter „demokratisch" versteht.

Die „demokratische" Regierung ließ die Arbeiter, die demonstrierten, wie Verbrecher behandeln!

Sie ließ die Plempen ziehen, und Blut ist geflossen.

Arbeiter! Merkt es euch! Unter Scheidemanns Mitverantwortung hat man die Blauen marschieren lassen gegen die Arbeiter, wie es Herr v. Jagow auch getan! Es ist das erste Arbeiterblut geflossen unter der neuen „Volksregierung"!

Warum, Parteigenossen, diese Gewalttat? Warum will die Regierung die Stimme der Arbeiter, des Volkes nicht hören?

Sie plant einen zweiten, viel schlimmeren Streich gegen die Arbeiterschaft.

Die Wilsonsche Antwort ist erschienen. Nun ist der deutschen Bankerotteure letzte Hoffnung zerschlagen. Wie der Wolf im Schafspelz, so gingen die Räuber dieses Krieges in den letzten Wochen einher: sie, die Erpresser von Brest-Litowsk, sie, die den Frieden von Bukarest zugunsten der Kassenschränke der Deutschen Bank erzwungen, sie, die die glorreiche russische Revolution in Todesnöte gebracht haben, die den Kampf unserer Genossen in Finnland im Blut erstickt haben, die in Kurland, Estland, Livland, Litauen, in Polen, im ganzen Osten das Selbstbestimmungsrecht der Völker geschändet haben, sie predigen seit 14 Tagen „Völkerverständigung" und Frieden und Abrüstung. Woher die Wandlung? Der große Raubzug ist mißlungen, nach vier Jahren rohen Mordens für neue Profitstätten des Kapitalismus steht der deutsche Imperialismus am Grabe seiner Hoffnungen. Nun möchte er wieder das Lämmchen sein und mit honigsüßen

Worten seine Schandtaten vergessen machen. Die Antwort aber auf seine Worte ist das Hohngelächter der ganzen Welt. Und die Machthaber in Paris, in London und in Washington sprechen jetzt zu ihm in seiner Sprache. Jetzt ist an ihnen die Reihe, vom „trockenen Pulver", dem „scharfgeschliffenen Schwert" und der „gepanzerten Faust" zu reden, die Phrasen, mit denen Wilhelm II. ein Vierteljahrhundert lang die Welt in Unruhe hielt, jetzt ist an ihnen die Reihe, vom „Zerschmettern" zu sprechen und vom „auf die Knie zwingen", jetzt ist an ihnen die Reihe, zu sprechen wie Hindenburg, „h o f f e n t l i c h" dauere der Krieg so lange, bis alles sich dem deutschen Willen beuge. Und ehe irgend etwas geschehe, verlangen sie die Absetzung des Hohenzollerntums.

Parteigenossen! Proletarier!

Unsere Regierenden haben das Recht verwirkt, auf solche Sprache gebührend zu antworten. Wer selber in guten Tagen seine Macht nur gebrauchte zum Räubern fremder Länder, der kann sich nicht beklagen, wenn er in schlechten Tagen dasselbe leiden muß. Aber was kann unsere Regierung tun? Sie kann sich unterwerfen und die fernere Existenz der Hohenzollern erkaufen mit der Verschacherung von Elsaß-Lothringen und Posen, oder sie kann den Krieg fortsetzen, indem sie noch einmal versucht, mit patriotischen Phrasen die Leidenschaften zu wecken, zur „nationalen Verteidigung" aufrufen, uns so zu M i l l i o n e n T o t e n neue Zehntausende fügen. Die „nationale Verteidigung", die dann kommt, ist das sinnloseste Morden, das es je gegeben, sinnloser als bisher, weil es selbst den herrschenden Klassen keine Möglichkeit gäbe, das Schicksal zu wenden. Hindenburg und Ludendorff haben erklärt:

S i e k ö n n t e n s o l c h e O p f e r n i c h t m e h r a u f i h r G e w i s s e n n e h m e n ; d e r K r i e g s e i m i l i t ä r i s c h u n r e t t b a r v e r l o r e n.

Angesichts solcher Tatsachen ist schon der Gedanke an Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen.

Aber, Parteigenossen, man wird euch sagen, die „Ehre" des Landes stehe auf dem Spiele! Parteigenossen! Wer frug nach der „Ehre des Landes", als man in Berlin am 1. August 1914 den frivolsten aller Kriege vom Zaune brach? Wer frug nach der Ehre des Landes, als wiederholte Versuche zum Frieden scheiterten an der Unersättlichkeit des deutschen Kapitalistenmagens? Wer frug nach der Ehre des Vaterlandes, als Wilhelm II. mit seinen Trabanten ein Land nach dem anderen, die Länder der Welt provozierte zum Kriege gegen Deutschland? Wer frug nach der Ehre des Landes in Brest-Litowsk?

Parteigenossen! Arbeiter!

Eure Ehre verlangt ein anderes! Die Ehre sowohl wie das Lebensinteresse des Landes verlangen, daß ihr die beseitigt, die die Blutschuld eines vierjährigen Krieges auf sich genommen und euch in die Katastrophe hineingetrieben haben, in der ihr euch jetzt befindet.

Arbeiter! Proletarier! Das ist es, was eure Ehre verlangt!

Wenn ihr selbst die Regierung ergreift, so müssen zu euch auch die Machthaber in Paris, London und Washington eine andere Sprache reden.

Denn wenn die das nicht tun, so werden eure Brüder, die Proletarier in England, Frankreich und Amerika, euch zu Hilfe kommen, sie werden kein Blut mehr vergießen, wenn das blutige Gespenst des Hohenzollerntums, des deutschen Militarismus, durch eure Kraft zerschmettert ist.

Proletarier! Nur eine Rettung des Landes gibt es: Ihr selbst müßt euch erheben und handeln und rufen:

Wir sind das Land!

Dokument 52.

Wo ist die Demokratie?

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt des Proletariats....

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationsfragen voran....

(Leitsätze.)

In Deutschland herrscht angeblich Demokratie, Freiheit, Volksregierung, ein neues Zeitalter! So faseln die Herren der neuen Regierung, so posaunen die Regierungssozialisten aus, die es sich auf Ministersesseln bequem gemacht haben und jetzt den Massen Sand in die Augen streuen wollen, um sie im Zaume zu halten.

Wo ist diese Demokratie? Wo ist die Freiheit? In Gefängnissen, in Zuchthäusern schmachten nach wie vor unsere besten Genossen und Genossinnen, die für Frieden und wirkliche Demokratie kämpften und ihr ganzes Ich dabei in die Schanze schlugen! Karl Liebknecht klebt Tüten im Luckauer Zuchthaus, während Exzellenz Scheidemann vor Prinzen scharwenzelt. Unsere Dresdner jungen Genossen und Genossinnen, die so tapfer und prächtig für Volksbefreiung und den Frieden kämpften, tragen Zuchthausjacken. Im Moabiter Gefängnis, in anderen Gefängnissen werden noch Dutzende Genossen in Untersuchungshaft gehalten. Dittmann und Rosa Luxemburg sitzen in der Festung. Andere sitzen seit Jahren in Schutzhaft. Und das heißt Demokratie, das heißt Freiheit in Deutschland!

Der Belagerungszustand besteht nach wie vor! Die Presse wird von der Zensur geknebelt. Die Militärkommandos behalten ihre Macht, der Säbel herrscht nach wie vor im Lande — und das heißt Demokratie, das heißt Freiheit in Deutschland!

Arbeiter, Genossen und Genossinnen! Wollen wir diese elende Komödie länger dulden, mit uns Schindluder treiben lassen? Wollen wir wie stumme Sklaven warten, bis uns armselige Fetzen unserer Rechte von Gnaden der neuen Regierungs-Herren als Hundeknochen hingeworfen oder auf der Spitze englisch-amerikanischer Bajonette ins Land gebracht werden?

Demokratie, Volksfreiheit, Volksherrschaft ist nicht ohne Volk, kann nur durch das Volk erobert werden.

Heraus denn, ihr Männer und Frauen der Arbeit, zum Kampf um die wahre Demokratie. Unsere erste Ehrenpflicht, unser erster Ruf sei:

Sofortige Freilassung aller politischen Verurteilten und Schutzhaftgefangenen sowie aller Opfer der Militärjustiz!

Nicht Amnestie, nicht Gnadenerlasse brauchen wir! Unser Recht fordern wir! Unser Recht fordern wir, als freies Volk, das wir angeblich sind!

Fort mit der Säbeldiktatur, die uns vier Jahre lang geknebelt, gefesselt, ausgehungert und das Land in den Abgrund gebracht hat,

Sofortige völlige Aufhebung des Belagerungszustandes!

Freie Bahn für den Klassenkampf der Arbeiterschaft um wahre Demokratie, um wirklichen dauerhaften Frieden und Sozialismus!

Rührt euch, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, nehmt eure Schicksale in die eigene Hand! Heraus zu Massendemonstrationen im ganzen Lande mit dem Doppelruf:

Sofortige Freilassung aller Opfer der Säbeldiktatur und der Militärjustiz!
Fort mit dem Belagerungszustand!

Die Gruppe „Internationale" (Spartakus-Gruppe).

Dokument 53.

Thesen über die sozialistische Revolution und die Aufgaben des Proletariats während seiner Diktatur in Rußland.

I. Theoretische Einleitung.

1. Die wichtigste Frage vor der sozialistischen Revolution ist die Frage über das Verhalten der Kommunisten (resp. der revolutionären Sozialdemokraten) zum imperialistischen Raub-

staat. Alle anderen Fragen, z. B. die Frage über die „Vaterlandsverteidigung", sind sekundärer Natur. (Vaterlandsverteidigung ist nichts anderes als Verteidigung — oder besser gesagt — Erweiterung der Grenzen des Raubstaates.)

2. Der Staat, nach Marx' Lehre, ist eine Unterdrückungsorganisation der herrschenden Klassen; von jetzt ab müssen wir drei Grundfragen über den Staat stellen:

a) über den Staat in der „Zukunftsgesellschaft",

b) über den Staat während der proletarischen Diktatur, und

c) über den imperialistischen Raubstaat, d. h. über die staatliche Organisation des Finanzkapitals.

3. Der Staat in der kommunistischen Gesellschaft existiert nicht („stirbt ab" — wie Engels sagte), denn es gibt keine herrschende Klasse mehr und folglich keine Organisation der betr. Klasse. Das „Wesen" des Staates besteht nicht in der Zentralisation an und für sich, sondern in der sozialen gesellschaftlichen Unterdrückungsfunktion, ebenso wie das „Wesen" des Kapitals nicht in der Funktion der Produktionsmittel besteht, sondern in den bestimmten Verhältnissen der Menschen zueinander. Mit der Vernichtung dieser Funktion ist auch das volle Absterben des Staates gegeben.

4. Zwischen dem Kommunismus und dem Imperialismus liegt die Epoche der proletarischen Diktatur. Der Staat existiert hier als proletarische Organisation. Das ist auch eine Unterdrückungsorganisation, aber gegen die Bourgeoisie und ihre Helfer. Die Unterdrückungsfunktion ist hier gegeben, aber der Klassensinn dieses Staates ist eine Antithese zum imperialistischen Raubstaat.

5. Der imperialistische Raubstaat (der Staat des Finanzkapitals) verwirklicht die potenzierte Kraft des Kapitalismus. Er unterscheidet sich von den anderen staatlichen Formen des Kapitals dadurch, daß er die Verallgemeinerung und Konsolidierung fast aller bürgerlichen Organisationen darstellt: (die wichtigsten Organisationen der Ausbeutung: Trusts, Syndikate usw.) werden vom Staate aufgesogen („der Staatskapitalismus"). Der imperialistische Staat ist nicht eine, sondern die Organisation des Finanzkapitals. Wegen besonderer Verhältnisse in Rußland war diese Form nur im Keime gegeben.

II. Die Eroberung der politischen Macht seitens des Proletariats.

6. Die offizielle Sozialdemokratie und der „cunovisierte Marxismus" (!) als Ideologie dieser Partei haben die Lehre von Marx über die Eroberung der Macht vollständig prostituiert.

Aber auch die Zentrumsleute, mit Kautsky an der Spitze, stehen in dieser Hinsicht nicht weit von den jetzigen sozialdemokratischen Henkern der sozialistischen Revolution. Ihrer Ansicht nach ist die politische Gewalt, der Staat, ein selbständiges Objekt, das aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats übergeht; zuerst war — so meinen sie — der staatliche Apparat in den Händen des Kapitals, dann ist derselbe Apparat zum Proletariat übergegangen. Mit dieser Illusion ist einerseits der parlamentarische Kretinismus, andererseits die heilige Furcht, das „Vaterland" zu schädigen, auf das engste verbunden.

7. In der Wirklichkeit, der auch die Marx'sche Theorie vollkommen entspricht, kann die Eroberung der politischen Macht seitens des Proletariats sich nur in der Form der Zerstörung („Sprengung" — wie Engels sagte) des bürgerlichen Staates (resp. bürgerlichen Vaterlandes) vollziehen und in der Organisierung eines neuen Apparates, nämlich des proletarischen Staates. Einige Elemente des alten Staates können natürlich ausgenutzt werden. Die anderen verschwinden dabei ganz. Konkret gesagt: die sozialistische Revolution kann nicht siegen, ohne den Sieg über die bewaffneten Kräfte des Imperialismus davongetragen zu haben — und das bedeutet die Zerstörung der „vaterländischen" militärischen Kraft. Die sozialistische Revolution zerstört vollkommen das Polizeiwesen, das Spitzeltum, die bürgerlichen Gerichte, teilweise auch die ökonomischen Organisationen, deren Konstruktion ganz spezifisch ist. Nur so — und keineswegs anders — ist die sozialistische Revolution denkbar. Wer aber den Unterdrückungs-Raubapparat der Bourgeoisie schont, darf von keiner Revolution reden!

8. Mit dieser Auffassung der Machteroberung sind auch die bestimmten Kampfesmethoden verbunden, nämlich die Massenaktionen des Proletariats. Jetzt ist es ganz klar, daß diese Methode nur durch die Generalstreiks und als logische Folgerung, durch den bewaffneten Aufstand realisiert werden kann. Vorübergehende Desorganisation, die dadurch entsteht, ist die Vorbedingung weiterer organischer Arbeit auf neuer Basis.

In Rußland wurden Marx' Anschauungen praktisch verwirklicht durch den von den Bolschewiki (Kommunisten) geführten Novemberaufstand. Der bürgerliche Staat ist verloren gegangen: Polizei, Gendarmerie, Spitzeltum, staatliche, kirchliche Organisationen, bürgerliche Gerichte usw., alles ist vernichtet worden. Die frühere militärische Organisation ging auch notwendigerweise zugrunde. Es wird alles auf neuer Basis geschaffen, die der neuen Klasse und den neuen Aufgaben entspricht.

III. Die Form der proletarischen Diktatur — die Sowjetmacht.

9. Bisher lehrte man die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, ohne die Form dieser Diktatur untersucht zu haben. Die russische proletarische Revolution hat diese Form entdeckt — es ist die Form der Sowjet-Republik, als Form der dauernden Diktatur des Proletariats und (in Rußland) der ärmeren Schicht des Bauerntums. Dabei ist es wichtig, folgendes zu bemerken: hier ist die Rede nicht von einer vorübergehenden Erscheinung im engeren Sinne des Wortes, sondern von der Staatsform während einer ganzen historischen Epoche. Es gilt hier gerade, eine neue Staatsform zu organisieren, was nicht zu verwechseln ist mit einigen bestimmten Maßnahmen gegen die Bourgeoisie; die Maßnahmen sind nur Funktionen der besonderen staatlichen Organisation, die den riesigen Aufgaben und Kämpfen angepaßt sein muß.

10. Der Sinn der proletarischen Diktatur besteht also sozusagen im permanenten Kriegszustand gegen die Bourgeoisie. Es ist also ganz klar, daß alle, die über „Gewalttaten" der Kommunisten schreien, vollkommen vergessen, was eigentlich „Diktatur" heißt. Die Revolution selbst ist ein Akt der „rohen Gewalt". Das Wort „Diktatur" bedeutet in allen Sprachen nichts anderes als „Gewaltregime". Wichtiger ist hier der Klasseninhalt der Gewalt. Damit ist die historische Rechtfertigung der revolutionären Gewalt gegeben. Es ist auch ganz klar, daß je schwieriger die Lage der Revolution ist, um so schärfer die Diktatur sein muß.

11. Daher ergibt sich die Hauptdifferenz zwischen der bürgerlichen Demokratie, deren Staatsform die parlamentarische Republik — und der proletarischen Diktatur, deren Form die Sowjetrepublik ist. Die proletarische Demokratie, die keine Demokratie im alten Sinne des Wortes ist, ist die reinste und vollste Demokratie innerhalb der arbeitenden Klassen. Die Bourgeoisie ist hier eine politisch entrechtete Klasse. Die parlamentarische Republik de jure ist eine „allgemein-nationale" Staatsform, de facto aber ist sie die Form der Kapitalistenherrschaft. Das bürgerlich-demokratische Parlament ist de jure eine „Volksvertretung", eine „allgemein-nationale Einrichtung", während es in der Tat eine Maschine zur Ausbeutung des Proletariats ist. Die Bourgeoisie braucht die Fiktion des „Allgemeinnationalen", des „über den Klassen stehenden" Staates, um das Volk zu verdummen. Das braucht aber das Proletariat nicht, es proklamiert seine Klassengewalt offen. Die Bourgeoisie, welche in allen Formen den schärfsten Kampf führt, muß dauernd unter dem Drucke des proletarischen Staatsapparates erzogen werden. Prinzipiell ist hier sogar der Massenterror zulässig; alles hängt von den konkreten Umständen ab.

12. Die Sowjet-Republik ist eine Staatsform, die in engster Verbindung mit den Massen des arbeitenden Volkes steht. Jede Form der Kapitalistenherrschaft — auch die der parlamentarischen Republik — beruht auf der Isolierung der Massen vom Staatsapparat. Das „politische Recht" des Arbeiters in der parlamentarischen Republik besteht fast ausschließlich darin, daß er einmal in vier oder fünf Jahren den Wahlzettel in die Urne steckt. Der ganze administrative Apparat aber befindet sich ausschließlich in den Händen des Bürgertums und seiner Agenten. Jede bürgerliche Staatsform also ist bürokratisch und kann nicht anders als bürokratisch sein. Die Republik der Arbeiterräte dagegen stützt sich auf die Massen selbst. Sie ist die Selbstverwaltung der Masse, und jeder Arbeiter und jeder Bauer ist zur Verwaltungsarbeit zugezogen. Ebenso steht es mit den Massenorganisationen des Proletariats. Keine bürgerliche Staatsform kann diese Organisationen in untergeordnete Verwaltungsorgane verwandeln. Die Sowjet-Republik aber braucht diese Organisationen als Bestandteile ihres Apparates. Hier tritt die Aenderung der Rolle dieser Organisationen auf: die Gewerkschaften, die „Fabrikkomitees", die Konsumvereine werden zu regierenden, ökonomisch-politischen Organen der proletarischen Klassenherrschaft.

14. In dieser Form des Staates ist daher das Produktionsleben mit dem politischen Leben auf das engste verbunden. Sogar die Wahlen in die Sowjets finden in den Fabriken, in den Dörfern statt, also nicht im Rahmen der künstlich konstruierten territorialen Bezirke, sondern an der Stätte der Arbeit und des Kampfes selber. Die Arbeitersowjets bestehen aus Delegierten von Arbeitern und Arbeiterinnen verschiedener Produktionseinheiten, die die ganze Masse der Arbeiterschaft umfassen.

15. Die parlamentarische Republik beruht formell auf der Teilung der legislativen und der exekutiven Macht. In der Sowjetrepublik sind diese Funktionen vereinigt. Das Zentral-Exekutiv-Komitee der Sowjets ist ein arbeitendes Kollegium, das nicht nur exekutive, sondern auch legislative Macht hat. Ebenso, in einem gewissen Rahmen, auch die einzelnen Ortssowjets. Das System im ganzen erscheint als eine Organisation des gesamten arbeitenden Volkes.

16. Es ist begreiflich, daß die Konstituante einem solchen Staatstypus nicht angepaßt war. Die Konstituante ist ein Parlament im alten Stil. Sie wäre die Einleitung zu einer bürgerlich-parlamentarischen — oder, wie man sagt, „demokratischen" — Republik. Jetzt aber gilt es, die Sache der Diktatur zu verwirklichen und die „demokratischen" Republiken, wenn sie da sind, zu sprengen. Die Partei des Proletariats ist keineswegs eine demokratische Partei, sie ist eine kommunistische Partei. Das ist die prinzipielle Seite der Frage. Dazu kommt noch der

Umstand, daß die Wahlen in die russische Konstituante schon abgeschlossen waren, bevor sich die vollständige Spaltung der sozial-revolutionären Partei vollzogen hatte. Die Zusammensetzung der Konstituante brachte den gestrigen Tag der Revolution und schon verschwundene Klassenverhältnisse zum Ausdruck, während die Sowjets schon die Zukunftsform waren. Der Konflikt war unausbleiblich und er ist gelöst worden, indem die Konstituante, die alle Hoffnungen der Gegenrevolutionäre damals zu erfüllen versprach, auseinandergejagt wurde.

IV. Die demokratischen „Freiheiten" und die Diktatur.

17. Die frühere Forderung der demokratischen Republik sowie auch allgemeiner Freiheiten (d. h. der Freiheiten auch für die Bourgeoisie) war richtig in der schon verflossenen Epoche, in der Epoche der Vorbereitung und Kraftakkumulation. Der Arbeiter brauchte die Freiheit seiner Presse, während die bürgerliche Presse ihm schädlich war. Trotzdem konnte er in dieser Epoche die Forderung der Vernichtung der bürgerlichen Presse nicht aufstellen, Deshalb forderte das Proletariat die allgemeine Freiheit (z. B. auch die Freiheit der reaktionären Versammlungen der schwarzen Arbeitgeberorganisationen usw.).

18. Jetzt ist die Epoche der direkten Attacke gegen das Kapital, der direkten Niederwerfung und Zerstörung des imperialistischen Raubstaates, der direkten Unterdrückung der Bourgeoisie. Es ist daher auch absolut klar, daß in der jetzigen Epoche die prinzipielle Verteidigung allgemeiner Freiheiten (d. h. auch für die konterrevolutionäre Bourgeoisie) nicht nur überflüssig ist, sondern geradezu schädlich wird.

19. Das gilt auch für die Presse, die führenden Organisationen usw. der Sozialverräter. Die letzteren haben sich als die aktivsten Faktoren der Gegenrevolution demaskiert, sie gehen gegen die proletarische Regierung sogar mit der Waffe los. Auf die gewesenen Offiziere und den Geldsack des niedergeworfenen Finanzkapitals sich stützend, treten sie als die energischsten Organisatoren verschiedener Verschwörungen auf. Der Proletarischen Diktatur stehen sie als Todfeinde gegenüber. Deshalb müssen auch sie dementsprechend behandelt werden.

20. Was aber die Arbeiterklasse und das ärmere Bauerntum betrifft, so besitzen diese die vollste Freiheit. Es ist dabei folgendes zu bemerken: Die bürgerlichen Freiheiten in den freiesten parlamentarischen Republiken waren nur Proklamierungen der betreffenden Rechte, aber daneben existierte für die Arbeiterklasse keine, oder fast keine Möglichkeit, sie zu realisieren. In der Sowjet-Republik aber liegt der Schwerpunkt

gerade in den Garantien dieser Möglichkeiten. Die Sowjetmacht beschränkt sich nicht auf Freiheitserklärungen, sondern beschlagnahmt Druckereien und Papier und liefert es an die Arbeiterorganisationen aus, sie requiriert die besten Lokale der Stadt für Arbeiterversammlungen, sie gibt die besten Gebäude für die verschiedenen Organisationen des Proletariats her usw. So verwirklicht sich die proletarische Demokratie, die viel höher steht als die Demokratie im alten Sinne des Wortes.

V. Die Volkswirtschaft in der Sowjet-Republik.

21. Dieselben Prinzipien, die als Grundlage der politischen Diktatur gelten, gelten auch als Grundlage der ökonomischen Diktatur der Arbeiterklasse. Es sind nämlich: Vernichtung des „Kommandos des Kapitals" (Marx) und Aufstellung des Kommandos der Arbeiterklasse. Expropriierung der Expropriateure, der außerökonomische Druck gegen ökonomischen Widerstand des Kapitals, Konstruierung der planmäßigen Organisation der Gesamtwirtschaft; System des zentralisierten ökonomischen Apparates, der sich auf die Massenorganisationen stützt.

22. Zu den Maßnahmen der Expropriation gehört zunächst die schon durchgeführte Nationalisierung der Banken. Die weiteren Schritte sind auf diesem Gebiete so zu formulieren: eine vollständige Zentralisation und Verschmelzung der nationalisierten Banken und die allmähliche Verwandlung der Bankinstitute in eine Art gesellschaftlicher Buchhalterei, die die ganze organisierte Produktion umfassen soll.

23. Dann folgt die Nationalisierung der Großindustrie, besonders der schon syndicierten Produktionszweige. Die wichtigsten Produktionszweige — Kohlen- und Metallindustrie — sind schon fast ganz nationalisiert, vollständig sind die Tabak-, Papier- und Zuckerindustrie nationalisiert, ebenso verschiedene andere Branchen. Die Nationalisierung ist hier — da sie eine proletarische Nationalisierung ist — ganz mit der Sozialisierung identisch. Viele Fabriken und Werke sind wegen Betrugs und Sabotage nationalisiert worden. Die ferneren Aufgaben sind: Erweiterung der Nationalisation und Vereinheitlichung des Gesamtproduktionsprozesses.

24. Dann muß die vollständige Enteignung der Großgrundbesitzer erwähnt werden. Grund und Boden wurde zum „Allgemeingut" erklärt. Die weiteren Aufgaben sind folgende: Organisation des staatlichen Ackerbaues, kollektive Bearbeitung der früheren Latifundien, die Vereinigung der kleineren Wirtschaften in größere Einheiten und Kollektivverwaltung (die sogenannten „landwirtschaftlichen Kommunen" usw.).

25. Die Nationalisierung des Außenhandels ist auch durchgeführt worden. Was aber die Nationalisierung des Handels überhaupt betrifft, so existieren in einigen Branchen Verteilungsstellen, teilweise auch Handelsmonopole. Hier sind noch sehr schwierige Aufgaben zu erfüllen, besonders in der Brot- und Rohstoffversorgung.

26. Was die innere Struktur, d. h. die Organisation der Industrie, betrifft, so bestanden hier vorher, d. h. vor der Nationalisierung, folgende Zwischenformen:

1. Die Arbeiterkontrolle (Kontrolle des sog. Arbeiter-Fabrik-Komitees über die technischen, kommerziellen und finanziellen Operationen des betreffenden Unternehmens),
2. Pläne der vorläufigen Zwangssyndizierung der Industrie. Diese Zwischengebilde haben sich aber als unbrauchbar erwiesen. So wurde aus der Arbeiterkontrolle die Arbeiterverwaltung und aus der Zwangssyndizierung die reine proletarische Nationalisation.

27. Als verschiedene Organe der Produktions- und Verteilungsregulierung dienen (von unten nach oben) die Arbeiterverwaltungen und Fabrikkomitees, die Gewerkschaften und die ökonomischen der Orts-Arbeitersowjets, die Sowjets der Volkswirtschaft (Rayon-Sowjets), spezielle „Komitees", die zentralisierten Apparate einiger wichtiger Branchen darstellen. die Konsumvereine, dann — als höchste Instanz — der oberste Sowjet für Volkswirtschaft.

All diese Einrichtungen sind Arbeiter-Organisationen (nur in einigen Komitees sind die Unternehmer als kleine Minderheit vertreten, ebenso wie in der Konsumvereinsbewegung die bürgerlich-bäuerischen Konsumvereine das Uebergewicht besitzen), so daß die Gesamtorganisation einen ziemlich zentralisierten Apparat darstellt, der sich auf die Massenorganisationen des Proletariats, sowie auch auf die Masse selbst stützt. Die Konstruktion der Oekonomie entspricht vollkommen der Konstruktion der politischen Gewalt, und beide Gebiete sind auf das engste miteinander verbunden.

VI. Die Schwierigkeit der Lage und die ausländische Sozialdemokratie.

28. Das Proletariat führt die organische positive Arbeit unter den größten Schwierigkeiten aus. Die Schwierigkeiten innerer Natur sind: Ausnutzung und ungeheure Erschöpfung der Volkswirtschaft, sogar ihre Auflösung infolge des Krieges, die Politik der Kapitalistenklasse vor der Oktoberrevolution (die bewußte Politik der Desorganisation, um nach der „Anarchie" bürgerlich diktatorisch „Ordnung" zu schaffen), die allgemeine Sabotage der Bourgeoisie und der Intelligenz nach der Oktoberrevolution, die permanenten gegenrevolutionären bewaffneten

und unbewaffneten Aufstände der gewesenen Offiziere, der Generäle, der Bourgeoisie, Mangel an technischen Kräften und an Schulung der Arbeiterklasse selbst; Mangel organisatorischer Erfahrung, das Vorhandensein von großen Schichten des Kleinbürgertums, das eine desorganisatorische Klasse par Excellenz ist, usw.

29. Noch wichtiger sind aber die Schwierigkeiten, die mit der Henkerpolitik der kapitalistischen Regierungen und der entsprechenden sozialdemokratischen (sozialverräterischen) Parteien verbunden sind. Der deutsche Imperialismus hat die russische sozialistische Sowjet-Republik der wichtigsten Kohlen- und Brotgebiete beraubt. Es besteht also eine direkte Gefahr der inneren Fäulnis, selbst wenn keine militärische Offensive stattfindet. Trotz des Friedens marschieren die deutschen Truppen immer weiter nach Rußland hinein, immer neue und neue Gebiete werden abgetrennt, und die besten Kräfte der Revolution werden mechanisch vernichtet.

30. Die deutschen Imperialisten beschränken sich darauf nicht. Direkt und indirekt alle legalen und illegalen Möglichkeiten ausnützend, bereiten sie die Gegenrevolution auch in Groß-Rußland vor, ebenso wie sie das so schön in der Ukraine, in Finnland, im Kaukasus, in Esthland usw. getan haben. Andererseits organisieren auch die kapitalistischen Ententemächte Annexionen und gegenrevolutionäre Umstürze im Osten. So wird die Rote Russische Kommune von allen Seiten von Todfeinden bedroht. Und in dieser Zeit, in der Tausende und Abertausende der besten Arbeiter von den deutschen Militaristen zynisch hingerichtet, erschossen, im Blute erstickt werden, ist die offizielle Sozialdemokratie „regierungsfreundlich". Das russische revolutionäre Proletariat betrachtet die Scheidemänner nicht als indirekte, sondern als direkte Henker der Revolution, und mit diesen Herren kann es nur eine Sprache geben: die Sprache der Waffen.

31. Besonders widerwärtig sind die Vorwürfe, die der bolschewistischen Partei seitens einiger ausländischer Herren oder „Genossen" öffentlich gemacht werden. Die Leute, deren Tätigkeit in der Unterstützung des imperialistischen Raubkrieges oder in der Nichts-Tun-Politik bestand, die Leute, durch deren Taktik der russischen Revolution der Brester „Friede" aufgezwungen worden ist, erlauben sich (die Henker ihren Opfern) die Schuld von ihren Schultern auf andere abzuwälzen. Es waren angesichts des „Friedensschlusses" zwei Richtungen in der Kommunistischen Partei: eine große Mehrheit mit dem Genossen Lenin an der Spitze, die für den Frieden war, und eine Minderheit gegen den Friedensschluß. Beide Richtungen betrachteten die Lage von dem internationalen Standpunkt aus. Lenins Argumentation war ungefähr folgende: Wir haben keine

Armee, also können wir keinen besonderen Widerstand leisten; andererseits sei der Friede zwischen Deutschland und England noch nicht möglich; wir müssen auf jedem Fall eine Pause haben, um uns vorzubereiten, unsere bewaffneten Kräfte zu sammeln und zu organisieren usw. Gleichzeitig würde die Tatsache, daß an der Ostfront keine Kämpfe mehr stattfänden und daß in Rußland die Diktatur des Proletariats existiert, auf das westeuropäische Proletariat am stärksten wirken.

Die andere Richtung behauptete, wir würden schwere Niederlagen erleiden, die größten Gebiete verlieren, unser Widerstand würde die Aktivität des Proletariats auf beiden Seiten der Grenze stärken. Andererseits seien die Friedensbedingungen so ausgebaut, daß wir wegen des Mangels an Brot und Kohlen, wegen permanenter kapitalistischer, imperialistischer Einmischungen des deutschen Kapitals in die sich sozialisierende russische Produktion der Gefahr der inneren Auflösung entgegengehen.

32. Aber auch der linke Flügel der Kommunistischen Partei ist mit den anderen Genossen vollständig solidarisch in Bezug auf die Tätigkeit der ausländischen Kritiker. Die russischen Kommunisten, die alles getan haben, um die westeuropäische Revolution zu wecken, haben jetzt das Recht, tatkräftige Unterstützung zu fordern:

Keine Worte mehr — sondern Taten!

Dokument 54.

Aufruf der Spartakuskonferenz vom 1. Oktober 1918.

Wir sind in die letzte Periode des Krieges eingetreten. Nach 50 Monaten zeigt sich sein Werk so, wie es nach unserer Auffassung sein mußte: auf der einen Seite die Masse derjenigen, die diese lange Zeit in den Schützengräben vertierten, Leib und Leben, ihr Blut und ihre Gesundheit opferten, um das „Vaterland" zu verteidigen, dieweil der Krieg selbst das wenige, was sie vom Vaterlande hatten, ihre Familien, ihre wirtschaftliche Existenz vernichtete; auf der anderen Seite die Schar derer, die zu Hause in Behaglichkeit sitzen, die Konjunktur des Krieges ausnutzen, um den Proletariern an der Front und deren Klassengenossen zu Hause in Kriegslieferungen, mit Lebensmittelwucher das Geld aus der Tasche zu stehlen.

Dieses Resultat des Krieges hat in allen Ländern der Welt nicht nur die objektiven Grundlagen der Revolution gestärkt, sondern den Zeitpunkt des unmittelbaren Beginnens der Revolution herangeführt.

Für Deutschland kommt ein besonderes hinzu.

Dieser Krieg, mit der frechsten Lüge der Weltgeschichte — der vom schmählichen Ueberfall — begonnen, stellt endlich nach vierjähriger Häufung von Lüge auf Lüge das deutsche Proletariat vor die nackte Tatsache, daß Deutschlands Imperialismus politisch und militärisch vernichtend geschlagen ist.

Das Uebermaß dieses Leidens und der schimpfliche Mißbrauch mit der Gutgläubigkeit der Proletarier hat aber in Deutschland bereits über den Zeitpunkt des Beginns revolutionärer Kämpfe hinausgeführt.

Sie haben in der Armee begonnen; massenweise Desertionen, unzählige Scharen von Urlaubern, die mit großer Verspätung oder überhaupt nicht an die Front zurückkehren, bataillons- und divisionsweises Ueberlaufen beweisen, daß die Soldaten begonnen haben, ihr Joch abzuwerfen, daß die Armee, das wichtigste Werkzeug der Reaktion, zerbricht.

Diese erste Regung der Revolution findet aber schon die Konterrevolution auf ihrem Posten. Mit der Einräumung scheinbarer Rechte sucht sie, da die Gewaltmittel versagen, die Bewegung einzudämmen. Parlamentarisierung und preußisches Wahlrecht sollen das Proletariat geeignet machen, weiter zu dulden und so, wenn schon der Raubzug nach außen mißglückt ist, der Bourgeoisie die Früchte des Diebstahls am eigenen Volke sichern und die schwankenden Throne Wilhelms II. und der übrigen souveränen Herren Deutschlands stützen.

In diesem Bestreben haben sie die freundliche Unterstützung jener Sozialisten gefunden, deren Geschäft es seit dem 4. August 1914 ist, das Vertrauen, das sie aus Friedenszeiten her in den Volksmassen besaßen, der Junker- und Kapitalistenbande zur Verfügung zu stellen, damit sie um so unbesorgter das Volk belügen und bestehlen können. Sie, die am 4. August 1914 erklärten, daß sie das „Vaterland" — will heißen: das Vaterland der Kapitalisten und Junker — gegenüber dem äußeren Feinde nicht im Stich lassen, lassen es auch gegenüber dem Andrängen der Proletariermassen nicht im Stich. In der Person Scheidemanns und Bauers haben sie ihre Agenten in die Regierung entsandt, um dort unter Führung des Prinzen Max von Baden den Fürsten ihren Thron und den Kapitalisten ihre Kassenschränke zu retten.

Darüber hinaus aber und gemeinsam mit ihren Klassengenossen in den „feindlichen Ländern", die ja in einer ähnlichen Gefahr sich befinden, versuchen die deutschen Kapitalisten und Junker, ein neues Lügengewebe um das Proletariat zu stricken. Sie, die Wilhelm II., Poincaré, Lloyd George, Wilson und alle kleineren Götter, die vier Jahre lang ihre Völker abschlachten ließen, verwandeln sich auf einmal in die Hohen-Priester eines Völkerbundes. Der Sinn der Heuchelei ist klar: Geschwächt an Kapital und Kanonenfutter, wie die imperialistischen Staaten

aus diesem Krieg hervorgehen, sind sie auf eine Reihe von Jahren nicht imstande, Kriege zu führen, und haben nur eines zu fürchten: Daß der Proletarier selbst den Willen zeige, mit eigener Tat die Quelle künftiger Kriege zu verstopfen. Um diesen Willen und diese Energie einzuschläfern, erfindet man den „Völkerbund", in dem sich in Wirklichkeit nur die Mörder dieses Krieges verbinden und der nichts anderes ist, als die heilige Allianz von vor hundert Jahren, in der sich gleichfalls die Monarchen verbanden, um den Frieden zu sichern mit dem Erfolge, daß das 19. Jahrhundert mit Blut getränkt war, wie keines zuvor.

In Anbetracht dieser Lage überhaupt und in Deutschland im besonderen ergeben sich für das deutsche Proletariat folgende Aufgaben:

1. Nachdem die Soldaten an der Front unter soviel schwierigen Umständen — dem Druck der Kriegsjahre — den revolutionären Kampf begonnen haben, ist es Pflicht der Massen zu Hause, den Brüdern an der Front nicht nur nicht in den Rücken zu fallen, sondern mit aller Macht den Kampf zu unterstützen und aufzunehmen. Es hat dies um so mehr zu geschehen, als es von den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterschaft nach deren Haltung gegenüber dem Matrosenstreik im vorigen Jahre und nach deren Haltung in der jetzigen Situation, in der sie für Parlamentarismus, Völkerbund und preußisches Wahlrecht schwärmen und sich so zu — wenn auch unfreiwilligen — Förderern der Reaktion machen, nichts zu erwarten hat.

Unbekümmert um Gesetze und Verordnungen der kommandierenden Generäle muß das Proletariat mit allen Mitteln verlangen:

1. Unverzügliche Freilassung all derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft, schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Verbrechen verurteilt sind. Entlassung aller Soldaten, die aus politischen Gründen eingezogen sind oder im Heere zurückgehalten werden; Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen über Soldaten verhängt wurden.
2. Die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

Darüber hinaus hat das Proletariat zu fordern:

1. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.
2. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.

3. Enteignung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes, Uebergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.
4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens, nämlich:
   a) Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechts an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten.
   b) Aufhebung des Disziplinarrechts der Vorgesetzten; die Disziplin wird durch Soldatendelegierte aufrecht erhalten.
   c) Aufhebung der Kriegsgerichte.
   d) Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß der ihnen Untergebenen hin.
5. Uebergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.
7. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Proletarier, die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung eures Zieles, sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.

Das alte Gebäude der Kapitalistenherrschaft ist morsch geworden.

Proletarier! Nach unerhörter Unterdrückung und Verrat ist eure Stunde gekommen. Zeigt euch ihrer würdig. Seht auf eure Brüder in Rußland! Seht auf eure Brüder an der Front!

Den Frieden, und mit ihm das Brot, das euch die Besitzenden nicht geben können, müßt ihr selbst jetzt holen; für euch, für eure Kinder, für eure Brüder auf der ganzen Welt!

Es lebe die soziale Revolution!
Es lebe der Frieden der Völker!
Nieder die Regierung!
Tod dem Kapitalismus!

Die Gruppe „Internationale" (Spartakus-Gruppe).
Die Linksradikalen Deutschlands.

Dokument 55.

Der Anfang vom Ende.

Der Anfang vom Ende ist da. — Der deutsche Militärstaat wankt. Die Machtkoalition, die der deutsche Militärstaat aufgebaut hat und der er seine Siege in den ersten vier Kriegs-

jahren verdankt, bricht zusammen. Bulgarien hat den Sonderfrieden angeboten. Die Türkei und Oesterreich werden folgen. Was dann? Für die deutsche Arbeiterklasse ist das Problem klar und eindeutig vorgezeichnet. Wir müssen die Gunst der Stunde ausnützen. Die äußeren Schwierigkeiten unserer Ausbeuter und Unterdrücker gilt es auszunützen zum Sturz unserer herrschenden Klassen, um an deren Stelle die Herrschaft der deutschen Arbeiterklasse aufzurichten, was den siegreichen Beginn der Weltrevolution bedeutet. Einen anderen Ausweg aus dem Meer von Blut und Elend gibt es nicht. Alle Zeichen der Zeit verweisen uns auf diesen Weg. Im Innern, in der „hohen Politik", herrscht Ratlosigkeit. Hertling und Hintze sind entlassen worden. Neue Männer sind in die Regierung einberufen worden, um die alte Politik weiter zu treiben oder doch noch zu retten, was zu retten ist. Wir Arbeiter haben von einer neuen bürgerlichen Regierung nicht das geringste zu erwarten; auch jetzt nicht, wo diese Regierung durch einige Regierungssozialisten verbrämt und durch einige scheindemokratische Zugeständnisse aufgeputzt worden ist. Eine solche Hoffnung wäre noch trügerischer als die bereits so schmählich zusammengebrochenen Hoffnungen auf den militärischen Endsieg und die Wirkungen durch den U-Bootkrieg.

Die Befürchtungen, daß sich die deutsche Arbeiterklasse wieder narren läßt, bestehen diesmal nicht zu Recht. Verlassen und verraten von den hohen Politikern und Parteiführern, haben größere Massen, vor allem Soldaten, instinktiv den rechten Weg gefunden und bereits beschritten. Die Soldaten weigern sich in immer größeren Massen, an die Front zu gehen und für die Aufrechterhaltung des sie ausbeutenden und bedrückenden, für den Krieg verantwortlichen Systems Betteldienste zu verrichten. Die Arbeiter in der Munitionsindustrie sind gleichfalls drauf und dran, sich für diese entscheidenden Kämpfe vorzubereiten. Bis in weite Kreise des Bürgertums hinein ist unverkennbar eine Stimmung vorhanden, die erfolgversprechend ist. Also nützen wir die Zeit, um uns für diese Kämpfe vorzubereiten! In allen Betrieben, unter den Soldaten an der Front und im Hinterland, gilt es jetzt zu organisieren. Die spontanen Meuterungen unter den Soldaten gilt es mit allen Mitteln zu unterstützen, zum bewaffneten Aufstand überzuleiten, den bewaffneten Aufstand zum Kampf um die ganze Macht für die Arbeiter und Soldaten auszuweiten und durch Massenstreiks der Arbeiter für uns siegreich zu machen. Das ist die Arbeit der allernächsten Tage und Wochen. Wir haben nichts zu verlieren, nur alles zu gewinnen. Die unerbetene Hilfe der imperialistischen Ententestaaten darf kein Hindernis sein. Im Gegenteil, wir werden mit ihren imperia-

listischen Ansprüchen insofern leicht fertig werden, als sie selbst die Revolution im Leibe haben und ihnen von der Arbeiterklasse ihrer Länder das gleiche Schicksal bereitet werden wird.

Der Beginn der deutschen Revolution ist der Anfang der siegreichen Weltrevolution.

Dokument 56.

Die rote Fahne über Kiel, Hamburg, Lübeck, Bremen.

Die Volks- und Friedensregierung Scheidemannscher Prägung hält seit 6 Wochen das Volk mit ihren Versprechungen hin. Unendlich groß ist dessen Geduld. Die militärischen Gewalten haben noch so viel Macht, daß sie auch jetzt noch verzweifelte Offensiven wagen. Eine solche Aufgabe war vor kurzem der Flotte zugewiesen. Die Schlachtflotte sollte einen großen Vorstoß gegen England unternehmen. „Siegen oder in Ehren untergehen" war die Losung der Geschwaderführer. In Wahrheit wäre das ein nutzloses Opfer an Menschen und Material gewesen. Dank der Wachsamkeit der Mannschaften wurde dieser Plan zunichte gemacht. An der Grenze der deutschen Hoheitsgewässer setzte das Maschinenpersonal Kessel und Maschinen außer Betrieb, und eine Abordnung der Mannschaften verlangte die Rückkehr. Sie erklärte sich zur Verteidigung im Falle eines feindlichen Angriffes bereit, weigerte sich aber, zwecklos dem sicheren Tode entgegenzudampfen. Alles Befehlen, Drohen, schließlich auch Bitten half nichts. Der Flottenchef sah sich genötigt, die Schiffe wieder nach Wilhelmshaven und Kiel zurückzuführen. Dort setzte das übliche Strafgericht ein. Massenverhaftungen wurden vorgenommen. Aber die Matrosen hatten sich vom Banne des Kadavergehorsams befreit. Sie setzten in vielen Fällen die Befreiung ihrer verhafteten Kameraden durch.

Sonntag, den 3. November, herrschte in Kiel große Aufregung. Auch die Arbeiter sympathisierten mit den Matrosen. Versammlungen fanden statt. Die Erregung hielt auch am Montag an.

Von diesem Tage an floß Blut in den Straßen Kiels. Fast zur selben Zeit, in der die Volksregierung ihre „Proklamationen an das deutsche Volk" richtete, streckten die Schüsse der Schergen derselben Regierung eine Anzahl Volksgenossen tot auf das Pflaster nieder und verwundete viele andere. Diese Schüsse bildeten den Auftakt zu den weiteren Vorgängen in Kiel.

Montag mittag erklärte sich der Gouverneur von Kiel bereit, mit den Matrosen zu verhandeln. Die Abordnungen der Matrosen traten zu einer Versammlung im Gewerkschaftshause

zusammen und stellten ein Programm ihrer Wünsche auf. Darunter waren u. a. folgende:

Die Anerkennung des inzwischen gebildeten Soldatenrats, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Grußpflicht, Gleichheit der Offiziere und Mannschaften in der Verpflegung, Aufhebung des Offizierskasinos, Freigabe der wegen Gehorsamsverweigerung verhafteten Personen, die sich zur Zeit in den Arrestlokalen befinden, und Straflosigkeit der nicht auf die Schiffe zurückgekehrten Mannschaften.

Diese Forderungen wurden dem Gouverneur durch eine Abordnung der Matrosen überbracht, und alle Forderungen wurden vom Gouverneur gutgeheißen. Die Matrosen verpflichteten sich auch zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und gestanden zu, daß jedermann, der beim Plündern getroffen würde, auf der Stelle standrechtlich zu erschießen sei.

Inzwischen strömten von den Schiffen zahlreiche Mannschaften in die Stadt hinein. Die Matrosen waren vollständig Herren der Schiffe. Eine Anzahl von Patrouillen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten war, ging zu den Matrosen über oder wurde von ihnen entwaffnet und mußte sich ihnen anschließen. In den ersten Nachmittagsstunden kam es in dem Kasernement Wik zu einer kurzen Schießerei zwischen einer Kompagnie der Torpedodivision und der Werftdivision. Die letzte wurde von der ersten aufgefordert, sich anzuschließen, und sie tat es, nachdem die aufständischen Matrosen sich in den Besitz der Gewehre und Munitionsvorräte gesetzt hatten. In kurzer Zeit stand die Garnison Wik auf seiten der aufständischen Matrosen.

Eine Stunde später kam es zu einer riesigen Freudenkundgebung. Ein Zug von etwa 15- bis 20 000 Mann Soldaten zog vom Kasernement Wik am Stationskommandogebäude vorüber nach dem Arrestlokal in der unteren Friedrichstraße. Musik ging dem Zug voran. Die Soldaten trugen zum allergrößten Teil Gewehre. Im Zuge befindliche Arbeiter wurden ebenfalls bewaffnet. Der riesenhafte Zug ging durch den nördlichen Teil der Stadt. Im Zuge wurden zahlreiche rote Fahnen getragen. Eine Anzahl von Ordner trugen weiße Binden und sorgten dafür, daß nirgends Behinderungen eintraten. Die Leute verhielten sich sonst vollständig ruhig. Vor dem Arrestlokal in der unteren Feldstraße stoppte der Zug. Die Gefangenen wurden entlassen und unter großem Jubel von ihren Kameraden in Empfang genommen. Auf den Straßen der Stadt verkehrten eine Anzahl Autos, die die rote Flagge der Aufständischen führten. Abends 9 Uhr zogen die Matrosen einzeln und in Scharen mit umgehängten Gewehren zu ihren Kasernements oder nach den Schiffen. Die Leute verhielten sich vollständig ruhig. Montag

abend beschlossen die Vertrauensleute der Gewerkschaften der großen Betriebe, daß Dienstag früh als Sympathiekundgebung für alle Matrosen der Generalstreik beginnen solle, ausgenommen sind nur die Lebensmittelgeschäfte sowie die Licht- und Wasserwerke.

Am Dienstag früh wurde auf allen Fahrzeugen und Maschinen die rote Fahne gehißt. Das Linienschiff „König", das im Dock lag und noch die Kriegsflagge führte, wurde vom Lande aus von den Matrosen mit Gewehren beschossen. Die Kriegsflagge wurde gesenkt und an ihre Stelle die rote Flagge gesetzt. Die ganze Stadt war voller Matrosen. Viele Autos, gefüllt mit bewaffneten Soldaten, fuhren durch die Stadt. Die Arbeiter haben den allgemeinen Ausstand begonnen. Die Matrosen halten strengste Ordnung.

Neben Haußmann und Noske verlangten die Matrosen die Zuziehung der Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour. Haase ist sofort nach Kiel abgereist.

Auf dem Linienschiff „Kaiser" verteidigten die Offiziere mit der Pistole in der Hand die Kriegsflagge. Sie wurden aber durch die Mannschaften bezwungen, die dann die Kriegsflagge herunterholten und die rote Flagge hißten. Von den Offizieren sind zwei tot, darunter der Kommandant.

Von vier Infanterie-Kompagnien, die in der Nacht von Montag zu Dienstag nach Kiel kamen, haben sich sofort drei der Bewegung angeschlossen; die vierte wurde entwaffnet. In den Nachtstunden kamen auch von Wandsbek Husaren angeritten. Sie wurden aber eine Stunde vor Kiel von den Marinemannschaften mit Maschinengewehren empfangen und zur Rückkehr gezwungen. Der Soldatenrat hat beschlossen, daß alle Offiziere in ihren bisherigen Stellungen zu verbleiben haben, sich aber den Anordnungen des Soldatenrats fügen müssen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Aufruf folgenden Inhalts erlassen:

Kameraden und Genossen!

Unsere Schicksalsstunde hat geschlagen.
Die Macht ist in unserer Hand.
Hört auf uns! Sammelt euch um eure erwählten Führer!
Keine Unbesonnenheiten!
Ruhe und eiserne Nerven sind das Gebot der Stunde.
Zeigt, daß ihr Männer seid, folgt unseren Sicherheitsorganen!
Plündert und raubt nicht!
Es ist euer unwürdig und gereicht euch nicht zur Ehre: Zum Ziel führt das nicht!

Zur Unterdrückung dieser Bewegung nach hier entsandte Truppen haben sich unserer Bewegung angeschlossen. Alle Arbeiter aller Gewerkschaften sind auf unserer Seite. Wir sind unserem Ziele nahe.

Der Soldatenrat.

Die königliche Polizei in Kiel hat sich den Anordnungen des Soldatenrats gefügt. Auf dem Turm des Königlichen Schlosses mußte die Standarte des Prinzen Heinrich niedergeholt werden.

Die Lebensmittelkontrolle liegt in den Händen des Soldatenrats. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden Maschinengewehre aufgestellt. So vor dem Bahnhofe, vor dem Gewerkschaftshause und an anderen Stellen. Die Bürger können vollständig frei verkehren. Nirgends sind Absperrungen vorgenommen.

Auch in Hamburg hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Gewalt über die Stadt. Dort fand am Dienstagabend eine Versammlung statt, in der Abgeordneter Dittmann sprach. Unter den vielen Tausenden, die im Versammlungslokale anwesend waren, befanden sich viele Matrosen und Soldaten. In der Kaserne in der Bundesstraße waren im Laufe des Nachmittags 150 Militärgefangene entwichen, von denen einzelne an der Versammlung Dittmanns teilnahmen.

Am Mittwochmorgen kamen Matrosen aus Kiel sowie Mannschaften der im Hamburger Hafen liegenden Flottillen an Land. Sie waren im Besitze von höchstens 20 Gewehren. Sie zogen von Polizeiwache zu Polizeiwache und entwaffneten dort ohne Widerstand die Polizei. Nur langsam und zögernd schlossen sich die Arbeiter der Bewegung an. Die korrumpierende Tätigkeit des „Hamburger Echos" trat deutlich in Erscheinung. Schließlich kam es aber doch zu einem Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Matrosen. Ein Oberst, der Befehl zum Feuern gab, ist erschossen worden. Auch Hamburg hat seinen Arbeiter- und Soldatenrat.

In Bremen waren ebenfalls die Matrosen, die den Anstoß zur Bewegung gaben. Auch hier wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. In den Kasernen haben die Soldaten die Kommandogewalt in die Hand genommen. Die Arbeiter haben sich bisher noch nicht entschlossen, in den Generalstreik zu treten.

In Lübeck forderte eine Marineabteilung die Garnison auf, sich den Forderungen des Kieler Soldatenrats anzuschließen. Es wurde sofort ein Soldatenrat gebildet, der zur Zeit die Stadt völlig in der Gewalt hat.

In Brunsbüttel ist ein Geschwader von 4 Linienschiffen gelandet, hat die Schleusen zum Nordseekanal besetzt und auch dort einen Soldatenrat eingesetzt.

So geht die Bewegung unaufhaltsam ihren Gang weiter. Alles Abriegeln kann an der elementaren Gewalt der Volksstimmung nichts ändern. Das unehrliche Spiel des Regierungssozialismus, der fortwährend die Arbeiter- und Soldatenräte als Auswüchse des Bolschewismus gebrandmarkt hat, tritt kraß in

Erscheinung. Wo er, wie in Hamburg, glaubt, die Bewegung versanden zu können, paktiert er auch eine Zeitlang mit den Arbeiter- und Soldatenräten.

Arbeiter! Soldaten! Laßt euch nicht durch diese Demagogen einfangen!

Berliner Arbeiter! Jetzt naht eure Stunde!

Dokument 57.

Die Stunde des Handelns ist gekommen!

Arbeiter und Soldaten!

Nun ist eure Stunde gekommen. Nun seid ihr nach langem Dulden und stillem Tragen zur Tat geschritten. Es ist nicht zu viel gesagt: In diesen Stunden blickt die Welt auf euch und haltet ihr das Schicksal der Welt in euren Händen.

Arbeiter und Soldaten! Jetzt, da die Stunde des Handelns gekommen ist, darf es kein Zurück mehr geben. Die gleichen „Sozialisten", die vier Jahre lang der Regierung Zuhälterdienste geleistet haben mit der „Volksregierung", mit Parlamentarisierung und anderem Plunder, sie setzen jetzt alles daran, um euren Kampf zu schwächen, um die Bewegung abzuriegeln.

Arbeiter und Soldaten! Was euren Genossen und Kameraden in Kiel, Hamburg, Bremen, Rostock, Flensburg, Hannover, Magdeburg, Braunschweig, München und Stuttgart gelungen ist, das muß auch euch gelingen. Denn von dem, was ihr erringet, von der Zähigkeit und dem Erfolge eures Kampfes hängt auch der Sieg eurer dortigen Brüder ab, hängt der Erfolg des Proletariats der ganzen Welt ab.

Arbeiter und Soldaten! Die nächsten Ziele eures Kampfes müssen sein:

1. Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen.
2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien.
3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen.
4. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten.
5. Uebernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte.

6. Sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.

Arbeiter und Soldaten! Nun beweist, daß ihr stark seid, nun zeigt, daß ihr klug seid, die Macht zu gebrauchen!

Hoch die sozialistische Republik!

Es lebe die Internationale!

Die Gruppe Internationale (Spartakusbund).

Karl Liebknecht. Ernst Meyer.

Berlin, den 7. November 1918.

Inhalts-Verzeichnis

Seite

Einleitung 5

Dokumente:

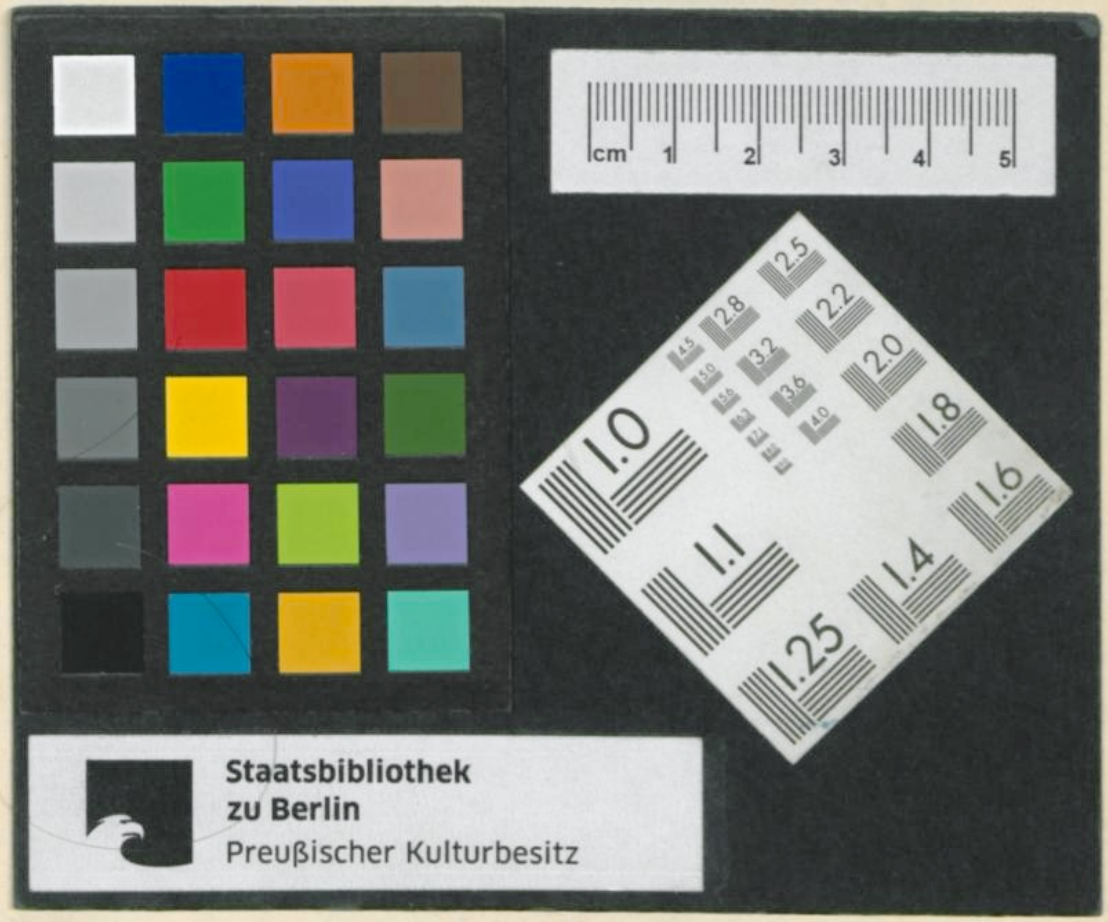
1. Die Ursachen des Weltkrieges (Referentenmaterial des Bildungsausschusses Niederbarnim; Herbst 1914) 21
2. Der neue Sozialistenmarsch (Herbst 1914) 24
3. Zur Kriegssitzung des Reichstages (Liebknechts Ablehnung der Kriegskredite; Dezember 1914) 25
4. Disziplinbrüche (Verfasser Karl Liebknecht; Dezember 1914) . . 26
5. Parteidisziplin (Sonderdruck aus der „Sozialdemokratischen Korrespondenz", herausgegeben von Luxemburg, Mehring, Karski; Verfasser Rosa Luxemburg; Dezember 1914) 28
6. Offener Brief an die Hamburger Parteigenossen (Verfasser Franz Mehring; Februar 1915) 30
7. Die Welt speit Blut (Verfasser Fritz Ausländer; Winter 1914/15) 36
8. Der Hauptfeind steht im eigenen Land (Verfasser Karl Liebknecht; Mai 1915) 39
9. An die Parteigenossen! (Protest der Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitschrift „Internationale"; Verf. Franz Mehring; Mai 1915) . 43
10. Wohin geht die Reise? (Verfasser Franz Mehring; Frühjahr 1915) 47
11. An die Mitglieder des Parteivorstandes (Verfasser Franz Mehring; Juli 1915) 49
12. An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Brief mit rund 1000 Unterschriften vom 9. Juni 1915) 52
13. Krieg und Proletariat (Verfasser: Karski; Sommer 1915) 57
14. Ansprache der Deputation Groß-Berliner Genossinnen an den Parteivorstand (Oktober 1915) 66
15. Der Annexionswahnsinn (Verfasser Hermann Duncker; Sommer 1915) 68
16. Wer hat die Schuld am Kriege? (Verfasser: Karski; Sommer 1915) 80
17. Ein Ende dem Winterfeldzug (Winter 1915/16) 97
18. Entweder — Oder (Verfasserin Rosa Luxemburg; April 1916) nebst Anhang: Leitsätze der „Gruppe Internationale" 100

19. Die Lehre des 24. März (Verfasserin Rosa Luxemburg; April 1916) 112
20. Unterseebootkrieg, Völkerrecht und Völkermord (Verfasser: Karski; Frühjahr 1916) 116
21. Die Steuerfrage (Verfasser: Karski, Sommer 1916) 123
22. Auf zur Maifeier (Verfasser Karl Liebknecht; April 1916) . . . 131
23. Hundepolitik (Verfasserin Rosa Luxemburg; Sommer 1916) . . . 133
24. Was ist mit Liebknecht? (Verfasserin Rosa Luxemburg; Juni 1916) 136
25. Arbeiter und Arbeiterinnen! (Verfasser Franz Mehring; Juni 1916; Flugblatt zum Protest gegen Liebknechts Verurteilung) 139
26. 2½ Jahre Zuchthaus (Juni 1916) 141
27. Wofür kämpfte Liebknecht und weshalb wurde er zu Zuchthaus verurteilt? (Verfasserin Rosa Luxemburg; Oktober 1916) . . . 143
28. Arbeiter! Klassengenossen! (Flugblatt zum Prozeß Liebknecht; Oktober 1916) 149
29. Eine Petition gegen den Frieden (Herbst 1916) 150
30. Deutschland — ein fertiges Zuchthaus! (Verf.: Karski; Herbst 1916) 153
31. Hunger (Verfasser: Karski; Winter 1916/17) 157
32. Zirkular der Spartakusgruppe vom 25. Dezember 1916 159
33. Zirkular der Spartakusgruppe vom 13. Februar 1917 163
34. Die Lehren des großen Massenstreiks (April 1917) 166
35. Weniger Brot, keine Rechte, neue Steuern (Sommer 1917) . . . 170
36. Folgt ihrem Beispiel! (Zum Tode von Reichpietsch und Cöbes; Herbst 1917) 172
37. Der rote Schrecken (Hamburger Flugblatt zur russischen Revolution; Sommer 1917) 173
38. Arbeiter und Arbeiterinnen! (Flugblatt über die russische Revolution; Sommer 1917) 176
39. Die Stunde der Entscheidung (Zur russischen Novemberrevolution; Winter 1917/18) 179
40. Am Montag den 28. Januar beginnt der Massenstreik (Januar 1918) 183
41. Arbeiter, Arbeiterinnen! (Streikflugblatt; Januar 1918) 185
42. Hoch der Massenstreik! Auf zum Kampf! (Januar 1918) . . . 186
43. Denkt an eure wahre Pflicht! (Januar 1918) 189
44. Der Kampf dauert fort! (Januar 1918) 190
45. Ausharren um jeden Preis! (Januar 1918) 193
46. Preußen in der Welt voran! (Januar 1918) 195
47. Der deutsche Soldat als Henker der Freiheit (Sommer 1918) . . . 198
48. Kameraden, erwacht! (Sommer 1918) 201
49. Auf zu dem Kampf um den Frieden! (Sommer 1918) 203
50. Genossen! Arbeiter! (Gegen Amnestie-Betrug; Herbst 1918) . . 206
51. Arbeiter! Proletarier! (Gegen Amnestie-Betrug; Herbst 1918) . . 208
52. Wo ist die Demokratie? (Für Amnestie; Herbst 1918) 210
53. Thesen über die sozialistische Revolution (Verfasser: Bucharin; Herbst 1918) 211
54. Aufruf der Spartakuskonferenz vom 1. Oktober 1918 220
55. Der Anfang vom Ende (Oktober 1918) 223
56. Die rote Fahne über Kiel usw. (Oktober 1918) 225
57. Die Stunde des Handelns ist gekommen (7. November 1918) . . . 229

SBB
N12<139338225010

Spartakus im Kriege

Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege



Staatsbibliothek
zu Berlin
Preußischer Kulturbesitz

1927

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H.
Berlin SW 61